

Genehmigung am 15.08.2024 (genehmigt)

Protokoll 13

Stadtratssitzung

Donnerstag, 27.06.2024, 13.35 Uhr, 17.00 Uhr und 20.35 Uhr

Rathaus, Grossratssaal

Für das Wortprotokoll inkl. Audio siehe: <https://bern.recapp.ch/shareparl/>

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 13.35 bis 16.30 Uhr.....	4
2023.SR.0112.....	5
1 Begrüssung und Mitteilungen	
2024.SR.0034.....	6
2 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2024 (Protokoll 9 vom 02.05.2024 und 10 vom 16.05.2024)	
2022.SR.000193.....	6
3 Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt (RWSU): Ersatzwahl	
2024.SR.0140.....	6
4 Wahl Leitung verwaltungsunabhängige Finanzkontrolle Finanzkontrollgremium	
2024.SR.0090.....	7
5 Prüfungsauftrag Jahresbericht 2024 und 2025-2028: Wahl einer verwaltungsexternen Revisionsstelle	
2023.FPI.0112.....	7
6 Jahresrechnung 2023	
2024.SR.0140.....	28
4 Wahl Leitung verwaltungsunabhängige Finanzkontrolle	
2013.SR.000100.....	29
7 Geschäftsprüfungskommission: Bericht über die Verwaltungskontrollarbeit im Jahr 2023	
2004.SR.000166.....	31
8 Ombudsstelle der Stadt Bern: Tätigkeitsbericht 2023	
2021.SR.000032.....	33
9 Fach- und Aufsichtsstelle Datenschutz der Stadt Bern: Tätigkeitsbericht 2023	
2024.BSS.0019.....	35
10 Zumiete Doppelbasisstufe Scheibenstrasse (Scheibenstrasse 44, Bern); Kredit für wiederkehrende Ausgaben und Investitionskredit für die Erstausstattung	
2023.SR.0189.....	39
11 Interpellation Fraktion SP/JUSO (Bernadette Häfliger, SP/Sara Schmid, SP): Fragen zu Problemen bei der Einführung von CitySoftnet	

Schluss der Sitzung: 16.29 Uhr.....	47
Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.05 Uhr.....	48
2023.SR.0189.....	49
11 Interpellation Fraktion SP/JUSO (Bernadette Häfliger, SP/Sara Schmid, SP): Fragen zu Problemen bei der Einführung von Citysoftnet	
2019.SR.000169.....	58
12 Interpellation Thomas Glauser (SVP): Griffige Massnahmen zum Schutz vor politisch motivierter Gewalt	
2017.SR.000259.....	59
13 Interpellation Henri-Charles Beuchat (SVP) - übernommen durch Alexander Feuz (SVP): Islamismus provoziert – Erhalt der öffentlichen Ordnung in der Stadt Bern	
2018.SR.000003.....	59
14 Interpellation Henri-Charles Beuchat (SVP) - übernommen durch Alexander Feuz (SVP): Polizeipatrouille mit Leuchtsignalmunition vom Dach der Reitschule angegriffen – schwere Straftat nicht einfach hinnehmen	
2023.SR.000037.....	60
15 Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz, Kurt Rügsegger, Thomas Glauser, SVP): Videoüberwachung in der Stadt Bern. Wie weiter? Videoüberwachung bei Velodiebstählen (Eigentumsdelikte?) in Veloeinstellhallen keine Videoüberwachung bei Reithalle (Delikte gegen Leib und Leben und sexuelle Integrität)	
2021.SR.000149.....	61
16 Interfraktionelle Interpellation GB/JA!, AL/GaP/PdA (Lea Bill, GB/Eva Gammenthaler, AL): I can't breathe – es reicht!	
2016.SR.000250.....	67
17 Interfraktionelle Motion AL/GPB-DA/PdA+, GLP, SP, GB/JA! (Christa Ammann, AL/Peter Ammann, GLP/Yasemin Cevik/Lena Sorg, SP/Leena Schmitter, GB/Seraina Patzen, JA!) - übernommen durch Halua Pinto de Magalhães (SP): Massnahmen zur Prävention und Kontrolle von Racial Profiling bei Personenkontrollen durch die Kantonspolizei; Begründungsbericht	
2022.SR.000172.....	74
18 Postulat David Böhner (AL): Wiedereinführung der Stadtpolizei	
Schluss der Sitzung: 19.04 Uhr.....	80
Anwesenheit in der Sitzung von 20.35 bis 22.30 Uhr.....	81
2022.SR.000231.....	83
19 Interpellation Fraktion GB/JA! (Jelena Filipovic, GB / Lea Bill, GB / Mahir Sancar, JA! / Anna Jegher, JA!): Wie kommt es zur willkürlichen Bewilligungspraxis der Berner Orts- und Gewerbe Polizei?	
2023.SR.000028.....	86
20 Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GB/JA! (Sofia Fisch, JUSO/Lea Bill, GB): Bekämpfung von Diskriminierung und Verdrängung von Bettler*innen	
2020.SR.000179.....	93
21 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Ende Zwischennutzung Schützenmatte: Die aufgehobenen gebührenpflichtigen Parkplätze sind umgehend provisorisch wieder in Betrieb zu nehmen. Die leidende Stadtkasse ist auf diese Einnahmen von 6000'000 Franken pro Jahr dringend angewiesen!	
2021.SR.000144.....	99

22	Interfraktionelle Interpellation GB/JA!, AL (Anna Leissing/Rahel Ruch, GB/Jemima Fischer, AL): Schützenmatte: Wann gibt es endlich Freiraum statt Parkplätze?	
2001.SR.000168	99
23	Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GB/JA!/GPB, GFL/EVP (Edith Madl Kubik, SP/Michael Jordi, GB/Ueli Stückelberger, GFL) - übernommen durch Laura Binz (SP): Eine autofreie Piazza für jeden Stadtteil!; Abschreibung	
2023.SR.0156	108
24	Interfraktionelle Motion GB/JA, SP/JUSO, GFL/EVP (Katharina Gallizzi, GB / Jelena Filipovic, GB / Laura Binz, SP / Michael Ruefer, GLP / Tanja Miljanovic, GFL): Superblocks für ein neues Lebensgefühl in Bern	
2019.SR.000323	109
25	Motion Fraktion SVP (Ueli Jaisli, SVP): Mehr Sicherheit durch Markieren der Perronkanten bei Tram- und Bushaltestellen mit grossem Niveauunterschied	
2021.SR.000121	109
26	Motion Fraktion SP/JUSO (Ayse Turgul) - übernommen durch Halua Pinto de Magalhães (SP): Sanierung der Turnierstrasse: Mehr Sicherheit auch für Fussgänger*innen	
2021.SR.000197	111
27	Interfraktionelles Postulat GFL/EVP, SP/JUSO (Manuel C. Widmer, GFL/Michael Sutter, SP) - übernommen durch Michael Ruefer (GFL): Trottoirüberfahrten für Fahrradfahrende entschärfen	
2022.SR.000051	112
28	Motion Fraktion SP/JUSO (Szabolcs Mihályi/Fuat Köçer, SP): Den Bahnhof Europaplatz hindernisfrei und attraktiv gestalten	
2017.SR.000216	112
36	Interpellation Henri-Charles Beuchat (SVP) - übernommen durch Alexander Feuz (SVP): Sozialhilfe im Kontext radikal-islamischer Mobilisierung und Missbrauch von sozialen Institutionen	
Verschoben und eingereicht	113
Schluss der Sitzung: 22.31 Uhr.	115

Anwesenheit in der Sitzung von 13.35 bis 16.30 Uhr

Stadtrat anwesend

Valentina Achermann, Präsidentin

Yasmin Amana Abdullahi
Janina Aeberhard
Timur Akçasayar
Lena Allenspach
Ruth Altmann
Emanuel Amrein
Ursina Anderegg
Mirjam Arn
Oliver Berger
Tom Berger
Natalie Bertsch
Lea Bill
Gabriela Blatter
David Böhner
Michael Burkard
Francesca Chukwunyere
Sibyl Eigenmann
Nik Eugster
Alexander Feuz
Jelena Filipovic
Sofia Fisch
Katharina Gallizzi
Lionel Gaudy

Franziska Geiser
Thomas Glauser
Bernadette Häfliger
Bernhard Hess
Thomas Hofstetter
Matthias Humbel
Seraphine Iseli
Ueli Jaisli
Bettina Jans-Troxler
Anna Jegher
Raffael Joggi
Nora Joos
Barbara Keller
Ingrid Kissling-Näf
Fuat Köçer
Nora Krummen
Anna Leissing
Christoph Leuppi
Maurice Lindgren
Simone Machado
Denise Mäder
Esther Meier
Matteo Micieli

Szabolcs Mihályi
Tanja Miljanovic
Dominic Nellen
Barbara Nyffeler
Cemal Özçelik
Mehmet Özdemir
Florence Pärli Schmid
Halua Pinto de Magalhães
Simone Richner
Claudio Righetti
Mirjam Roder
Michael Ruefer
Mahir Sancar
Judith Schenk
Nicole Silvestri
Chandru Somasundaram
Irina Straubhaar
Bettina Stüssi
Johannes Wartenweiler
Lukas Wegmüller
Béatrice Wertli
Janosch Weyermann
Paula Zysset

Stadtrat entschuldigt

Debora Alder-Gasser
Laura Binz
Muriel Graf
Lukas Gutzwiller

Corina Liebi
Salome Mathys
Daniel Michel

Niklaus Mürner
Sarah Rubin
Ursula Stöckli

2023.SR.0112

1 Begrüssung und Mitteilungen

Präsidentin: Geschätzte Mitglieder des Stadtrates, geschätzte Mitglieder des Gemeinderates, liebe Medienschaffende, liebe Gäste auf der Tribüne, liebe Zuhörer*innen, herzlich willkommen zu unserer langen Sitzung heute Nachmittag. Ich fange an mit den Entschuldigungen. Für beide Sitzungen entschuldigt sind Debora Alder-Gasser von der EVP, Salome Mathys von der GLP, Daniel Michel von der SVP, Sarah Rubin vom GB. Für die erste Sitzung entschuldigt sind Ursula Stöckli von der FDP, Corina Liebi von der Jungen GLP, Lukas Gutzwiller von der GFL, Laura Binz von der SP. Für die zweite Sitzung entschuldigt sind Corina Liebi von der jungen GLP, Lukas Gutzwiller von der GFL, Sibyl Eigenmann von der Mitte. Für die dritte Sitzung entschuldigt sind Nik Eugster von der FDP, ich – mehr dazu später – Fuat Köçer von der SP. Und etwas später kommt Laura Binz von der SP. Wir haben heute ein neues Stadratsmitglied in der GFL-Fraktion, und zwar Christoph Leuppi. Ganz herzlich willkommen und viel Vergnügen bei diesem Start. Heute ist sicher ein sehr intensiver Start an diesem Tag. Einen Geburtstag haben wir heute keinen, aber gestern hatte Mirjam Roder. Herzliche Gratulation nachträglich. Und morgen hat Halua Pinto, dem ihr morgen gratulieren könnt.

Ich habe es vorhin angedeutet: Ich entschuldige mich für die dritte Sitzung. Der Grund dafür ist, dass Tom Berger einmal ein bisschen proben kann, wie das allenfalls nächstes Jahr ist. Bitte seid nett zu ihm. Es ist nicht ganz einfach, vor allem in der dritten Sitzung. Und vielleicht braucht ihr auch ein bisschen Geduld manchmal bei den Abstimmungen und so, weil das Panel hier vorne zu betätigen, ist auch für Digital Natives nicht ganz einfach. Aber ich bin sicher, ihr seid gut zu ihm.

Das habe ich letztes Mal bereits mitgeteilt: Salome Mathys ist zum zweiten Mal Mutter geworden. Wir haben ihr schon gratuliert und gratulieren noch einmal ganz herzlich. Und weil wir die Info sehr kurzfristig bekommen hatten, hatten wir noch kein Kärtchen parat. Jetzt liegt eines hier vorne. Ich bitte diejenigen, die wollen, es noch zu unterschreiben. Nach diesen schönen Nachrichten habe ich leider heute wieder eine traurige Nachricht, und zwar ist ein ehemaliges Stadratsmitglied gestorben. Urs Jaberg ist am 10. Juni dieses Jahres gestorben, im Alter von 86 Jahren. Ich weiss nicht, wer von euch ihn noch persönlich kannte. Und doch wurden wir informiert über seinen Tod. Er war im Stadtrat von 1997 bis 2004 und in der städtischen Finanzkommission und in der Planungskommission. Wir sprechen im Namen des Stadtrats den Angehörigen und auch den Freund*innen unser ganz herzliches Beileid aus. Ich werde im Namen des Stadtrats eine Kondolenzkarte unterschreiben und der Familie zukommen lassen. Wir wollen aufstehen für eine Gedenkminute.

Schweigeminute

Merci vielmals. Wir haben noch weitere Informationen. Ihr habt eine E-Mail bekommen von der GB/JA!-Fraktion wegen des Spendenaufrufs und ihr findet ein Spendenformular bei euch auf dem Pult. Es geht um das Spenden der Sitzungsgelder zugunsten des IKRK, das die Zivilbevölkerung im Sudan mit Nahrung, mit sauberem Trinkwasser und mit medizinischen Hilfsgütern unterstützt. Ihr seid natürlich frei, 1, 2, 3 oder gar kein Sitzungsgeld zu spenden. Dann haben wir die erste Pause um 16.30 Uhr. Ihr findet unten ein Zvieri. Das ist gratis für uns alle. Badgen: unbedingt daran denken. Und das Einreichen der Vorstösse sollte auch heute bei dieser dreiteiligen Sitzung bis um 21.30 Uhr geschehen, die dringlichen bis um 21 Uhr. Und ich bitte euch wirklich, die dringli-

chen bis um 21 Uhr einzureichen, denn das ist nochmal ein ganzer Prozess, der darauf folgt. Und damit wir auch alle pünktlich gehen können, wären wir froh, wenn sich alle an die Fristen hielten.

2024.SR.0034

2 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2024 (Protokoll 9 vom 02.05.2024 und 10 vom 16.05.2024)

Präsidentin: Dann kommen wir zu Traktandum 2, das sind die Genehmigungen der Protokolle vom 2. Mai und vom 16. Mai. Es sind keine Änderungsanträge bei uns eingegangen. Ich gehe davon aus, dass die beiden Protokolle unbestritten sind. Dann sind sie genehmigt. Ich danke ganz herzlich den Verfasserinnen dieser Protokolle.

Stillschweigende Genehmigung

2022.SR.000193

3 Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt (RWSU): Ersatzwahl

Präsidentin: Wir kommen zu Traktandum 3. Das ist eine Ersatzwahl in die Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt. Nominiert ist Christoph Leuppi für den zurückgetretenen Marcel Wüthrich. Gibt es andere Wahlvorschläge?

- Das ist nicht der Fall. Wir wählen mittels Handerheben. Wer Christoph Leuppi in die RWSU wählen will, kann das mittels Handerheben zeigen. – Danke. Gibt es Enthaltungen?

Antrag

1 GFL

Die Fraktion GFL nominiert für den zurücktretenden Marcel Wüthrich (GFL) als Kommissionsmitglied Christoph Leuppi (GFL).

Wahl durch Handerheben.

Präsidentin: Herzliche Gratulation zu dieser Wahl und viel Vergnügen.

2024.SR.0140

4 Wahl Leitung verwaltungsunabhängige Finanzkontrolle Finanzkontrollgremium

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum 4. Das ist die Wahl der Leitung einer verwaltungsunabhängigen Finanzkontrolle. Das ist aber nicht eine Wahl mit Handerheben, sondern es ist eine Anstellung, also ein Beschluss. Und darum erteile ich -

- Gut. Weil die Person, die wir anstellen wollen, Shanna Wagner, noch nicht da ist und um 14 Uhr kommt, verschieben wir Traktandum 4 nach hinten. Ich hoffe, ihr seid alle einverstanden damit.

2024.SR.0090

5 Prüfungsauftrag Jahresbericht 2024 und 2025-2028: Wahl einer verwaltungsexternen Revisionsstelle

Präsidentin: Wir fahren fort mit dem Traktandum 5. Das ist die Wahl einer verwaltungsexternen Revisionsstelle. Auch hier ist es nicht eine Wahl mittels Handerheben, sondern wir werden darüber befinden. Ich erteile der Kommission das Wort. Für die FIKO Alex Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die FIKO: Das Geschäft war in unserer Kommission absolut unbestritten. Es war einstimmig. Ich halte mich hier sehr knapp. Ich verweise auf den Vortrag. Ich danke noch Chandru, der mich unterstützt hat. Wir waren der Ausschuss, der diese Sache begleitet hat. Ich kann euch mitteilen, dass mir hier schön sauber nach Beschaffungsreglement vorgegangen sind und der Ablauf korrekt durchgeführt wurde. Das Rennen war sehr knapp. Es war ein Punkt, der den Ausschlag gegeben hat. Darum hat es auch keine grosse Diskussion gegeben. Es ist auch kein Unglück, wenn jetzt eine neue Revisionsstelle kommt. Ich danke in diesem Zusammenhang beiden Bewerberinnen, dass sie sich beworben haben und den Mitgliedern der Kommission für die Unterstützung.

Ich schliesse auch für die Fraktion SVP gerade das Votum an. Wir unterstützen die Vorlage und bitten euch, dieser neuen Firma Ernst & Young den Zuschlag zu geben.

Präsidentin: Danke vielmals, Alex. Gibt es Fraktionserklärungen? – Gibt es Einzelvoten? – Will der Gemeinderat etwas dazu sagen? - Er verzichtet. Dann kommen wir zur Abstimmung, und zwar ob wir dem Antrag der FIKO zustimmen wollen.

Abstimmung Nr. 000

2024.SR.0090: Antrag FIKO	
Annahme	
Ja	42
Nein	0
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt dem Antrag zugestimmt. – Jetzt muss ich ganz schnell etwas abklären.

2023.FPI.0112

6 Jahresrechnung 2023

Präsidentin: Einen Moment. Also, alles gut. Wir fahren fort mit der Jahresrechnung und ich erteile den Kommissionssprechenden das Wort – zuerst für die FIKO Franziska Geiser. Kann sie bitte jemand anmelden? Merci.

Franziska Geiser (GB) für die FIKO: Sorry für die Verzögerung. Ich habe einen langsamen Computer. Die Jahresrechnung 2023 schliesst mit einem Ertragsüberschuss von

11,1 Mio. Franken. Das Budget 2023 sah ein Defizit von 35,1 Mio. Franken vor. Die Jahresrechnung wird also um 46,1 Mio. Franken besser als budgetiert. Das Eigenkapital der Stadt wächst und die Stadt verfügt jetzt über Reserven von 107 Mio. Franken. Für dieses erfreuliche Resultat gibt es Gründe auf der Einnahmen- beziehungsweise auf der Ertragsseite und auf der Ausgaben- beziehungsweise Aufwandseite. Ich komme zuerst zu den Einnahmen respektive zu den Erträgen. Die Steuererträge sind deutlich höher als budgetiert. Die Stadt hat 40,5 Mio. Franken mehr Steuern eingenommen als im Budget vorgesehen waren. Bei den natürlichen Personen sind 11,4 Mio. Franken mehr eingenommen worden als im Vorjahr. Das ist ein Rekord in der Stadt Bern. Und der Betrag liegt um 9,2 Mio. Franken über dem Budget 2023. Bei den juristischen Personen hat die Stadt 18,6 Mio. Franken mehr eingenommen als im Vorjahr. Das ist eine Abweichung vom Budget von 21,6 Mio. Franken. Bei den natürlichen Personen ist es so, dass die Stadt gewachsen ist und 341 ordentlich besteuerte und 1'153 quellenbesteuerte Personen dazugekommen sind. Die Einnahmen steigen also linear an. Es sind vor allem die höheren Quellensteuern und auch die höheren Vermögenssteuern, die zu einer Verbesserung der Steuereinnahmen um 9,2 Mio. Franken geführt haben. Bei den juristischen Personen sind 2 Faktoren entscheidend für die Verbesserungen gegenüber dem Budget: Auf der einen Seite ist auch die Anzahl der juristischen Personen 2023 gewachsen. 263 juristische Personen, das heisst, 263 Unternehmen – AGs oder GmbHs – sind neu entstanden oder nach Bern gezogen. 9'923 juristische Personen haben im Jahr 2023 Steuern bezahlt. Auf der anderen Seite ist entscheidend für die Abweichung, dass einzelne juristische Personen, das sind vor allem grosse Unternehmen, höhere Gewinnsteuern bezahlt haben als prognostiziert. Wegen dieser Entwicklung hat der Gemeinderat im Hinblick auf die nächsten Budgetierungen die Steuereinnahmen nach oben korrigiert. Neben den Steuerentwicklungen ist auf der Einnahmeseite auch noch wichtig, dass unter anderem wegen der nicht umgesetzten Feuerwehrersatzabgabe und wegen der verzögerten Einführung der neuen Parkplatzgebühren 5 Mio. Franken weniger eingenommen wurden, als budgetiert waren. Auf der anderen Seite liegt der Transferertrag 26,6 Mio. Franken über dem prognostizierten Wert. Ich komme zur Ausgaben- respektive Aufwandseite. Höher als budgetiert war vor allem der Transferaufwand, das heisst, die Beträge, die die Stadt Bern an den Bund, an den Kanton, an die Gemeinden und an Private bezahlt. Dass die höher als erwartet ausgefallen sind, fällt ins Gewicht. Der Transferaufwand lag 16,9 Mio. Franken über dem Budgetwert. Der Grund ist, dass die Stadt wegen der höheren Steuereinnahmen auch mehr in den Lastenausgleich zahlen musste. Hier kann es noch zu Anpassungen kommen, weil andere Gemeinden vielleicht auch höhere Steuereinnahmen haben, und nachher relativiert sich der Wert wieder.

2,2 Mio. Franken weniger als budgetiert beträgt der Personalaufwand, weil vor allem die Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals tiefer ausgefallen sind als budgetiert. Die Zulagen und der Lohn für temporäre Mitarbeitende sind zwar leicht höher, die Zahlen machen aber nicht so viel aus. Eine knappe Million tiefer als budgetiert ist der Sach- und Betriebsaufwand ausgefallen. Das Budget wurde unterschritten beim baulichen Unterhalt und bei den Mieten und Leasing. 4 Mio. Franken tiefer als budgetiert sind die Abschreibungen ausgefallen. Die Rechnung weist aber neben dem Transferaufwand auch in ein paar anderen Bereichen mehr Aufwendungen aus, das heisst, höhere Ausgaben als budgetiert. Um 2,8 Mio. Franken höher ausgefallen sind die Beiträge für die Lehrpersonenbesoldung. Der Finanz- und Lastenausgleich liegt höher als budgetiert wegen des Disparitätenabbaus. Allerdings sind die Beiträge für die Lastenverteilung der Ergänzungsleistungen dafür tiefer. Bei den Beiträgen an das Gemeinwesen und Dritte gab es gegenüber dem Budget im Asylbereich Mehraufwendungen. Für die

Betreuungsgutscheine waren die Beiträge tiefer als vorgesehen. Das sind die Erklärungen für die grössten Abweichungen zwischen dem Budget 2023 und der Rechnung 2023. Ich komme noch zu ein paar anderen Aspekten dieser Jahresrechnung. Zuerst zu den FIT 2 Massnahmen: Das Finanzierungs- und Investitionsprogramm FIT 2 hat für das Budget 2023 Entlastungsmassnahmen für über 42,23 Mio. Franken vorgesehen. 73,54% der Entlastungsmassnahmen wurden realisiert. 17,19 Mio. Franken sind nicht direkt umgesetzt worden, fast 9 Mio. Franken davon sind aber kompensiert worden. Das heisst, faktisch sind nur 11,18 Mio. Franken nicht umgesetzt worden. Die Gründe für diesen Betrag liegen vor allem darin, dass die Feuerwehersatzabgabe nicht realisiert wurde und dass die Gebührenerhöhung für die Anwohner*innenparkkarte und die Erhöhung der Parkgebühren sich verzögert haben. So viel zum Allgemeinen Haushalt. Auf die Spezialfinanzierungen gehe ich hier nicht ein, das könnt ihr im Jahresbericht nachlesen. Ich komme zur Investitionsrechnung: 2023 hat die Stadt netto 106,4 Mio. Franken Investitionen geleistet. Das sind etwa 33 Mio. Franken mehr als im Vorjahr. Im Investitionsbudget waren Nettoinvestitionen von 183,4 Mio. Franken vorgesehen. Das heisst, der Netto-Realisierungsgrad liegt auf 87,5%. Das ist ein hoher Wert, wenn man ihn vergleicht mit 2022. Damals betrug der Netto-Realisierungsgrad 66,6%. Die Nettoinvestitionen lagen noch nie über 106,4 Millionen Franken. Es ist also auch hier ein Rekord. Die 4 teuersten Investitionen betreffen die Sanierung und die Erweiterung der Volksschule Bethlehem, die neue Schwimmhalle im Neufeld, den Neubau der Heilpädagogischen Schule und den Einbau der Volksschule Baumgarten.

Ich komme jetzt zu den Finanzkennzahlen, es gibt solche, die haben erste Priorität und andere haben zweite Priorität. Ich sage nur zu denen etwas, die erste Priorität haben. Es gibt einen Nettoverschuldungsquotient, der besagt, welcher Anteil der Steuererträge und der Erträge aus dem kantonalen Finanzausgleich nötig wären, wenn man die Nettoschulden auf einen Schlag tilgen möchte. Der Quotient liegt beim Gesamthaushalt auf 57% und alle Werte unter 100% gelten als gut. Der Bruttoverschuldungsanteil hat den kantonalen Empfehlungen nach zweite Priorität, aber für Bern gilt er als erste Priorität, weil er ein Steuerungsinstrument der Finanzstrategie des Gemeinderates ist. Welchen Anteil des laufenden Ertrags würde man brauchen, wenn man die Bruttoschulden auf einen Schlag steigen würde? Diese Frage beantwortet dieser Wert. Er liegt im Allgemeinen Haushalt bei ca. 130%. Das gilt als mittlerer Bereich. Der Selbstfinanzierungsgrad beantwortet die Frage, wie viele Prozent der Investitionen aus selbst erarbeiteten Mitteln finanziert werden können. Für den Allgemeinen Haushalt liegt der Wert bei 61,4% für den Gesamthaushalt bei 97,7%.

Der Zinsbelastungsanteil wiederum beantwortet die Frage, wie stark der laufende Ertrag durch Nettozinsen belastet wird. Die Zinsbelastung ist ja in den letzten 2 Jahren gestiegen, nachdem sie jahrelang gesunken ist. 2023 liegt sie sowohl für den Allgemein wie auch für den Gesamthaushalt bei 1,7%. Das ist etwa das Niveau von 2017. Laut den Richtwerten von HRM2 sind Werte bis 4% gut. Der Zinsbelastungsanteil liegt also für 2023 sehr deutlich im guten Bereich.

Zusammenfassend: Der Hauptgrund dafür, dass die Jahresrechnung 46,1 Mio. Franken über dem budgetierten Defizit abschliesst, liegt bei den höheren Steuereinnahmen. Es gibt noch 2 Revisionsberichte, einen vom Finanzinspektorat und einen externen, und die haben auch keine grösseren Unstimmigkeiten festgestellt und empfehlen, die Jahresrechnung so abzunehmen. Die FIKO bedankt sich bei der Verwaltung für ihre Arbeit und für das Erstellen dieses Jahresberichts und vor allem auch für die gute Zusammenarbeit in den letzten Monaten. Den Bildungszuwachs und den Kompetenzzuwachs und den Austausch zwischen FIKO, Verwaltung und Gemeinderat schätzen wir sehr. Die FIKO empfiehlt einstimmig, die Jahresrechnung anzunehmen. 8 Personen haben Ja

gestimmt. Es hat 0 Gegenstimmen gegeben und eine Person ist in den Ausstand getreten.

Präsidentin: Merci vielmals, Franziska. Wir machen das Traktandum 6 fertig, bevor wir wieder zu Traktandum 4 kommen. Das heisst als nächstes kommt Matteo Micieli für die GPK.

Matteo Micieli (PdA) für die GPK: Ich stelle euch jetzt noch kurz den Jahresbericht 2023 Allgemeiner Teil, Band 3, Statistik vor. Ich will das nicht zu lange ausführen. Eigentlich ist alles ziemlich im grünen Bereich. Einfach ein paar Fun Facts: 2023 sind 146 Geschäfte verabschiedet worden. Das ist entgegen dem Trend der letzten Jahre noch mehr als im Vorjahr – 20 mehr. Es entspricht aber auch etwa dem Mehr an eingereichten Vorstössen und hält sich so etwa die Waage. Sind 2022 168 Vorstösse eingereicht worden, waren es letztes Jahr, also 2023, 187. Dafür ist 2023 offenbar seit über 5 Jahren das erste Jahr, in dem keine einzige Motion als dringlich erklärt worden ist, was uns ziemlich überrascht hat. Insgesamt haben wir 2023 im Stadtrat 402 Geschäfte behandelt. Das sind auch weniger als noch im Vorjahr 2022. Aber das ist vor allem darauf zurückzuführen, dass wir die Kleinen Anfragen nicht mehr traktandieren und so auch nicht mehr behandeln. Die haben 2022 immerhin 77 Geschäfte ausgemacht. Auch dort gleicht sich das etwa aus. Am meisten Geschäfte behandelt hat, wie schon in den letzten 2 Jahren, die TVS mit 41 Geschäften. Bei den Direktionen mit den am wenigsten verabschiedeten Geschäften löst die BSS hingegen dieses Jahr die FPI ab mit 17 behandelten Geschäften. Dann zu den Fristen: Die GPK hat den Eindruck, dass sie relativ gut eingehalten worden sind, bis auf gewisse Sachen, die auch dieses Jahr wieder auffallen, so formell. Einerseits hat sich leider im Vergleich zum letzten Jahr noch nichts gebessert, wenn es darum geht, wie die Fristenkontrolle gewährleistet werden kann. Wie letztes Jahr schon beanstandet, ist es sehr schwierig beziehungsweise zeitfressend herauszufinden, ob die Fristen bei den verabschiedeten Vorstössen, also Ziffer 3, oder bei den versandten Prüfungsberichten, also Ziffer 6, eingehalten worden sind. Man müsste jedes einzelne Geschäft auf der Webseite des Stadtrates im Suchfeld eingeben, um zu sehen, ob die Fristen eingehalten wurden oder nicht. Ich habe das teilweise auch so gemacht, aber auch mit dem Vorjahresbericht abgeglichen, um zu schauen, ob es da Überschreitungen gibt, denn bei der Ziffern 4 und 5, also bei den Vorstössen, die entweder noch nicht beantwortet wurden oder denen noch nicht Folge geleistet wurde, sind die Fristen drin. So kann man es sich ein bisschen einfacher machen. Die Erkenntnisse sind folgende: Fast jede Direktion hat unter Ziffer 3 ein paar Vorstösse leicht zu spät beantwortet. 2, 3 Vorstösse sind um einiges zu spät beantwortet worden oder es wurde zu spät eine Fristverlängerung beantragt oder es wurde immer noch nicht beantwortet bei Ziffer 4 auf 5. Aber das sind alles Vorstösse, die wir eigentlich schon letztes Jahr beanstandet haben und wofür wir relativ einleuchtende Erklärungen bekommen haben.

Was aufgefallen ist, ist, dass die Partizipationsmotionen nicht gelistet sind, wenn sie noch nicht beantwortet wurden, und so eine Fristkontrolle nicht möglich ist. Vielleicht könnte sich das ja auch ändern.

Nachher zu Ziffer 5: Bei der BSS hat es 3 Fristverlängerungen gegeben, beim TVS waren von 39 Motionen 21 mit Fristverlängerungen, von 15 Postulaten waren 9 mit Fristverlängerungen, beim FPI waren von 9 Motionen 4 mit Fristverlängerungen, bei den Postulaten 1 von 6. Insgesamt kann man sagen, es ist schon irgendwie ziemlich viel, vor allem bei der TVS. Meistens hat es wahrscheinlich mit der Natur dieser Vorstösse zu tun, da gerade die TVS-Vorstösse oft ein bisschen komplexer sind. Aber

dennoch lässt einen das Bild nicht ganz los, dass die Last irgendwie relativ hoch scheint. Nachher noch schnell Ziffer 6: Das sind an den Stadtrat verschickte Prüfungsberichte. Auch da gibt es ein paar Verspätungen, aber insgesamt ist wie schon gesagt eigentlich alles ziemlich okay und meistens wahrscheinlich der Komplexität geschuldet. Danke vielmals.

Präsidentin: Merci, Matteo. Wir sind bei den Fraktionserklärungen. Für die SVP Alex Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Zuerst möchte ich allen Mitarbeitern der Stadt Bern danken für ihre Arbeit. Sie haben natürlich das ausführen müssen, was die Stadt gemacht hat, und wir von der SVP haben an gewissen Sachen keine Freude. Ich danke auch der Sprecherin der FIKO und dem Sprecher der Geschäftsprüfungskommission für ihre Ausführungen. Wie gesagt, die SVP lehnt diesen Bericht ganz klar ab. Ich fange vorne an, wie ich es jedes Jahr mache und messe die Stadt Bern an diesen Reporting-Richtlinien zu den Legislaturrichtlinien 2021 – 2024. Diese fallen bei mir vernichtend aus. Das kann ich euch sagen: Pulsierende Hauptstadt und Partizipation: Jetzt hat mit Ostermundigen die letzte Gemeinde, die man unter das rot-grüne Joch zwingen wollte, Nein gesagt. Wieso hat sie Nein gesagt? Ich habe es immer gesagt: Wenn man keinen Gemeinderat geben will und dermassen arrogant auftritt, haben die Ostermündiger gesagt: Nein, wir wollen das nicht. Und sie haben in weiser Voraussicht Nein gesagt – einfach nur rasch das zur Partizipation. Ich habe hier noch ein weiteres Münsterchen. Ihr habt es alle mitbekommen. Man wollte die Dalmazibrücke sperren. Man sagt immer: Stadtmitwirkung, Partizipation. QM 3 ist angefragt worden, das Kirchenfeld-Quartier, das von dieser Sperrung oder Einschränkung auch betroffen gewesen wäre, wurde nicht miteinbezogen. Es wurde gesagt, das hätte nicht so grosse Auswirkungen gehabt. Ich bin kein guter Mathematiker, aber eine Brücke geht immer auf 2 Seiten. Wenn man auf der einen Seite nicht fahren kann, hat man eben trotzdem ein Problem, so dass man mit beiden Playern reden müsste – auch dort ein klares "nicht erfüllt". Ich wiederhole mich auch punkto Tierpark. Ihr erinnert euch: Die Quartierkommission wurde nicht befragt, sondern vor vollendete Tatsachen gestellt. Ich komme zum nächsten Kapitel "Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Chancengerechtigkeit". Wir haben immer gesagt, man solle keine Hürden bauen, alle sollen Zugang haben zur Reithalle. Ganz klar haben wir dort nach wie vor Hausverbot. Ich messe auch hier die Stadt an ihren eigenen Worten. auch klar ein "nicht erfüllt". Ich komme zum Klimaschutz/Klimaanpassungen. Man will eine grüne Stadt sein. Was macht man? Wir vernichten die letzten wertvollen Grünräume – Viererfeld, Gaswerkareal. Jetzt ist der Springgarten gefährdet. Und nachher rettet man das Klima mit diesen –.... Vor der "Cremeschnitte" seht ihr in Plastikkübeln ein paar Zweiglein. Das ist der Ersatz der Alleen. Ihr seht auf dem Helvetiaplatz ein paar Plastikkübel, auch mit ein paar Bäumen. Und damit will man das Klima retten. Aber was ganz entscheidend ist, man will Parkplätze aufheben. Das ist wahrscheinlich das Wichtigste. Man will diese schottern, man will die Strassen aufheben und so meint man, das Klima zu retten. Aber man will die wertvollen Alleen, Grünanlagen nicht schützen. Das ist für mich ein Witz. Und dann will man den ESC (Eurovision Song Contest) nach Bern holen. Man kann durchaus dafür sein, ich will kein Nemo-bashing machen. Ich bin einer von denen, die sagen: Nemo bedroht nicht meine Freiheit. Er ist eher gefährdet durch Islamisten. Das ist mein Ansatzpunkt. Aber wenn man das machen will, haben wir dann 40 Generatoren, die laufen müssen. Wir müssen Geld, das wir nicht haben, ausgeben. Und ausgerechnet die Stadt, die sagt: Klimagerechtigkeit. Man will keine Flugtouristen mehr aus Asien, man will keine Touristen mehr. Nein. Aber diese

Leute kommen nicht mit dem Nachtzug. Das will man dann wiederum als Wirtschaftsmotor sehen. Genau das gleiche: Autowerbung, Werbung für Flugreisen ist verboten. Fleisch essen soll man auch nicht mehr, aber wenn es um gewisse andere Projekte geht, kann man es machen, wie auch der Stadtpräsident eine rege Flugtätigkeit entwickelt hat. Deshalb auch hier ein klares "nicht erfüllt". Genau dasselbe: Öffentliche Räume und Biodiversität. Ich bin der Meinung, es gehe in die falsche Richtung. Wir haben eine schöne Stadt, wir haben eine lebenswerte Stadt, aber die sollte man jetzt nicht selber vernichten, wie RGM es eben macht. Abfalltrennsystem – ein trübes Kapitel: Ich habe frühzeitig darauf hingewiesen, ihr habt es in allen Anträgen gesehen, dass es so nicht geht, dass man dabei auf das Strassenbild, Ortsbild Rücksicht nehmen muss. Ich habe die entsprechenden Anträge gestellt. Es hat mich doch sehr befremdet, als man gesagt hat, man sei völlig überrascht gewesen. Ich trage den Titel Cassandra. Ich trage diesen gern. Ich bin mehrmals so bezeichnet worden. Ich habe darauf hingewiesen und davor gewarnt. Ebenfalls Stadtentwicklung und Wohnungsbau gehen in eine falsche Richtung. Man geht nur in Richtung Wachstum, nicht qualitativ. Wir verlieren hier Lebensqualität. Wir haben aber viele neue Lasten, die wir nachher tragen. Auch das ist zu überdenken. Stockwerkeigentum oder höherwertiges Wohnen soll hier ausgegrenzt werden. Also auch in diesem Bereich ein klares "nicht erfüllt", nicht zufrieden, und zwar schon mehrmals. Ich kann mehr oder weniger immer frei reden, weil wir in jedem Jahr dasselbe haben. Ich komme auf die finanzielle Situation. Ich stütze mich weitgehend auf unsere Medienmitteilungen. Aber es ist relativ einfach und klar: Wir haben rekordhohe Steuereinnahmen, aber wir schaffen es trotzdem nie, ausgeglichene Zahlen zu machen. Wir müssen endlich abkehren von dieser frivolen Ausgabenpolitik und sagen, was wirklich wünschbar ist. Was brauchen wir in der Stadt Bern und was ist Luxus? Und da muss ich einfach sagen, die Leuchtturmprojekte, Informatikprojekte habe ich immer bekämpft, sowohl – ihr könnt euch erinnern – Base4Kids als auch Citysoftnet. Ich habe gesehen, dass das viel zu komplex ist. Man sollte eine Standardlösung nehmen. Und ausserdem hat man es nicht einmal mit dem Kanton abgesprochen. Es geht schief.

Die gross angekündigte Mobilitätsapp mit Basel, Zürich und Bern hat man jetzt auch eingestellt. Jeder von uns, ich bin auch kein guter Informatiker, hat die SBB-App und diese funktioniert. Wieso die Stadt Bern jetzt noch für Millionen ein eigenes System generieren wollte, ist absolut jenseitig. Und zu den Schulbauten – ich will mich hier nicht immer wiederholen: Aber es ist ganz klar, wenn man ein Projekt machen könnte für 30 Mio. Franken, aber das Gefühl hat, man müsse ein Schulzimmer mehr haben und dann kostet es schlussendlich 46 Mio. Franken, weil wir am Hang bauen und noch ein Provisorium brauchen, dann habt ihr etwa gerade das Doppelte gemacht. Und, als diese Schüler die Bauten wirklich gebraucht hätten, 2016, habt ihr wieder eine ganz andere Population. So geht es schief.

Das ist genau die verfehlte Politik, auch die verfehlte Siedlungspolitik: Grünräume zerstören und nachher hat man noch Folgekosten. Schaut euch Ostermündigen an. Das wollte auch immer grösser und grösser werden und das gibt auch all diese Kosten. Und dann zerstört ihr unsere Lebensgrundlage, unser lebenswertes Bern. Und ihr zerstört es vor allem für unsere Nachwelt. Und ihr habt es gesehen. Ich habe es vorher erwähnt, man will immer mehr. Man will immer glänzen. Wir wissen alle, dass wir den ESC nicht bekommen, aber man investiert jetzt trotzdem wieder 200- oder 300'000 Franken in die Kandidatur, damit man überall glänzen kann und zeigen, wie gut man ist. Aber dass man vor einem knappen halben Jahr beschlossen hat, dass man eben für die Umwelt keine Einwegtouristen mehr haben will, das hat man wieder vergessen, weil man leuchten und glänzen will. Aber ich habe festgestellt, dass es wahrscheinlich auch innerhalb

des Gemeinderates Stimmen gibt, die auch darauf hoffen, dass jemand das Referendum ergreift und das bekämpft. Und ich kann euch sagen, dass es bei dieser Finanzlage nicht nachvollziehbar ist, dass man bei solchen Sachen wiederum vortprescht, obwohl man kein Geld hat. Das sage ich immer wieder mit Vergnügen. Das, was den Kleinen nützen würde – verbilligte Abendeintritte in die Ka-We-De –, hat man nicht, weil man kein Geld mehr hat, um das wieder einzuführen, aber man will mit der grossen Kelle anrichten. Ihr seht, zusammenfassend: ein Verhängnis, ein Debakel. Also hier gebe ich nicht ein "knapp ungenügend". Hier gebe ich bestenfalls eine Zwei für die Jahresrechnung und das für weitere Vorgehen. Ich habe immer gewarnt als Cassandra. Ich sage es immer: Wir marschieren in eine Steuererhöhung hinein. Und so, wie wir das machen, stören wir noch das lebenswerte Bern. Das hat RGM gemacht.

Präsidentin: Danke, Alex. Michael Ruefer für die GFL-Fraktion.

Michael Ruefer (GFL) für die Fraktion: Ich wollte auch mal Lehrer werden als Kind. Daher habe ich meine Affinität zu Zahlen auch jetzt noch nicht ganz aufgegeben, obwohl ich mich eher um Verkehrsthemen kümmerge. Aber ich halte das Votum stellvertretend für Lukas, der heute Nachmittag noch nicht da ist. Die Jahresrechnung, wir haben es gehört, schliesst mit einem Überschuss von 11 Mio. Franken. Das ist eine Abweichung von 3,3% in die richtige Richtung. Barbara Nyfeler hat mir immer gesagt, es sei wichtig, zu quantifizieren, in welche Richtung das geht oder wie viel wir eigentlich von der Norm abweichen. Und 3,3% finde ich eigentlich eine spannende Zahl. Dank dieser höheren Steuereinnahmen hat man wieder ein bisschen Eigenkapital aufbauen können und das Überleben der Stadt ist gesichert. Das bessere und positive Ergebnis zeigt, FIT 2 war nötig und FIT 2 wirkt. Nur so hat sich ein budgetiertes Defizit in ein Plus verwandeln können. Wir haben wieder etwas Boden unter den Füßen. Es zeigt aber auch, dass die Budgetierung der Steuereinnahmen von juristischen Personen weiterhin vorsichtig erfolgen muss. Es ist sozusagen der grösste Risikofaktor in der Budgetierung und das neue Budget lässt vermuten, dass man aufgrund der Erfolge der letzten Jahre jetzt ein bisschen eine Risikostrategie zu fahren beginnt. Aber Vorsicht ist die Mutter der Porzellanbank. Nur mit einer zurückhaltenden Budgetierung kann die Stadt ihren Handlungsspielraum erhalten. Das ist vor allem wichtig, weil weiterhin Rekordinvestitionen anstehen. Letztes Jahr ist mit 160 Mio. Franken, wie gesagt, rekordmässig viel investiert worden. Das Palmares von Grossinvestitionen ist enorm lang. In der Verpflichtungskreditkontrolle – so heisst dieser Abschnitt im Jahresbericht – sind die Aktivierungen alle fein säuberlich aufgelistet. Man merkt denn auch, wenn man sie ein bisschen anschaut, diese Liste mit all diesen Schulhäusern und diesen Bädern und diesen Strassensanierungen etc., dass auch wir als Stadtrat und die zuständigen Kommissionen äusserst aktiv waren mit Kreditgenehmigungen. Aus der Investitionstätigkeit ergibt sich eine Schuldenzunahme von 55 Mio. Franken, weil der Cashflow aus Abschreibungen und Überschüssen mit diesen rekordhohen Investitionen nicht mithalten kann. Die hohen Investitionen sind zum Teil ein Muss, zum Teil eine logische Folge einer wachsenden Stadt und zum Teil auch gewollt als Grundlage für eine weiter wachsende Stadt. Sie bleiben eine finanzpolitische Herausforderung. Klar, da und dort kann man ein paar Abstriche machen. In der PVS hat man leidenschaftlich – ich kann mich sehr gut daran erinnern – über das Wellenbad in der Ka-We-De und die zahlende Bevölkerung aus dem Kirchenfeld diskutiert. Das ist jetzt nicht unbedingt eine Idee der FDP-Gemeinderatskandidatin. Aber bei Gebäuden und Strassen, die nur alle bis 20 bis 30 Jahre angefasst werden, sind Notsanierungen eben meistens pure Kosmetik und nichts als Auf-

schubitis. Thomas Pfluger kann euch das sicher bestätigen. Die Liste der sanierungsbedürftigen Schulhäuser, Eis- und Wasseranlagen ist lang bis sehr lang. Es stecken zahlreiche Investitionsvorhaben in der Pipeline. Gleichzeitig will sich die Stadt weiterentwickeln und weiterwachsen, etwa in den ESPs (Entwicklungsschwerpunkten) Ausserholligen und Wankdorf. Das sind Vorhaben, die zuletzt in der Juni-Abstimmung von mehr als 80% der Bevölkerung gestützt wurden – das vielleicht auch gerichtet an den Fraktionssprecher der SVP. Auch die Klimaanpassungsmassnahmen werden zahlreiche Investitionsvorhaben mit sich bringen, die durch das jährliche Investitionsvolumen abgedeckt werden müssen. Die Pipeline wird also tendenziell immer länger, während der Finanzhaushalt und die Mitarbeitenden nicht beliebig viele Zusatzprojekte vertragen. Hier ist die Verwaltung enorm gefordert. Während man beim Personalaufwand leicht unter Budget geblieben ist, liegt der Finanzaufwand aufgrund der Zinsentwicklung 8 Mio. Franken darüber. Darauf muss man sicher ein Auge haben. Im Moment sind die Zinsen zum Glück wieder ein bisschen am Sinken, werden aber wohl nicht so schnell wieder auf das Niveau von 2021 zurückgehen. Das bedeutet vor allem auch, dass Bauprojekte teurer sind als noch vor 3 Jahren geplant. Mit Blick auf die Finanzkennzahlen zeigt sich zudem, dass es zurzeit unmöglich erscheint, die 4 Ziele der Finanzstrategie des Gemeinderats einzuhalten, insbesondere jenes der Selbstfinanzierung. Die Selbstfinanzierung der Nettoinvestitionen ist zu tief und auch der Bilanzüberschuss liegt nicht auf dem gewünschten Niveau zur Finanzierung der Investitionen ohne Neuverschuldung.

Das Fazit der GFL-Fraktion ist deshalb: Wir müssen den finanzpolitischen Kurs halten und haben in den nächsten Jahren keinen Raum für Experimente. Der blinde Ruf nach Priorisierungen und Kürzungen bei den Investitionen kann sich aber sehr rasch in einen Bumerang verwandeln, wenn der Unterhalt gefährdet wird. Ein hoher Realisierungsgrad bei den Investitionen – und diesen haben wir letztes Jahr sehr gut erreicht – spricht für eine lebenswerte Stadt mit Zukunft. Aber wir sollten die Nachhaltigkeit von Investitionen und den Investitionswillen auch am Selbstfinanzierungsgrad messen. Immer mehr auf Pump wachsen, erneuern und unterhalten ist nicht nachhaltig. Darüber werden wir uns sicher wieder im Rahmen der Budgetdebatte in 2, 3 Monaten unterhalten. Merci vielmals.

Präsidentin: Merci, Michael, dann kommt Lionel Gaudy für die Mitte.

Lionel Gaudy (Mitte) für die Fraktion: Wir haben es schon gehört. Es sieht ein bisschen besser aus als erwartet. Unser Dank geht zuerst an die Verwaltung für die Erstellung dieser Berichte. Es wurde wie immer gute Arbeit geleistet. Wir haben Freude, das Ergebnis sieht besser aus als gedacht. Wir können dort zwar auch der Aussage des Finanzdirektors Aebersold zustimmen, dass natürlich bei einem Haushalt von 1,4 Mia. Franken ein Defizit von 35 Mio. Franken oder ein Überschuss von 11 Mio. Franken ein bisschen im Unschärfbereich des buchhalterischen Schaffens liegt, dass es dort natürlich immer Abweichungen gibt. Die Stadt Bern hatte einmal mehr Glück. Sie hatte Glück, dass die Steuererträge höher ausgefallen sind als erwartet. Auch dort ist logisch, dass man natürlich buchhalterisch mit tieferen Steuererträgen rechnet und sich nachher gerne positiv überraschen lässt. Nichtsdestotrotz sind wir klar der Meinung, in einem Jahr, in dem man Steuererträge hat, die 40 Mio. Franken höher ausfallen, sollte man eigentlich einen Überschuss von über 100 Mio. Franken erwirtschaften. Man sollte nicht ein Defizit in einen Überschuss verwandeln, sondern man sollte einen hohen Überschuss erwirtschaften. Gerade angesichts des Investitionsstaus, all der anstehenden Investitionen, der Neuverschuldung, die nach wie vor wächst, gerade angesichts all

dieser Vorgaben müssten wir unbedingt mehr Geld einnehmen als rausgeht, mehr Geld einnehmen, als wir uns neu verschulden. In diesem Moment muss man genau so seriös und verantwortungsbewusste Finanzpolitik betreiben wie in anderen Zeiten, in denen es ein bisschen schlechter geht. Es kann nicht sein, dass einem erst dann, wenn man mit Mindereinnahmen, mit einem Defizit rechnet, plötzlich in den Sinn kommt, dass man sparen sollte. Man sollte immer ganz nach dem Sprichwort handeln: Spare in der Zeit, so hast du in der Not. Dahingehend ist die Stadt Bern noch nicht gut unterwegs. Die Schulden sind nämlich letztes Jahr wieder um 55 Mio. Franken gestiegen, in den letzten paar Jahren um Hunderte von Millionen. Und wie es mein Vorredner, Michael Ruefer, gesagt hat: Wenn man einen Blick auf die anstehenden Investitionen in die Schulhaus-sanierungen, in die Sportanlagensanierungen, in die Investitionen und den Unterhalt im Strassenraum wirft und sieht, was da alles geplant ist, dann kommen noch sehr viele weitere Hunderte von Millionen Franken auf uns zu. Und deshalb müssen wir schauen, dass wir die Ausgaben auch stemmen können. Was nämlich die Mitte ganz klar nicht möchte, ist, dass man den nachfolgenden Generationen einen riesigen Schuldenberg hinterlässt, plus dann vielleicht sogar noch Investitionen, die nicht getätigt werden konnten. Dort gibt es aus unserer Sicht ein paar grundlegende Verhaltensweisen, die die Stadt und ihr alle hier drin auch an den Tag legen dürft: ab und zu mal vielleicht auf die Luxusvariante verzichten, nicht ständig neue Aufgaben an Land ziehen und ständig einspringen, wenn der Kanton eine Aufgabe nicht übernimmt, klar unterteilen, was ist eine städtische Aufgabe, was ist eine kantonale Aufgabe, was ist vielleicht eine Bundesaufgabe, gleichzeitig auch die Verantwortung wahrnehmen im Managementbereich. Ich glaube, dort haben wir jetzt mit den IT-Debakeln, die in der letzten Zeit an das Licht gekommen sind, respektive deren Ausmass bekannt wurde, auch das eine oder andere blaue Auge davongetragen.

Unser Fazit ist, dass das Ausgabenwachstum ein bisschen im Gleichschritt mit der Machtzunahme von RGM steigt. Und dort bitten wir natürlich ganz klar auch die Mehrheitsparteien, ihre Verantwortung wahrzunehmen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Bern und gegenüber einer verantwortungsbewussten Finanzpolitik; das ganz klar der Appell auch im Hinblick auf das Budget, das uns in ungefähr 3 Monaten hier wieder beschäftigen wird. Auch dort ist darauf zu schauen, dass die Ausgaben eher sinken. Einnahmeseitig sind wir ja in der Jahresrechnung 2023 gut dran. Danke vielmals.

Präsidentin: Merci, Lionel. Raffael Joggi kommt für die AL-PdA. Er ist gar nicht da. Dann kommt jetzt Ursina Anderegg für die GB/JA!-Fraktion.

Ursina Anderegg (GB) für die Fraktion: Es ist wirklich faszinierend, was sich in den letzten Jahren Frühling für Frühling immer wieder wiederholt. Der Gemeinderat präsentiert die Rechnung, die massiv viel besser als budgetiert und mit einem Überschuss abschneidet. Bei Tamedia erscheint eine Randnotiz mit dem Titel "Die Stadt erzielt überraschend Überschuss". Auf der bürgerlichen Seite ist man eher etwas ruhig. Die positive Abweichung von 46 Mio. Franken in der Rechnung 2033 ist nicht wirklich kommentiert und auch nicht eingeordnet worden. Und die Tatsache, dass die Stadt in den letzten Jahren ihre Reserven aufgebaut hat und eben nicht abgebaut, was heisst, dass der Handlungsspielraum eigentlich da wäre, trotz Rekord-Investitionen, wird auch nicht wirklich kommentiert. Ein paar Wochen später präsentiert dann der Gemeinderat das neue Budget, das ein moderates Defizit einplant, eines, das völlig im Rahmen rund um die schwarze Null liegt, und der Aufschrei ist riesig. Mehrere Tamedia-Artikel über sogenannte rote Zahlen bei der Stadt, die fortschreiten, ein Aufschrei der bürgerlichen

Parteien, dass die Stadt kurz vor dem Kollaps steht. Das kennen wir alles schon seit Jahren. Das Argument der Zwangsverwaltung seitens des Kantons ist jetzt aber allen, glaube ich, definitiv davongeschwommen, weil es hat sich nichts so herausgestellt, wie man hätte befürchten können. Darum fokussiert sich jetzt der Aufschrei unserer Gegenseite vor allem auf die Verschuldungsfrage. Das ist natürlich eine politische Frage, die wir auch sehr gerne mit euch diskutieren, aber gerne etwas differenzierter, also es ist bis jetzt dahergekommen ist. Und ich gehe darum auch später im Votum gerne einmal darauf ein und wäre mal gespannt, ein bisschen differenzierte Argumente von euch zu hören, was genau an dieser Verschuldung das grosse Problem ist.

Aber zuerst zu der Einordnung der GB/JA!-Fraktion zu der Jahresrechnung 2023: Ich würde doch sagen, auch diese Rechnung ist aufgegangen. Die Steuereinnahmen sind deutlich höher als budgetiert. Das eigene Kapital wächst und die Stadt kommt voran beim Abbau des riesigen Investitionsstaus. Zum Steuersubstrat: Es ist sehr erfreulich, dass die Steuereinnahmen am Steigen sind. Das ist auch nicht so unerwartet und es wird auch weiterhin steigen bei den natürlichen Personen. Hier sehen wir einerseits, dass die Stadt am Wachsen ist, was erfreulich ist und auch längerfristig dank all dieser Entwicklungsprojekte, die in der Pipeline sind, so weitergehen wird. Das müssen wir natürlich im Auge behalten, weil wir alle wissen, dass, wenn mehr Menschen in dieser Stadt zusammenleben, das auch Mehrausgaben für Infrastruktur und öffentliche Angebote bedingt. Und deshalb müssen wir darauf achten, was das finanzpolitisch genau zu bedeuten hat. Bei den juristischen Personen sehen wir, dass es neue Unternehmen in Bern gibt, also entweder zugezogene oder neu entstandene. Also ein weiterer Mythos von bürgerlicher Seite, der gerne aufrechterhalten würde, klappt etwas zusammen. Die unternehmensfreundliche rot-grüne Politik führt offensichtlich eben nicht zu weniger Unternehmen, sondern im Gegenteil – schwarz auf weiss – zu mehr Unternehmen. Wer das Gegenteil behauptet, lügt. Auffällig ist auch, dass wenige grosse Unternehmen höhere Gewinnsteuern abgeliefert haben, als man erwartet hat. Das bedeutet, dass die grossen Unternehmen im Moment hohe Gewinne schreiben. Ich lasse das einfach mal so im Raum stehen. Das können wir vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt dann einmal zusammen diskutieren, was das bedeuten könnte. Zu den Investitionen: Wir befinden uns im Moment mehr oder weniger auf dem Gipfel dieser Bugwelle, von der wir alle schon seit Jahren reden, nämlich im Rahmen der Investitionsstau-Diskussionen. Wir alle wissen schon sehr lange, dass dieser Gipfel irgendeinmal kommen wird. Jetzt ist er da. Die Stadt hat im vergangenen Jahr rekordhoch investiert und mit dem Abbau dieser notwendigen Investitionen vorwärtsgemacht. Und das ist auch gut so. Jetzt landen wir mitten in dieser Schuldendiskussion. Es ist nichts als logisch, dass wir zum jetzigen Zeitpunkt einen höheren Verschuldungsgrad haben, weil wir so viel investieren. Wir wissen auch schon lange, dass die Verschuldung wachsen wird. Das ist auch schon lange eingeplant worden. Die Neuverschuldung von 55,3 Mio. Franken und der Bruttoverschuldungsgrad von 130% – 130% ist übrigens gemäss Kanton ein mittelmittler Wert, also kein Grund zur Panik – und das alles bei einem Investitionsvolumen, das fast doppelt so hoch ist wie vor 10 Jahren. Wir bewegen uns also in einem Rahmen, den wir erstens schon lange kennen und der zweitens sehr vertretbar ist. Jetzt wird in letzter Zeit – und auch heute werden wir das noch hören und haben es schon gehört – aufgeführt, dass es sehr besorgniserregend sei, dass wir uns wieder, was die Schulden anbelangt, auf einem Rekordniveau – es wird auch gesagt, auf dem Niveau der 90er Jahre – bewegen und die Zinsbelastung wieder hoch sei. Das kann man gut aufführen, das muss man auch bedenken, aber dabei muss man auch den Kontext sehen. Wie es zum Beispiel damals in den Neunzigerjahren war, ist nicht vergleichbar mit der heutigen Situation. Ende der Neunzigerjahre hat die Stadt einen Bilanzfehlbetrag von 370 Mio.

Franken ausgewiesen. Heute haben wir neben gefüllten Spezialfinanzierungen für Schul- und Sportanlageinvestitionen ein Eigenkapital von über 100 Mio. Franken. Und an dieser Stelle will ich gerne nochmals betonen, dass, wenn es nach euch Bürgerlichen gegangen wäre, wir jetzt die Steuern senken müssten, wenn nämlich die Motion Gubser umgesetzt worden wäre, also Steuersenkungen ab Reserven von 100 Mio. Franken. Würden wir das jetzt machen, dann hätten wir tatsächlich ein Problem – das einfach so von wegen finanziellen Handlungsspielraum offenhalten. Dann reden wir doch grundsätzlich über staatliche Schulden. Für uns ist die Diskussion bis jetzt nämlich viel zu eindimensional geführt worden. Ja, der Schuldenberg ist gross und er wächst momentan, und ja, es kostet uns etwas, über die Zinsen, so viele Schulden zu tragen. Aber einerseits befinden wir uns jetzt wieder in einem etwas günstigeren Zinsumfeld. Das wird wieder Korrekturen im positiven Sinn geben und die Rechnungen entlasten. Und wir können uns die Zinsbelastung offensichtlich leisten. Wir haben ja Eigenkapital und Spielraum und die Bugwelle der Investitionen wird in den nächsten Jahren wieder abflachen. Und der Gegenwert dieser jetzt zu tragenden Zinsbelastung ist eben genau die Investition in die Zukunft, denn durch die jetzt getätigten Investitionen können die kommenden Generationen entlastet werden. Wir würden gerne einmal aus eurer Sicht differenziert argumentiert hören, was genau so schlimm ist an staatlichen Schulden. Was ist aus eurer Sicht so schlimm daran, dass Unternehmen der Stadt Geld leihen und sogar noch daran verdienen? Aus unserer Sicht wäre es vielleicht logischer, die Unternehmen würden direkt ein bisschen mehr Unternehmenssteuern zahlen, aber das steht auf einem anderen Blatt. Was ist aus eurer Sicht so schlimm daran, dass sich die Stadt Geld leiht für Investitionsausgaben, die durch zahlreiche Aufträge dem lokalen Gewerbe zugutekommen? Es fliesst in Arbeitsplätze. Das findet ihr ja auch immer sehr gut, wenn Arbeitsplätze geschützt und geschaffen werden. Was ist aus eurer Sicht schlimm daran, dass sich die Stadt Geld leiht, um jetzt diese Investitionen tätigen zu können, die einerseits der Bevölkerung, also den Steuerzahler*innen, direkt zugutekommt, nämlich durch Angebote und Infrastruktur, und die zudem die Wirkung haben, dass es zu einem späteren Zeitpunkt nicht teurer wird für die Steuerzahler*innen. Ich höre immer nur, dass wir den kommenden Generationen einen besseren finanziellen Spielraum hinterlassen sollten. Ja, werden sie denn mehr Spielraum haben, wenn wir jetzt nicht investieren und sie teurere Sanierungen vornehmen müssen, weil die Infrastruktur kaputt ist, weil man jetzt abwartet mit den Sanierungen? Werden sie mehr finanziellen Spielraum haben, wenn sie durch Wetterkatastrophe massive Schäden bezahlen müssen? Das haben wir jetzt gerade auf traurige Weise in den letzten Wochen gesehen. Das sind massiv hohe Beträge, die wir in Zukunft zahlen werden, wenn wir jetzt nicht vorwärtsmachen und endlich in den Klimaschutz investieren und diese Investitionen jetzt tätigen. Und werden die kommenden Generationen mehr finanziellen Handlungsspielraum haben, wenn wir nicht jetzt die Armut bekämpfen und sie sich später mit einer noch grösseren Schere herumschlagen müssen, weil wir jetzt eben nicht in präventive und niederschwellige Angebote investiert haben? Sie werden keinen grösseren finanziellen Spielraum haben, sie werden Schulden haben. Das ist aber nichts Schlimmes. Die Unternehmen wollen uns das Geld offensichtlich auch geben, sonst würden sie es ja nicht machen. Das sagen ja auch Moodys etc. Also denen tut das nicht weh. Unseren kommenden Generationen und auch der jetzigen Bevölkerung tut es weh, wenn wir da nicht vorwärtsmachen.

Wenn wir jetzt all das in eine Waagschale werfen gegenüber der Tatsache des Zinsbelastungsanteils von 1,7%, der sich in der Rechnung 2023 findet. 1,7%. Gemäss HRM sind Werte bis zu 4% ein guter Wert. Wir befinden uns bei 1,7%. Ich kann wirklich nicht nachvollziehen, warum euer Aufschrei rund um die Verschuldung so gross ist, wie er

ist. Es macht auch weder volkswirtschaftlich noch betriebswirtschaftlich Sinn, wenn man um diese Situation herum diskutiert. Ein Staat ist keine Firma, ein Staat ist kein Privathaushalt und Investitionen heissen Investitionen, weil sie eben die Zukunft entlasten. Geld ist ein Mittel zum Zweck, um Herausforderungen zu begegnen, und Geld ist eben ein Mittel zum Zweck und kein Zweck an sich.

Wir stehen vor sehr grossen Herausforderungen mit der Klima- und Biodiversitätskrise, mit der wachsenden Armut und den bedrohten demokratischen Systemen. Und wir hoffen deshalb, dass alle jetzt in der kommenden Budgetdebatte und den finanzpolitischen Diskussionen faktenbasiert und konstruktiv zusammen diskutieren können, damit wir alle die Verantwortung wahrnehmen können und uns der Verantwortung auch bewusst sind. Für uns als Fraktion ist völlig klar, dass wir mehr in Klimaschutz und Armutsbekämpfung investieren müssen. Und wir sind sehr gespannt, wie die Budgetdebatte verlaufen wird. Und wir wollen uns an dieser Stelle auch bei der Verwaltung und beim Gemeinderat für ihre riesige Arbeit rund um den ganzen Jahresbericht und die Jahresrechnung bedanken.

Präsidentin: Danke, Ursina. Dann kommt Raffael Joggi für die AL-PdA-Fraktion.

Raffael Joggi (AL) für Fraktion: Die AL-PdA-Fraktion kann sich in vielen Dingen unserer Vorrednerin anschliessen. Wir glauben einmal mehr, dass es nicht so heiss gegessen wird, wie es gekocht wird. Das hat man jetzt wieder sehen können. Wir sind angenehm überrascht worden, hat es geheissen. Mir gefällt das noch. Es war eine schöne Überraschung. Wir konnten ein Defizit verhindern. Aber die Verschuldung steigt. Das ist irgendwie ein gefundenes Fressen für manche Leute hier im Saal – alle Jahre wieder. Wir sehen es ganz klar ähnlich wie unsere Vorrednerin. Es ist die sogenannte Bugwelle, wenn man das Bild bemühen will. Es ist auch unternehmerisch nachvollziehbar, dass, wenn man etwas investiert, wenn man für die Zukunft will, dass es besser wird, man zuerst Geld in die Finger nehmen muss – ein urkapitalistisches Denken. Und das macht eigentlich auch die Stadt hier richtigerweise. Es ist, wie es schon manches Mal gesagt wurde, ich muss es nicht wiederholen, zu wenig investiert worden in den letzten Jahrzehnten. Das muss man halt jetzt machen. Und stellt euch vor, wenn es nachher in 10, 12 Jahren so weit ist und alle Eis- und Wasseranlagen und Turnhallen und Schulhäuser gebaut sind, ob unterirdisch oder nicht. Dann haben wir nachher Gelegenheit, die Schulden, den Schuldenberg zu reduzieren. Dann haben wir so viel Luft, dass man sich jetzt auch ein bisschen entspannen kann. Glaubt das doch jetzt einfach einmal. Natürlich hat eine linksregierte Stadt vielleicht einen Bestellzettel, von dem ihr zum Teil das Gefühl habt, dass der stetig wächst. Aber die richtig grossen Sachen sind irgendwann auch finanziert und gebaut. Also wir müssen nicht jedes Jahr, wenn es so weit ist, wieder streiten. Das ist so ein bisschen unsere Überlegung, weil wir denken, dass es eine mehr oder weniger lustige Veranstaltung ist, das politisch so aufzuladen. Ansonsten würdigen oder anerkennen wir als AL/PdA-Fraktion, dass die hohen Investitionen finanziert werden müssen. Wir sind dafür, dass die hohen Investitionen getätigt werden. Wir stellen auch fest, dass der Kanton uns beim Finanz- und Lastenausgleich nicht unterstützt. Also, gerade die Parteien, die sich so sehr über die schlechten oder potenziell roten Zahlen im Jahresbericht ärgern, könnten auch einmal im Grossen Rat dafür sorgen, dass die Stadt Bern gegenüber den kantonalen Zahlungen nicht diskriminiert wird und umgekehrt. Das würde wohl auch schon einiges helfen. Ja, der Schuldendienst: Das sehen wir, glaube ich auch, vielleicht im Unterschied zu unserer Vorrednerin – aber ich will ihr jetzt nichts unterstellen – auf jeden Fall wollen wir nicht jährlich 7-stellige Schulden zahlen. Das ist natürlich nicht cool. Das Geld kann man

anderweitig verwenden. Dort sind wir allerdings wohl die Fraktion, die nicht davor zurückschreckt, Steuererhöhungen zu fordern; Steuererhöhungen, die sozialverträglich sind – ein komisches Wort, aber es geht darum, dass man nicht einfach alle Leute – leider müsste man alle Leute höher besteuern. Wir können an der Steuerprogression bekanntlich nichts ändern. Das haben wir schon letztes Jahr gesehen. Dennoch würden wir Steuererhöhungen durchaus ins Auge fassen. Wir haben vom Finanzdirektor gehört, dass wir im Schnitt im untersten Fünftel der Gemeinden des Kantons Bern sind. Unsere Forderung letztes Jahr war, 1,7 Steueranlage zu machen. Dann wäre man schön im Durchschnitt. Für uns ist einfach wichtig, dass, wenn wir die Steuern erhöhen, wir etwas zurückgeben an die unteren Einkommensschichten. Wir wollen unbedingt Reichtum besteuern. Es ist allen klar, dass der Reichtum in der Welt obszön verteilt ist, im Kanton und auch in der Stadt. Es ist einfach irgendwie müssig, sich hier die Köpfe einzuschlagen, wenn irgendwo das Kapital durch die Decke wächst und wir hier politisch quasi kleine Brötchen verteilen. Deshalb: Für uns sind Steuererhöhungen auch in Zeiten von Überschüssen ein Thema – faire Steuererhöhungen, die wir als Mittel zur Umverteilung sehen. Danke vielmals.

Präsidentin: Merci, Raffael. Dann kommt jetzt Florence Pärli für die FDP/JF-Fraktion.

Florence Pärli Schmid (JF) für die Fraktion: Das Einzige im Leben, was du wirklich musst, sind Sterben und Steuern zahlen. Das hat auch mein Schwiegervater gesagt. Als dann meine Schwägerin das erste Mal ihre Steuererklärung bekommen hat, ist sie in Tränen ausgebrochen. Sie versteht wegen ihrer Geburtsbehinderung manchmal die Sachen nicht ganz präzise. Und in diesem Fall hat sie eben verstanden, dass, weil sie jetzt Steuern zahlen muss, auch sterben muss. Unsere Aufgabe, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es, dafür zu sorgen, dass eine Steuererklärung und vor allem eine Steuerrechnung eben bei niemandem Existenzängste auslöst. Wir müssen mit dem Geld arbeiten, das die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zuerst erarbeiten müssen, bevor sie überhaupt einen Teil davon abgeben können. Und vor allem dürfen wir nicht das Geld von morgen schon heute ausgeben und auf Pump leben. Ich habe die Stadt schon einmal mit einem Boot verglichen und würde das gerne heute wieder machen. Wenn wir unsere Aufgabe richtig machen, sind Einnahmen, laufende Ausgaben und langfristige Investitionen fein ausbalanciert. Bei einem Übergewicht des einen rudert man im Kreis oder man kentert sogar. Wie das Boot gesteuert wird, zeigt jedes Jahr unser Jahresbericht. Und weil dieses Jahr 2 Legislaturen des rot-grünen Übergewichts hoffentlich enden, erlaube mir, nicht nur einen Jahresrückblick zu machen, sondern quasi einen Legislaturrückblick über die letzten 7 Jahre. Dazu vergleiche ich die Finanzzahlen 2023 mit denen vom 2016. Spoiler: Mit dem rot-grünen Übergewicht geht die Rechnung nicht auf und wir steuern unser Boot ins Kentern hinein. Eigentlich sehr schwer wiegen die Steuereinnahmen. 2023 haben sie 587 Mio. Franken betragen. 2016 sind es 500 Mio. gewesen. Die Steuereinnahmen sind also um 17% gewachsen. 2023 hat die Stadt Bern etwa 146'000 Einwohner gehabt und 2016 waren es 142'000. Die Bevölkerung ist um 3% gewachsen. Also wir haben 17 zu 3%. Die Steuereinnahmen wachsen also überproportional zur Bevölkerung. Und was zeigt uns das? Erstens sind die Unternehmenssteuern hoch – zum riesigen Glück, muss man sagen. Ausgerechnet der böse Kommerz, der von links immer verschrien und vertrieben wird und eben sogar mit einem Werbeverbot beübt, beschert der Stadt Bern also ihre hohen Erträge. Ihr seht, eure Ideologie geht hier einfach nicht auf. Ihr müsst dem Unternehmens- und Innovationsstandort Bern viel besser Sorge tragen und ihn schätzen. Übrigens ist es anderen Städten, die als Unternehmensstandort bekannt sind, 2023 viel besser gegangen aus der

Stadt Bern. Zürich hatte beispielsweise ein Defizit von 216 Mio. Franken budgetiert, dann aber tatsächlich 231 Mio. Franken eingenommen. Basel-Stadt hat sogar 434 Mio. Franken eingenommen, da sind unsere 11 Mio. Franken Überschuss wirklich nichts dagegen. Gerade der Vergleich mit anderen Städten zeigt, dass die Stadt Bern viel Potenzial zur Verbesserung ihrer Finanzen hätte, aber in Bern sind wir bescheiden. Es wäre schon einmal gut, wenn der Gemeinderat wenigstens seine eigene Finanzstrategie einhalten könnte. Das hat er 2023 wieder nicht geschafft, trotz offensichtlich besten Möglichkeiten dazu. Ja, zudem wachsen die Steuereinnahmen auch mit dem Lohnwachstum. Dem Lohnwachstum unterliegt vor allem der Mittelstand sehr stark. Bern ist eine Stadt des Mittelstands. Er ist unser Fundament. Wir müssen ihm Sorge tragen beziehungsweise dafür schauen, dass er nicht in die Agglomeration abwandert. Und dafür muss er zu sinnvollen Preisen in der Stadt Bern Wohnraum mieten und kaufen können. Er muss kurze Wege zu seiner Arbeit haben und darf, vielen Dank, Raffael, nicht durch zusätzliche Abgaben und Preise und Steuern belastet werden. Wie gesagt, die Steuereinnahmen wiegen zum Glück schwer, leider noch schwerer wiegt unsere Schuldenbelastung. Die Stadtkasse hat Ende 2023 fast 1,4 Mia. Franken das sind 1400 Millionen Franken Schulden. Zusammen mit ihren Sonderrechnungen und Anstalten hat die Stadt sogar 3,125 Mia. Franken Schulden. Zum Vergleich: Ende 2016 hat die Stadtkasse 1 Mia. Franken Schulden gehabt und insgesamt 2,4 Mia. Franken Schulden. In nur 7 Jahren ist die Schuldenbelastung der Stadtkasse, also der Stadtkasse, nicht inklusive aller Anstalten, um 400 Mio. Franken gewachsen. 2028, das haben wir jetzt auch schon gehört, sollen sie dann mit 1,8 Mia. Franken sogar gleich hoch sein wie in den späten Neunzigerjahren. Viele in diesem Raum, ich inklusive, wissen nicht mehr, wie das damals war. Aber die Stadt hat wegen ihrer Schuldenlast überhaupt keine finanzielle Flexibilität mehr gehabt und sogar der Kanton hat sie dirigiert. Wollt ihr das? Wollt ihr wirklich riskieren, dass die Stadtbevölkerung ihre eigene Stadt bald nicht mehr selbst gestalten kann? Wieso sind denn unsere Schulden so hoch? Kommen wir zum schwersten Brocken auf dem Boot, zu den laufenden Ausgaben, vielleicht gerade zuerst zu denen, die mit den Schulden zusammenhängen – und, liebe Ursina, das ist eben unser Problem, warum Schulden so gefährlich sind – nämlich zur Zinsbelastung. Die hat 2016 50 Mio. Franken betragen und 2023 war die Zinsbelastung 46 Mio. Franken hoch. Wenn man zuhört, merkt man, dass die Belastung gesunken ist. Die Zinsbelastung ist gesunken, weil Herr Rutschi und sein Team in der Finanzverwaltung einen ausgezeichneten Job machen. Sie konnten die Stadt teilweise neu verschulden und bei Banken Kredite zu guten Konditionen, also sehr tiefen Zinsen, beziehen. Darum ist die Zinsbelastung 2021 sogar bei 37 Mio. Franken gewesen. Ihr merkt es: 2021 bei 37 Mio. Franken, 2023 schon wieder bis 46 Mio. Franken. Die Zinsbelastung ist also trotz Tiefzinsumfeld markant am Steigen. Wir geben deutlich mehr aus für Zinszahlungen an den Kreditgeber, vor allem an die Banken, als wir für die Kultur oder auch für unsere Polizei zahlen. Hohe Ablösungen von Schulden sind übrigens dann in den Dreissigerjahren vorgesehen, und wer weiss, wie dann das Zinsumfeld sein wird – in 10 Jahren. 2016 betragen die Aufwände der Stadt Bern etwa 1,1 Mia. Franken, 2023 haben sie fast 1,4 Mia. Franken betragen. Also haben wir ein Wachstum der Ausgaben und 300 Mio. Franken in 7 Jahren. 300 Mio. Franken mehr als 2016 haben wir 2023 ausgegeben. Die Stadt Bern hat offenbar zig Projekte und Ausgaben, die unnötig sind und die sie freiwillig beschliesst. Das jüngste Beispiel ist das unverantwortliche 1 zu 6-Betreungsverhältnis in den Tagesschulen, was beispielsweise 2025 über 30 neue Stellen brauchen wird. Ihr wollt ja dann für Zwölfjährige 1 zu 6 Betreuer in einer Tagesschule, währenddem Lehrerinnen im Verhältnis 1 zu 26 die Kinder ausbilden müssen. Dass das unverhältnismässig ist, sollte man sehen. Würden wir endlich auf die freiwilligen Ausgaben

und Projekte verzichten, könnten wir massiv Geld einsparen. Ebenfalls Geld würde sich sparen lassen, wenn wir bei Investitionen und Sanierungen ein bisschen bescheidener und pragmatischer werden. Es kann doch einfach nicht sein, dass wir ein Schulhaus im Hochfeld nicht aufstocken und ausbauen können, weil der Denkmalschutz im wahrsten Sinn des Wortes mauert. Sagen wir, 5% unserer Ausgaben erfolgten freiwillig. Das ist wahrscheinlich sogar etwas unterschätzt. Das wären 70 Mio. Franken pro Jahr, die wir einsparen könnten. 70 Mio. Franken entsprechen etwa gerade dem, was wir jedes Jahr neu an Schulden aufgenommen haben.

Das Übergewicht von Schulden und Ausgaben im Vergleich zu den Einnahmen führt also dazu, dass wir unser Boot, die Stadt Bern, geradewegs ins Kentern fahren. Und im Gegensatz zu Rot-Grün, das schon in der nächsten Legislatur offensichtlich, wenn nicht schon jetzt 2024, nach Rettungsbooten in Form von Steuererhöhungen schreien wird, empfehlen wir von der Fraktion FDP/JF einen viel einfacheren Ansatz: Bei den Ausgaben sollen 5 bis 10% Ballast weg und schon würden wir viel ausgeglichener und mit einer Rechnung, die eben auch langfristig aufgeht, Richtung Zukunft fahren.

Die Fraktion FDP/JF hat keinen Zweifel an der Richtigkeit der Zahlen in der Jahresrechnung. Und an dieser Stelle dankt sie der Verwaltung herzlich für ihre gute Arbeit im Zusammenhang mit der Erarbeitung der Jahresabschlüsse. Weil die Fraktion FDP/JF aber mit dem finanzpolitischen Kurs nicht einverstanden ist, lehnt sie die Rechnung trotzdem ab. Noch für das Protokoll: Ich selber werde für die Abstimmung in den Ausstand treten, weil ich 2023 bei der Revisionsgesellschaft der Stadt Bern gearbeitet habe mit klaren Chinese Walls. Ich dürfte abstimmen. Aber um jeglichen Zweifel auszuschliessen, enthalte ich mich dieser Abstimmung. Danke vielmals.

Präsidentin: Danke, Florence. Dann kommt Maurice Lindgren für die GLP/JGLP/EVP-Fraktion.

Maurice Lindgren (GLP) für die Fraktion: Die GLP/JGLP/EVP-Fraktion nimmt zur Kenntnis, dass der Rechnungsabschluss besser als das Budget ausgefallen ist, und dankt allen Beteiligten für ihre Arbeit. Der Rechnungsabschluss liegt im Rahmen unserer Erwartungen. Schliesslich ist das Budget 2023 im ersten Halbjahr 2022 entstanden und damit noch in der Corona-Zeit. Damals sah die Welt aus viraler Sicht noch sehr dynamisch aus, aus wirtschaftlicher Sicht hingegen sehr viel weniger dynamisch – mit entsprechend tiefen Erwartungen für die prognostizierten Steuereinnahmen. Die Welt sieht in dieser Hinsicht jetzt viel besser aus. Und das ist auch der Hauptgrund, warum die Rechnung überhaupt im positiven Bereich abschliesst – Rekordeinnahmen bei den Steuern. Bei der Einkommenssteuer ist es sogar ein absoluter Rekord, bei den Unternehmen immerhin der zweithöchste Wert überhaupt. Trotzdem dürfte sich die Stadt Bern eigentlich nicht zufrieden geben mit diesem Ergebnis. Bei genauer Betrachtung stellt man fest, dass trotz der vielen Einnahmen eine Neuverschuldung in der Summe von 55 Mio. Franken dazu gekommen ist auf diesen Schuldenberg in Milliardenhöhe, den die Stadt Bern ja schon hat. Diese Neuverschuldung sehen wir kritisch. Sie liegt weit über diesen 30 Mio. Franken, die der Gemeinderat selber einmal als Grenze für eine sogenannt nachhaltige Finanzpolitik definiert hat. Das allein wäre jetzt nicht so schlimm, wenn das erstens eine Ausnahme wäre und zweitens das Problem auch von der regierenden Mehrheit erkannt worden wäre. Aber das scheint in beiden Punkten leider nicht der Fall zu sein, wie wir ja von gewissen Sprecherinnen gehört haben.

55 Mio. Franken ist fast doppelt so viel wie die genannte Grenze von 30 Mio. Franken und es ist leider nicht die Ausnahme. Bereits in den Vorjahren haben wir uns so stark verschuldet und es ist kein Ende in Sicht. Im Budget 2025 ist von über 80 Mio. Franken

Neuverschuldung die Rede, ohne jetzt der Budgetdebatte 2025 vorgreifen zu wollen. Diese Entwicklung ist nicht nachhaltig und das sieht man eben auch in der Rechnung 2023. Der zweite Punkt, den wir für bedenklich halten, ist die Nonchalance, mit der dieser Umstand hingenommen wird; von der ratslinken Seite im Parlament sowieso, da sie aus unserer Sicht ihre Verantwortung als politische Mehrheit in diesem Punkt nicht genügend wahrnimmt. Aber auch der Gemeinderat, bei dem man mehr finanzpolitische Vernunft erwarten würde und der allen Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohnern verpflichtet ist, scheint kein Problem mit dem hohen Tempo zu haben, mit dem sich die Stadt Bern neu verschuldet. Aus unserer Sicht leitet sich aus dem Verschuldungszuwachs, aus dieser Rate, eigentlich Handlungsbedarf ab. Aber im Gegenteil wird explizit gesagt, weitere Massnahmen seien nicht nötig, und das können wir nicht nachvollziehen. Einen Plan, wie lange man sich noch so weiter verschulden will, gibt es nicht. Eine Strategie, wie man den Schuldendienst, also die Zahlungen für all diese Schulden, bewältigen will, gibt es auch nicht. Schulden sind zwar nicht nur schlecht, wie schon gesagt wurde. Gerade aus volkswirtschaftlicher Sicht gibt es gute Gründe, sich in einem gewissen Ausmass zu verschulden. Aber was die Stadt macht, dem fehlt ein geordneter Rahmen. Es fehlt ein Plan, eine Strategie, vielleicht sogar ein Programm, um den Berg auch irgendwann einmal wieder abzubauen. Das heisst, die Zinsbelastung aus den jährlich den Banken zu überweisenden Steuergeldern wird weiter steigen und es scheint nichts zu geben, was das bremst. Das hat ja meine Vorrednerin Florence bereits ausgeführt und ich kürze den Teil hier ab. Ja, wir müssen investieren, Ja, wir haben Nachholbedarf bei den Investitionen. Trotzdem darf das nicht dazu führen, dass die Verschuldung unkontrolliert steigt. Die Fraktion begrüsst, dass diese Altlasten aktiv angegangen werden, und unterstreicht die Wichtigkeit dieser Investitionen für die Stadt Bern. Doch haben es die politisch Verantwortlichen bis jetzt verpasst, aufwandseitig die nötigen Massnahmen zu treffen, um eine 100-prozentige Finanzierung der Investitionen aus den eigenen Mitteln möglich zu machen. Dieses Ziel gibt sich schliesslich nicht nur die GLP, sondern auch die Stadt selber mit der Finanzstrategie, die sie aber leider nicht einhält. Wir stellen auch fest, dass von der sogenannten antizyklischen Finanzpolitik, die während der Coronakrise gerade von Links als Konzept entdeckt wurde, jetzt niemand mehr etwas wissen will. Ich glaube, das Wort ist heute kein einziges Mal gefallen. Die Logik davon wäre ja, dass jetzt, wo die wirtschaftliche Situation gut ist, der Staat Schulden abgebaut und bezüglich der Ausgabenpolitik zurückhaltend ist. Das Gegenteil ist der Fall. Aber das überrascht uns ehrlich gesagt nicht vollkommen. Ein bisschen war das ja auch klar. Wir als GLP/JGLP/EVP-Fraktion verstehen das Prinzip der Nachhaltigkeit umfassend und damit müsste es auch Anwendung finden auf die Finanzen. In anderen Worten heisst eine generationengerechte Finanzpolitik für uns, dass zumindest in einem langjährigen Schnitt betrachtet sämtliche Aufgaben eines Gemeindegewesens einschliesslich der Investitionen mit eigenen Mitteln getragen werden müssten. Das ist in der Stadt Bern nach wie vor nicht der Fall und das muss sich ändern. Die Rechnung 2023 ist die letzte Rechnung, bei der die Ausrede Corona noch gelten kann. Für die kommende Debatte zum Budget 2025 geht das nicht mehr.

Präsidentin: Merci, Maurice. Dann kommt Johannes Wartenweiler für die SP-JUSO-Fraktion.

Johannes Wartenweiler (SP) für Fraktion: Zuerst einmal danke ich allen, die im letzten Jahr für die Stadt Bern gearbeitet haben, ob in der Verwaltung oder im Gemeinderat und sogar bei uns hier. Ich habe teilweise ein wenig mitgearbeitet. Wir können sagen: Wir haben ein gutes Ergebnis. Es ist besser ausgefallen, als wir befürchtet haben. Es

ist, wie soll ich sagen, auch ein bisschen Glück, wie immer, dabei gewesen. Und ich glaube, ihr hier habt immer sehr präzise Vorstellungen von den Zahlen, wie sie sich entwickeln müssen. Ich glaube halt einfach, dass öffentliche Finanzen nicht genau so planbar sind wie ein privates Unternehmen. Und öffentliche Finanzen müsste man halt vielleicht grundsätzlich auch ein bisschen anders sehen. Und die Strategien des Gemeinderats mögen nicht immer aufgehen. Da hat er sich halt vielleicht auch selber Ziele gesetzt, die er nicht umsetzen kann. aber man sieht doch: In gewissen Bereichen nähert man sich dieser Strategie an. Ich möchte doch einfach festhalten, dass das Eigenkapital, das freiverfügbare Eigenkapital, inzwischen nahe bei diesen 120 Mio. Franken ist, was eigentlich einmal als untere Grenze vorgesehen war. Und es ist gestiegen in den letzten Jahren. Ich glaube, insgesamt muss man sagen: Vielleicht tut man sich mit einer Strategie etwas zu viel an, weil man nachher daran gemessen wird und daher sollte man das vielleicht nicht allzu sehr auf die Goldwaage legen. Der Rahmen dessen, was wir hier diskutieren, ist eine wachsende Stadt. Wir sind 2023 mit zusätzlichen 641 Wohnungen und über 1400 Bewohner*innen unterwegs. Und wir von der SP-Juso-Fraktion wollen dieser wachsenden Stadt auch den nötigen Rahmen geben: Service public-mässig, in Bezug auf Klimaschutz, Gleichstellung, Stadtentwicklung und Armutsbekämpfung und so weiter und so fort. Und diese Rechnung gibt in dieser Hinsicht Zuversicht. Ich möchte einfach schnell noch auf einen Einwand eingehen. Die 300 Mio. Franken Mehrausgaben, die wir seit 2016 haben – ja, das stimmt, wir haben 300 Mio. Franken mehr ausgegeben, aber wir haben trotzdem 2023 in der Rechnung sogar noch einen Überschuss. Also, daher haben wir auch die 300 Mio. Franken Mehrausgaben über den Zeitraum von 7 Jahren stemmen können. Wir haben 2 Sachen, die vielleicht entscheidend sind, um zu bewerten, was jetzt genau passiert ist. Wir haben die steigenden Steuereinnahmen. Das ist umfangreich und umfassend von verschiedensten Leuten hier dargelegt worden. Und wir haben auf der anderen Seite steigende Einzahlungen in den Lastenausgleich. Da möchte ich einfach auch noch daran erinnern, dass der ganze Kanton eigentlich an der Finanzkraft der Stadt und auch der Region Bern hängt und ganz viele Gemeinden ausserhalb sehr froh sind, dass die Stadt Bern so leistungsfähig ist, dass sie den Finanzausgleich speisen kann und dafür sorgen kann, dass auch draussen im Emmental, im Oberland, im Schwarzenburgerland eine Mindestausstattung des Service public möglich ist. Und das leistet die Stadt seit Jahr und Tag ununterbrochen. Und der Dank aus dem Kanton würde ich jetzt einmal sagen, ist recht bescheiden. Zu den Investitionen: Sie haben ein Rekordniveau erreicht. Das wissen wir. Sie sind bei 150 und mehr Millionen. Und vielleicht hilft halt hier eine lange Sicht für das Verständnis dieser ausserordentlich hohen Investitionen. Vielleicht bin ich einer der wenigen, der sich noch aktiv daran erinnern kann, was in den Neunzigerjahren, in den Nullerjahren gewesen ist in dieser Stadt. Es war eine schwierige Zeit. Die Stadt ist wie fast jedes Gemeinwesen in eine Turbulenz geraten, nicht zuletzt durch die epochalen Wendungen ab 1989, als alle die Strukturen über Jahre überfordert haben, was auch beim Bund, beim Kanton und auch in den Gemeinden zu grossen Defiziten geführt hat. Die Stadt am Ende der Nahrungskette wurde vom Kanton quasi dazu gezwungen, ihre Finanzen in den Griff zu bekommen. Das war ein langfristiger, schwieriger Prozess und eine der wichtigsten Massnahmen dazumal war: Wir verzichteten auf Investitionen, die schon damals nötig gewesen wären – in die Schulen oder in die Bäder. Und das kommt jetzt einfach alles mit einer Verzögerung von 20 Jahren auf uns zurück. Und es ist so, es ist ein sehr hohes Investitionsvolumen und das wird auch noch ein paar Jahre anhalten. Aber da sind wir uns eigentlich fast über alle Parteigrenzen einig, dass die Investitionen nötig und sinnvoll sind, weil es darum geht, grundlegende Infrastruktur in dieser Stadt zu bauen; nicht nur in Gang zu halten, sondern auch zu verbessern. Und

klar, wir sind auch manchmal der Ansicht, wir könnten das eine oder das andere ein bisschen günstiger machen und wir ringen auch mit den Direktionen, dass sie hier oder dort Lösungen zu finden versuchen, die jetzt nicht einfach der Rolls Royce unter den Lösungen sind. Wir müssen uns mit der Frage herumschlagen, was mit den Zinsen ist, die mit den Schulden verbunden sind. Denn die Verschuldung, das ist halt ein Effekt unserer Investitionstätigkeit, die kommt und die steigt. Und nachdem wir im Jahr 2000 2 Mia. Franken Schulden hatten und bis 2016 auf 1 Mia. Franken runtergekommen sind, sind wir jetzt wieder bei 1,4 Mia. Franken – bei einer ganz anderen Leistungsfähigkeit der Stadt. Das muss man auch sagen. 2000 standen wir in Bezug auf das BIP an einem anderen Ort. und wir sind mit der Verschuldung in ein paar Jahren noch immer unterhalb dessen, was 2000 passiert ist. Wir führen trotzdem Diskussionen, wie man mit dieser Verschuldung so umgehen kann, dass die Zinsen uns nicht übermässig belasten, dass wir keinen Crash erleiden, dass wir nicht in eine Zinsenkrise kommen. Wir haben das auch in der FIKO diskutiert. Wir haben auch mit dem Gemeinderat diskutiert, wie man diese Investitionen allenfalls ein bisschen aufschieben könnte. Wir haben vom Gemeinderat hören müssen, das sei sehr wichtig, dass die jetzt kommen, da könne man jetzt nicht viel machen. Und die SP-Juso-Fraktion wird sich hüten, jetzt quasi auf der Ebene "Einzelprojekte" das korrigieren zu wollen, denn das ist nicht unsere Flughöhe. Es bewegt sich. 130% Verschuldung seit Jahren ist aus unserer Sicht, wie es Ursina auch gesagt hat, machbar. Es wird uns nicht das Genick brechen in den nächsten Jahren. Da bin ich fast sicher. Daher können wir die Rechnung mit gutem Gewissen annehmen. Ich möchte jetzt aber trotzdem noch 2, 3 Bemerkungen machen zu meinen Vorredner*innen. Dass wir Ostermundigen nicht in die Stadt bringen konnten, ist schade. Aber ich möchte einfach daran erinnern: Erstens, die Stadt hat es angenommen. Und zweitens: Jene, die jetzt die beklagen, dass wir versagt haben, waren aktiv gegen das Projekt und haben alles gemacht, damit das verhindert wird. Das war auch nicht unbedingt ein Dienst an der Stadt. Wenn die Gemeinderatskandidatin der FDP sagt, man müsse bei den Einnahmen 5 bis 10% runterfahren, dann stimme die Rechnung, und wenn das das Einzige ist, das nachher noch stimmt, dann weiss ich nicht, ob das als politisches Programm reicht, um die Stadt in die Zukunft zu führen. Danke vielmals.

Präsidentin: Merci Johannes. Dann sind wir bei den Einzelvoten. – Es gibt keine Einzelvoten. Dann hat der Gemeinderat – ah, Alex Feuz, pardon.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Wir sind doch ein paarmal kurz angesprochen worden, darum habe ich mich spontan entschieden, kurz auch noch etwas zu sagen. Ich bin einer von denen, die dem Gemeinderat nie vorgeworfen haben, dass die Rechnung besser ausgefallen ist als budgetiert. Das waren für mich eben immer Glückseffekte, Einmaleffekte. Aber, und das ist das Entscheidende, wenn man dermassen viele, rekordhohe Einnahmen hat, dann sollte, wie Lionel Gaudy gesagt hat, auch ein rechter Überschuss bleiben, und das ist eben nicht der Fall. Es ist der Fluch der bösen Tat. Wenn man mehr Geld hat, braucht man es und gibt es einfach wieder aus. Und dann haben wir genau das, was ich immer gesagt habe. Der Sündenfall war damals, als man die Motion Gubser nicht umgesetzt hat. Dann hatte man nämlich nachher Geld, zu viel Geld. Was hat man gemacht? Der Stadtpräsident hat "Aua, wir leben" fast doppelt so viel gegeben und nachher hat man einen Haufen Personal eingestellt für Sachen, die wir effektiv nicht brauchen und die der Bevölkerung nichts nützen. Ich bin der Meinung, dass ein gendergerechter Sprachleitfaden und eine Fachstelle, die den Leuten das

Fleisch madig machen soll, nicht entscheidend sind. Dann hat man eine falsche Entwicklungspolitik gemacht. Ich sagte das mehrmals: Man will immer mehr Leute in die Stadt holen, aber das hat eben auch Konsequenzen hinsichtlich der Investitionen. Wir haben durchaus gesagt, die Ka-We-De müsse saniert werden, auch die Bäder. Wenn man das machen würde, was wirklich wichtig ist, dann hätte man mehr als genügend Geld. Aber man kapriziert sich wieder auf Planungen, die nichts bringen, die teilweise L'art pour l'art sind. Ihr habt Citysoftnet gesehen, wo wir wahrscheinlich 20 Mio. Franken in den Sand setzen. Wir haben ein Base4Kids – alles Projekte, bei denen wir viel Geld ausgeben. Oder ein Abfalltrennsystem, bei dem man von allem Anfang an scheitert. So kann man das Geld sinnlos verblöden und verdummen und darum sind wir schlecht dran. Deshalb lehnen wir den Jahresbericht ganz klar ab. Merci.

Präsidentin: Merci Alex. Dann kommt Florence Pärli.

Florence Pärli Schmid (JF), Einzelvotum: Ich würde nur gerne noch richtigstellen: Ich habe vorher von Ausgaben geredet und nicht von Einnahmen und ich habe von freiwilligen Ausgaben geredet. Und jetzt habe ich noch schnell die Präsentation des Gemeinderats für das Budget 2025 geöffnet. Dort steht bei "Neue Aufgaben, Leistungsausbau, Stellenausbau": 2025 ist geplant, dass wir 118 Stellen ausbauen, davon 79 freiwillig. Also, ich glaube, es würde wahrscheinlich niemandem wehtun, 5 bis 10% weniger auszugeben.

Präsidentin: Merci vielmals, Florence. – Bitte spricht am Mikrofon oder draussen. – Dann hat der Gemeinderat das Wort. Michael Aebersold.

Michael Aebersold, Direktor FPI: Ich danke auch zuerst einmal der Verwaltung. Ich danke der FIKO, der GPK und den Fraktionen, dass ihr euch mit dieser Jahresrechnung auseinandergesetzt habt und heute darüber diskutiert habt. Ich danke meinen Gemeinderatskolleginnen und -kollegen, die wie auch der Finanzverwalter sorgsam und im Sinne der Bevölkerung mit den Geldern der Stadt Bern umgehen wollen. Ich sage immer wieder. Das sind Fakten und ich werde mich heute nicht zum Budget äussern und nicht zu Äusserungen über Folien, die man erst noch in einen Zusammenhang stellen müsste. Es wurde von Glück gesprochen. Es gibt auch so etwas wie das Glück des Tüchtigen, und darum bin ich froh, dass die Rechnung grundsätzlich positiv aufgenommen wurde. Ich hatte schon am einen oder anderen Ort das Gefühl, ich sei im falschen Film. Aber vielleicht ist es auch nur so, dass gewisse Fraktionen auf dem falschen Dampfer sind. Ich habe genau zugehört. Die wichtigsten Zahlen wurden genannt, vor allem auch von der Sprecherin der FIKO, Franziska Geiser. Ich werde das nicht wiederholen. Ich habe den Ausführungen von 2 potenziellen Finanzdirektorinnen zugehört und das hat auch der Finanzverwalter gemacht. Ja, vielleicht landen sie ja einmal dort. Ich bin gespannt, wie sie es dann beurteilen. Wenn hier gesagt wird, man könne locker 5 bis 10% bei den Ausgaben einsparen. Ich glaube, letzte Woche hat sich Daniel Bichsel, ein hoch kompetenter Finanzspezialist, langjähriger Präsident der FIKO des Grossen Rats, zu der Situation der Gemeinden geäussert, vor allem auch zu den Investitionen. Er hat unter anderem gesagt, dass 90% einmal sicher gebundene Ausgaben sind. Also, wenn ihr jetzt noch die restlichen 10% streichen wollt, bin ich gespannt, wo das der Fall wäre. Ich sage ganz kurz, einfach damit es auch protokolliert ist, ein paar Sachen zu der Jahresrechnung und mache dann vor allem eine politische Einordnung. Das ist ja auch meine Aufgabe und ich werde dort auch ganz viele Fun Facts haben, wie Mateo Micieli sagen würde. Also, noch einmal: Ein Überschuss von 11 Mio. Franken

ist erfreulich. Wir haben eine Verbesserung gegenüber dem Budget von 46 Mio. Franken, deutlich höhere Steuererträge, Netto-Rekord-Investitionen von 160 Mio. Franken. Wir haben den Bilanzüberschuss ausgebaut auf 106 Mio. Franken – rekordhoch, seit man angefangen hat, den Bilanzfehlbetrag abzubauen Ende 2000 – also, rekordhoher Bilanzüberschuss. Es ist gesagt worden, ich wiederhole das trotzdem auch noch einmal: Ohne FIT hätte man ein Defizit gehabt von 20 Mio. Franken. Das wurde hier manchmal auch zur Diskussion gestellt worden: Braucht es das oder nicht? Das hat es unbedingt gebraucht und die Massnahmen werden ja jetzt auch weitergeführt. Es kommen im Moment sicher keine neuen dazu.

Jetzt komme ich wirklich zu der politischen Einordnung. Die Stadt Bern wächst, die Stadt Bern investiert in Infrastruktur und Lebensqualität. Wir haben eine Zunahme der Steuersubjekte: Ordentlich Besteuerte plus 340 Einheiten im letzten Jahr. Ich möchte euch einfach sagen: In den 3 Vorjahren hatten wir minus 1'200 Subjekte, also eine Abwanderung. Wir haben eine Zunahme. Wir haben eine Zunahme von Quellenbesteuerten um 1'200 Personen. Das hat vielleicht auch damit zu tun, dass die Stadt Bern hoch attraktiv ist. Wir können auch feststellen, dass die durchschnittliche Einkommens- und Vermögenssteuer je Steuersubstrat der ordentlichen Besteuerten auf einem Höchststand ist von 3'900 Franken pro Steuersubstrat ist. Das ist ein Wachstum von 2% gegenüber 2022. Wir stellen auch fest, dass jene Steuersubstrate, die keine Steuern zahlen, abnehmen, was per se ein positiver Effekt ist. Man müsste dann schauen, ob es diesen Leuten besser geht oder ob sie verdrängt werden. Aber per se für die Stadt Bern ist das positiv. Und eben: bei den Steuereinnahmen natürlichen Personen ein Rekordhoch im letzten Jahr von 392 Mio. Franken. Einfach zu diesen grossen Investitionen: Ich möchte das auch noch einmal sagen. Wir haben 2023 die grössten Abstimmungen zusammengezählt. Jetzt haltet euch am Bänklein fest. Es waren 483,2 Mio. Franken, denen die Stimmbevölkerung zugestimmt hat, notabene mit einem Durchschnittswert von etwa 82% Ja-Anteil. Da sind die Freibad-Wyler-Sanierung, die Gesamtanierung Nydeggbücke, die Infrastrukturentwicklung Viererfeld/Mittelfeld, Aufwertung Strassenraum/Ausbau Fernwärme – da schaue ich jetzt auf diese Seite zu jenen, die sagen, die Stadt mache nichts für das Klima und so. Es sind immerhin 48 Mio. Franken, die man da jetzt bereitgestellt hat –, 110 Mio. Franken für den generellen Entwässerungsplan, der auch ein bisschen etwas mit Klima zu tun hat. Der Spielplatz an der Looslistrasse, der zu riesigen Diskussionen geführt hat, geht mit 3,7 Mio. Franken fast ein bisschen unter, wenn man diese Zahlen sieht. Und für den Hochwasserschutz auch noch einmal fast 150 Mio. Franken. Wir haben auch extrem viel erreicht. Da will ich einfach auch ein paar Highlights herausstreichen. Also wir haben den Jugendklub Stellwerk eröffnen können, wir haben ein neues Geoportal mit über 200 Datensätzen, die man jetzt herunterladen und brauchen kann. Wir haben die Kampagnen "Bern schaut hin" lanciert oder wieder durchgeführt gegen sexistische queer-feindliche und sexualisierte Gewalt. Wir haben einen Rahmenkredit zu dem, was ich vorher gesagt habe, von 67,5 Mio. Franken für die hindernisfreie Umgestaltung von ÖV-Haltestationen. Wir haben das Personalreglement teilrevidiert mit vielen Verbesserungen. Die Inkraftsetzung der Verordnungen, das kann ich hier schon einmal sagen, werden wir jetzt auf den 1. Oktober umsetzen können. Wir haben die neue Schwimmhalle eröffnet. Wir mussten sie kurz schliessen, aber jetzt ist sie wieder offen. Wir haben dort eine PV-Anlage auf 3'500 m², auch eine Klimamassnahme. Wir konnten eine Strategie "Nachhaltige Entwicklung Immobilien" des Fondsvermögens genehmigen im Gemeinderat. Wir haben die Reichenbachstrasse in Betrieb genommen: 2000-Watt-Areal, 2 Plus-Energiehäuser und 94 günstige Wohnungen. Man kann neu in den Entsorgungshöfen

Gegenstände entgegennehmen oder spenden, statt dass sie einfach weggeworfen werden. Stichwort "Kreislaufwirtschaft", Gell, Ingrid.

Wir hatten 2 erfolgreiche Abstimmungen zum Viererfeld/Mittelfeld. Und dann muss ich schon wieder auch ein bisschen zu euch rüber schauen von wegen Klima oder wir verbauen die Grünräume – das ist gegen die Zersiedelung. Damit die Leute eben nicht auf dem Land draussen wohnen und dann dort hinausfahren auf der Strasse. Und eben: Wenn die SVP gegen diese Überbauungen ist, dann verstehe ich nicht, warum sie die Autobahnen 8-spurig ausbauen wollen. Dabei geht wesentlich mehr Land für vielleicht weniger hehre Ziele kaputt. Wir haben die Volksschule Baumgarten fertiggestellt. Also, das Geld geben wir sinnvoll aus für die Bevölkerung, für das Wachstum, für das Klima. Einfach noch ein kurzer Rückblick, so ein bisschen die Zahlen jetzt noch in einem anderen Zusammenhang: Ich bin froh, wenn ihr zuhört und es ist schade, ist Tamedia nicht, aber die können dann ihre Kommentare schreiben, obschon sie nicht zugehört haben. Wir haben in der letzten Legislatur 5 Rechnungsjahre positiv abgeschlossen, total 110,5 Mio. Franken. Wir hatten 2 negative Rechnungsergebnisse, minus 28,7 Mio. Franken. Also wir haben in der Summe ein Plus von 82 Mio. Franken in diesen letzten 8 Jahren. Zu den Investitionen, und das müsst ihr einfach schon zur Kenntnis nehmen: 2009 bis 2016 hat die Stadt im Schnitt 83 Mio. Franken ausgegeben. Das sind alles Altlasten. Es wurde gesagt. Damals als man Schulden abgebaut hat, hat man einfach nicht mehr saniert. Mit entsprechenden Mehrkosten, Nachholbedarf plus Wachstum, kamen wir 2017 bis 2020 auf 101 Mio. Franken im Durchschnitt. 2021 bis 2024 haben wir schon bei 138 Mio. Franken mit dem Höchstwert 160 Mio. Franken letztes Jahr. Verschuldet haben wir uns dennoch nur um, glaube ich, rund 50 Mio. Franken. Also, auch das: Die 30 Mio. Überschuss sind ja dann, wenn wir sagen 130 Mio. ausgeben und dann 160 Mio. ausgeben, dann fehlen 30 Mio. Franken, um die die Verschuldung entsprechend zunimmt. Wir investieren nicht einfach aus Freude. Und wenn man dann noch priorisiert, kommt wieder eine Motion, die sagt, man soll jetzt den Pump-Track auch noch machen und das Lorrainebad nicht schliessen. Es ist eben nicht so einfach. In der Politik geht es zum Glück auch darum, dass man das Geld sinnvoll verteilt, dass man das sinnvoll macht und dabei auch berücksichtigt, ob man sich etwas leisten kann oder nicht. Und wenn ich noch zum "etwas leisten" komme – ich bin fast am Schluss: Es wird völlig ausgeblendet von gewisser Seite, aber wir schaffen neue Werte.

Noch einmal: Bilanzüberschuss – Höchstwert seit Abtragung der Bilanzfehlbeträge. Wir haben das Verwaltungsvermögen um rund eine Viertelmilliarde erhöhen können. 2017 war das noch 900 Mio. Franken. Jetzt haben wir 1,2 Mia. Franken an Wert. In der Sonderrechnung Fonds haben wir ebenfalls den Wert gesteigert um 0,4 Mia. Franken auf 1,7 Mia. Franken. Das ist das real existierende Kapital, das die Stadt hat, das sie wahrscheinlich am Markt zu einem besseren Preis verkaufen könnte. Ihr wisst das, und ich gehe davon aus, dass das auch meine Nachfolgerin hoffentlich weiss. Wir wollen das nicht verscherbeln. Aber wir haben einen Wert, ja, das einmal so ein bisschen in den Raum geworfen. Für EWB würden wahrscheinlich die BKW locker 2 Mia. Franken zahlen. Also, wir sind nicht im Armenhaus. Wir müssen schauen, dass wir es im Griff haben, aber es geht uns nicht so schlecht. Und jetzt noch zu den Schulden: Ja, im Moment werden Schulden angehäuft von 1,1 Mia. Franken 2016 um 330 Mio. Franken. Das stimmt. Da haben wir, glaube ich, die gleichen Zahlen, Florence. Aber ich man muss ja den Brutto-Verschuldungsanteil anschauen. Ich habe vorhin gesagt, wie massiv wir investieren, und der ist einfach von 127% Ende 2016 jetzt auf 130% gestiegen Ende 2023.

Die Präsidentin bittet den Direktor FPI, zum Schluss zu kommen.

Das wäre mein letzter Satz gewesen. Nein, also, das ist einfach: Wenn ihr schon mit Zahlen kommt, dann stellt sie in den richtigen Zusammenhang. Nehmt die richtigen Zahlen. Wie gesagt, über die 118 Stellen diskutiere ich mit euch gerne im Rahmen der Budgetdebatte, und daher dünkt es mich, ihr könnt die Rechnung jetzt mit gutem Wissen und Gewissen annehmen. Vielen Dank.

Präsidentin: Merci vielmals. Dann kommen wir zu den Abstimmungen zum Jahresbericht 2023, und zwar stimmen wir ab über den Antrag des Gemeinderats im Jahresbericht, Band 1, Seite 103 bis 104.

Abstimmung Nr. 001

2023.FPI.0112

Annahme

Ja	53
Nein	15
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Jahresbericht angenommen.

2024.SR.0140

4 Wahl Leitung verwaltungsunabhängige Finanzkontrolle

Präsidentin: Wir gehen noch einmal zurück zum Traktandum 4. Shanna Wagner ist eingetroffen. Ich will an dieser Stelle sagen, dass es ein Missverständnis gab. Sie wurde informiert, dass wir das Traktandum etwa um 2 Uhr behandeln, aber wir sind inzwischen so effizient, dass wir viel früher fertig wurden. Deshalb kann ich jetzt Johannes Wartenweiler das Wort für das Finanzkontrollgremium geben.

Johannes Wartenweiler (SP) für das Finanzkontrollgremium: Das ist ein bisschen eine historische Wahl, denn wir wählen heute das erste Mal die Leiterin oder eine Leiterin für die unabhängige Finanzkontrolle, wie wir sie in den letzten Jahren beschlossen und jetzt auch mit dem Finanzkontrollreglement umgesetzt haben. Damit wird die Finanzkontrolle nicht ganz, aber doch weitgehend aus der Verwaltung ausgelagert. In Zukunft werden Vertreter*innen des Gemeinderates und des Stadtrates im Finanzkontrollgremium zuständig dafür sein, mit der neuen Leiterin der unabhängigen Finanzkontrolle den Kontakt zu halten und mit ihr quasi Sparringpartner zu sein. Wir schlagen vor, Shanna Wagner in diese Stelle zu wählen. Sie ist seit 2014 Finanzkontrollerin der gemeinderätlichen Finanzrevision und hat den Job in diesen Jahren aus unserer Sicht sehr gut erfüllt. Sie hat sich einem offenen Bewerbungsverfahren gestellt und ist unter mehreren Bewerber*innen ausgewählt worden von dem Gremium bestehend aus verschiedenen Vertretern des Finanzkontrollgremiums, also Vertreter der FIKO, also das bin ich, einer Vertreterin der GPK und einer Vertretung des Gemeinderats. Wir haben uns einstimmig dafür entschieden, sie vorzuschlagen. Sie bringt die nötigen Fähigkeiten mit und sie musste sich nicht nur in einem Ausschreibungsverfahren bewähren, sondern es hat ein Assessment gegeben und auch dort hat sie sehr gut abgeschnitten. Und wir empfehlen euch einstimmig und dringlich, Shanna Wagner als erste Leiterin

der Finanzkontrolle zu wählen, die fachlich unabhängig, nicht weisungsgebunden und nur dem Gesetz verpflichtet ist. Danke vielmals.

Präsidentin: Merci. Johannes. Gibt es da Fraktionsvoten dazu? – Gibt es Einzelvoten? – Will der Gemeinderat etwas dazu sagen? Er verzichtet. Dann kommen wir zu der Abstimmung über den Antrag des Finanzkontrollgremium.

Abstimmung Nr. 002

2024.SR.0140	
Annahme	
Ja	61
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Sie wurde einstimmig gewählt als Leiterin der Finanzkontrolle. Ganz herzliche Gratulation.

2013.SR.000100

7 Geschäftsprüfungskommission: Bericht über die Verwaltungskontrollarbeit im Jahr 2023

Präsidentin: Dann sind wir bei Traktandum 7, Bericht über die Verwaltungskontrollarbeit im Jahr 2023. Ich erteile der Kommission das Wort, und zwar für die GPK, Matteo Micieli.

Matteo Micieli (PdA) für die GPK: Ich stelle euch jetzt den Bericht der GPK über die Verwaltungskontrollarbeit im Jahr 2023 vor. Die GPK hat nach Artikel 20 des Geschäftsreglements die Aufgabe die Zweckmässigkeit, die Rechtmässigkeit und Gesetzmässigkeit, was vielleicht eher selten ein Thema ist, und die Wirksamkeit des Verwaltungshandelns zu kontrollieren. Als parlamentarische Oberaufsicht über die Geschäftsführung des Gemeinderats und der Verwaltung sind wir auch für die ausgelagerten Betriebe, also EWB, Bernmobil und die PVK, zuständig, und, in Vertretung des Stadtrats, sind wir auch die direkten Vorgesetzten der Ombudsperson und der mit dem Datenschutz beauftragten Person, mit denen wir jeweils im engen Austausch stehen. Ich möchte euch an dieser Stelle nur ein paar Schwerpunkte ein bisschen ausführlicher vorstellen, der Rest ist Alltagsarbeit. Er steht im Bericht und man kann ihn nachlesen, wenn man das will. Der Schwerpunkt lag letztes Jahr ganz klar bei der Neuausrichtung unserer Arbeit als GPK. Unzufrieden mit unserem eigenen Schaffen, das oft sehr stark durch irgendwelche GRSR-Änderungen geprägt war und die uns in unserem eigentlichen Kerngeschäft gemäss Artikel 20 immer wieder komplett blockiert haben, stand das letzte Jahr im Zeichen einer Reflexion über die eigene Aufsichtstätigkeit. So haben wir ein Referent*innensystem eingeführt mit der Idee, dass einzelne Mitglieder der GPK im besonderen Mass für eine bestimmte Direktion zuständig sind, die Augen und Ohren offenhalten und der GPK, wenn denn etwas wäre, im eigens dafür eingeführten stehenden Traktandum "Direktionsmonitoring" Ungereimtheiten oder ähnliches einbringen. Weiter arbeiten wir auch seit letztem Jahr neu mit Fragebögen und allenfalls Einladungen in eine GPK-Sitzung. Ein paar Beispiele: Wir haben mittels eines Fragenkatalogs

die Situation des SZMD (Schulzahnmedizinischer Dienst) evaluiert und den Stand der Umsetzungen der vorgeschlagenen Massnahmen wissen wollen, die Mitarbeitendenzufriedenheit, Changemanagement und so weiter. Nach einer Antwort des BSS beziehungsweise des Gemeinderats ist uns dann an einer GPK-Sitzung Ende 2023 noch ausführlicher über die Massnahmen berichtet und erklärt worden, wie die Wirtschaftlichkeit des SZMD verbessert werden soll. Wir sind gespannt, wie sich das entwickelt. Auch zur ICT-Sicherheit haben wir mit so einem Fragebogen gearbeitet. Den Informatikdiensten fehlt es an Personal. Es kommt zur Mehrbelastung von Mitarbeitenden, die wiederum bei der Planung und Umsetzung von IT-Projekten nicht die notwendige Unterstützung durch die ICT-Sicherheit erhalten. Es kam zu Verzögerungen und einem nachgelagertem Kontrollverfahren bei der FADS (Fach- und Aufsichtsstelle Datenschutz). Alles in allem mussten wir hier erfragen und herausfinden, welche Lösungsansätze für die unbefriedigende Personalsituation angedacht sind. Wir haben uns über die Abläufe und die Schulung von Unterstützung der Mitarbeitenden in Sachen ICT-Sicherheit und die Zusammenarbeit mit der FADS informieren lassen. Auch zu den Demoregeln des Gemeinderates im November und Dezember haben wir einen solchen Fragenkatalog versandt. Die für unsere Aufsicht zentrale Frage war weniger, ob die Regelungen des viel diskutierten in Anführungszeichen zu setzenden Demoverbots rechtlich zulässig waren oder nicht. Vielmehr stand für unsere Aufsichtstätigkeit die Frage im Vordergrund, ob Entscheide des Gemeinderates generell und auch im vorliegenden Fall vorgängig auf Rechts- und Verfassungsmässigkeit überprüft werden, und wenn ja, von wem, wann und wie. Hier ist wie auch bei der ICT-Sicherheit die Antwort erst im neuen Jahr gekommen und darum können wir an dieser Stelle noch nicht mehr dazusagen. Ihr seht also, diese Neuausrichtung hat uns viel beschäftigt und zu neuen Arbeitsformen geführt, die wir jetzt auch ausprobieren oder ausprobiert haben. Zum Abschluss des Berichtsjahrs haben wir noch die beiden Politologen Vatter und Rüefli eingeladen und uns Inputs geben lassen über die verschiedenen Möglichkeiten für eine zielgerichtetere und effizientere Oberaufsicht. Dabei stand insbesondere die Wirksamkeitsprüfung im Fokus. Wir haben von ihnen einige interessante Anstösse mitbekommen, die wir im laufenden Jahr auch weiterverfolgen.

Per 1. Januar 2023 hat die neue, von der Ombudsstelle unabhängige Dienststelle "Fach- und Aufsichtsstelle Datenschutz" ihre Arbeit aufgenommen. Um eine gute Zusammenarbeit mit diesen jetzt 2 neuen Stellen zu gewährleisten, haben wir in der Zusammenarbeit mit Frau Haag und Frau Graf einen Ablauf definiert, der auf einer Art Eskalationsmodell basiert. So kann entweder nur der Ausschuss, der sich halbjährlich mit den beiden Stellen trifft, informiert werden oder auch die Gesamtkommission; auch das ein Versuch, die Neuausrichtung unserer Aufsichtstätigkeit in den Vordergrund zu stellen und zu einem effizienteren Arbeiten zu kommen. Wir erhoffen uns von diesem geregelten und regelmässigen Austausch, besser und schneller an Informationen zu kommen und über allfällige systematische Unstimmigkeiten oder Probleme in der Verwaltung informiert zu werden. Ein grosses Merci an dieser Stelle gerade an alle Mitarbeiter*innen der beiden Dienststellen.

Dann noch Citysoftnet: Das hat uns natürlich auch in der GPK beschäftigt. 2023 wurde uns gesagt, dass die Anfangsprobleme überwunden seien und die aufgestauten Pendenzen bald abgearbeitet werden könnten. Nachher wurde uns auch noch eine Untersuchung in Aussicht gestellt, die jetzt vorliegt. So viel dazu.

Weiter haben wir wie jedes Jahr den Dialog mit dem Gemeinderat, mit der Verwaltung, mit Direktions- zu Delegationsbesuchen geführt, was auch dieses Jahr, also 2023, relativ intensiv war. Und natürlich, wie sich das gehört, haben wir auch die obligatorischen GRSR-Änderungen, die immer wieder ein bisschen drankommen, bearbeitet. Und an

dieser Stelle möchte ich oder wollen wir als GPK einmal erwähnen, wie viel Aufwand und Energie uns das auch in diesem letzten Berichtsjahr gekostet hat und wie viel Zeit mit solchen Revisionsvorhaben draufgegangen ist. Es ist viel und die GPK hofft deshalb, dass sich die Geschäftslast, die wir mit solchen Änderungen zu bewältigen haben, auf ein Mass eingependelt, das uns erlaubt unserer eigentlichen Arbeit nachgehen zu können, eben dem Artikel 20. In diesem Sinne ein grosses Danke an alle Mitglieder der Kommission für die Arbeit und danke auch meinem Vorgänger Michael für den wichtigen Anstoss, den wir mitnehmen und weiterverfolgen. Es sind fundamentale Sachen, von denen ich das Gefühl habe, dass sie jetzt neu gedacht werden können oder neu gedacht worden sind, die es unserer Arbeit hoffentlich erlauben, ein bisschen mehr an Tiefe zu gewinnen. Ein grosser Dank auch der Geschäftsleitung für die Unterstützung, das Wissen und die Betreuung. Wir bleiben dran. Merci.

Präsidentin: Wir sind bei den Fraktionserklärungen. – Gibt es Einzelvoten? Dann nehmen wir den Bericht ohne Abstimmung zur Kenntnis.

2004.SR.000166

8 Ombudsstelle der Stadt Bern: Tätigkeitsbericht 2023

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum 8, Ombudsstelle der Stadt Bern, Tätigkeitsbericht 2023. Ich erteile der Kommission das Wort. Für die GPK Seraphine Iseli.

Seraphine Iseli (GB) für die GPK: Heute nehmen wir zum ersten Mal einen getrennten Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle und nachher einen der Fach- und Aufsichtsstelle Datenschutz zur Kenntnis. Wie euch bekannt ist, sind die 2 Stellen per Anfang des Berichtsjahrs, also 2023, getrennt und darum stand das Jahr auch ziemlich im Zeichen dieser jeweils unabhängigen Arbeit und dem gemeinsamen Finden einer Form der Zusammenarbeit. Der Aufbau der Ombudsstelle ist ähnlich wie in den Vorjahren. Es gibt zuerst einen Rückblick über das Tätigkeitsjahr, nachher je ein Kapitel zu 2 Schwerpunktthemen, Informationen über die Vernetzungsarbeit und ein paar Zahlen, die es uns erlauben, Zahlen zu vergleichen und auch sehen, wie sich die Ombudsstelle verändert hat und welche Herausforderungen sie im laufenden Jahr hatte. Im letzten Teil, er heisst "Einblick in die Praxis", werden konkrete Fallbeispiele geschildert, an denen man sehen kann, mit welchen Fällen die Leute an die Ombudsstelle gelangen und wie die Ombudsstelle im konkreten Fall darauf reagiert. Diese Beispiele sind ein sehr wertvoller Einblick in die Praxis, weil ich glaube, die wenigsten von uns könnten sich vorstellen, wie der Alltag auf einer solchen Ombudsstelle wirklich aussieht. Der Bericht sieht trotzdem ein bisschen anders aus als in den Vorjahren. Er kommt in einem neuen und sehr ansprechenden Design daher. Und eine Neuigkeit ist, dass es neu 2 Vergleichsjahre gibt, so dass sich besser eine Tendenz herauslesen lässt, als wenn man nur das Vorjahr als Vergleichsjahr hat.

Jetzt komme ich zur Statistik. Es gab einen deutlichen Anstieg der behandelten Fälle bei der Ombudsstelle. Insgesamt hat es 840 Fälle und Anfragen gegeben. Das sind 100 mehr als 2022 und 200 mehr als 2021. Von diesen 840 Fällen und Anfragen waren 558 Anfragen. Als Anfrage zählt ein Anliegen, das mit einer einfachen Antwort beantwortet werden kann, weil die Antwort so klar ist, aber manchmal auch, weil die Ombudsstelle die falsche Anlaufstelle war, wenn es zum Beispiel, nicht die städtische Verwaltung betrifft. In 240 Fällen ist ein Fall eröffnet worden, der die Ombudsstelle über eine längere Zeit beschäftigt. So eine Bearbeitung dauert in den meisten Fällen bis zu 60 Tagen

und in etwa 20 % der Fälle mehr als 2 Monate. Auch das ist ein Teil der Statistik, den man in dem Bericht sehen kann. Was ebenfalls auffällig ist im diesjährigen Bericht, ist der Anstieg der verwaltungsinternen Fälle. Die sind von 33 auf 88 Fälle angestiegen. Dafür haben die verwaltungsexternen Fälle ein bisschen abgenommen. Die beiden Schwerpunktthemen dieses Jahres waren "Die Ombudsstelle als Brückenbauerin", bei dem sich die Ombudsstelle mit der Frage auseinandergesetzt hat, wie sie eine wirk-same Brückenfunktion zwischen der Bevölkerung und der Verwaltung einnehmen kann und so das Vertrauen der Bevölkerung in die Verwaltung stärken kann. Das zweite Thema war die Zuschlagpraxis von Bernmobil, weil es dagegen viele Beschwerden gegeben hat von Fahrgästen, die ein Ticket gekauft haben mit der App, aber ein paar Sekunden zu spät, nach der Abfahrt, und nachher gebüsst wurden. Hier empfiehlt die Ombudsstelle Bernmobil ihre Kulanz auszubauen, gerade bei Kindern. Aber hier wurde noch keine Lösung gefunden, weil sich Bernmobil auf die Tarifbestimmungen von Allianz Swisspass stützt. Und da bleibt die Ombudsstelle einfach immer noch mit ihnen daran.

Wie auch in den Vorjahren ist es für die Ombudsstelle eine grosse Herausforderung, ihre Niederschwelligkeit beizubehalten, denn das funktioniert nur, wenn die neuen Mitarbeitenden der Stadt Bern wissen, dass sie überhaupt die Möglichkeit haben, sich mit Problemen an die Ombudsstelle zu wenden. Die GPK dankt Mirjam Graf herzlich für die Leitung der Ombudsstelle und empfiehlt dem Stadtrat einstimmig, den Tätigkeitsbericht positiv zur Kenntnis zu nehmen.

Ich mache noch ein Fraktionsvotum für unsere Fraktion. Für die GB/JA! -Fraktion ist die Arbeit der Ombudsstelle sehr wichtig. Und wir sind überzeugt, dass solche unabhängigen Stellen das Vertrauen in die Stadtverwaltung und in staatliche Stellen allgemein fördern. Dafür ist es aber wichtig, dass die Unabhängigkeit einerseits immer sichergestellt wird und andererseits aber auch vermittelt wird, damit gerade Menschen, die bis jetzt keine guten Erfahrungen mit dem Staat gemacht haben, auch wissen, dass es tatsächlich eine unabhängige Stelle ist. Wir begrüssen es deshalb, dass sich die Ombudsstelle das Schwerpunktthema Brückenbauer*in-Funktion ausgesucht hat und sich mit dieser Frage auseinandergesetzt hat, wie sie wirklich die Funktion zwischen Bevölkerung und Verwaltung einnimmt und dort auch Übersetzungs- und Transferarbeit leisten kann. Die Ombudsstelle soll eine niederschwellige Anlaufstelle bleiben für Menschen, die in der Stadt Bern leben und Fragen haben. Und dafür finden wir es richtig, dass sie noch an Bekanntheit gewinnt, nicht nur in der Verwaltung, sondern auch bei der Stadtberner Bevölkerung. Auch im Namen der GB/JA!-Fraktion möchte ich Mirjam Graf herzlich für ihre Arbeit im Jahr 2023 danken – und natürlich auch im laufenden Geschäftsjahr.

Präsidentin: Danke, Seraphine. Wir sind bei den Fraktionsvoten. Bernadette Häfliger für die SP-JUSO-Fraktion.

Bernadette Häfliger (SP) für die Fraktion: Ich kann mich dem Dank meiner Vorrednerin anschliessen, will aber doch noch ein paar Themen aufgreifen aus dem Tätigkeitsbericht. Die Tätigkeit der Ombudsstelle stellt, und das zeigt der Bericht sehr gut, ein wichtiges Element in einem demokratischen Rechtsstaat dar. Die Ombudsstelle macht als unparteiische, aber grundsätzlich freundlich gesinnte Stelle auf wichtige Problemfelder in der städtischen Verwaltung aufmerksam und versucht dann eben einvernehmliche Lösungen zwischen den Ratsuchenden und der Verwaltung zu finden. Dass im Berichtsjahr so viele Beschwerdefälle wie noch nie vorher bearbeitet wurden, lässt einerseits auf eine effiziente Arbeitsweise der Ombudsstelle schliessen, andererseits lässt

eine Steigerung von 13% bei den Beschwerdefällen zumindest aufhorchen. Aufhorchen lassen insbesondere auch die 3 Schwerpunkte im Bericht. Wenn die Personalbeschwerden sprunghaft ansteigen, lässt sich das nicht nur auf eine gestiegene Geschäftslast zurückführen. Im Bericht wird auf ein problematisches Führungsverhalten und auf fehlende Wertschätzung am Arbeitsplatz hingewiesen. Das könnten auch die Gründe sein für die überdurchschnittlich vielen Krankheitstage beim städtischen Personal. Die SP-JUSO hofft, dass der Gemeinderat den Bericht der Ombudsstelle zum Anlass nimmt, gewisse Korrekturen einzuleiten. Auf das zentrale zweite Thema Citysoftnet werden wir im Laufe dieser heutigen Sitzung wahrscheinlich noch vertieft eintreten. Die Ombudsstelle macht in diesem Zusammenhang auf fehlende Absprachen zwischen Sozialamt und Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz aufmerksam. Zusätzlich macht die Ombudsstelle aber auch Haltungsprobleme geltend. Eine paternalistische Haltung in der Verwaltung verhindert offensichtlich gute Lösungen; eine Kultur, die in einer zukunftsgerichteten Verwaltung sicher auch zu überdenken wäre. Die eingeschränkte Zuständigkeit der Ombudsstelle im Polizeibereich scheint keine allzu grosse Wirkung zu zeigen, weil die Ombudsstelle nur Leute befragen kann und keine Empfehlungen abgeben kann. Es fragt sich, ob es wirklich sinnvoll ist, wenn die Ombudsstelle in diesem Bereich etwas bewirken will, sie müsste ebenso Kompetenzen haben wie in anderen Bereichen. Ich danke Mirjam Graf und ihrem ganzen Team im Namen der SP-JUSO für ihre wertvolle Arbeit und vor allem auch für den aufschlussreichen und sehr übersichtlichen Bericht.

Präsidentin: Merci, Bernadette. Dann kommen wir zu den Einzelvoten. – Gut, dann nehmen wir den Bericht ohne Abstimmung zur Kenntnis.

2021.SR.000032

9 Fach- und Aufsichtsstelle Datenschutz der Stadt Bern: Tätigkeitsbericht 2023

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum 9, Fach und Aufsichtsstelle Datenschutz der Stadt Bern, auch ein Tätigkeitsbericht 2023. Und für die GPK spricht Thomas Glauser. Kann ihn jemand anmelden, bitte?

Thomas Glauser (SVP) für die GPK: Vor gut einem Jahr, am 1. Januar 2023, ist in der Schweiz das neue Datenschutzgesetz in Kraft getreten, ein Gesetz, von dem viele betroffen sind, sei es im Bankwesen, sei es in der Assekuranz, aber auch wir von der Stadt. Es hat eigentlich viele Betroffene und wir waren damals noch gar nicht so weit. Wir haben die Ombudsstelle und die Datenschutzstelle noch zusammen betrieben. Und wie euch ja bereits mitgeteilt wurde, sind diese 2 Stellen jetzt getrennt worden. Es ist eine grosse Freude, dass wir heute den ersten Tätigkeitsbericht der FADS veröffentlichen dürfen. Es ist ein Schritt, der Freude macht. Es ist ein Schritt, der gut gelungen ist, Frau Sophie Haag, die neue Datenschutzstellenleiterin, hat sich sehr gut eingelebt. Sie wurde gut aufgenommen und hat einen sehr grossen Mehrwert in den Datenschutz hineingebracht. In diesem Bezug möchte ich aber auch danken: unserem Präsidenten der Geschäftsprüfungskommission Matteo Micheli herzlichen Dank für die Unterstützung, aber auch dem Begleitausschuss, Lea Bill und auch Matteo Micieli, auch noch einmal herzlichen Dank. Wir begleiten die Datenschutzstellenleiterin, sind die vorgesetzte Stelle, unterstützen sie und führen auch zum Teil Personalgespräche mit ihr. Ein grosser Dank geht an den Leiter Abteilung Personal, Finanzen und digitale Entwicklung,

Jonathan Gimmel. Merci vielmals, ohne ihn wäre das auch nicht geglückt. Es arbeitet sehr eng mit der neuen Datenschutzstelle zusammen. Er knüpft Vernetzungen, er baut Brücken und das braucht es in solchen Angelegenheiten. Vielen Dank. Ihr seht Jonathan Gimmel, er ist unter uns. Weiter möchte ich kurz das Tätigkeitsberichte-Schema erläutern. Es ist sehr einfach, ich möchte nicht in die Details gehen. Ihr seht auch schon die Überschrift: "Es ist wichtig und notwendig, diese Extrameile zu gehen und das Vertrauen der Bevölkerung zu wahren und sie auf diese Reise in eine digitale Zukunft mitnehmen zu können." Der Bericht selber ist auch sehr einfach gliedert, sodass jeder den Tätigkeitsbericht dieser Datenschutzstelle einfach lesen kann. Man muss also nicht im komplizierten Informatikbereich tätig sein. Ich möchte noch allen aus der Verwaltung, die auch mit der neuen Datenschutzstelle mitmachen, herzlich danken. Es ist nicht immer einfach für die Datenschutzstelle mit diesen verschiedenen IT-Projekten, die in der Stadt Bern laufen. Sie müssen halt manchmal auch Sachen aufdecken oder rügen, was IT-Projekte verzögert. Das wäre eigentlich alles von meiner Seite.

Ich möchte noch kurz das Fraktionsvotum der SVP halten. Wir von der SVP begrüßen den Bericht und wünschen Frau Haag weiterhin gutes Gelingen und nehmen ihn positiv zur Kenntnis. Besten Dank.

Präsidentin: Merci, Thomas. Wir sind bei den Fraktionserklärungen. Dominic Nellen für die SP-JUSO-Fraktion.

Dominic Nellen (SP) für die Fraktion: Die FADS hat ihre Tätigkeit in dieser Organisationsform anfangs 2023 aufgenommen. Der Tätigkeitsbericht 2023 ist somit der erste in dieser neuen Organisationsform. Wir haben den sehr detaillierten Bericht und die Arbeit der FADS in der Fraktion besprochen. Die FADS hat mit Frau Sophie Haag eine sehr engagierte Leiterin. Sie setzt gemäss unserer Fraktion richtige Schwerpunkte und führt ihre Arbeit mit ihrem Team gewissenhaft aus, dies auch bei Gegenwehr oder Nichtbeachten in der Verwaltung oder ausserhalb. Vor allem bei IT-Projekten innerhalb der Stadtverwaltung hat die FADS immer wieder eine gewisse Mühe, mit ihren Anliegen gehört zu werden. Das bereitet uns Sorgen. Unsere Fraktion gibt der FADS und ihrer Leiterin volle Rückendeckung und wünscht, dass sie ihre Arbeit eben auch mit Gegenwind motiviert und gewissenhaft aus- und weiterführen. Ihre Arbeit ist es, auch unangenehm zu sein und unangenehme Fragen zu stellen und Anregungen einzubringen. Im Tätigkeitsbericht 2023 ist ein grösserer Teil der Kameraüberwachung gewidmet. Eine wirkungsvolle Kontrolle ist für unsere Fraktion zentral. Wir begrüßen hier explizit den kritischen Tenor und die gewissenhafte Arbeit der FADS. Unsere Fraktion lädt sämtliche Bereiche der Verwaltung und die zuständigen Sachkommissionen ein, bei entsprechenden Geschäften die FADS zu beachten und/oder ihre Berichte einzuholen und die Einholung aktiv zu überprüfen. Die Arbeit der FADS ist aus unserer Fraktion zusammenfassend als sehr gut zu loben. Die FADS leistet mit begrenzten Ressourcen eine wichtige Arbeit für eine datenschutzkonforme Arbeit unserer Stadtverwaltung. Dieser Bericht ist gemäss der SP-JUSO-Fraktion wohlwollend zur Kenntnis zu nehmen und die Arbeit der FADS und der Leiterin positiv zu würdigen.

Präsidentin: Merci, Dominic. Für die GB/JA!-Fraktion, Lea Bill.

Lea Bill (GB) für die Fraktion: Meine Vorredner haben es schon gesagt, 2023 war das erste richtige Jahr der Fach- und Aufsichtsstelle Datenschutz nach der Trennung dieser beiden Stellen. Wenn man den Tätigkeitsbericht liest, könnte man aber eigentlich meinen, dass Sophie Haag und ihre Mitarbeiter schon jahrelang ein eingespieltes Team

sind. Die GB/JA!-Fraktion möchte an dieser Stelle auch Mirjam Graf für die ganze Vorarbeit und den Aufbau dieses Datenschutzbereichs danken und selbstverständlich jetzt auch Sophie Haag und ihrem Team für ihre tagtäglich so wichtige Arbeit. Der Tätigkeitsbericht zeigt vor allem eines: Die Arbeit der Fach- und Aufsichtsstelle Datenschutz ist für die Stadt Bern zentral und es ist eigentlich auch nicht so, dass das irgendjemand bestreiten würde. Das hoffe ich zumindest sehr. Aber vielfach ist es halt einfach doch so, das haben auch meine Vorredner angesprochen, dass dem Thema in den Projekten nur wenig Gewicht oder zu wenig Gewicht beigemessen wird und dass die Kompetenzen in den Direktionen zu diesem Thema meistens begrenzt sind und auch die gesprochenen Ressourcen meistens zu gering sind.

Dementsprechend hat die FADS 2023 vor allem auch Aufklärungsarbeit leisten müssen. Sie schreiben es selber im Tätigkeitsbericht, für eine gewisse Zeit sei das auch in der Ordnung. Aber aus der Sicht der GB/JA!-Fraktion ist es eigentlich schon auch wichtig, dass in wenigen Jahren die Stadt Bern hier an einem anderen Punkt stehen muss. Der Datenschutz muss bei den Projekten von Anfang an mitgedacht und auch zeitlich und finanziell eingeplant werden. Die fachlichen Kompetenzen müssen in den Direktionen aufgebaut werden. Nur so wird es möglich sein, dass die FADS ihre Arbeit darauf konzentrieren kann, zu kontrollieren, ob alles in Ordnung läuft, sprich einfach auch die Vorabkontrollen zu machen, aber auch Audits oder Stellungnahmen zu laufenden Projekten, denn die Anzahl der Projekte in der Stadt Bern, die solche Kontrollen benötigen, ist gross. Heute kann die FADS das kaum stemmen, weil sie halt eben vor allem auch Aufklärungsarbeit leisten muss. In diesem Zusammenhang scheint der GB/JA!-Fraktion auch sehr wichtig, dass die Stellenbesetzung bei Informatik Stadt Bern bei der ICT-Sicherheit gewährleistet ist, das ist sehr zentral. Und die GB/JA!-Fraktion begrüsst es auch sehr, dass die GPK ein Auge darauf hat, dass hier wirklich Stellenbesetzungen stattfinden.

Zum Schluss kann ich mir eine politische Bemerkung nicht verkneifen zu den Praxisbeispielen. Mein Vorredner Dominik Nellen hat es auch schon gesagt, im Tätigkeitsbericht ist vor allem auch die Rede von Videoüberwachungen. Und dort zeigt sich, dass die Beurteilung der Fach- und Aufsichtsstelle Datenschutz ein sehr wichtiger Puzzleteil ist. Die FADS schätzt die Videoüberwachungen datenschutzrechtlich als unbedenklich ein, zum Beispiel bei den Velostationen oder auch bei der Schwimmhalle Neufeld. Trotzdem werden wir schlussendlich eine politische Entscheidung fällen müssen, in welchem Fall wir eine Videoüberwachung als unbedenklich betrachten, sei es in der Velostation oder auch in der Schwimmhalle Neufeld. Aber eben, wie gesagt, darüber werden wir in den jeweiligen Geschäften reden. Zum Schluss möchte ich einfach noch einmal dem Team der FADS herzlich danken für ihre Arbeit. Und die GB/JA!-Fraktion nimmt diesen Tätigkeitsbericht positiv zur Kenntnis.

Präsidentin: Gibt es Einzelvoten? – Dann nehmen wir den Bericht ohne Abstimmung zur Kenntnis.

2024.BSS.0019

10 Zumiete Doppelbasisstufe Scheibenstrasse (Scheibenstrasse 44, Bern); Kredit für wiederkehrende Ausgaben und Investitionskredit für die Erstausrüstung

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum 10, Zumiete Doppelbasisstufe Scheibenstrasse. Ich erteile der Kommission das Wort. Für die SBK, Michael Ruefer.

Michael Ruefer (GFL) für die SBK: Die SBK hat das Geschäft in ihrer Sitzung vom 3. Juni behandelt. Es geht um einen wiederkehrenden Kredit für die Zumiete und die Nebenkosten der neuen Doppelbasisstufe sowie um einen Investitionskredit für die Erstausrüstung. Die Miete dieses Gebäudes durch das Schulamt kostet 141'746 Franken pro Jahr und läuft über das Budget von ISB (Immobilien Stadt Bern). Die Mietkosten werden mit einem Zuschlag für das Facility Management dem Schulamt weiterverrechnet. Der Investitionskredit beträgt 121'500 Franken. Eigentümerin des Gebäudes ist die Wyler-Baugesellschaft Bern AG, an der auch die Stadt beteiligt ist. Die Baugesellschaft besitzt an der Scheiben- beziehungsweise Wylerfeld- und Wylerringstrasse noch diverse andere Gebäude, zum Beispiel auch die 3 Ersatzneubauten gerade neben dem Gebäude neben der Doppelbasisstufe, die letztes Jahr auch fertig gebaut wurden. Es handelt sich hier um das Gebäude des ehemaligen Restaurants Don Quichote, später Zentrum 44, das jetzt durch einen Neubau ersetzt und um eine Etage aufgestockt wurde. Das Gebäude ist aktuell im Bau, und auch die Aussenraumgestaltung kann man schon begutachten. Der Schulraumbedarf für den Perimeter ist ausgewiesen. Es gibt und es wird mit Wifag, Wankdorffeldstrasse und Wankdorf City 3, aber auch den schon erwähnten Ersatzneubauten der Wyler-Baugesellschaft viele neue Wohnungen und Kinder geben in diesem Quartier. Schon jetzt wird darum eine Basisstufe im Breitfeldschulhaus geführt. Die SBK empfiehlt euch diesen Kredit deshalb einstimmig zur Annahme.

Ich sage noch etwas aus Sicht der Fraktion respektive auch noch etwas zum Antrag, den wir noch eingereicht haben, GFL und GB/JA!. Am Rand der Diskussion in der SBK zu reden gegeben hat die Schulwegsicherheit. Sie ist generell beim Breitfeldschulhaus mit der stark befahrenen Standstrasse immer wieder ein Thema. Gerade gestern wurde das Siegerprojekt für den Erweiterungsbau des Breitfeldschulhauses kommuniziert. Und es ist, glaube ich, jetzt schon klar, dass es in der Ecke Scheibenstrasse-Standstrasse, wo der Erweiterungsbau dann einmal hinkommen soll, Massnahmen braucht für mehr Schulwegsicherheit. Die Basisstufe Scheibenstrasse, über deren Zumiete wir jetzt reden, soll vor allem für Kinder von nördlich der Standstrasse, also zwischen Standstrasse und Bahnlinie zur Verfügung stehen. Gerade die Kreuzung Scheibenstrasse und die Wylerfeldstrasse sind aber mit parkierten Autos und den beiden Bushaltestellen sehr unübersichtlich. Deshalb hat die Verkehrsplanung ein Projekt gestartet und macht jetzt gerade eine Begehung, um die Schulwegsicherheit in diesem Bereich zu verbessern. In der Diskussion mit der Verkehrsplanung wurde deshalb noch der Antrag formuliert, der euch jetzt vorliegt und den wir euch zur Annahme empfehlen – in Absprache mit der Verkehrsplanung. Danke vielmals.

Vizepräsident: Gut, ihr könnt euch für die Fraktionsvoten anmelden. Wir haben ein erstes von Béatrice Wertli für die Mitte-Fraktion.

Béatrice Wertli (Mitte) für die Fraktion: Wir haben in der Stadt Bern von gewissen Sachen zu viel, von anderen Sachen gerade genug. Und dann gibt es auch etwas, von dem wir sicher zu wenig haben. Und das ist Schulraum. Wenn wir einen Auftrag haben, den wir unbedingt sicherstellen müssen, so ist das die Zukunft unserer Kinder und der Bildungsauftrag. Dass wir den sicherstellen können, heisst auch, dass Kinder dort in die Schule gehen können, wo sie wohnen. Und gerade die kleinen Kinder auf der Basisstufe kann man nicht zumuten, dass sie einen riesigen, langen Schulweg haben.

Also sind wir ganz klar dafür, dass wir hier investieren, wo es einen Mangel gibt, nämlich beim Schulraum. Die Mitte-Fraktion empfiehlt ganz klar, dass wir diesem Kredit zustimmen. Danke vielmals.

Vizepräsident: Für die SP-JUSO-Fraktion, Barbara Nyffeler.

Barbara Nyffeler (SP) für die Fraktion: Auch für die SP-JUSO-Fraktion ist der Bedarf unbestritten. Wir haben zu wenig Schulraum. Meine Vorrednerin hat einen Klagegesang angestimmt, dem wir uns anschliessen können. Es ist eine Lösung der Not gehorchend. Wir haben zu wenig Schulraum. Auch die Berechnung, dass auf 1000 Wohnungen 600 Schülerinnen und Schüler kommen, ist aus unserer Sicht optimistisch. Es könnte nachher auch mehr Kinder geben. Aber wie gesagt, es ist das Window of Opportunity an diesem Standort, wo man eigentlich keine andere Wahl hat. Ich habe noch 2 vielleicht auch persönlich gefärbte Bemerkungen zu diesem Geschäft. Es ist ein recht komplexes Konstrukt. Der Boden gehört der Stadt, darauf ist die Wyler-Baugesellschaft AG, an der auch wieder die Stadt mitbeteiligt ist, die Baurechtsnehmerin, die einen Pavillon baut, ihn wieder an die Stadt vermietet. Und hier bin ich über den Vortrag gestolpert, weil es heisst, dass der Mietzins "marktüblich" sei und dass also die Mutter mit der Tochter irgendwie verhandelt habe, dass aber Quervergleiche schwierig seien. Ich habe mir erlaubt, bei ISB nachzufragen. Es ist in ihrem internen Verständnis "marktüblich", aber es ist eine vorteilhafte Lösung für die Stadt zu Kostenmiete. Und das ist so ein bisschen das Anliegen vielleicht an die Stadt, nicht ein Vorwurf, aber dass man vielleicht die Vorträge auch so ausformuliert, dass man sie auch als Externe versteht. Denn wenn ich "marktüblich" lese, denke ich renditeorientiert. Und noch ein letzter Punkt: Vor 2 Wochen haben wir im gleichen Quartier bei der Volksschule Wankdorf, einer Sanierungsmassnahme, eine Projekterhöhung beschlossen. Am Standort Wankdorf gibt es nicht nur 3 Schulen, die dort angesiedelt sind, sondern auch das Amt für Umweltschutz und aktuell nutzen auch Hochbau Stadt Bern und Kultur Stadt Bern die Räume dort. Ich denke, mit Blick auf das Wachstum in diesem Stadtteil und der Zunahme der Schüler*innenzahlen wäre es doch auch einmal zu überlegen, die Räume in Schulanlagen exklusiv für Schulzwecke zu reservieren und Verwaltungsnutzungen an andere Standorte zu verlegen; auch dieses Mal im Sinn einer Anregung. Die SP-JUSO-Fraktion wird aber diesem Geschäft zustimmen, und wir können auch diesen Antrag unterstützen.

Präsidentin: Danke, Barbara. Wir sind bei den Einzelvoten. – Es gibt keine Einzelvoten, so hat Gemeinderätin Franziska Teuscher das Wort. Kannst du dich noch anmelden?

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Ich danke Michael Ruefer für die Vorstellung des Geschäfts. Mir ist das gerade ein bisschen zu technisch gewesen, auch die Voten der anderen sind mir ein bisschen zu technisch gewesen. Schulraum zur Verfügung stellen ist für mich eine Herzensangelegenheit. Und darum möchte ich euch auch noch kurz vorstellen, was denn der Mietzins, der hier vereinbart wird, für einen Schulraum zur Verfügung stellen kann. Ich denke, es sind nicht nur unsere eigenen Schulhäuser, womit wir in der Stadt Bern starke Zeichen setzen können, sondern eben auch mit Zumietungen, denn in dem Teil des Quartiers hat die Stadt selber keine Räumlichkeiten zur Verfügung. Und mit den Basisstufen, die wir jetzt dort machen können, ergänzen wir zum einen die innerstädtische Verdichtung, die in dem Quartier extrem verfolgt wird und noch zunehmen wird, mit einem vielfältigen Schulstandort, der eben den kleinen Kindern zugutekommt. Und daher ist das auch ein ganz wichtiger Punkt. Wir wollen

eben, dass Kinder in Kindergarten/Basisstufe keine langen Schulwege machen müssen. Und darum ist eigentlich der Standort, den man jetzt dort hat, für uns ein idealer Standort. Er ergänzt all die verschiedenen Nutzungen, die es im Quartier schon gibt, das vielfältige Quartierleben, das ja dort wirklich auch auf der Strasse überall stattfindet, sehr gut, weil er eben in unmittelbarer Nähe ist. Die Blöcke dort sind ja viele schon renoviert worden. Es werden noch weitere renoviert und daher ist es sicher ein guter Kindergarten/Basisstufe für die vielen Kinder, die dort im Quartier in die Schule gehen. Und trotz dem, dass die Basisstufe wirklich in einem sehr urbanen Raum ist – im Moment, finde ich, ist es wirklich ja auch noch ein bisschen grau und nicht grün rundherum, kann man sagen, dass es bei der Schulhauszumiete eben auch gelungen ist, dass wir wirklich den Aussenraum so zur Verfügung stellen können, dass es sowohl pädagogisch wertvolle Grünraumflächen hat als auch biodiverse Flächen. Und ich glaube, gerade wenn wir unsere Stadt so verdichten, wie wir das jetzt machen, dürfen wir einfach die Biodiversität nicht aus den Augen lassen. Auch da braucht es Flächen, die man nachher vernetzen kann. Beim Wifag-Areal habt ihr das glaube ich im Stadtrat auch noch nachgebessert. Ich finde, das ist sehr wichtig. Aber ich finde es auch schön, dass man es jetzt an dem Ort umsetzen konnte. Und halt auch, weil der Raum etwas eng ist, muss man kreativ sein. Das Gebäude ist jetzt doppelstöckig und bei der Basisstufe wollen wir ja, dass die Kinder selber direkt Zugang haben zum Aussenraum. Der Zugang ist nicht so, wie wir das bis anhin gemacht haben, sondern der Zugang ist mit einer Rutschbahn sichergestellt. Ich finde das eine sehr kreative und gute Idee für die Basisstufenkinder und ich glaube, wir müssen uns in Zukunft an solchen kreativen, innovativen Lösungen weiterhin orientieren, wenn wir im verdichteten Raum der Stadt Bern weiterhin guten Schulraum zur Verfügung stellen wollen. Daher freue ich mich, dass die Miete so zustande gekommen ist. Das Konstrukt ist sicher ein bisschen komplex, da gebe ich dir recht, aber das ist die ISB, die die Konstrukte so festlegt. Ich finde manchmal auch, es geht ein bisschen über manchen Weg, bis es wieder zurück in der Stadt ist, aber ich bin froh, dass wir die Zumietung hier haben. Der Preis entspricht dem, was man halt auch an anderen Orten zahlen muss, und daher freue ich mich, wenn die Basisstufe nach den Sommerferien tatsächlich auch in Betrieb gehen kann.

Präsidentin: Merci, Franziska. Dann kommen wir zu den Abstimmungen. Wir starten mit dem Antrag von GFL und GB/JA! auf der Antragsliste zur Abschaffung von den Parkfeldern.

Antrag

1 GFL, GB/JA!

Der Knoten Scheibenstrasse-Wylerfeldstrasse, die Scheiben- und die Wylerfeldstrasse werden zur Verbesserung der Schulwegsicherheit nach Möglichkeit weiter verkehrsberuhigt. Dafür ist die Abschaffung von Parkfeldern in der Scheibenstrasse zu prüfen. Das entsprechende bei der Verkehrsplanung gestartete Projekt bzw. allfällig geplante Sofortmassnahmen sind mit hoher Priorität voranzutreiben.

Abstimmung Nr. 003

2024.BSS.0019: Antrag 1

Annahme

Ja	45
Nein	14
Enthalten	1

Präsidentin: Der Antrag ist angenommen. Dann stimmen wir über den so bereinigten Antrag des Gemeinderates ab.

Abstimmung Nr. 004

2024.BSS.0019: Bereinigter Antrag des Gemeinderats

Annahme

Ja	59
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt das Geschäft einstimmig angenommen.

2023.SR.0189

11 Interpellation Fraktion SP/JUSO (Bernadette Häfliger, SP/Sara Schmid, SP): Fragen zu Problemen bei der Einführung von CitySoftnet

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum 11. Das ist eine Interpellation der SP-Juso-Fraktion. Die Diskussion ist erwünscht und wenn 1/3 zustimmt, werden wir die Diskussion führen. Wir stimmen ab.

Abstimmung Nr. 005

2023.SR.0189: Diskussion

1/3-Quorum erfüllt

Ja	52
Nein	8
Enthalten	0

Präsidentin: 52 Stimmen sind für eine Diskussion, 8 Stimmen dagegen. Damit ist 1/3 erreicht und ich erteile den Einreichenden das Wort. – Bernadette Häfliger.

Bernadette Häfliger (SP) für die Einreichenden: Ich werde einerseits das Votum als Einreichende und einen Teil des Fraktionsvotums der SP-JUSO halten. Den zweiten Teil wird dann Szabolcs übernehmen. Wir haben alle gehofft, mit dem PWC-Bericht Antworten auf Fragen zu bekommen, was bei Citysoftnet falsch gelaufen ist. Was hat das Desaster ausgelöst? Wir haben gehofft, Learnings daraus ziehen zu können. Die Fragen nach den Verantwortlichkeiten, die Fragen nach dem Risk- und Qualitätsmanagement werden im Bericht aber systematisch ausgeklammert. Wieso? Genau diese Fragen wären wichtig, um künftige Projekte besser bewältigen zu können, im Sinn einer erinnernden Organisation. Kurz zusammengefasst hält der PWC-Bericht fest, dass das Problem nicht in der Software liege, sondern hauptsächlich bei den Anwenderinnen und Anwendern. Wirklich? Ist das wirklich so? Ist es wirklich so, dass die Anwender*innen dafür verantwortlich sind, dass IT- oder Digitalisierungsprojekte doppelt so viel kosten, doppelt so lange dauern, Mitarbeitende zu Dutzenden krank werden, Klient*innen ratlos ihrem Schicksal überlassen werden? Wir sind an den letzten Stadtratssitzungen von

Exekutivmitgliedern immer wieder darauf hingewiesen worden, dass wir als Milizparlamentarier*innen unfähig, unwissend und dilettantisch sind. Deshalb erlaube ich mir einleitend festzuhalten, weshalb ich glaube, zu diesem Geschäft sprechen zu dürfen. Als ehemalige Juristin des Bundesamts für Informatik und Telekommunikation kenne ich die vertrags-, auftrags- und beschaffungsrechtlichen Fragen von IT-Projekten bestens. In meinen verschiedenen Leitungs- und Managements-Funktionen habe ich in den letzten fast 20 Jahren einige IT- und Digitalisierungsprojekte begleiten und auch erfolgreich abschliessen dürfen. Zudem habe ich meine Masterarbeit in meiner zweiten Ausbildung zum Thema "Digitale Transformation in der Arbeitswelt" geschrieben. Ich denke, der Vorteil eines Milizparlaments liegt darin, dass sich die Mitglieder unter Umständen auch über ihre berufliche Haupttätigkeit Kompetenzen und Expertise aneignen können. Wie ihr wisst, wurde diese Interpellation schon während Monaten traktandiert. Die Frage, ob ich mein seit langem vorbereitetes Votum jetzt nach dem Bericht von PWC umschreiben soll, hat sich für mich am Dienstagabend mit der Medienberichtserstattung zur früheren Rolle von PWC in diesem Projekt erledigt. Anfängliche technische Probleme sind bei der Einführung einer neuen Software tatsächlich keine Seltenheit. Dass Nutzende Zeit brauchen, um mit einer neuen Anwendung versierter zu werden, ist ebenfalls keine überraschende Erkenntnis. Deshalb werden unter anderem in anderen Projekten auch End-to-End-Prozesse durchgetestet und eingehend pilotiert. Es wäre Aufgabe des Gemeinderats gewesen, im Vorfeld dafür zu sorgen, personelle Verstärkungsmassnahmen zu organisieren und die IT-ungeübten Mitarbeitenden mit einem versierten Support und mit Prozessverantwortlichen zu unterstützen. Das alles ist bei Citysoftnet nicht passiert. Zum Thema "Digitale Kompetenzerweiterung" habe ich bereits 2019 ein Postulat eingereicht, auf das der Gemeinderat damals geantwortet hat, er habe alles im Griff und die städtischen Mitarbeitenden seien durch vielfältigste Massnahmen bestens auf Digitalisierungsprojekte vorbereitet. Es gäbe also in diesem Bereich absolut keine Notwendigkeit für ein Upskilling. Weil es sich bei der Sozialarbeit und bei der Arbeit der EKS (Erwachsenen- und Kinderschutz) einerseits um ein äusserst komplexes Massengeschäft handelt und andererseits die Klientinnen/Klienten besonders vulnerabel sind, wäre es die Pflicht des Gemeinderats gewesen, optimale Voraussetzungen für die Einführung von Citysoftnet zu schaffen. Dass das Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz durch die Covid belastungsmässig schon vor Jahren vollumfänglich am Anschlag gelaufen ist, hat offensichtlich — und das ist für mich sehr unverständlich — bei der Planung des Projektes absolut keine Rolle gespielt. Der Umfang der Probleme, die bei Citysoftnet aufgetreten sind, übersteigt meiner Meinung nach ganz klar die Kategorie Kinderkrankheiten. Die erhebliche Verzögerung bei der Einführung ist ein wichtiger Grund für die aktuellen Probleme und das liegt definitiv nicht in der Verantwortung der Anwenderinnen und Anwender, des Personals, also. Der Geschäftsführer von Citysoftnet hat vor der Einführung gesagt, ich zitiere: "Wir setzen unseren Fokus auf ein reifes Produkt." Dieses Zitat wirkt angesichts der aktuellen Situation nur noch zynisch. Es ist in der Zwischenzeit auch klar, dass anfänglich eine Schnittstelle zum gleichzeitig eingeführten Buchhaltungssystem in der EKS überhaupt nicht funktioniert hat. Das hat die ganze Situation dort zum Zusammenbrechen geführt. Ich werde nicht müde zu betonen, dass das nichts mit Citysoftnet zu tun hat. Tatsächlich kann für diese Problematik nicht eine Software verantwortlich gemacht werden. Dass wegen dieser mangelnden Koordination über Wochen 1000e von Rechnungen nicht ausgelöst werden konnten, ist ein Thema, das bei der Projektsteuerung zu verorten ist. Katastrophal ist insbesondere, dass bis heute keine abschliessende Übersicht über die Saldi der Konten der einzelnen Klient*innen hergestellt werden kann. Es erscheint mir aufgrund dieser Tatsache jetzt

doch ein bisschen zu simpel, die Problematik im Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz auf eine unterschiedliche Change-Kultur zurückzuführen. Wenn man beim Zusammenbrechen eines ganzen Geschäfts noch Optimismus wahr, hat das weniger mit einer positiven Change-Kultur zu tun, sondern ist vielmehr verantwortungslos oder dumm. Die Einführung der Software in der Stadt Bern ist auf einer Testversion erfolgt, nicht auf einem reifen Produkt. Ich würde sagen, das ist zumindest sehr, sehr mutig. Unter den gegebenen Umständen könnte man es auch als verantwortungslos bezeichnen. Persönlich würde ich ein solches Risiko bei einem Massengeschäft ohne begleitende Massnahmen auf Kosten meiner Mitarbeitenden und vulnerablen Klient*innen nie eingehen. Aufgrund der Entscheidung des Entscheids, eine unfertige Software einzuführen, braucht es offensichtlich nach wie vor viele händische Korrekturen und manuelle Arbeiten, die sogenannten Umgehungsprozesse. Das ist sehr ressourcenaufwändig und diese Ressourcen fehlen, wenn man ehrlich ist.

Diese Probleme sind also nicht in erster Linie der Unfähigkeit der Mitarbeitenden oder der sogenannten Anwendenden geschuldet, sondern schlicht und einfach dem Umstand, dass diese Lösung offensichtlich unter laufendem Betrieb noch weiterentwickelt werden muss. Das kann man machen, man müsste das aber entsprechend kommunizieren, intensiv begleiten und die notwendigen Personalressourcen dafür zur Verfügung stellen. Genau das wäre eine der zentralen Aufgaben einer strategischen Projektführung unter einer operativen Projektleitung gewesen. Wenn jetzt im Bericht ein bisschen erstaunt festgestellt wird, dass diesbezüglich unterschiedliche Sichtweisen zwischen Leitungspersonen und Mitarbeitenden bestanden haben, kann das durchaus damit zu tun haben, dass die einen mit dieser Software arbeiten müssen und die anderen nicht. Diese Extremsituation hat zu sehr vielen Kündigungen und krankheitsbedingten Absenzen geführt. Der Gemeinderat hat seine Fürsorgepflicht in keiner Art und Weise wahrgenommen und viel zu spät Entlastungsmassnahmen eingeleitet. Damit ist die sonst schon sehr hohe Fallbelastung für die verbleibenden Mitarbeitenden schlicht unerträglich geworden. Was das für die betroffenen Klient*innen bedeutet, ist eine Katastrophe. Weil die Arbeitsbedingungen aufgrund dieser hohen Belastung schlecht sind und die Löhne im Vergleich zu anderen Arbeitgebenden eher tief sind, ist es auch immer schwieriger geworden, gut qualifiziertes Personal zu finden. Die Forderung des betroffenen Personals nach höheren Löhnen ist somit verständlich. Wie reagiert das Management auf eine solche Situation? Ich zitiere aus einem Brief des Stadtpräsidenten an die betroffenen Mitarbeitenden: "Der Gemeinderat vertritt die Meinung, dass für die Leistungsbereitschaft nicht nur monetäre Anreize wichtig sind." Das ist sicher richtig. Nur fragt sich da der geneigte Leser in diesem Projekt: Was denn sonst?

Der Stadtrat hat zur Lohnpolitik eine Motion von mir und Bettina Stüssi für erheblich erklärt. Die Motion fordert unter anderem, dass psychosoziale Kompetenzen bei der Lohneinreihung stärker zu gewichten sind, was zum Beispiel zu einer Verbesserung von Sozialarbeitenden führen würde. Aufgrund meiner Informationen will der Gemeinderat die Richtlinien dieser Motion nicht umsetzen. Einmal mehr liegt bei Citysoftnet meines Erachtens eigentlich ein Problem im Management von Informatikprojekten. Die Stadt Bern scheint überfordert zu sein in Informatik- und Digitalisierungsprojekten ihre Interessen gegenüber externen Auftragnehmern durchzusetzen. Es ist zudem offensichtlich, dass das Verständnis für die digitale Transformation von Prozessen bisher gänzlich gefehlt und die direktionsübergreifende Steuerung nicht funktioniert hat, dass Priorisierungen nicht vorgenommen werden und keine Koordination zwischen verschiedenen IT-Projekten stattfindet. Im Projekt Citysoftnet weisen sowohl das Qualitäts- als auch das Risk-Management grössere Mängel auf. Ich denke, man muss auch in der

Stadt Bern endlich davon wegkommen, ein Naturgesetz darin zu sehen, dass Informatikprojekte floppen. Die Interpellation zeigt von aussen betrachtet, dass man das offensichtliche Problem bereits im letzten Herbst hätte erkennen können. Aufgrund seiner Antwort hat im Gemeinderat damals das Problembewusstsein gefehlt. Diese Probleme sind heute noch nicht gelöst.

Die Präsidentin weist die Votantin daraufhin, dass die Redezeit fast um ist.

Ich weiss nicht, ob das Parlament beziehungsweise seine Aufsichtsorgane das einfach so stehen lassen können. Aufgrund meiner Ausführungen kann man davon ausgehen, dass ich mit den Antworten auf die Interpellation nicht zufrieden bin.

Präsidentin: Merci, Bernadette. Für den zweiten Teil des Fraktionsvotums hat Szabolcs Mihalyi das Wort.

Szabolcs Mihalyi (SP) für die Fraktion: Heute ist leider der Tag der langsamen Computer, merke ich gerade. Es ist tatsächlich so, wie es der Gemeinderat hier beschreibt. Bei einem neuen IT-Tool gibt es eigentlich immer technische Probleme und entsprechenden Mehraufwand. Aber ich möchte hier anfügen, dass jetzt dasselbe geschehen ist wie bei der Einführung des berüchtigten Base4Kids'. Eine neue, nötige und kaum verzichtbare IT-Entwicklung wurde ohne angemessene Testphase eingeführt und ist umgehend den Beteiligten um die Ohren geflogen. Damals haben den Preis Schulkinder bezahlt – die Schwächsten in der Gesellschaft –, das Lehrpersonal und die Steuerzahlenden. Dieses Mal bezahlen diesen Preis wieder die Schwächsten der Gesellschaft, die Klient*innen des Sozialamts und des EKS, viele davon Kinder, sowie das Personal und natürlich wieder auch die Steuerzahler*innen. Das Schlimmste ist aber, dass aus verschiedensten Quellen innerhalb der betroffenen Verwaltungsabteilungen berichtet wird, dass die Einführung von Citysoftnet in erster Linie lang existierende Probleme zum Vorschein gebracht habe, gerade als wäre der Katastrophensommer 2023, als der Stadt Citysoftnet um die Ohren flog, nur der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat. Die IT-Probleme scheinen jetzt trotz allem zu einem sehr hohen Preis behoben zu werden. Die alten Probleme werden es aber nicht. Fast Dutzende Kündigungen und rund 10 Langzeitkrankschreibungen sprechen Bände. Es ist eindeutig, dass geschultes und erfahrenes Personal jetzt einfach geht. Wer könnte es ihnen vorwerfen? Auch scheint in der Branche der Ruf der Stadt Bern als Arbeitgeberin im Sozialbereich ruiniert zu sein. Es kommen keine neuen mehr – und es herrscht übrigens auch noch Fachkräftemangel. Wie will man jetzt neu Personal überhaupt anwerben? Es stellt sich die Frage, ob das Sozialamt und der EKS überhaupt noch funktionsfähig sind in der jetzigen Situation. Es stellt sich aber auch die Frage, warum nach dem Debakel mit Base4Kids, nach der Untersuchung und den Empfehlungen durch die GPK wieder so eine Katastrophe passieren konnte. Ich habe vorhin zwecks Ratseffizienz auf mein Fraktionsvotum zum Jahresbericht der GPK verzichtet, aber so viel kann ich sagen. Das Meiste, was wir heute über die Probleme von Citysoftnet wissen oder was wir im Bericht von PWC lesen, steht auch im Bericht der GPK und wir haben das auch von der GPK, deren Vizepräsident ich bin, wie auch im Bericht steht, schon vor langer Zeit dem Gemeinderat gegenüber kritisiert. Das gibt wenig Hoffnung darauf, dass die dringend benötigte Erholung von Sozialamt und EKS rasch eintreten wird. Er ist zu erwarten, dass die Probleme sich noch bis in die kommende Legislatur hineinziehen. Gerade im Hinblick auf die Wechsel in der betroffenen Direktion, bei der politischen Leitung, appellieren wir an den Gemeinderat, auch auf eine reibungslose Übergabe der Dossiers bezüglich Citysoftnet hinzuarbeiten.

Das Kapitel Citysoftnet wie auch die internen Probleme beim Sozialamt und dem EKS werden uns also noch lange beschäftigen, und gerade auch finanziell ist das letzte Wort hier sicher noch nicht gesprochen. Die SP-Juso-Fraktion wird genau darauf achten, dass die Probleme nachhaltig behoben werden, egal, wie lange es dauert und egal, wer in der BSS und wer in der SUE einziehen wird. Merci.

Präsidentin: Danke, Szabolcs. Wir haben noch ganz viele Fraktionsvoten. Ich will schon einmal sagen: Wir werden allerspätestens um halb fünf aufhören, weil wir sonst ein weiteres Sitzungsgeld zahlen müssen. Also, Alex Feuz für die SVP-Fraktion.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Wie gesagt, das Vorgehen ist eine absolute Katastrophe – mein grosses Mitleid mit den Sozialhilfeempfängern, aber auch mit dem Personal, das mit dieser Software wirklich alleine gelassen worden ist und das Zeug hätte umsetzen sollen, auch mit den Gläubigern, mit diesen Leuten, die Anspruch gehabt hätten auf diese Zahlungen. Das ist ein Debakel, einmal mehr. Ich habe gesagt, die Stadt Bern kann IT nicht. Wir hatten Base4Kids, das gescheitert ist, weil man zu hohe Anforderungen hatte. Wir haben jetzt das Leuchtturmprojekt – ich komme später darauf zurück –, das gescheitert ist. So kann das nicht funktionieren. Vielleicht eine Vorbemerkung: Ich verstehe ein bisschen mehr von Hotels und Restaurants als von Computern. Aber trotzdem habe ich einen Grundsatz: Wenn ihr so ein System habt, in einem Hotel, das neu eröffnet, da fangt ihr nicht zuerst mit allem an, da fahrt ihr langsam hoch und ihr müsst vor allem schauen, dass ihr die Brücken, die ihr habt, nicht hinter euch abbrecht, so dass ihr nachher gar nicht mehr zurückgehen könnt, weil ihr dann Aufgaben habt, die man praktisch nicht lösen kann. Mir kommt das vor, diese ganze Übung, wie eine Seilschaft damals an der Eigernordwand, die dort hindurchgeklettert ist und nachher bei dem einen Durchgang die Seile entfernt hat und deshalb nicht mehr zurückkommen konnte.

Ich komme jetzt auch zurück und gehe ein bisschen in die Details hinein. Ich komme jetzt auch zurück auf das ganze Vorgehen. Ihr wisst es – und da bin ich stolz auf mich. Aber ich kann euch auch sagen, es ist relativ eine einfache Sache gewesen. Ich habe immer gewarnt vor dieser Anlage. Ich habe immer Rückweisungsanträge gestellt. Ihr könnt es nachlesen. Ich habe immer ganz klar gesagt, man sollte mit dem Kanton Rücksprache nehmen. Das war 2023. Ich habe einfach gesehen: Wenn wir hier 2 parallele Sachen hochfahren, dann kommt das nicht gut. Es wurde mir immer gesagt, es seien Datenschutzgründe gewesen, die die Stadt Bern bewogen hätten, die Software zu wechseln. Was ich auch erfahren habe – wir reichen zu diesem Thema noch Interpellationen ein: Die Stadt Bern war die einzige Gemeinde, die auf das Züglein aufgesprungen ist und gemeint hat, man müsse jetzt vorangehen und das machen. Wie es herausgekommen ist, sehen wir. Für mich einfach auch ganz grundsätzlich: Ich bin immer dafür, dass man zusammenarbeitet mit den anderen Gemeinden. Aber man muss auch sehen, dass Zürich, Basel, Bern eine ganz andere Sozialhilfegesetzgebung haben. Daher ist für mich das mit den Synergien schon sehr fraglich. Und dann ging Bern offenbar als kleinster Teilnehmer voller Stolz voran: "Wir führen es zuerst ein." Und nachher ging es schief. Ich gehe jetzt ein bisschen auf die Details ein, bei denen ich schon ganz grosse Fragen habe im Bericht. Ich sage ganz klar hier und heute: Wir werden je nachdem, ob die Interpellation dringlich erklärt wird oder nicht müssen wir allenfalls mit Kleinen Anfragen nachdoppeln. Aber das sind für mich Fragen für eine GPK; etwas, was die SVP beantragen wird. Allenfalls müsste man sich sogar überlegen, eine PUK einzusetzen, denn der Bericht von PWC wirft bei mir mehr Fragen auf als er Fragen beantwortet. Dass man eine Untersuchung macht, ist für mich klar, aber PWC ist meines

Erachtens vorbelastet, befangen gewesen. Wieso hat man hier nicht einen neutralen Prüfer genommen? Musste man jemanden schonen? Ich weiss es nicht.

Dann haben wir Teile, die Anhänge A bis D, die liegen gar nicht vor. Man sagt, es habe heikle Daten darauf, aber die hätte man ja anonymisieren können. Hier muss man wissen: Was ist da gewesen? Wenn wir den Bericht lesen, sehen wir, dass dieser Prüfungsbericht auch nicht nach den Grundsätzen der ordnungsmässigen Abschlussprüfung erstellt wurde. Warum nicht und was für Konsequenzen zieht der Gemeinderat daraus? Wieso hat man keine Verantwortlichen genannt? Wann wird Citysoftnet überhaupt einwandfrei funktionieren? Was für Zusatzkosten haben wir effektiv? Welche Kosten drohen uns? Das ist der eine Teil, also die Interpellation mit diesen Fragen. Ich kann sie ja sonst an einen zuständigen Sachbearbeiter abgeben, an die Direktionsmitglieder. Dann kann man gerade schauen. Vielleicht können sie teilweise heute schon einige der Sachen beantworten, die uns unter den Nägeln brennen. Und nachher der zweite Teil: Wieso ist die Stadt Bern die einzige Gemeinde im Kanton Bern gewesen, die hier vorgeprescht ist? Wieso haben es andere nicht gemacht? Was war der Grund? Was es der Datenschutz?

Wieso hat man nicht die kantonale Lösung abgewartet? Corina Liebi – wir haben sie damals unterstützt – hat es immer gesagt. Wir haben wahrscheinlich 20 Mio. Franken in den Sand gesetzt, weil wir eine neue Softwarelösung haben, die der Kanton Bern dann für alle vorschreibt. Ja, für wie lange haben wir noch diesen Knüppel, mit dem wir mit viel Aufwand die Leute prügeln? Wieso kann man nicht mehr zurück? Was gibt es für die Möglichkeiten, dass man allenfalls wieder zurückgehen kann? Wieso hat man keine Sicherheiten, keine Brücken eingebaut, dass man die Daten machen könnte? Ich habe auch Angst um das Personal. Ich begreife jeden, der weg ist. Wenn ihr eine Software habt und dann habt ihr einen Kunden und einen Klienten und einen Gläubiger und die rufen in der Woche etwa viermal an, weil das Geld noch nicht da ist und ihr habt etwa 30 Anwendungsprogramme. Ja, das ist unmöglich. So könnt ihr nicht arbeiten. Dann könnt ihr euch nicht um die Sozialhilfebezüger und um die eigentlichen Aufgaben kümmern, sondern müsst euch mit irgendwelchen Software-Applikationen herumschlagen. Ich habe meinen Kampfwert ein bisschen gesteigert im Excel, aber ich weiss, ich bin auch nicht der Informatikcrack, aber das ist fast nicht zu schaffen. Und dann löscht es einem ab und ich begreife das. Und die Sozialhilfeempfänger sind zum Teil auch nicht die einfachsten Leute, aber die haben natürlich eine Not und die rufen dann sicher 2- oder dreimal pro Woche an, warum das Geld nicht da ist. Es geht hier auch darum, ob man die Wohnung verliert, ob man mit der Familie dort im Haus bleiben kann oder ob man eine fristlose Kündigung befürchten muss. Wenn man dann den Mietzins nicht bezahlt hat und nach der Aufforderung auch nicht, hat man nachher eine fristlose Kündigung und riskiert die Räumung. Das sind alles Probleme, die man einfach sehen muss. Und dann habe ich auch grosse Fragen. Es wird immer gesagt, die anderen bernischen Gemeinden würden dann die Softwarelizenz erwerben. Ich habe das Gefühl, dass, wenn ein kantonales Programm da ist, wahrscheinlich das Interesse nicht so gross sein wird bei anderen Schweizer Gemeinden nach diesem Flop. Es wurde vorhin schon gesagt, dass die Stadt Bern wahrscheinlich jetzt bekannt ist für diesen Flop, diesen Informatikflop. Daher wird das Interesse auch nicht so gross sein. Was passiert denn dort? Und wird dann die Stadt Bern allenfalls entschädigt für Citysoftnet? Welche Konsequenzen zieht der Gemeinderat daraus? Und nachher die letzte Frage: Wird Citysoftnet je einwandfrei funktionieren? Das sind die Fragen, die wir stellen. Ich fasse zusammen. Wir haben immer gewarnt vor diesem Debakel. Wir haben immer Rückweisanträge gestellt und gesagt, es komme nicht gut. Ich bin einer der wenigen gewesen, die von allem Anfang an Vorbehalte hatten und gesagt haben, es komme nicht

gut und nein gestimmt haben. Jetzt haben wir das. Und auf die Fragen, die ich stelle, erwarte ich eine Antwort. Vielleicht kann man heute schon die ersten Antworten dazu geben. Aber es ist ein Debakel und ich bedaure es für alle Leute, die hier betroffen sind. Und einmal mehr: Bern kann's nicht. Merci.

Präsidentin: Merci, Alex. Dann kommt Nik Eugster für die FDP/JF-Fraktion.

Nik Eugster (FDP) für die Fraktion: Meine Vorredner*innen haben das ganze Fass zum Fall Citysoftnet aufgemacht, berechtigterweise. Wenn man den Bericht von PWC und all das, was da passiert ist, sieht, dann können wir nicht genug reden. Aber ich möchte trotzdem mein Votum auf die Antwort auf die Interpellation fokussieren. Wenn man in der Zeitung liest von 9 Verletzten, dann ist meistens irgendeine gröbere Katastrophe passiert. Das ist ein grösserer Unfall, irgendetwas. Das gibt eine Untersuchung, da kommt die Polizei, etc., am Schluss ist es vielleicht sogar ein Straffall.

Ich lese in der Antwort des Gemeinderats auf die Interpellation, dass 9 Langzeiterkrankungen unter anderem auf die Einführung von Citysoftnet zurückzuführen sind, und ich frage mich: Was genau ist jetzt hier die Konsequenz? Citysoftnet ist ein Debakel. Das hat der Bericht von PWC aufgezeigt, der uns diese Woche präsentiert wurde. Es ist eine Tragödie aus menschlicher Sicht und auch ein finanzielles Fass ohne Boden. Dass bei so grossen Projekten Probleme auftreten, ist nichts Ungewöhnliches. Das ist tatsächlich so. Aber wie auf die Probleme reagiert wurde, das ist unverständlich. Und was genau die Konsequenzen dieses Problems sind, insbesondere für Mitarbeitende und Klient*innen, darum geht es in diesem Vorstoss. Aber die Antwort auf diese Interpellation wirft mehr Fragen auf, als sie beantwortet. Es sei eine Tatsache, dass bei einem solchen Projekt mit einer so langen Laufzeit die ursprünglichen Kosten angepasst werden müssten, ist zum Beispiel zu lesen. Ist das wirklich so? Heisst das also, man muss bei jedem langfristigen Geschäft, für das wir die Kosten sprechen im Stadtrat, künftig damit rechnen, dass Mehrkosten entstehen? Ist das wirklich eine Tatsache? Das kann ich nicht glauben. Nachher: Der Gemeinderat bedauert im Votum, dass Mitarbeitende vom EKS und des Sozialamts so hohen Belastungen ausgesetzt wurden. Sorry, aber ist "bedauern" das richtige Wort in einem Fall, in dem es eben um anderem 9 Langzeiterkrankungen gegeben hat? Ich gebe Bernadette Häfliger recht, dass die Antwort auf den Vorstoss, was den Tonfall betrifft, komplett verfehlt ist. Jetzt weiss man nicht, ob alle Klient*innen finanziell eine Vergütung erhalten haben, die ihnen zugestanden hätte. Vermögensschadenfälle seien noch immer nicht auszuschliessen. Das steht in der Antwort. Also hier auch wieder eine Frage: Was kommt noch zum Vorschein? Und schlussendlich werden wir noch dieses Jahr zusätzliche Gelder sprechen müssen. Auch das kann man herauslesen. Das Ganze wird uns also noch lange beschäftigen. Die Frage ist: Wie teuer wird es? Die externe Evaluation von PWC ist erst der Anfang. Es gibt noch viele Fragen, die offen sind und jetzt müssen Antworten kommen. Die Antwort auf die Interpellation kratzt wirklich nur an der Oberfläche, bedauert eben oder ordnet bestenfalls ein bisschen ein. Aber dass da eine Aufarbeitung passiert ist, das kann man jetzt aus dieser Antwort nicht herauslesen. Ich verstehe Alexander Feuz' Ruf nach einer vertieften Untersuchung des Debakels. Es muss minutiös aufgearbeitet werden und die Prozesse in der Stadtverwaltung müssen neugestaltet werden, sodass so etwas nie mehr passieren kann. Es ist nicht das letzte Digitalisierungs- und Transformationsprojekt.

Präsidentin: Danke, Nik. Dann kommt Gabi Blatter für die GLP/JGLP/EVP-Fraktion.

Gabriela Blatter (GLP) für die Fraktion: Die GLP/JGLP/EVP-Fraktion war ehrlich gesagt auch sehr erstaunt über die Antwort des Gemeinderats. Obwohl die Stadt Bern in den vergangenen Diskussionen stets betont hat, dass sie Schadensbegrenzung betreibt und die Situation unter Kontrolle hat, hat das Ausmass der Auswirkungen der Missstände auf die Gesundheit der Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter uns sehr erschreckt und betroffen gemacht. Und da bringt auch alles Schönreden von Seiten des Gemeinderats nichts, wie meine Vorredner*innen auch schon gesagt haben. Bei diesem Geschäft ist mehr als nur ein bisschen schiefgelaufen. Der kürzlich publizierte externe Bericht von PWC hat leider das problematische Bild bestätigt. Fehlende interne Kompetenzen und Ressourcen, unzureichende Ressourcenplanung, fehlende Prozessbeschreibungen, fehlende Sensibilisierung der Mitarbeitenden und mangelnde buchhalterische Fachkenntnisse im Erwachsenen- und Kinderschutz, unzureichende Schulungen der Mitarbeitenden. Umfang und Aufwand in der Testphase und des Sonderbetriebs wurden von allen Seiten und insbesondere auch vom Dienstleister Emineo massiv unterschätzt und die Mitarbeitenden wurden viel zu wenig auf die Testphase vorbereitet. Diese 6 Feststellungen im PWC-Bericht lesen sich wie ein Handbuch dafür, wie man ein Digitalisierungsprojekt voll gegen die Wand fährt. Die Tatsache, dass wir laut PWC aber dennoch ein mehr oder weniger technisch funktionsfähiges System im Betrieb haben und dass das Sozialamt und der EKS noch nicht komplett kollabiert sind, haben wir nur den motivierten und guten Mitarbeitenden der Stadt zu verdanken. An dieser Stelle möchten wir uns bei allen betroffenen Mitarbeitenden für die schwerwiegenden Fehler entschuldigen. 3 Kündigungen beim Sozialamt, ganze 15 beim Erwachsenen- und Kinderschutz und 9 Langzeitkrankschreibungen. Das ist wirklich keine schöne Bilanz für die Umsetzung dieses Digitalisierungsprojekts. Und das ist nicht nur ein kleiner Patzer und bewegt sich auch nicht mehr einfach nur so im normalen Bereich. Die Situation wird seit Monaten heruntergespielt und es wird leichtfertig mit dem psychischen und physischen Wohl der Mitarbeitenden der Stadt Bern umgegangen und das ist nicht zu tolerieren. Die politische Verantwortung für dieses IT-Debakel muss endlich übernommen werden. Immerhin hat der Gesamtgemeinderat aufgrund des externen Berichts jetzt endlich dringend notwendige erste Schritte angestossen und die zuständigen Gemeinderäte, vielen Dank, haben an der Pressekonferenz diese Woche erstmals offen die politische Verantwortung übernommen. Es ist unglaublich, dass 2 Jahre nach dem letzten IT-Debakel in der Stadt Bern wieder so schwerwiegende Fehler gemacht wurden, obwohl vor 2 Jahren bei Base4Kids auf die genau gleichen Mängel hingewiesen wurde. Die Stadt muss ihre Fehlerkultur verbessern, aus ihren Fehlern lernen und ihr Risikomanagement verbessern. Die notwendigen Kompetenzen in der Verwaltung müssen dringend aufgebaut und gehalten werden, damit das nächste Digitalisierungstransformationsprojekt nicht wieder solch ein Debakel wird. Die nächsten IT-Projekte, zum Beispiel HR4You, stehen schon vor der Tür, und wir brauchen dringend zentrale Expertisen in der Stadtverwaltung, damit der anstehende Digitalisierungsprozess professionell begleitet werden kann und nicht die gleichen Fehler noch einmal gemacht werden. Wir hoffen, dass Digital Stadt Bern bei diesen weiteren Prozessen helfen kann. Wir fordern, dass alle Massnahmen so rasch wie möglich umgesetzt werden, damit die Mitarbeitenden vor weiteren Belastungen geschützt werden können, und fordern eine transparente und umfassende Aufarbeitung des Citysoftnet-Debakels – so wie viele meiner Vorredner*innen ebenfalls schon erwähnt haben –, damit die Stadt endlich von ihren Fehlern lernt und so etwas nie mehr passiert. Zum Schluss möchten wir uns noch einmal ganz herzlich bei allen Betroffenen für ihren ausserordentlichen Einsatz bedanken und wünschen den Langzeiterkrankten weiterhin alles Gute auf ihrem Genesungsweg. Danke vielmals.

Präsidentin: Merci Gabi. Wir werden jetzt Pause machen. Wir haben 5 Minuten zu spät angefangen und hören 2 Minuten zu früh auf. Ich bitte euch, um Punkt 17 Uhr wieder da zu sein, damit wir weitermachen können, gute Pause.

Schluss der Sitzung: 16.29 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

03.09.2024

X 

Signiert von: VALENTINA ACHERMANN

für das Protokoll

04.09.2024

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.05 Uhr

Stadtrat anwesend

Valentina Achermann, Präsidentin

Yasmin Amana Abdullahi	Thomas Glauser	Niklaus Mürner
Janina Aeberhard	Bernadette Häfliger	Dominic Nellen
Timur Akçasayar	Bernhard Hess	Barbara Nyffeler
Lena Allenspach	Thomas Hofstetter	Cemal Özçelik
Ruth Altmann	Matthias Humbel	Mehmet Özdemir
Emanuel Amrein	Seraphine Iseli	Florence Pärli Schmid
Ursina Anderegg	Ueli Jaisli	Halua Pinto de Magalhães
Mirjam Arn	Bettina Jans-Troxler	Simone Richner
Oliver Berger	Anna Jegher	Claudio Righetti
Tom Berger	Raffael Joggi	Mirjam Roder
Natalie Bertsch	Nora Joos	Michael Ruefer
Lea Bill	Barbara Keller	Mahir Sancar
Laura Binz	Ingrid Kissling-Näf	Judith Schenk
Gabriela Blatter	Fuat Köçer	Nicole Silvestri
David Böhner	Nora Krummen	Chandru Somasundaram
Michael Burkard	Anna Leissing	Ursula Stöckli
Francesca Chukwunyere	Christoph Leuppi	Irina Straubhaar
Nik Eugster	Maurice Lindgren	Bettina Stüssi
Alexander Feuz	Simone Machado	Johannes Wartenweiler
Jelena Filipovic	Denise Mäder	Lukas Wegmüller
Sofia Fisch	Esther Meier	Béatrice Wertli
Katharina Gallizzi	Matteo Micieli	Janosch Weyermann
Lionel Gaudy	Szabolcs Mihályi	Paula Zysset
Franziska Geiser	Tanja Miljanovic	

Stadtrat entschuldigt

Debora Alder-Gasser	Lukas Gutzwiller	Daniel Michel
Sibyl Eigenmann	Corina Liebi	Sarah Rubin
Muriel Graf	Salome Mathys	

2023.SR.0189**11 Interpellation Fraktion SP/JUSO (Bernadette Häfliger, SP/Sara Schmid, SP): Fragen zu Problemen bei der Einführung von Citysoftnet**

Präsidentin: Willkommen zurück aus der Pause. Merci vielmals, dass wir pünktlich weitermachen können. Wir sind immer noch bei Traktandum 11 bei den Fraktionserklärungen. Als nächstes kommt David Böhner für die AL/PdA-Fraktion.

David Böhner (AL) für die Fraktion: Merci, sind Sie zurück von der Pause. Ich würde jetzt loslegen mit der Erklärung der Fraktion AL/PdA. Man hat das Projekt unterschätzt, mit zu wenig Personalressourcen begleitet und die Projektorganisation mangelhaft aufgestellt. Zu diesem Fazit kommt nicht der Bericht von PwC, sondern es handelt sich um ein Zitat aus dem Bericht vom Ueli Friedrich aus dem Jahr 2022, der den Auftrag gehabt hat, base4kids zu untersuchen. Die Reaktion des Gemeinderates damals war, sich bei den Betroffenen zu entschuldigen und zu versprechen, dass der Gemeinderat in Zukunft die Lehren daraus ziehe und künftige komplexe Projekte nachhaltig managen und mit genügend Personalressourcen ausstatten werde. Und heute, 2 Jahre später, stehen wir von einem grösseren Debakel als damals. Für die Fraktion AL/PdA ist das absolut unverständlich. Die zuständigen Departementsvorstehenden, also Reto Nause und Franziska Teuscher, haben laut eigenen Aussagen nicht gemerkt, dass sie vor 10 Jahren mit dem Citysoftnet nicht einfach eine neue Software bestellt haben, sondern eine grundsätzliche Digitalisierung der Verwaltung eingeläutet haben. Der PwC-Bericht hat festgestellt, dass beim Sozialamt und beim EKS alles von Grund auf geändert worden ist. Es wird komplett anders gearbeitet als vorher. Man kann jetzt schon sagen, das ist vor 10 Jahren noch nicht absehbar gewesen, aber wir fragen uns, ob denn eine solche Entwicklung einfach gottgegeben ist. Wir sind doch hier in der Politik, da entscheiden Menschen. Wir können bestimmen, was wir wollen und wie viel Geld uns das wert ist, wie umfassend der Umbau ist und wie sinnvoll es ist, alles auf einmal machen zu wollen. Vielleicht gäbe es Lösungen, die auch funktionieren, aber halt nicht so massgeschneidert sind und auf dem Bestehenden aufbauen. Alternativlos, there is no alternative, ist gestanden in der Antwort des Gemeinderates für die Notwendigkeit für diese Software. Für uns ist das das Unwort des Jahres und ein Zeichen fehlender Kreativität. Und in 10 Jahren ist dann wahrscheinlich wieder alles überholt und es braucht eine neue alternativlose Lösung, weil Citysoftnet nicht mehr zeitgemäss ist und den Anforderungen nicht mehr entspricht. Das kann es doch nicht sein.

Wir sind dankbar für den PwC-Bericht, der hoffentlich mindestens einen Teil des Ausmasses des Problems aufzeigt. Dort klingt es schon ein bisschen anders als in der Antwort des Gemeinderates vom Januar auf die Interpellation, über die wir hier eigentlich diskutieren. Wenn man die Antwort des Gemeinderates auf diese Interpellation liest, könnte man meinen, dass alle Probleme schon im Januar behoben waren und es einfach noch ein bisschen mehr Geld braucht für den Nachkredit. Dank des PwC-Berichts wissen wir jetzt, dass es leider nicht so ist. Aber auch mit dem Bericht von PwC gibt es für die Fraktion AL-PdA noch ganz viele offene Fragen, die noch nicht beantwortet sind und die geklärt werden müssen. Zudem würden wir auch gerne noch den Anhang des Berichts lesen mit den Interviews der Beteiligten. Die könnten ja in einer anonymisierten Form veröffentlicht werden oder wenigstens dem Stadtrat zugänglich gemacht werden. Auch interessieren würde uns, wieso Bern als erste Stadt das Go-live von Citysoftnet gemacht hat und ob es Vereinbarungen gibt mit Zürich und Basel, dass sie sich an den Kosten beteiligen für die Behebung der Fehler und Probleme,

die auftaucht sind. Von diesen profitieren ja Zürich und Basel jetzt auch. Ausserdem fragen wir uns, ob Reto Nause und Claudia Hänzi wirklich die richtigen Personen sind, die die neu gegründete Taskforce leiten, und ob es da nicht eher Personen braucht mit einem Aussenblick, Personen, die bisher nicht involviert waren und keine Mitverantwortung tragen für das Desaster. Gerne würden wir auch erfahren, wie viele Fälle im Sozialamt und im EKS immer noch von Ostermundigen und Köniz übernommen werden und wie viel uns das kostet. Und es gibt noch viele weitere andere Fragen, denen die GPK nachgehen sollte und unserer Meinung nach das zukünftige Geschäft auch eng begleiten und über das weitere Vorgehen regelmässig informieren sollte. Dass es ab nächstem Jahr 2 neue Amtsvorsteher*innen im BSS und in der SUE gegeben wird, macht die Sache auch nicht weniger komplex. Das Vertrauen in dieses Projekt, dass es schon gut kommt, wie wir es im letzten Jahr mehrmals vom Gemeinderat gehört haben, ist bei uns schon längst verspielt.

Präsidentin: Merci David. Dann kommt Michael Ruefer für die GFL-Fraktion.

Michael Ruefer (GFL) für die Fraktion: 2 Jahre nach base4kids gibt es schon wieder ein IT-Debakel, schon wieder ist unter anderem die BSS betroffen. Hat man nichts gelernt, fragen jetzt alle. Ich glaube, nachdem ich den Untersuchungsbericht gelesen habe und wir uns auch in der SBK über das unterhalten haben, der Fall hier ist ein bisschen anders gelagert, und zwar aus 3 Gründen: Der erste ist, der Impact ist ungleich grösser als bei base4kids. Wenn mehrere 100 Sozialhilfefälle oder Verbeiständete kein Geld mehr bekommen, ist das einfach eine ganz andere Nummer als Schulinformatik. Wir reden hier von Leuten, die laut dem Wording der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde einen erhöhten Schutzbedarf haben, und zwar staatlich verordnet. Ob Vertretungs-, Mitwirkungs- oder umfassende Beistandschaft, die Handlungsfähigkeit von Betroffenen wird staatlich in unterschiedlichem Mass eingeschränkt. Die zuständige staatliche Behörde ist es diesen Leuten mit erhöhtem Schutzbedarf schuldig, und zwar unter allen Umständen schuldig, dass sie jederzeit ihre Leistungen beziehen können und dass die zuständigen Beistände, das sind eben meistens auch externe und nicht städtische Angestellte, im Notfall unbürokratisch helfen können. Was es in diesem Bereich gebraucht hätte in der Projektplanung, sind nicht irgendwelche Prozessbeschreibungen, sondern schlicht und einfach einen Notfallplan und ein Worstcase-Szenario.

Der zweite Grund, warum sich Citysoftnet meiner Meinung nach von base4kids unterscheidet, betrifft die Ressourcen in den Ämtern. Das Projekt ist nach Hermes 5 abgewickelt worden, also nach dem Schweizer Standard für Projektführung. Aber offenbar haben in den Ämtern schlicht und ergreifend eklatant Ressourcen gefehlt, um ein Projekt mit dieser Tragweite und dieser Grösse neben dem daily business zu absorbieren. Digital Stadt Bern ist daran, Leute aufzubauen im Bereich Businessanalyse und muss sicher nachher einbezogen werden, auch bei der Frage, wie Mitarbeitende adäquat in ein Digitalprojekt eingebunden werden. Im Budget, und jetzt hören Sie zu, wir haben vorhin über die Jahresrechnung gesprochen, sind neue Stellen beantragt, einen Stellenausbau, der in früheren Jahren zum Teil FIT zum Opfer gefallen ist. Und darum sind jetzt diese Stellen eben nicht da und haben gefehlt. Überhaupt taucht im Bericht und auch in der Kommunikation der Behörden vor den Medien immer wieder die Frage auf, ob die Qualität der Vorbereitung auf den Go-live unter dem Budgetdruck und den FIT-Massnahmen gelitten hat. Man hat es schon vorhin gesagt, meine Vorredner*innen haben das ausgeführt: Wir haben die beiden Wechsel bei der BSS und bei der SUE, die bevorstehen, und es ist sicher so, es gibt in den Amtsleitungen personell sehr heikle Situationen zurzeit und vor allem im EKS. Und man muss aufpassen, dass man die

Leute, die jetzt unter enormem Druck stehen, zu liefern, auch in Taskforces nicht noch verbrennt. An der Medienkonferenz hat die Leiterin des Sozialamts sehr detailliert aufgezeigt, was man jetzt schon justiert hat in dieser Zeit, in den letzten paar Monaten, welche Empfehlungen aus dem Bericht zum Beispiel bei der Dokumentation von Prozessen, in der Kommunikation oder bei Schulungen in der Umsetzung sind und dass das EKS Unterstützung durch eine Taskforce braucht. Wer jetzt sagt, es werde nichts gemacht und die Stadt sei in den letzten Monaten untätig geblieben, tut der Taskforce und der Leitung dieser Taskforce sicher mehr als unrecht. Es ist ein Wandel im Gang und der braucht Zeit.

Jetzt noch zum dritten Unterschied, den ich ausmache. Der betrifft die Natur des Projekts Citysoftnet an sich. Es ist eben eher eine Business-Transformation als ein grosses IT-Projekt. Deshalb vorab eine kleine Anekdote aus meinem beruflichen Alltag: ich bin weder im sozialen Bereich noch in der IT tätig, aber dort, wo ich arbeite, haben wir letzten Herbst auch eine neue Software in Betrieb genommen. Der Go-live wurde mehrmals verschoben, die Schulungen haben schon ein halbes Jahr vorher stattgefunden. Es hat einen Bereich mit hoher Fluktuation betroffen, der sehr zentral für den Betrieb ist, aber auch immer noch sehr analog unterwegs ist, mit vielen Quereinsteiger*innen und lange nicht nur digital affinen Leuten. Was ist passiert nach dem Go-live? Der Betrieb ist fast kollabiert. Wir haben zwar keine Personen, sondern Firmen als Endkunden, aber es ist ein Business mit sehr vielen involvierten Partnern und Stakeholdern und man kann sich das vorstellen wie die Netzwerkindustrie. Und wenn es nicht mehr läuft, dann bricht ziemlich schnell das Chaos aus und die Leute verlieren ihre Nerven und irgendwann kommen sie einfach nicht mehr arbeiten. Seit ca. 9 Monaten ist man jetzt daran, den Scherbenhaufen aufzuwischen. Man hat etwa 10 Leute neu einstellen müssen, weil man für vieles noch immer keine Workarounds gefunden hat. Man musste eine Taskforce einrichten und hat deshalb Leute aus der Linienorganisation abgezogen. Ihr könnt euch jetzt vorstellen, als ich den Untersuchungsbericht von PwC zu Gesicht bekommen habe, habe ich eines gehabt, ein riesiges Déjà-vu und zwar nicht etwa wegen base4kids, sondern wegen meiner Arbeit. Und das erste Mal seit 9 Monaten habe ich ein bisschen demütig gedacht: Ah, unsere IT-Entscheidungsgremien und unsere Geschäftsleitung und die Projektleitung dieses IT-Projekts sind vielleicht doch nicht so dumm und vielleicht doch nicht so unfähig, sondern halt vielleicht einfach Durchschnitt. Wer schon einmal hautnah einen IT-Sturm durchgestanden hat, wird vielleicht ein bisschen demütig. Wir können uns jetzt hier drin alle empören, überbieten mit Forderungen, Kritik, Vorwürfen. Ich möchte aber schon ein bisschen daran appellieren, uns in Demut zu üben, vor allem die Leute, die solche Erfahrungen schon in ihrem Berufsumfeld gemacht haben. IT-Projekte oder eben digitale Transformation bedeuten eben nie, dass Prozesse einfacher werden. Die Kompetenzen und die Aufgaben von Mitarbeitenden werden ausgeweitet im Regelfall, die Verantwortung wird grösser. IT-Abteilungen und Business Development sind vor 10 Jahren – dann, wo das Projekt gestartet worden ist – noch vielfach getrennt verlaufen. Man hat geschaut, was man anpassen will, Anforderungskataloge geschrieben und nachher mal gewartet, was die IT liefert. Heute sind grosse IT-Projekte auch Organisationsveränderungen, im besten Fall eben Transformation, im nicht so besten Fall wie in diesem Fall hier Disruption. IT-Projekte werden zu Generationenprojekten und Grossbaustellen.

Was ist jetzt mein Take-away aus meinem Job-IT-Debakel? Es ist ein Appell an Perspektiven. Ich kann wärmstens empfehlen, jetzt nicht den Miesepetern zu folgen, denen, die schwarzmalen wollen und hier überall und in den Medien Fingerpointing betreiben. Wir müssen als Parlament jetzt sicher nicht auch noch den Transformations-

coach spielen und die Verwaltung mit unseren ach so smarten Vorschlägen noch weiterbeschäftigen, wenn die Leute eh schon einem enormen Druck ausgesetzt sind. Was es braucht, und ich glaube, Claudia Hänzi verstanden zu haben, ist einen sogenannten inkrementellen Optimismus. Es muss möglich sein, nach einer Zeit eine Organisation, die erschüttert wurde, die überlastet war, die mehr Ressourcen gebraucht hat, um einen Sturm durchzustehen, wieder zu stabilisieren. Das Personal darf nicht mehr oder nicht noch mehr alleine gelassen werden. Im EKS ist ja im Budget 25 eine deutliche Stellen-erhöhung geplant, um die Falllast zu senken und die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die Ressourcen der Taskforce müssen bald wieder in die Linie zurückgehen. Dort braucht es jetzt jede Person, auch im Hinblick darauf, dass die Fälle, die aktuell ausgelagert werden an die Nachbargemeinden, auch einmal zurückkommen werden. Jetzt ganz zum Abschluss noch punkto Beschaffung: Dieses Thema ist auch wieder hochgekocht worden, auch medial, und man muss eigentlich sagen, wenn man den Bericht liest, sind da das Statement und die Einschätzung und die Bewertung recht klar, dass das nach wie vor Sinn macht, auch mit 11 Jahren Verzögerung, wenn man zurückschaut, dass diese Beschaffung hier getätigt worden ist, auch wenn man jetzt natürlich über das Neue Fallführungssystem (NFFS) des Kantons redet und über Diartis, die jetzt inzwischen auch ein neues Produkt geliefert hat, wo ja eine Monopolstellung hat in diesem Bereich. Aber es ist klar und der Bericht kommt da zu einem klaren Schluss: Der Entscheid für einen solchen Städtezusammenschluss ist aus heutiger Sicht noch gut, und die Software wird im Untersuchungsbericht auch als tauglich und die Beschaffung als zielführend bewertet.

Präsidentin: Danke, Michael. Als nächstes kommt Seraphine Iseli für die GB-JA-Fraktion.

Seraphine Iseli (GB) für die Fraktion: Wir haben es vor der Pause schon ein paarmal gehört und wir haben es aber eigentlich auch schon alle vorher gewusst, dass nämlich rund um das neue Fallführungssystem Citysoftnet mit der Einführung letztes Jahr viele Probleme mitgekommen sind. Wir haben es deshalb auch schon von Anfang an begrüsst, als der Gemeinderat eine externe Evaluation in Auftrag gegeben hat, damit analysiert werden kann, zu welchem Zeitpunkt und an welchen Schnittstellen Fehler passiert sind und wie diese in Zukunft können vermieden werden. Denn dass die Fehler verheerend gewesen sind für die Mitarbeiter*innen, aber auch für die Klient*innen, das haben wir hier jetzt schon ein paarmal gehört und ich glaube da sind wir uns auch alle zusammen einig, dass das nicht mehr vorkommen darf und dass das niemand will und nie jemand hat wollen. Der Bericht von PwC, der ja seit neustem verfügbar ist, zeigt auf, dass die Probleme nicht in erster Linie technischer Natur gewesen sind oder sind, sondern dass es auch bei der Organisation einige Fehler gegeben hat. Die Mitarbeiter*innen mussten neben dem Alltagsgeschäft auch noch die neue Software testen und die, die es ein bisschen besser verstanden haben, mussten die, die es ein bisschen weniger verstanden haben, schulen, daneben aber auch eigentlich Sachen, für die sie weder wirklich die nötigen Kompetenzen hatten noch für die sie eigentlich angestellt gewesen sind. Aufgrund dieser Doppelbelastung, zusammen mit der hohen Fluktuation, die sich daraus ergeben hat, sind die Mitarbeitenden an ihre absoluten Grenzen gekommen und dazu sind nachher trotzdem noch einige technische Probleme gekommen, wie es bei IT-Einführungen einfach sehr häufig der Fall ist.

Unsere Fraktion findet es richtig, dass sich der Gemeinderat mittlerweile bei den Mitarbeitenden entschuldigt und die politische Verantwortung übernommen hat, aber wir fordern vom Gemeinderat auch, dass das Projekt systematisch aufgearbeitet wird, denn

der Druck, der hier auf die Mitarbeiter*innen ausgeübt wurde, ist aus unserer Sicht nicht tolerierbar. Der Gemeinderat muss jetzt einen Plan vorlegen, wie er die digitale Transformation in der Stadtverwaltung zum Erfolg bringen will, damit bei nächsten Projekten ganz klar ist, welche Rolle Informatik Stadt Bern hat, welche Rolle Digital Stadt Bern und wo es externe Expert*innen noch zusätzlich braucht. Und es braucht endlich eine realistische Einschätzung der nötigen Ressourcen für solche Projekte, denn aus unserer Sicht ist Citysoftnet auch ein gutes Beispiel dafür, was passiert, wenn nicht genügend Ressourcen vorhanden sind, sowohl personelle als auch finanzielle. Der PwC-Bericht zeigt, wie zentral Business Analysts gewesen wären, um diesen Prozess in die richtige Richtung zu bringen. Genau diese Stellen sind aber im Rahmen des Sparprogramms in den letzten Jahren gekürzt beziehungsweise gestrichen worden. Solche Sparmassnahmen, wie wir sie hier beschlossen haben, führen vielleicht oder verschönern vielleicht kurzfristig eine solche Rechnung, aber langfristig sind sie kontraproduktiv und führen, wir haben es gesehen, zu Unzufriedenheit, Stress, Mehrkosten, Unverständnis und erlauben es den Mitarbeiter*innen schlicht nicht, ihren Job gut zu erledigen, für den sie eigentlich angestellt wären. Wir appellieren deshalb an den Gemeinderat, aber auch an den Stadtrat, bei der nächsten Budgetdebatte genauer hinzuschauen, oder bei der nächsten Spardebatte, und sich zu überlegen, welche Konsequenzen es hat, wenn man welche Stelle streicht. Noch kurz zur Interpellation selber: Die Antwort ist natürlich nicht mehr so aktuell, sie ist 6 Monate alt etwa, und bei einem Informatikprojekt in der Initiierungsphase kann in dieser Zeit sehr viel passieren und wir wissen auch alle, was jetzt in der Zwischenzeit passiert ist. Das Projekt ist auf einem ganz anderen Stand. Was uns aber wichtig erscheint aus der Antwort, ist das Monitoring zu den Kündigungen und Krankheitsfällen. Wir finden es wichtig, dass hier auch weiterhin ein Auge darauf gehalten wird. Das gilt auch für die Unterstützungsmassnahmen für die Mitarbeitenden. Es war zwingend, dass diese umgesetzt wurden und weiterhin für Mitarbeitende zur Verfügung stehen, die darauf angewiesen sind.

Präsidentin: Merci Seraphine. Dann kommt Béatrice Wertli für die Mitte.

Béatrice Wertli (Mitte) für die Fraktion: Die Mitte-Fraktion ist froh um diese Interpellation und vor allem, dass es auch eine Diskussion gibt. Wie meine Vorredner und die Interpellant*innen gesagt haben, geben die Antworten, die man hat auf die Interpellation, noch nicht genügend Informationen. Auch der PwC-Bericht lässt noch einige Fragen offen und auch die Mitte-Fraktion stellt sich noch einige Fragen. Das Ziel muss ja sein: never again! Und tatsächlich, auch wenn sich der base4kids-Fail und der Citysoftnet-Fail in vielem auch unterscheiden, dass es richtig gesagt ist, Michael, sind es dann doch auch immer wieder Punkte, die man in diesen Projekten eben sieht, die man angehen muss. Gestern, heute, morgen – was gestern passiert ist, müssen die Lehren sein, damit wir eben im Morgen so etwas nicht noch einmal erleben. Wir müssen von gestern lernen für morgen. Bei den Fragen gibt es einige Themen, die im PwC-Bericht zwar erwähnt sind, aber noch nicht genügend Antworten liefern. Choice of Tools: Hatten wir wirklich die angemessenen Tools ausgewählt damals oder sind wir mit einem Ferrari in die 30er-Zone hineingerast? Oder für die Bahnfans kann man vielleicht sagen: Sind wir mit einem TGV auf den RBS-Gleisen von Bern nach Solothurn gefahren. Hat sich die Stadt diese Tools und diese Choice of Tools genau so leisten können oder nicht? Und vor allem: Hat man eigentlich einen Abbruch, bevor dieser point of no return gekommen ist, wirklich diskutiert und geprüft? Wir müssen in Zukunft schauen, dass so etwas nicht mehr passiert und vor allem eben auch: Wir sind im Heute, die Leute arbei-

ten. Wir haben Klientinnen, Klienten, die tatsächlich nicht zu ihren Informationen kommen. Wir müssen also sicherstellen, dass es jetzt nicht noch zu weiteren Verzögerungen kommt. Aber vor allem das Ausmass dieser Challenges und Herausforderungen ist zu spät erkannt worden, too late. Also braucht es auch ein Monitoring in Zukunft, das so etwas rechtzeitig sicherstellen kann. Und letztlich stellen wir uns auch einmal mehr die Frage der Kompetenzen. Wer genau hat welchen Job und muss zusätzlich noch plötzlich, neben dem daily business, sich Kompetenzen aneignen? Die Mitte fordert deshalb, dass man einmal prüft, wie die Kompetenzen der digitalen Transformation wo und bei wem angesiedelt sein müssen. Wer muss in wie rascher Zeit plötzlich auch noch Spezialistin und Spezialist auf Tools in der digitalen Transformation werden? Mitarbeitende müssen entlastet und nicht noch weiter belastet werden. In diesem Sinn ist es sicher prüfenswert, zu schauen, ob man das Knowhow für die digitale Transformation auch zentraler ansiedeln kann bei einer solchen Stelle.

Präsidentin: Danke Béatrice. Wir sind bei den Einzelvoten. Es gibt keine Einzelvoten? Es gibt Einzelvoten von Raffael Joggi.

Raffael Joggi (AL), Einzelvotum: Ich habe kurz gezögert, weil ich gedacht habe, es haben sicher jetzt alle eigentlich genug gehabt. Ich möchte eigentlich nicht der Einzige sein, der das noch zusätzlich in die Länge zieht. Ich möchte darum auch versuchen, nicht noch einmal all das schlimme Zeug zu wiederholen oder das gute Zeug zu den schlimmen Sachen, die heute schon gesagt wurden. Aber ein paar Sachen... Also ich habe einfach die Interpellationsantwort jetzt eigentlich etwa dreimal mitverschoben und darum will ich jetzt doch noch ein paar Sachen dazu sagen, weil ich die Antwort – mit der Antwort würde ich gerne anfangen – eigentlich sensationell finde. Das erste ist, die ist wirklich sehr, sehr schlecht gealtert jetzt. Das, was ich eigentlich ursprünglich habe sagen wollen, ist, dass hier steht – es ist auch schon darauf hingewiesen worden –, dass es immer bei IT-Projekten Schwierigkeiten gibt bei der Einführung und dass es jetzt halt so sei, dass beispielsweise im EKS bis dato 15 Kündigungen – also bis dato, vor 6 Monaten – im Zusammenhang mit dieser Software zu verzeichnen seien. Eine einzige Kündigung im Zusammenhang mit der Einführung dieser Software ist eine riesige Blamage und das wird jetzt hier eigentlich so quasi, damals eben – es ist ein Zeitdokument, das müsste jetzt eigentlich ins Archiv – als so ein bisschen, ja, öh... Das können wir jetzt hier im Stadtrat quasi zur Kenntnis nehmen und dort ist auch meine Stossrichtung. Ich finde so ein bisschen: Was machen wir jetzt? Ich meine, was machen wir jetzt im Stadtrat? Das war das erste Mal in meiner 1,5 Jahre langen Karriere als Stadtrat, dass ich wirklich das Gefühl hatte, mich ein bisschen zu schämen, als ich die Zeitungsartikel gelesen habe, dass ich meine Aufsichtsfunktion nicht wahrnehme. Dass wirklich eigentlich Dinge passieren und ich im Januar irgendwie noch so bei einem Nachkredit irgendwie auf das grüne Knöpfchen gedrückt habe und jetzt hier irgendwie immer noch nicht weiterweiss, wie man damit umgehen soll. Jetzt gibt es eine Taskforce mit Leuten, die offensichtlich ja nicht neu sind, sondern immer noch die gleichen Nasen. Sollen wir das gut finden? Sollte man hier eigentlich auf die Hinterbeine stehen, dass zumindest hier der Anschein gewahrt wird, dass die Taskforce so aufgebaut wird, dass es wirklich darum geht, hier etwas anderes zu machen als bisher? Oder ist das jetzt einfach so ein bisschen: He ja, das verstehen wir halt nicht, wir sind ein Milizparlament, wir sehen nicht dahinter.

Eine andere Frage. Was macht die Fachstelle Digital Stadt Bern? Es hiess bei base4kids, die begleiten jetzt immer die Digitalisierungsprojekte. Ist das etwas wert? Was macht diese Fachabteilung in diesem Moment? Nachher sind es die Kosten. Klar,

die Kosten werden auch noch mehr werden als 20'000'000. Aber schon 2'000'000 jetzt geplant pro Jahr für den Betrieb, 2'000'000, das kostet so viel wie die blöden Microsoft-Lizenzen, die wir letzte Woche verabschiedet haben für die Client Server, es sind noch ein bisschen mehr. Das ist einfach viel Geld. Und darum, ehrlich gesagt: Wo ist die Digitalisierungsstrategie? Ich habe es schon einmal hier im Rat gesagt gehabt: Von einer Digitalisierungsstrategie in der Stadt Bern erwarte ich, dass sie genau diese Schwierigkeiten adressiert und nicht das Standard-Loblied auf die digitale Transformation, die einfach so ein Schwebezustand ist, in dem wir uns jetzt einfach alle befinden und awesome ist für alle, um bei den Anglizismen zu bleiben, und irgendwie doch extrem teuer wird, die Mitarbeiter irgendwie fertig macht, an der niemand wirklich Freude hat und bei der auch noch nie irgendwo einmal – und das ist nicht nur der Fehler der Stadt Bern – von so einem IT-Projekt über 10, 20 Jahre Laufzeit nachher auch die Rendite angeschaut worden wäre. Lohnt es sich überhaupt, so viel Geld in die Finger zu nehmen, um einen funktionierenden analogen Prozess zu digitalisieren? Da sind wir natürlich als Stadt Bern in einem Meer von Optimismus punkto Digitalisierung, aber es wäre jetzt hier die Gelegenheit, zumindest einmal zu fordern, dass die Digitalstrategie wirklich überprüft wird und die spannenden Themen dort hineinkommen, nämlich: Was sind die Grenzen der Digitalisierung? Gibt es eigentlich Sachen, die wir uns vorstellen, dass wir sie nicht gerne digitalisieren würden? Ich würde es vielleicht einmal easy finden, einen Bundesordner noch zu behalten als Medienbruchstelle zu behalten. Wenn ihnen der Strom ausfällt, kann nachher die Sachbearbeiterin vielleicht dort drin noch meine persönlichen Daten anschauen. Oder jagen wir einfach alles zu Microsoft irgendwo nach Florida oder Kanada oder wohin auch immer. Diese Fragen möchte ich in einer Digitalisierungsstrategie sehen und ich werde sicher dort weiterarbeiten daran, dass das in Zukunft verbessert wird.

Präsidentin: Danke, Raffael. Dann kommt Ueli Jaisli.

Ueli Jaisli (SVP), Einzelvotum: Jetzt haben wir ziemlich lange debattiert. Das Meiste ist gesagt. Aber etwas Wichtiges ist von mir aus gesehen noch nicht gesagt worden und das will ich hiermit sagen. Mir fehlt auch in diesem Bericht hier, der ist einfach allgemein gehalten. Sie geben sich wahnsinnig Mühe in diesem Bericht, doch noch etwas Positives aus dem Projekt herauskristallisieren zu können, was relativ schwierig ist und sehr schlecht gelingt von mir her gesehen, wenn man es durchliest, diesen Bericht von PwC. Wir fehlen einfach da die konkreten Lösungsvorschläge. Wie geht es weiter? Und das ist auch der Kernpunkt jetzt da: Dass die Mitarbeiter, die Leidtragenden, die da zum Tagesgeschäft eben nachher noch das andere, die neue Software einführen mussten, dass die überbelastet sind, das ist ganz klar, das verstehe ich, und dass da der eine oder der andere einfach nachher einmal das Beil ins Kornfeld schiesst, das ist mir ganz klar. Das geht nicht so weiter. Und ich habe einfach den Eindruck, wir haben jetzt hier diskutiert, wir drehen uns im Kreis, es kommt nichts Konkretes heraus. Man muss jetzt einfach den Fokus... Und da einfach jetzt Schuldzuweisungen machen, das muss man aufarbeiten, das ist mir auch klar, aber viel wichtiger ist einfach noch, dass man da jetzt zu einer konkreten Lösung kommt. Wie können wir das Problem lösen? Man hat ein Fundament gemacht jetzt. Also ich bin vom Bau, ich bin Zimmermann, ich bin nicht IT-Spezialist. Aber wie bauen wir weiter? Und das ist das, was ein bisschen fehlt. Das ist nicht gemacht damit, einfach Leuten anzustellen. Das muss man jetzt, das ist ganz klar, weil die Arbeit liegengeblieben ist, weil man das andere hat machen müssen Man muss die Fehler korrigieren, das ist wichtig, aber es fehlen mir einfach jetzt da und auch in diesem Bericht, wo wir sehr wahrscheinlich sehr teuer

bezahlt haben, aber eigentlich gar nicht viel bringt, die konkreten Lösungsvorschläge. Und da möchte ich die Verantwortlichen doch bitten, hier wirklich ihre Verantwortung wahrzunehmen und endlich auch im Sinn der Steuerzahler und der Leidtragenden, der Sozialhilfeempfänger, endlich da ein bisschen vorwärtszumachen und uns eine Lösung präsentieren zu können, und zwar in absehbarer Zeit.

Präsidentin: Danke, Ueli. Dann sind wir beim Votum für den Gemeinderat, Reto Nause.

Reto Nause, Direktor SUE: Für die Situation innerhalb des EKS bin ich verantwortlich und zu dieser Verantwortung will ich auch stehen. Die Interpellation bezieht sich und beschäftigt sich mit der Situation im EKS und deshalb kann ich nicht zu all dem, was heute auch noch gesagt wurde, Stellung beziehen. Zum PwC-Bericht kann ich namentlich keine Stellung beziehen, denn diesen haben wir nicht geschrieben, den haben wir lediglich in Auftrag gegeben. Wenn Sie die Qualität an diesem Bericht bemängeln, dann ist das nicht unser Bericht. Ich kann aber etwas sagen: Sämtliche Empfehlungen, die der PwC-Bericht abgibt für die Zukunft, diese Empfehlungen, die wird der Gemeinderat umsetzen. Vielleicht kurz noch: Citysoftnet, die eigentliche Fallführungssoftware, funktioniert und das ist ein grosser Unterschied zu base4kids. Also der Kern der Software funktioniert. Jetzt haben wir aber im EKS spezifische und grösste Probleme, weil im EKS ist noch Odoo, eine Buchhaltung, angehängt und bei dieser Buchhaltung sind die grössten Fehler passiert. Anfänglich war das namentlich auch technischer Natur. Die Prozesse sind nicht durchgelaufen und ihr müsst wissen, EKS ist ein Massengeschäft. Also es sind hunderttausende von Zahlungen, Buchungen etcetera, wo hier in relativ kurzer Zeit abgewickelt werden und wo sich hier nachher innerhalb von kürzester Zeit gestaut haben und aufgestaut haben zu einem Pendenzenberg. Dann will ich vielleicht auch noch sagen, es ist ja nicht so, dass - ich sage jetzt einmal die Direktion SUE – IT-Projekte ganz generell nicht kann. Wir haben elektronische Parkkarten umgesetzt. Wir haben das Zentrale Migrationsinformationssystem (ZEMIS) umgesetzt, wir haben das digitalisierte Fundbüro umgesetzt usw.

Aber ich gebe gut und gerne zu, hier bei Citysoftnet habe ich selber auch grössere Fehler gemacht. Fehler Nummer 1 ist gewesen, dass wir zu spät erkannt haben, dass sämtliche Prozesse im Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz digitalisiert werden. Wir sind lange eigentlich immer davon ausgegangen, dass es eine neue Fall Führungssoftware gibt, und wir haben die Tragweite, dass wir das Ganze, die ganze Abteilung, digitalisieren, vom Scanning über die Buchhaltung über die Fallführungssoftware, das haben wir in der ganzen Tragweite nicht erkannt. Der zweite Fehler war, dass wir lange den Eindruck hatten, wir würden die Probleme intern lösen können, wir würden die Probleme intern in den Griff bekommen. Und ein dritter Fehler, den wir gemacht haben, ist, dass wir zu spät erkannt haben, dass unsere Kommunikation gegenüber der nationalen Projektleitung nicht wirklich zielführend war. Sie ist zu alarmistisch gewesen und hat dadurch nachher auch gewisse Abwehrreaktionen ausgelöst. Das ist jetzt einmal die ganze Software-Geschichte und die ganze Software-Seite. Überlagert wurden diese Probleme von externen Faktoren wie Corona. Wir hatten in der ganzen Coronazeit einen massiven Anstieg der Fallzahlen im Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz. Wir sind der Meinung gewesen oder davon ausgegangen, dass nach Beendigung der Coronakrise diese Fälle wieder rückläufig sein werden. Das ist nicht passiert, im Gegenteil. Das Niveau blieb immer hoch und die Komplexität der einzelnen Fälle hat zugenommen von Jahr zu Jahr. Hinzugekommen ist auch der Fachkräftemangel. Wenn wir Kündigungen gehabt haben und Ausschreibungen gemacht haben, haben wir mitunter diese Stellen gar nicht besetzen können, weil sich keine Leute gemeldet haben.

Hinzu kamen verschärfte Datenschutzbestimmungen. Diese sind im Übrigen umgesetzt bei Citysoftnet, und darum wäre es auch gar nicht möglich, das KiSS weiterlaufen zu lassen, denn den aktuellen Datenschutzbestimmungen wird das KiSS gar nicht mehr gerecht. Wir haben im September, also unmittelbar eigentlich nach dem Go-live, als die Probleme akut geworden sind, Sofortmassnahmen eingeleitet. Wir haben dafür gesorgt, dass keine neuen Fälle mehr beim EKS in Bern hereinkommen, sondern dass die neuen Fälle von den Sozialdiensten in Köniz und Ostermundigen übernommen werden. Wir haben 10 Aushilfsangestellte hineingenommen, die uns bei der manuellen Abarbeitung dieser Rechnungs-Pendenzberge dann auch unterstützt haben. Wir haben, weil wir keine Mandatsträger auf dem Markt gefunden haben, externen Büros Mandate vergeben müssen, das zum Teil natürlich logisch auch für teures Geld.

Es ist auch so, dass mittlerweile Esther Meier, die Amtsleiterin des EKS, krankgeschrieben ist. Das wissen Sie, das konnten Sie in der Zeitung lesen. Ich bin in Kontakt mit ihr. Ursprünglich geplant wäre eigentlich gewesen, dass sie bis im Januar, Februar, März nächstes Jahr das Amt leiten würde, so dass meine Nachfolge auf der Direktion SUE nachher den Personalentscheid treffen könnte. Wir wollten das nicht vorwegnehmen. Angesichts der Situation, in der wir jetzt sind, muss ich sagen, wir haben mit dem Rekrutierungsprozess sofort angefangen. Wir haben erste Interviews geführt und wir werden einen Personalentscheid fällen können unmittelbar nach den Sommerferien. Was ich Ihnen auch sagen will, ist: ich habe vorhin gesagt, Mahnungen, Betreibungsandrohungen etcetera. Gemessen an allen Rechnungen und Zahlungen, die beackert werden im EKS, ist das ganze Mahnzeug im Promillebereich. Es ist auch so, dass ich, Stand heute, keine Kenntnis habe von irgendwelchen gravierenden Vermögensschäden, die irgendwelchen Klientinnen oder Klienten entstanden wären. Was wir hatten, ist, dass die Zusatzversicherungen nicht pünktlich bezahlt worden sind, dass die nachher gemahnt worden sind und dass es Versicherungen gehabt hat, die nachher die Zusatzversicherung gekündigt haben. Wir konnten in den allermeisten Fällen auf Kulanz der Versicherer bauen und haben ihnen erklärt, warum und wieso dieser Zustand passiert ist und konnten quasi die Zusatzversicherung wieder abschliessen. In den Fällen, aber das ist eine Handvoll, in welchen das nicht gelungen ist, dort ist es selbstverständlich, dass die Stadt Bern die Klientinnen und Klienten schadlos halten wird.

Ueli hat gesagt: "Ja und jetzt, was ist jetzt die Lösung in diesem ganzen Problem?" Und ich glaube, die Lösung hat der Gemeinderat bereits vor einigen Wochen beschlossen. Es ist nämlich eine gesamtstädtische Taskforce, die man eingesetzt hat. Diese Taskforce ist bestückt aus der Präsidialdirektion mit Jonathan Gimmel, wir haben unseren Finanzverwalter aus der FPI, der dabei ist. Wir haben IBE mit Herrn Oesch, der dabei ist usw. Also wir haben uns breit über die ganze Stadtverwaltung aufgestellt. Wir haben 6 Teilprojekte identifiziert, für die die personell Verantwortlichen ebenfalls bezeichnet worden sind. Das erste ist das Teilprojekt Kommunikation Motivation. Dort werden wir uns auch extern verstärken, damit wir die Kommunikation nach innen verbessern und intensiver betreiben können. Wir haben ein zweites Teilprojekt, das Lieferanten Management, und da ist neu, dass eben Emineo, der Lieferant selber, auch eingebunden ist. Also auf der einen Seite ist Emineo dabei, auf der anderen Seite haben wir auch gegenüber Emineo das ganze Ticketing-System, die Roadmap und das Abarbeiten von nach wie vor auch noch technisch bestehenden Problemen auf dem Radar. Drittes Teilprojekt ist die Buchhaltung. Viertes Teilprojekt sind die ganzen Prozesse, eben End to End, von A bis Z digital durchgedacht. Fünftes Teilprojekt ist die Schulung und sechstes Teilprojekt ist Support und Administration. Mit dieser Organisation haben wir den Eindruck, dass wir das Amt stabilisieren können und dass wir hier doch nachher den Courant normal wieder herstellen können. Es gibt auch schon erste

Lichtblicke am Himmel. Also wir können heute jetzt die Saldi korrekt darstellen. Die Fluktuation im EKS ist rückläufig. Zu den Finanzen muss ich Ihnen einfach sagen: Ja, da werden wir wahrscheinlich noch mehr als einmal hier drin debattieren. Wir führen auch im Jahr 2024 sämtliche Sofortmassnahmen aus dem letzten Jahr fort. Das wird die Mehrkosten geben. Es gibt die Bedürfnisse der Taskforce, bei der wir uns extern unterstützen lassen. Auch die werden nicht gratis sein. Wir verstärken uns bei der Suche nach einer neuen Amtsleitung mit externer Power. Und es ist auch schon mehrfach gesagt worden, wir haben im Budget 25 eine der grössten Stellenaufstockungen vorgesehen, die in den letzten paar Jahren in einem einzelnen Amt vorgesehen ist. Also wir werden rund 10 Stellen aufbauen im EKS.

Die Ratspräsidentin bittet den Sprecher, zum Schluss zu kommen.

Mein letzter Satz: Ich habe ein Verfallsdatum und das ist der 31.12. von diesem Jahr, und meine Ambition ist es, eine geordnete Direktion zu übergeben und dazu zählt auch das EKS.

Präsidentin: Merci Reto. Wir stimmen nicht darüber ab, sondern der Zufriedenheitsgrad ist, wie schon klar gesagt wurde, nicht zufrieden. Dann kommen wir zu Traktandum 13. Hier ist die Diskussion von der SVP verlangt worden. Ihr kennt es, 1/3 muss zustimmen.

2019.SR.000169

12 Interpellation Thomas Glauser (SVP): Griffige Massnahmen zum Schutz vor politisch motivierter Gewalt

Präsidentin: Entschuldigung, wir sind bei Traktandum 12. Auch hier wurde die Diskussion verlangt. Wir stimmen ab, wenn 1/3 auch dafür ist, dann ist die Diskussion gewährt.

Abstimmung Nr. 006

2019.SR.000169

1/3-Quorum nicht erreicht

Ja	19
Nein	43
Enthalten	2

Präsidentin: Die Diskussion ist nicht gewährt. Die Einreichenden haben eine Minute Zeit für eine kurze Erklärung.

Thomas Glauser (SVP) für die Einreichenden: Im 2019 bin ich neu in den Stadtrat gekommen und ich muss sagen, ich bin eigentlich nie Gegner gewesen vom Kulturzentrum Reithalle, im Gegenteil. Ich bin in einem Bauerndorf aufgewachsen, mit Bernhard Luginbühl als Nachbar, und Luginbühl hat in dieser Reithalle eine sehr gute Kulturausstellung mit seinen Eisenplastiken gehabt. Da bin ich als Bub auch mitgegangen und habe Freude gehabt eigentlich, dass man so eine Ausstellung in der grossen Stadt Bern machen kann, so als Landei. Und dennoch, als ich dann im 2019 in den Stadtrat gekommen bin, hat es grosse Ausschreitungen gehabt von dieser Reithalle, was ich eigentlich zum Schlimmsten verurteile, wo es keine Gewinner gibt. Es gibt eben nur Verlierer. Danach habe ich eigentlich diese Interpellation geschrieben.

Die Ratspräsidentin bittet den Sprecher, zum Schluss zu kommen und den Zufriedenheitsgrad anzugeben.

Diese Interpellation besteht seit 5 Jahren. Der Gemeinderat hat nichts gemacht. Nach 5 Jahren hat man nur immer grosse Versprechungen gemacht, keine Videokameras, nichts. Man könnte die eigentlich nur umdatieren. Heute ist gerade wieder eine Medienmitteilung, dass ein Mann schwer verletzt worden ist und ausgeraubt worden ist. Ihr könnt es gerade schauen gehen, etwa 14.30 Uhr ist sie raus. Es kann doch nicht sein, dass man die Sicherheit hier dieser Stadt nicht hinbekommt. Ich bin dafür, dass man dort einmal Videokameras hintut und dass man nachher weiss, wer wie, wo, was gemacht hat. Es bringt nichts, dass man immer nur einander Schnecken in die Hosentasche stösst, die anderen sind schuld. Ich bitte Sie darum, dass man in Zukunft nicht noch mehr Schwerverletzte hat.

Präsidentin: Merci Thomas. Kannst Du noch etwas zum Zufriedenheitsgrad sagen?

Thomas Glauser (SVP): Unzufrieden, ungenügend.

2017.SR.000259

13 Interpellation Henri-Charles Beuchat (SVP) - übernommen durch Alexander Feuz (SVP): Islamismus provoziert – Erhalt der öffentlichen Ordnung in der Stadt Bern

Präsidentin: Danke. Dann sind wir jetzt bei Traktandum 13. Hier ist keine Diskussion gewünscht. Alex Feuz hat eine Minute Zeit für eine kurze Erklärung zu Traktandum 13. Er verzichtet. Zufriedenheitsgrad? Teilweise zufrieden, gut. Dann sind wir bei Traktandum 14.

2018.SR.000003

14 Interpellation Henri-Charles Beuchat (SVP) - übernommen durch Alexander Feuz (SVP): Polizeipatrouille mit Leuchtsignalmunition vom Dach der Reitschule angegriffen – schwere Straftat nicht einfach hinnehmen

Präsidentin: Hier ist die Diskussion gewünscht und wir stimmen darüber ab, ob die Diskussion gewährt ist zu Traktandum 14.

Abstimmung Nr. 007

2018.SR.000003

1/3-Quorum nicht erreicht

Ja	15
Nein	46
Enthalten	0

Präsidentin: Die Diskussion ist nicht gewährt. Die SVP hat das Wort für eine kurze Erklärung, eine Minute.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Ich bedaure es, dass Sie die Diskussion nicht haben geben wollen. Ich bin jetzt der Meinung, wenn ihr heute gerade Zeitung gelesen habt, Thomas hat es vorhin schon gesagt, es sind wieder Vorfälle gewesen. Wir hatten wieder Vorfälle in der Stadt Bern. Die Sicherheitslage ist nach wie vor miserabel. Trotzdem dass wir jetzt die Skate-Anlage haben, passieren dort weitere Vorfälle. Wir sind der Meinung, man sollte hier durchgreifen und nicht ein Laissez-Faire machen. Die Konsequenzen sehen wir jedes Mal. Ich kann praktisch jedes Mal immer dasselbe sagen. Es ist leider so, Bern hat die Informatik nicht im Griff, Bern hat die Reithalle nicht in den Griff. Jetzt hoffen wir, im Herbst gebe es dann einen Wechsel mit den Wahlen.

Präsidentin: Merci, Alex. Zufriedenheitsgrad hast du gesagt? Nicht zufrieden, gut. Wir sind bei Traktandum 15.

2023.SR.000037

15 Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz, Kurt Rügsegger, Thomas Glauser, SVP): Videoüberwachung in der Stadt Bern. Wie weiter? Videoüberwachung bei Velodiebstählen (Eigentumsdelikte?) in Veloeinstellhallen keine Videoüberwachung bei Reithalle (Delikte gegen Leib und Leben und sexuelle Integrität)

Präsidentin: Auch eine Interpellation von der SVP. Die Diskussion ist gewünscht, wir stimmen darüber ab.

Abstimmung Nr. 008

2023.SR.000037

1/3-Quorum nicht erreicht

Ja	16
Nein	47
Enthalten	0

Präsidentin: Die Diskussion ist nicht gewährt. Die SVP hat das Wort für eine kurze Erklärung von einer Minute.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Das ist wahrscheinlich der Grund, wieso ich am Donnerstagabend relativ mehr Schritte mache als an anderen Wochentagen. Spass beiseite – ich nehme zur Kenntnis, dass man nicht darüber diskutieren will. Einfach nur etwas, das für mich entscheidend ist: Bei der Velo-Einstellhalle, dort schaut man es anders an, dort will man die Videoüberwachung machen, hat es teilweise sogar gemacht, meiner Meinung nach wahrscheinlich datenschutzmassig zumindest heikel. Bei der Reithalle, dort, wo es um sexuelle Gewalt geht an heiklen Orten, wo vielleicht auch Frauen besonders betroffen sind, dort will man es nicht. Man macht nachher so einen Schutzraum und man weiss nicht einmal, wer Security ist und wer nicht. Einmal mehr muss ich sagen, die Stadt hat es nicht im Griff. Ich hoffe, es gibt einen Wechsel bei den Wahlen, dass man hier die nötigen Konsequenzen macht, dass man den Bürger sichern und schützen kann.

Präsidentin: Nicht zufrieden. Merci vielmals, Alex. Dann kommen wir zu Traktandum 16.

2021.SR.000149

16 Interfraktionelle Interpellation GB/JA!, AL/GaP/PdA (Lea Bill, GB/Eva Gammenthaler, AL): I can't breathe – es reicht!

Präsidentin: Das ist jetzt eine Interpellation der GB/JA- und der AL-PdA-Fraktion. Die Diskussion ist gewünscht. Wir stimmen darüber ab, ob wir diskutieren.

Abstimmung Nr. 009

2021.SR.000149

1/3-Quorum erreicht

Ja	55
Nein	11
Enthalten	0

Präsidentin: Die Diskussion ist gewährt. Ich erteile den Einreichenden das Wort. Für die Einreichenden Raffael Joggi.

Raffael Joggi (AL) für die Einreichenden: Ich halte für Muriel Graf das Einreichenden-Votum und versuche, das hier anständig abzulesen: Liebe Anwesende, die vorliegende Interpellation dreht sich um einen Fall von Polizeigewalt, der im Juni 2021 passiert ist. Als Einreichende geht es uns darum, dass wir noch einmal explizit über diese Gewalt reden und auch darüber, was seit der Antwort des Gemeinderats passiert ist. Zur Erinnerung: Ein Polizist hat zum Festhalten einer Person sein Knie in den Nacken der betroffenen Person gedrückt. Diese Aktion ist von Medienschaffenden, die zufälligerweise vor Ort gewesen sind, dokumentiert worden. Das hat daraufhin Medienartikel gegeben und es ist zu einer Untersuchung dieses Falls gekommen. Der Gemeinderat hat in seiner Antwort aus dem 2021 geschrieben, dass man die weiteren Entwicklungen in dem Fall abwarten müsse und dass er halt so oder so nichts machen könne, weil die Kapo halt einfach die Kapo sei und man als Stadt hat man keine Kompetenzen habe. Diese Antwort ist zwar korrekt, aber sie hat schon ein bisschen einen fahlen Beigeschmack. Das Berufen des Gemeinderats auf seine Kompetenzen und das Verweisen auf ein Abwarten heissen in diesem Fall hier, dass man sich aus der nötigen Verantwortung herausnimmt. Die Zeit ist vergangen und wir haben abgewartet und es ist Folgendes herausgekommen: Einer der verantwortlichen Polizisten wurde verurteilt, er zieht das Urteil weiter an das Obergericht, und die andere Polizeiperson ist freigesprochen. Und die betroffene Person ist ausgeschafft worden. Weiter ist passiert, dass der Grosse Rat kürzlich, im März dieses Jahres, eine Motion angenommen hat, die diese Geschehnisse respektive den Vorfall vom Juni 21 behandelt. Im Gegensatz zu unserer Interpellation hier, bei der es darum geht, dass untersucht wird, wie es dazu hat kommen können, dass ein Polizist einer Person sein Knie auf den Hals gedrückt hat, hat der Grosse Rat eine Motion angenommen, die heisst: Machtmissbrauch durch Medienkonzerne, Kantonsangestellte schützen. In dieser Grossratsmotion geht es darum, dass der Regierungsrat Beschwerde gegenüber den Medienschaffenden einreicht, die die Polizeigewalt dokumentiert haben. Die Motion verlangt, dass die Medienberichterstattung um

den Fall genauer angeschaut wird, dass man herausfindet, ob es eventuell Genugtuungsansprüche und Schadenersatzforderungen gäbe und dass Beschwerde eingereicht wird. Das heisst jetzt konkret: Anstatt zu schauen als Gesellschaft, als Politiker*innen, dass solche lebensbedrohenden Aktionen der Polizei nicht mehr angewendet werden, werden erstens dem zuständigen Polizisten eventuelle Schadenersatzforderungen nahegelegt und zweitens die freie Berichterstattung von renommierten Medien politisch angegriffen. Die Fokussierung auf die Medienberichterstattung bedeutet ein Umkehren des Narrativs. Es bedeutet, dass man das explizite Dokumentieren von Polizeieinsätzen an den Pranger stellt, den Medien droht, sie zu verklagen und das Anwenden von Gewalt durch die Polizei gutheisst. Und das, werte Anwesende, ist besorgniserregend. Uns ging es um den spezifischen Einzelfall, der zufälligerweise durch renommierte Medienschaffende dokumentiert wurde. Und jetzt wird Polizeigewalt politisch nicht nur verharmlost, sondern geschützt und gutgeheissen. Und wir müssen das hier auch noch sagen: Es geht bei Polizeigewalt leider nicht nur um Einzelfälle. Es geht um ein strukturelles Problem, darum, dass die Fixierung mit dem Knie weiterhin eine gängige Praxis ist, obwohl man längstens weiss, wie gefährlich das werden kann für die Festgehaltenen. Es geht darum, dass die Polizei taub ist gegenüber Kritik und in allen Fällen auf Abwehr setzt. Und genau deswegen verlangen wir vom Gemeinderat eine klare Positionierung zum Auftreten der Polizei in der Stadt Bern und dass er alle seine politischen Mittel braucht, um mit den Akteuren, die auf der kantonalen Ebene mehr zu sagen haben, zu reden. Und das verlangen wir, weil wir durchaus der Meinung sind, dass der Gemeinderat in Polizeifragen einen Handlungsspielraum hat. Und deswegen sind wir mit der Antwort des Gemeinderates, der sich hinter der Kompetenz beziehungsweise nicht Kompetenz versteckt, wirklich nicht zufrieden.

Präsidentin: Danke, Raffael. Wir sind bei den Fraktionsvoten, Alex Feuz für die SVP.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Sie kennen mich, ich bin meistens mit den Antworten des Gemeinderats nicht zufrieden. Hier muss ich jedoch sagen, kann ich das absolut aussen abstellen. Es ist eine Sache der Gewaltenteilung und vielleicht vorab: Der verantwortliche Polizist, da ist ein Verfahren eingeleitet worden. Es hat teilweise Schuldsprüche und teilweise Freisprüche gegeben. So, wie ich orientiert bin, ist einer offenbar noch hängig, ich weiss jetzt nicht, ob beim Obergericht oder beim Bundesgericht, also eine Sache der Justiz. Ich habe euch ein paar Mal schon gesagt, wenn die Polizei einen Fehler macht, eingreift, unverhältnismässig eingreift, dann muss man das untersuchen. Dann hat man die Möglichkeit der Strafanzeige. Das kann eine einfache Körperverletzung sein, das kann ein Amtsmissbrauch sein. Das muss man alles nachher untersuchen. Man kann allenfalls selber gegen den Polizeieinsatz eine Beschwerde machen, eine Dienstaufsichtsbeschwerde oder was auch immer, diese Möglichkeiten hat man. Aber es kann nicht sein, dass die Stadt, die einen Leistungsvertrag mit der Kapo hat, hier eingreift. Wichtig ist, dass die Affäre nicht unter den Tisch gewischt wurde. Es gab ein Urteil, ob das dann Bestand hat oder nicht, das werden dann die Gerichte festsetzen. Aber wir können jetzt hier nicht im Stadtrat darüber befinden, ob der Entscheid verhältnismässig gewesen ist, ob der Polizist richtig gehandelt hat. Mir fehlen auch völlig die Akten, ich stütze mich auf die Presseartikel. Ob die vollständig sind, diese Videoaufnahmen, kann ich auch nicht beurteilen. Dafür haben wir eben die Gewaltentrennung, das muss man respektieren. Und hier, Sie sehen, da ist der Feuz fair: Die Antwort des Gemeinderates ist richtig. Wir haben aber hier Hand geboten für eine Diskussion, um Ihnen unsere Meinung zur Gewaltenteilung und zu den Aufgaben der einzelnen Entscheidungsträger mitzuteilen.

Präsidentin: Merci, Alex Dann kommt der Chandru Somasundaram für die SP-JUSO.

Chandru Somasundaram (SP) für die Fraktion: Diese interfraktionelle Interpellation behandelt einen Vorfall, der sich seit der Einreichung in einigem weiterentwickelt hat. Das einzige Entlastende, das ich von Seiten der SP-JUSO-Fraktion in diesem Votum an den Gemeinderat richten kann, ist, dass er beim Verfassen seiner Antwort nicht wusste, wie richtig die Einreichenden mit ihrer polizeikritischen Befürchtung gelegen sind. Was ist seit Juni 2021 passiert? Es gab einen Urteilsspruch des Regionalgerichts, in dem festgehalten wurde, dass sich beide Polizisten schuldig gemacht haben. Der eine Polizist wurde vom Gericht verurteilt und wird den Entscheid weiterziehen, wie man aus den Medien hat erfahren können. Das ist auch der Polizist gewesen, der den von der Polizeigewalt Betroffenen gefesselt und achtlos wie eine Ware kopfvoran ins Polizeiauto geworfen hat. Dort hat sich diese Person am Kopf verletzt. Da erinnere ich mich doch an die Diskussion über einen Vorfall auf dem Vorplatz von vor ein paar Wochen, den wir hier diskutiert haben. Wie ist doch der Respekt gegenüber jedem Menschen und die Verurteilung von Gewalt so mantrahaft von bürgerlicher Seite wiederholt worden. Ich hoffe doch, dass die Votantinnen heute diese Art von Gewalt auch so inbrünstig verurteilen. Aus der Berichterstattung weiss man vom zweiten Polizisten, der das Knie auf den Nacken des Betroffenen gedrückt hat, dass er nicht verurteilt worden ist. Das heisst aber nicht, dass er unschuldig ist. Tatsächlich hat ihn die Richterin objektiv wegen Amtsmissbrauchs verurteilt. Man konnte dem Täter aber keinen Vorsatz nachweisen, darum hat es auch keine Verurteilung gegeben. Er hat sich aber wie gesagt objektiv schuldig gemacht. Deshalb noch einmal: Beide Polizisten haben ihr Amt missbraucht und unverhältnismässig reagiert. Zu Recht hat man also auch ein Strafverfahren lanciert.

Und jetzt schauen wir uns die Antwort des Gemeinderates an, wenn man sie dann auch so nennen will. Vorweg: Es ist klar, der Gemeinderat soll sich sicher nicht öffentlich zu laufenden Verfahren äussern. Das wäre unnötig und nicht die Aufgabe des Gemeinderates. Aber mit Sicherheit muss doch der Gemeinderat als Besteller der Polizeileistung beim Kanton intervenieren und reklamieren, wenn die Kapo auf Stadtboden Amtsmissbrauch begeht. Die Stadt Bern als Zahlerin an den Kanton kann das nicht einfach widerspruchslos hinnehmen. Wie gesagt, das muss nicht öffentlich passieren. Aber bitte, lieber Gemeinderat, nehmt eure Verantwortung für die Sicherheit der Menschen in dieser Stadt wahr und interveniert hier beim Kanton. Der Gemeinderat konnte zum Zeitpunkt der Antwort nicht wissen, wie sich der Fall weiterentwickelt, aber er hat davon ausgehen müssen, dass eine Verurteilung im Rahmen der Möglichkeit liegt. Der Gemeinderat muss als politisches Gremium eine politische Haltung zeigen, wenn die Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren gegen den Dienstleister der Stadt eröffnet, gerade wenn ein so schwerwiegender Verdacht wie Körperverletzung oder Amtsmissbrauch vorliegt. Hier einfach auf die Zuständigkeitsbereiche zu verweisen, ist mit Verlaub billig. Und wenn jetzt der Gemeinderat in wenigen Momenten hier an das Rednerpult schreitet und verlautbar, ja, man habe das natürlich beim Kanton beanstandet und man habe das Gespräch gesucht, dann sind Sie doch ein bisschen selber schuld, dass sie hier einen Rüffel von mir kassieren, weil man aus diesen paar Zeilen aus dieser Interpellationsantwort bei bestem Willen nichts herauslesen kann, vor allem nicht, was der Gemeinderat dem Kanton genau kommuniziert hat und wie er interveniert hat. Etwas lesen wir aus der Antwort aber in aller Deutlichkeit heraus. Erstens, der Gemeinderat hat die Tragweite dieser Straftat nicht erkannt oder nicht erkennen wollen. Zweitens zeugt die knappe Antwort von einer gewissen Geringschätzung gegenüber dem

Stadtrat, der zu Recht eine politische Haltung des Gemeinderates eingefordert hat. Und drittens müssen wir bei dieser Antwort davon ausgehen, dass im Gemeinderat der Sicherheit von Betroffenen von Polizeigewalt schlicht keine Priorität eingeräumt wird. Lieber Gemeinderat, so nicht.

Präsidentin: Danke, Chandru. Dann kommt Lea Bill für die GB/JA-Fraktion.

Lea Bill (GB) für die Fraktion: Auf der einen Seite ist es so, dass dieser Vorfall schon 3 Jahre her ist und auch dementsprechend die Antwort vom Gemeinderat recht alt ist und auch sehr kurz. Auf der anderen Seite, das haben Vorredner vor mir auch schon gesagt, zieht dieser Fall bis heute seine Runden. Also es ist bis heute das juristische Verfahren nicht abgeschlossen, weil eben der eine Polizist sein Urteil an das Obergericht weitergezogen hat, und der Fall wird auch auf kantonaler politischer Ebene behandelt. Zudem müssen wir festhalten, dass Polizeigewalt auch keine Einzelfallproblematik ist, sondern mit einem strukturellen Problem zusammenhängt. Strukturell, weil – also logischerweise, denn Polizist*innen sind auch nur Menschen – es halt auch immer wieder Fälle gibt, wo es Übergriffe gibt, wo es Tumulte gibt und es dementsprechend halt einfach auch zu Polizeigewalt kommt. Das Problem dort ist aber, dass den Betroffenen in den allermeisten Fällen nicht geglaubt wird und dass die Polizei als Institution, also die Verantwortlichen, sehr selten Bereitschaft zeigen, Kritik ernst zu nehmen, Geschehnisse aufzuarbeiten und es meistens einfach heisst: "Wir haben alles richtig gemacht, das kann nicht sein." Das ist höchst problematisch für eine Institution, die das staatliche Gewaltmonopol innehat. Ich glaube, da sind wir uns alle einig. Und es ist jetzt schon klar, dass die bürgerliche Mehrheit im Kanton natürlich dieses Vorgehen stützt, beziehungsweise, wir wissen das ja, wollen sie sogar die Medien zum Schweigen bringen. Ich kann hier nur sagen, es ist halt schon auch doof, wenn es für einmal renommierte Journalist*innen sind, die die Geschehnisse beobachten, und nicht nur Betroffene oder irgendwelche Demo-Teilnehmer*innen oder Reitschüler*innen, bei welchen man sagen kann, die sind sowieso eigentlich gegen die Polizei und dementsprechend haben sie ja sicher einfach etwas gegen die Polizei und darum sagen sie das. Jetzt sind es halt einfach einmal renommierte Journalist*innen gewesen und darum muss man die Medien offenbar einfach zum Schweigen bringen. Die Rolle des Regierungsrates ist in diesem Zusammenhang sehr fragwürdig. Er hat ebenfalls ja auch zu einer Tirade gegen die Medien angesetzt, so als wäre die Pressefreiheit kein hohes Gut in diesem Land. Und genau in diesem Zusammenhang, genau hier erwarten wir vom rot-grünen Gemeinderat eine klare Stellungnahme und wir werden auch nicht müde, von ihm auch Grundsatzhaltungen zu verlangen. Da ist es jetzt ehrlich gesagt egal, welche operativen Kompetenzen es hier gibt.

Präsidentin: Danke, Lea. Als nächstes kommt Simone Richner für die FDP/JF-Fraktion.

Simone Richner (FDP) für die Fraktion: Ich möchte mit einem wichtigen Hinweis aus dem entsprechenden Zeitungsartikel von Berner Zeitung und Bund anfangen: "Die Redaktion hat sich entschlossen, die Kommentarfunktion zu schliessen, weil sich unsachliche Beiträge gehäuft haben. Noch handelt es sich um einen laufenden Prozess, Vorverurteilungen jeglicher Art sind weder angebracht noch konstruktiv. Wir bitten um Verständnis." Diese Aussage verdeutlicht die Notwendigkeit, bei dieser Diskussion über den vorliegenden Vorfall vom 11. Juni 2021 in Bern zwingend sachlich und unvoreingenommen zu bleiben. Aber genau das tun die Interpellanten leider nicht, im Gegenteil.

Sie zielen darauf ab, den Gemeinderat zu einem spezifischen Polizeieinsatz zu befragen, obwohl einmal mehr die Zuständigkeit für dieses Geschäft klar beim Kanton liegt. Das zeigt, dass die Einreichenden mehr an der Stimmungsmache, als an einer sachlichen Aufarbeitung interessiert sind. Ein identischer Vorstoss nämlich ist bereits in der Wintersession 2021 im Grossen Rat behandelt worden und von den zuständigen Behörden klar und ausführlich beantwortet worden. Mit anderen Worten: Ginge es den Einreichenden wirklich um Sachpolitik, hätten sie den Vorstoss zurückgezogen. Der Vorfall vom 11. Juni 2021 ist inzwischen erstinstanzlich gerichtlich untersucht worden. Das Ergebnis: Der Polizist, dem die Fixierung vorgeworfen wurde, wurde freigesprochen, da seine Handlungen im Kontext gemäss der Richterin rechtmässig gewesen seien. Die Verurteilung des zweiten Polizisten, der den Festgenommenen in den Kastenwagen geworfen haben soll, ist weitergezogen worden. Somit ist der endgültige Ausgang dieses Verfahrens noch offen und die Unschuldsvermutung gilt auch hier weiterhin. Gerade dieser Prozess zeigt, dass unsere rechtsstaatlichen Mechanismen funktionieren. Fehlverhalten wird untersucht und gegebenenfalls geahndet, was das Vertrauen in unsere Institutionen und unseren Staat eigentlich stärken sollte. Die Behauptungen der Einreichenden, dass gefährliche Fixierungstechniken wie das Schienbein auf den Hals noch immer Teil der Polizeiausbildung seien, wurden also durch den aktuellen Fall widerlegt und die Festnahme wurde als rechtmässig bewertet. Und das, meine Damen und Herren, sind die Fakten. Der Entscheid der Redaktion, die Kommentarfunktion zu schliessen, weil sich unsachliche Beiträge gehäuft hätten, zeigt, wie wichtig es ist, emotionale Vorverurteilungen zu vermeiden und auf fundierte Fakten zu setzen. Ich möchte deshalb auch die Einreichenden nachdrücklich dazu aufrufen, ihrer Verantwortung auch hier bewusst zu sein und sie wahrnehmen und künftig unsachliche Vergleiche, wie hier in dieser Interpellation zum Fall Floyd in Kontext zu setzen, zu unterlassen. Und ich möchte trotzdem noch etwas zu dir sagen, Chandru: Die Unschuldsvermutung ist ein Grundprinzip unserer rechtsstaatlichen Strafverfahren und das möchte ich auch dir ans Herz legen, dass das immer noch gewahrt werden muss. Zum Schluss möchte ich unserer Kapo für ihr grosses Engagement danken. Ihre Arbeit ist essentiell für die Sicherheit und die Ordnung in unserer Gesellschaft.

Präsidentin: Merci Simone. Gibt es Einzelvoten? Raffael Joggi.

Raffael Joggi (AL), Einzelvotum: Nach diesen Voten würde ich trotzdem noch, auch wenn es nicht mein eigener Vorstoss war, den ich verlesen habe, etwas sagen. Ich bin ein bisschen ausser Atem. Grundsätzlich, das mit dieser Unschuldsvermutung: geschenkt. Aber heisst denn das, man dürfte jetzt hier in diesem Rat das Problem, das auch ein Fakt ist, dass es existiert, nicht diskutieren? Selbst wenn es nachher so sein sollte, dass sich der Fall anders darstellt, nachdem die Verfahren abgeschlossen sind, ist es ein Hohn, jetzt zu sagen, man dürfe es nicht abstrakt diskutieren, nur weil die Unschuldsvermutung gilt, das folgt einfach nicht aus dieser Sache. Und das andere ist – das habe ich vergessen. Das reicht.

Präsidentin: Merci, Raffael. Dann kommt Chandru Somasundaram.

Chandru Somasundaram (SP), Einzelvotum: Ich möchte nur festhalten, dass ich in meinem Votum einfach die Fakten aufgezählt habe. Das, was im Gericht festgehalten wurde, habe ich hier wiedergegeben. Das ist Stand der Dinge. Und die Hauptbotschaft ist einfach halt schon eine politische. Wo, wenn nicht hier können wir so einen politischen Fall auch diskutieren, der offensichtlich uns und die Bevölkerung auch bewegt

und Spannungen erzeugt. Das muss seinen einen Raum haben und ich möchte noch einmal betonen: Vor allem die Antwort des Gemeinderats ist aus unserer Sicht ein No-go und gehört auch kritisiert.

Präsidentin: Merci Chandru. Dann kommt Szabolcs Mihályi.

Szabolcs Mihalyi (SP), Einzelvotum: Wegen der Unschuldsvermutung: Grundsätzlich ist sie ein hohes Gut, das ich jedem und jeder in unserem Land zugestehen will, aber sie gilt wahrscheinlich in diesem Fall auch für jemanden, der mit Gewalt gerade verhaftet wird. Und gerade deshalb konnte man hier auf unserer Ratsseite nicht untätig bleiben.

Präsidentin: Merci, Szabolcs. Als nächstes kommt Alex Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Es geht hier weniger um die Unschuldsvermutung als: Wer kann was untersuchen? Was ist die Aufgabe des Gemeinderates? Was ist die Aufgabe der Polizei und was ist die Aufgabe des Gerichts? Der Vorfall war nicht schön, das müssen die gerichtlichen Instanzen jetzt beurteilen, aber wir können hier das nicht entscheiden. Was ist genau gewesen? Es wird jetzt dann ein Gericht...

Zwischenrufe aus dem Plenum.

Lass mich rasch, bitte, lass mich reden. Du kannst allenfalls ein zweites Mal das Wort ergreifen. Das ist es und hier haben wir Fragen der Interpellation. Die hat der Gemeinderat meines Erachtens richtig beantwortet und dann werden wir vom Obergericht und vom Bundesgericht nachher hören, ob diese Intervention zu Recht oder nicht zu Recht gewesen ist. So läuft das ab.

Präsidentin: Merci Alex. Ich bitte wirklich, auf Zwischenrufe zu verzichten. Kommt ans Mikrofon, damit wirklich alle auch mithören und mitdiskutieren können. Ich sehe keine Einzelvoten mehr. Dann hat Gemeinderat Reto Nause das Wort.

Reto Nause, Direktor SUE: Sie haben ja in der SP-Fraktion den brilliantesten Juristen, den dieser Kanton oder dieses Land anzubieten hat und darum – dich meine ich! – und darum ist die juristische Auslegung schon noch so ein bisschen wichtig und das muss man dann schon noch so genau nehmen. Und wenn man von einer Straftat spricht, dann setzt das eigentlich eine rechtskräftige Verurteilung voraus. Und hier in diesem Fall haben wir einen Freispruch und wir haben einen Weiterzug. Beim Weiterzug gilt nach wie vor die Unschuldsvermutung. Und wenn man uns jetzt als Gemeinderat auffordert, wir sollen irgendein Verhalten der Polizei verurteilen, dann ist das nichts anderes als eine Vorverurteilung. Was wir machen können: Wir können anmahnen, dass man diesen Fall juristisch untersuchen sollen. Genau das haben wir auch gemacht als Gemeinderat und die Untersuchungen sind jetzt noch im Gang.

Präsidentin: Merci Reto. Wir stimmen hier nicht darüber ab, sondern da ist der Zufriedenheitsgrad gefragt. Wenn ich das richtig verstanden habe, ist das unzufrieden. Wir kommen zu Traktandum 17.

2016.SR.000250

17 Interfraktionelle Motion AL/GPB-DA/PdA+, GLP, SP, GB/JA! (Christa Ammann, AL/Peter Ammann, GLP/Yasemin Cevik/Lena Sorg, SP/Leena Schmitter, GB/Seraina Patzen, JA!) - übernommen durch Halua Pinto de Magalhães (SP): Massnahmen zur Prävention und Kontrolle von Racial Profiling bei Personenkontrollen durch die Kantonspolizei; Begründungsbericht

Präsidentin: Das ist eine interfraktionelle Motion, auch zum Thema Racial Profiling. Der Begründungsbericht ist zur Traktandierung beantragt worden und darum erteile ich den Einreichenden das Wort. Für die Einreichenden Halua Pinto.

Halua Pinto de Magalhães (SP) für die Einreichenden: Nach dieser Diskussion ist es klar, dass, egal welche griffigen Massnahmen wir hier gegen Racial Profiling fordern werden, nichts wirklich passieren wird. Und nicht etwa, weil die Stadt hier keine operative Kompetenz hat, sondern weil es auf Führungsebene eine grundlegende Verweigerungshaltung gibt, die strukturelle und institutionelle Problematik anzuerkennen. Vor diesem Hintergrund wird wohl auch der Weckruf des aktuellen Leiturteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Leeren verhallen, der die Schweiz an ihre Verpflichtung erinnert, diesen Vorfällen von diskriminierenden Polizeikontrollen nachzugehen und Racial Profiling zu bekämpfen sowie den Zugang zu wirksamen Beschwerdemechanismen sicherzustellen. Ist es tatsächlich so abwegig, als Bewohner dieser Stadt oder als Mitglied dieses Parlaments eine Polizeiarbeit zu fordern, die gewisse Qualitätsstandards einhält, wie zum Beispiel die Einhaltung eines internationalen Menschenrechts auf die Diskriminierungsfreiheit? Soll der Service Public "Polizei" nicht auch im Rahmen eines Leistungsvertrags in den Diensten der städtischen Öffentlichkeit stehen? Der Gemeinderat führt in seinem Bericht hingegen lediglich aus, dass er keine Anforderungsbefugnisse besitzt. Deshalb will er zusammen mit der Kapo, die übrigens das Quittungssystem aus nicht weiter ausgeführten Begründungen ablehnt, genau mit dieser Kapo will er für Wert und Dialog mit den betroffenen Communities eintreten. Auf diesen hochgepreisenen Dialog gehe ich an dieser Stelle nicht ein, aber diese Argumentation ist stellvertretend für eine Governance, die das grundlegende Problem verharmlost, indem man es psychologisiert und auf die Ebene einzelner Polizist*innen verlagert. Denn mit Wert ist nicht etwa die Kultur der Institution Polizei gemeint, sondern es ist der Einzelfall und die einzelnen Polizist*innen beziehungsweise ihre Einstellungen stehen im Vordergrund. Doch institutionell gestützter Rassismus bleibt so lange bestehen, wie er eben nicht mit gezielten Massnahmen der Polizeiführung und der Politik bekämpft wird. Deshalb möchte ich an dieser Stelle noch einmal hervorheben, dass die Kapo Bern so wie die meisten Schweizer Polizeikorps über keine spezifischen Richtlinien verfügen, die die Verdachtsgenerierung für Personenkontrollen genauer umschreiben. Dazu passen die Aussagen des ehemaligen Zürcher Polizeikommandanten: Die Schweiz verfüge über eine sehr heterogene Bevölkerung, deshalb könne eine Überprüfung auf Verdacht von rechtswidrigem Aufenthalt nicht aufgrund einzelner äusserlicher Merkmale vorgenommen werden. Deshalb seien die gesamten Umstände zu würdigen. Ich zitiere: "Eine erfolgreiche Polizeiarbeit basiert nicht zuletzt auch auf Intuition und Erfahrung." Es ist halt allerdings ziemlich klar, dass, wenn es eben keine Leitlinien gibt, natürlich willkürliche oder ethnisch selektive Kontrollen mit etwas Fantasie immer gerechtfertigt werden können. Genau hier würde ein solches Quittungssystem ansetzen. Es müssten entsprechende Richtlinien erarbeitet werden und in diesem Prozess

müssten auch die Erfassung und die Überwachung von Daten zu Personenkontrollen geregelt werden. Solche konkreten Leitlinien für polizeiliches Handeln helfen zudem auch als Kompass und als Referenz für die eigene polizeiliche Tätigkeit. Der Nutzen von polizeilicher Quittung ist übrigens wissenschaftlich hinlänglich bewiesen. Abschliessend möchte ich festhalten, dass es in der Schweiz eine grosse Diskrepanz gibt zwischen dem generell abstrakten Diskriminierungsverbot in der Bundesverfassung und der tatsächlichen Rechtswirklichkeit in der Praxis. Damit das Recht auch wirklich bei den Leuten ankommt, braucht es eben auch konkrete Normen in Gesetzen, in Dienstvorschriften sowie in entsprechenden Haltungen der Governance. Bei einer solchen Rechtsetzung handelt es sich um einen Prozess, der eigentlich zu einer echten Auseinandersetzung führen sollte innerhalb der Organisation, aber auch in Parlamenten, Verwaltungen und in der Gesellschaft. und mit all diesen Ausführungen haben die erwähnten Dialogprojekte aber rein gar nichts zu tun. Das haben wir in diesem Rat bereits wiederholt unterstrichen. Bei den sogenannten Dialogen geht es eigentlich um Community Policing und somit darum, das Vertrauen in die Polizei zu fördern. Das ist ja ein schönes Ziel, aber dieses Projekt mit Racial Profiling in Verbindung zu bringen, ist im Effekt eine Schulung, Racial Profiling überhaupt zu betreiben. Deshalb fordere ich den Gemeinderat nochmals auf, diese Argumentation aus seinem Repertoire endgültig zu streichen. Der Schaden von Racial Profiling für die Gesellschaft und die betroffenen Personen ist enorm. Vor diesem Hintergrund ist es ganz einfach eine menschenrechtliche Pflicht, die vorhandenen und wissenschaftlich geprüften Massnahmen anzuwenden, um diesen Missstand zu bekämpfen.

Präsidentin: Merci Halua. Wir sind bei den Fraktionserklärungen. Anna Leissing für die GB/JA-Fraktion.

Anna Leissing (GB) für die Fraktion: Die vorliegende Motion fordert ein Pilotprojekt zur Einführung eines Quittungssystems bei Polizeikontrollen, zumindest auf dem Gebiet der Stadt Bern. Die Motion ist 2016 eingereicht, 2017 als Richtlinie erheblich erklärt worden. Der vorliegende Begründungsbericht stammt aus dem Jahr 2018. Mit Blick auf das Datum wollte ich schon aufatmen. Ich dachte: Ah ja, früher hat man halt noch nicht so richtig gewusst, wie man rassistische Polizeikontrollen effektiv bekämpfen kann. Früher ist man halt überzeugt gewesen, es handle sich bei Racial Profiling um Einzelfälle, weil man das Ganze ja nicht hat dokumentieren können, weil es eben kein Quittungssystem und auch keine offizielle und unabhängige Beschwerde- oder Monitoring-Stelle gegeben hat. Hat man halt nicht gesehen, dass es sich hier um ein tief in den Strukturen der Polizei und der Gesellschaft verankertes Problem handelt. Früher hat man halt auch gemeint, dass sich Racial Profiling am besten direkt, im Dialog zwischen der Polizei und den potenziell Betroffenen, lösen lässt. Darum hat man auch früher auf das Projekt Dialog 3 gesetzt, ein Projekt also, das sich in erster Linie an die Betroffenen richtet und diese mit der Polizei im Dialog zusammenbringt, um ein Problem von systemischem und institutionellem Rassismus bei der Polizei zu lösen. Und ja, das macht schon Sinn. Früher dachte man auch, sexuelle Belästigung und Gewalt könne man vielleicht damit bekämpfen, dass die Männer den Frauen im freundlichen Gespräch erklären, wie sie sich anziehen und verhalten sollen, um sexistischen Übergriffen und Gewalt vorzubeugen. Aber eben, zum Glück war das alles früher, denn heute, spätestens nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zum Fall Wa Baile, den schon mein Vorredner erwähnt hat, heute erkennen sicher auch der Gemeinderat der Stadt Bern und die Kapo Bern, dass die bisherigen Massnahmen gegen Racial Profiling wenn nicht ungeeignet, dann mindestens ungenügend sind. Im Urteil vom Februar 24

hat der EGMR, also der europäischen Menschenrechtsgerichtshof, bestätigt, dass Wa Baile Opfer einer rassistischen Polizeikontrolle geworden ist und dass die Schweizer Gerichte diesen Vorwurf nicht genügend untersucht haben. Und der Gerichtshof nimmt die Schweiz in die Pflicht, Racial Profiling durch die Polizei künftig zu verhindern und zu untersuchen. Und dazu, auch das hat mein Vorredner betont, braucht es in allererster Linie eine Anerkennung des strukturellen Problems und die Bereitschaft, das anzugehen. Und das betrifft zum einen die interne Polizeikultur wie auch die polizeiliche Ausbildung, bei der zum Beispiel Themen wie Menschenrechte, Rassismus, Gewaltprävention einfach mehr Gewicht erhalten müssen. Es braucht aber auch Massnahmen auf politischer und juristischer Ebene zur Stärkung der rechtsstaatlichen Kontrolle über die Polizei. Das beinhaltet eine unabhängige Untersuchungsstelle, die Fälle von Rassismus und Polizeigewalt rasch und wirksam untersuchen kann, und Unterstützungsangebote für Betroffene. Es braucht auch ein unabhängiges Monitoring, das die Fälle systematisch erfasst, analysiert und veröffentlicht. Die Allianz gegen Racial Profiling macht in diesem Bereich extrem wertvolle Arbeit und hat im Fall Wa Baile auch Empfehlungen formuliert, wie rassistische Polizeigewalt tatsächlich effektiv bekämpft werden kann. Ich möchte den Gemeinderat einladen, sich die Empfehlungen genau anzuschauen und erstens den städtischen Handlungsspielraum zur Bekämpfung von Racial Profiling tatsächlich auch auszuschöpfen. Das gilt zum Beispiel in Bezug auf eine unabhängige Meldestelle, die auch wissenschaftliche Untersuchungen des Problems durchführen kann, und auch bei der Unterstützung von Betroffenen. Zweitens lade ich den Gemeinderat ein, sich gegenüber der Kapo wie auch gegenüber den politischen Entscheidungsträger*innen des Kantons Bern mit Vehemenz dafür einzusetzen, dass das Problem Racial Profiling als strukturelles Problem anerkannt wird und entsprechende Massnahmen auf operativer, aber eben auch auf politischer und juristischer Ebene getroffen werden.

Präsidentin: Danke, Anna. Als nächstes kommt Raffael Joggi für die AL-PdA.

Raffael Joggi (AL) für die Fraktion: Ich halte hier wiederum das Votum von Muriel Graf: Liebe Anwesende, es geht in dieser Motion hier um Racial Profiling und was man als Stadt machen kann, damit diese diskriminierende Praxis nicht mehr vorkommt. Racial Profiling bedeutet, dass die Polizei Menschen aufgrund ihres äusseren Erscheinungsbildes, konkret in der Hautfarbe, oder vermuteter Religionszugehörigkeit grundsätzlich als verdächtig einstuft. Der Gemeinderat hat, obwohl es nicht zu seinem Kompetenzbereich gehört, mit der Kapo über diese rassistische Praxis gesprochen. An dieser Stelle ein Lob an den Gemeinderat: Weiter so. Und jetzt haben wir hier diesen Antwortbericht, der zeigt, dass die Kapo Bern kein Interesse hat am von uns geforderten Quittierungssystem. Die Kapo hat also kein Interesse an einer Massnahme, die von der Agentur für Grundrechte in der Europäischen Union empfohlen wird. Wir finden das ziemlich tragisch, weil das Quittierungssystem allen Beteiligten Hilfestellung leisten würde. Die Polizei hätte ein Instrument, das ihnen helfen würde, ihre Arbeit zu reflektieren und das wäre so oder so einmal wünschenswert. Und Menschen, die aufgrund ihrer Hautfarbe kontrolliert werden, könnten diese Erfahrungen festhalten lassen. Und aus dem heraus würde man endlich eine Datensammlung starten, die nachher aufzeigt, welcher Handlungsbedarf vorhanden ist.

Jetzt noch einmal zum Bericht. Im Bericht steht, dass die Kapo auf andere Mittel setzt, zum Beispiel auf die Zusammenarbeit mit dem Kompetenzzentrum Integration und mit dem ggffon. Das an sich kann man auch noch einmal kritischer anschauen, ist aber

grundsätzlich zu begrüssen. Es ist eigentlich immer gescheit, sich Hilfe von Fachpersonen zu holen. Und das heisst auch, dass die Polizei das interne Rassismusproblem anerkennt, und das ist nötig. Weitere Massnahmen, die die Kapo anstrebt oder auch umsetzt, sind ein Infobroschüre über Rechte und Pflichten für Personen, die von der Polizei kontrolliert werden. Weiter ein halber Tag, der in der Polizeiausbildung darauf verwendet wird, interkulturelle Kompetenzen zu vermitteln. Hier fragen wir uns ein bisschen, was das wohl alles beinhaltet. Nachher soll vom gggfon und vom Kompetenzzentrum Integration die Möglichkeit bekanntgemacht werden, dass Vorfälle von Racial Profiling gemeldet werden können. Das sind die Sachen, die entweder schon passieren im Vorgehen gegen Racial Profiling oder angestrebt sind. Tendenziell lässt sich hier sehen, dass in der Kapo selber eher wenig passiert, aber die Akteure darum herum versuchen, sich einzusetzen respektive dass versucht wird, etwas zu ändern, aber halt nicht wirklich intern, sondern mit anderen Akteuren, wo in diesem Feld eh schon aktiv sind. Was uns weiter ein bisschen erstaunt hat – ich muss sagen, ich finde es wirklich ein bisschen irr – ist, dass in diesem Bericht hervorgehoben wird, dass die Kapo alles für Aktionen tut, die auf einen Dialog abzielen sollen. So soll die Kapo irgendwie an einem Fussballturnier der Swiss African Foundation teilgenommen haben zur Kontaktpflege und auch noch einen Stand an einem Fest, das im Bericht afrikanisches Kulturfest genannt wird, bereitgestellt haben. Diese 2 hervor gehobenen Sachen staunen uns sehr. Man hat ein Rassismusproblem bei der Polizei, Racial Profiling wird immer wieder angewendet. Und nachher wird uns als Massnahme verkauft, dass man den Dialog mit Personen, die von Racial Profiling betroffen sind, sucht. Was soll man den Dialog suchen mit Personen, die von Racial Profiling betroffen sind? Die Polizei agiert hier falsch und nicht Personen, die betroffen sind von dieser diskriminierenden Praxis. Uns fällt wieder einmal auf, dass hier eine Umkehrung des Narrativs passiert, und das erscheint uns gefährlich. Es ist nötig, dass die Polizei ihre rassistische Praxis hinterfragt und sofort ändert. Wir sind der Meinung, dass es lohnenswert war, dass der Gemeinderat das Gespräch gesucht hat. Wir danken an dieser Stelle dem Gemeinderat. Dennoch sind wir mit dem Inhalt dieses Berichts nicht zufrieden, weil er einfach noch einmal aufzeigt, wie tief dieses strukturelle Problem bei der Polizei ist und wie wenig Hoffnung auf eine baldige Änderung es zulässt.

Präsidentin: Merci Raffael. Dann kommt Simone Richner für die FDP/JF-Fraktion.

Simone Richner (FDP) für die Fraktion: Zuerst möchte ich klarstellen, dass Racial Profiling inakzeptabel ist und rigoros bekämpft werden muss. Es bedarf konsequenter und transparenter Untersuchungen durch unsere Justiz, damit das Vertrauen erhalten bleibt und Diskriminierung verhindert wird. Aber auch für diese Motion ist die Stadt Bern nicht zuständig. Diese Thematik fällt in die Verantwortung der Kapo und somit des Grossen Rates, aber dies hat der Gemeinderat in seinem Bericht eingehend erläutert. Der UNO-Ausschuss, auf den sich die interfraktionelle Motion bezieht, nimmt Bezug auf einen Vorfall vor 10 Jahren in Zürich. Seit dann hat sich in der Schweiz viel verändert und die Sensibilisierung für diese Thematik hat deutlich zugenommen. Zum Glück. Insbesondere hat gerade die Kapo Bern interne Weisungen und regelmässige Weiterbildungen zum Thema Racial Profiling. Ein Quittungssystem, das hier als die Lösung vorgeschlagen wird, würde aber meiner Meinung nach das vermeintliche Problem nicht nachhaltig beheben. Es würde lediglich zusätzliche Bürokratie geschaffen werden, ohne dass den betroffenen Personen wirklich mehr Unterstützung zukommt und es einen echten Mehrwert bieten könnte. Ich bin überzeugt, dass wir vielmehr auf effektive Massnahmen wie Dialog, Sensibilisierung und Förderung von Awareness setzen müssen. Diese Ansätze

stärken das Vertrauen und helfen, die Diskriminierung nachhaltig zu verhindern. Und das Beste daran: Genau darauf setzt unsere Kapo. Die FDP-JF-Fraktion nimmt den Begründungsbericht deshalb an.

Präsidentin: Merci Simone. Dann kommt Gabriela Blatter für die GLP/JGLP/EVP-Fraktion.

Gabriela Blatter (GLP) für die Fraktion: Zuerst einmal vorneweg: Ich teile die Haltung meiner Vorredner*innen, dass Racial Profiling klar ein strukturelles Problem ist und einen kulturellen und strukturellen Wandel benötigt, damit man es effektiv adressieren kann. Es ist für uns nicht sichtlich aus dem Begründungsbericht, warum das Ticketingsystem abgelehnt wird. Es heisst einfach, es werde abgelehnt von der Kapo, aber es wird nicht erläutert, warum. Grundsätzlich bin ich bei meiner Vorrednerin Simone Richner, dass die Verantwortlichkeit für das nicht bei der Stadt liegt. Das ist ein kantonales Anliegen. Nichtsdestotrotz bedanken wir uns grundsätzlich für die Antworten. Ja, Schulungen, Weiterbildungen, Dialog etcetera ist alles gut und recht. Es ist nicht ganz klar aus den Antworten beziehungsweise, wie andere schon gesagt haben, lässt es die Frage offen, ob das wirklich die strukturellen und kulturellen Elemente verändern wird, die es braucht, und das bringt keine zusätzliche Transparenz und das ist das Problem. Und darum haben wir auch diesen Vorstoss ursprünglich mit eingereicht, weil die Transparenz das ist, wo Klarheit schafft in dem Kontext, und das würde ein Ticketingsystem bringen. Und wir vermissen wirklich die Antwort, was denn gegen das Ticketingsystem spricht. Das wird nicht erklärt im Begründungsbericht. Am Schluss wird noch auf die Bodycams verwiesen und auf eine Motion in diesem Zusammenhang. Wir finden nach wie vor, ein Pilot in diese Richtung wäre interessant, es würde nämlich auch zusätzliche Transparenz bringen. Und wir haben dort auch nachfragen wollen, wann denn mit diesen mittelfristigen Daten oder Erfahrungen aus der Stadt Zürich zu rechnen ist, die die Kapo anbringt, um einen Pilot in der Stadt Bern offensichtlich nicht umsetzen zu wollen.

Präsidentin: Merci Gabi. Dann kommt Francesca Chukwunyere für die GFL-Fraktion.

Francesca Chukwunyere (GFL) für die Fraktion: Es ist fast alles schon gesagt. Ich habe vor 12 Jahren das Projekt Dialog geschrieben, damals für die Kapo, und es ist immer um Sensibilisierung auf beiden Seiten gegangen. Dass man das heute immer noch als Feigenblatt braucht, um zu sagen, man tue etwas in diese Richtung, stört mich persönlich sehr. Es braucht beides. Es braucht definitiv auch so Sachen wie so ein Ticketingsystem. Gerne gebe ich hier noch eine kleine Anekdote zum Besten: Als ich mit meinem Mann in Nigeria war, wurden wir dauernd von der Polizei kontrolliert, dort wohl nicht wegen ihm, sondern wegen mir. Ich habe wohl ein bisschen nach Geld ausgesehen oder so, vielleicht auch besonders böse, wie mein Parteikollege mir vorhin gesagt hat. Als ich nachher nach der 4. Kontrolle gesagt habe, könntet ihr uns vielleicht bitte eine Quittung geben, dass wir bereits kontrolliert worden sind auf dieser Strecke, hat man mich tatsächlich verhaftet wegen staatsuntertreibenden Begehrlichkeiten. Ich würde ihnen wirklich vorhersagen: Wenn die Kapo nichts zu verbergen hat, dann kann die auch ein Ticketingsystem einführen. Und dass sie es nicht begründen kann, warum sie das nicht will, das spricht eigentlich nur gegen sie. Das wäre alles.

Präsidentin: Merci Francesca. Für die SVP-Fraktion Alex Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich habe jetzt bewusst ein bisschen abgewartet und gedacht, ich komm jetzt als Jurist noch ein paar Sachen am Schluss sagen. Wie es der Reto Nause auch gesagt hat, ich bin auch gespannt, was der Dominic Nellen dazu sagt, denn wir haben hier ganz klar kantonale Aufgaben. Die Stadt Bern kann hier für die Strafverfolgung nicht eigene Gesetzmässigkeiten machen, dass es anders gilt als in Laufenen oder in La Neuveville. Das geht schlicht und einfach nicht. Und nachher kommen wir jetzt ein bisschen zum Praktischen. Sie haben heute wieder einen Fall gesehen von einem Arabisch Sprechenden, der irgendwie einen Schweizer am Freitag verletzt hat. Wenn Sie jetzt untersuchen, dann müssen Sie – ich habe das schon einmal gesagt – dann müssen Sie nicht die blonden Schwedinnen suchen gehen. Hier ist der Täter wahrscheinlich jemand vom Maghreb und dann ist das das Personensignalement. Und jetzt habt ihr ein Ticket. Da mache ich euch jetzt gerade den Trick, wie man das umgehen kann. Der, der die Sauerei macht, lässt sich mal ein Ticket ausstellen, und wenn man dann den zweiten, den richtigen Täter hat, zeigt dann dieser das Ticket. Ich bin der gewesen, ich bin es nicht gewesen, dann kann man noch ein bisschen die Ausweise und die Pässe untereinander machen. Das ist mehr eine Begünstigung, es geht hier mehr um eine Strafvereitelung. Ich bin ganz klar der Meinung, das ist gesetzlich nicht zulässig. Sie haben auch nichts dazu zu sagen. Das ist jetzt eben immer wieder das, was ich sage mit der Effizienz. Wir diskutieren jetzt über etwas, das wir... Der Stadtrat kann nicht ein neues Strafprozessverfahren machen für die Stadt Bern. Das können wir nicht. Sie können den Vorstoss einreichen im Grossen Rat und dann kann man darüber entscheiden. Man kann dann unter Umständen noch schauen, im Nationalrat kann man die Sache auch machen, ob denn das geht oder nicht, ob das standhält. Also ihr könnt hier nicht Verfahrensvorschriften, für die wir sicher in der Stadt Bern nicht zuständig sind, ändern. Ich glaube, das ist für mich ganz klar. Deshalb lehnen wir diese Motion, diesen Vorstoss ganz klar ab.

Präsidentin: Merci Alex. Ich möchte nochmals betonen, dass es sich um einen Begründungsbericht handelt und wir diesen ohne Wertung zur Kenntnis nehmen. Dann sind wir bei den Einzelvoten. Halua Pinto.

Halua Pinto de Magalhães (SP), Einzelvotum: Die Stadt Bern hat sehr wohl eine Verantwortung, eine politische Verantwortung dafür, dass hier auf dem Stadtgebiet Menschenrechte wie ein Diskriminierungsverbot eingehalten werden. Und das ist genau das, was wir verlangen unter anderem in diesem Vorstoss, dass er sich für das beim Kanton einsetzt, und zwar für diesen Kulturwandel und als Beispiel das Quittungssystem, das international und wissenschaftlich geprüft ist. Es ist nicht irgendetwas, wo wir gestern gerade beim Abendessen oder beim Stammtisch einfach auf den Tisch gelegt haben und nachher in einen Vorstoss verwandelt haben. Und nachher möchte ich mich noch zu etwas äussern, dass in den letzten 10 Jahren viel passiert ist. Ja, das Thema Rassismus ist vermehrt in der Öffentlichkeit. Es gibt ein breiteres Bewusstsein, dass das auch in der Schweiz ein fundamentales und strukturelles Problem ist. Aber gerade im Zusammenhang mit der Polizei haben wir ein Problem auf Führungsebene. Man kann in Medienberichten wiederholt feststellen, dass es eine Verweigerungshaltung von Polizeikommandanten, von Regierungsrät*innen etcetera gibt, tatsächlich hinzustehen und zu sagen: Wir wollen innerhalb dieser Institution einen Wandel hinbekommen, damit diese Institutionen den Anforderungen einer modernen und offenen Gesellschaft, die diskriminierungsfrei ist, entsprechen. Genau das fehlt und auch das fordern wir vom Gemeinderat ein, und auch das fordern wir von einer Antwort, von einem solchen Begründungsbericht oder Motionsbericht oder was auch immer das ist, genau das fordern

wir ein. In den letzten paar Jahren kam es zudem zu mehreren Vorfällen von rassistischer Polizeigewalt. Es sind Leute in Polizeigewahrsam gestorben. Es ist bei einer Verhaftung zu einem Todesfall gekommen und das ist nicht 10 Jahre her, das sind das sind 3 Jahre. Ihr könnt das Ganze auch in den Medien nachlesen, zum Beispiel in der Republik gibt es eine sehr breite Berichterstattung darüber. Also in der Lösung dieser strukturellen Problematik stehen wir noch ganz am Anfang. Und jetzt das alles, die Verantwortung abzuschieben, ja wir können ja gesetzesmässig hier nichts machen – das ist wahrlich einfach nur ein Feigenblatt.

Präsidentin: Merci Halua. Als nächstes kommt Ruth Altmann.

Ruth Altmann (parteilos), Einzelvotum: In letzter Zeit häufen sich in der Stadt Bern in den Bussen, in den öffentlichen Verkehrsmitteln Fälle von schwarzem Rassismus gegenüber weissen Frauen. Das heisst, das spielt sich so ab: Da kommen so einer bis 3 schwarze junge Männer – das kommt nur mit schwarzen Männern vor – das heisst, die kommen zu einer Frau, die auf dem Platz sitzt, egal wie viel Platz im Bus noch ist, die kommen: "Du musst aufstehen und weggehen." Wenn du sagst, ist mir auch selber passiert, ja, es hat ja noch genug Platz oder so, dann wird dir gesagt, sie schlagen dich zusammen, wenn du nicht sofort aufstehst. Ich bin natürlich sofort aufgestanden. Ich habe heute am Morgen auch noch eine andere... Sie wollen einfach dort sitzen, wo du sitzt. Und die Begründung ist: "Weil du weiss bist." Und es gibt, ich habe heute am Morgen eine getroffen, die ist schwer spitalreif geschlagen worden, weil sie sich da geweigert hat. Das zum Beispiel kommt auch vor. Und hier nehme ich an, dass man, also die Täter, die man dann suchen muss, die sind alle flüchtig, quasi muss man auf die Hautfarbe gehen, denn das einzige Merkmal, das sich diese Frauen merken können, ist schwarze Hautfarbe. Aber es resultiert aus einem Rassismus von schwarzen Menschen gegenüber weissen.

Präsidentin: Merci. Dann kommt als nächstes Fuat Köçer.

Fuat Köçer (SP), Einzelvotum: Das wo wir jetzt gehört haben, ist eigentlich etwas, das Ruth Altmann von ihrem Alltag erzählt und das als ein gesellschaftliches Phänomen erzählt. Das erachte ich als hoch problematisch. Sie sagt, ich habe etwas erlebt, und nachher sagt sie, das nimmt in der Gesellschaft zu. Und dann kann jeder hier nach vorne kommen und etwas erzählen und sagen, das nimmt in der Gesellschaft zu oder ab. Das ist gefährlich, ein gesellschaftliches Phänomen aus eigener Erfahrung, etwas, was man individuell beobachtet hat, als allgemein gültig erzählen zu wollen. Das ist der eine Punkt und der andere ist: Ruth, du hast jetzt in deinem Votum eigentlich Rassismus reproduziert und hier aus deiner eigenen Erfahrung generalisiert, verallgemeinert, was ich hochproblematisch finde, und ich bitte dich, nach vorne zukommen und dich bei allen jungen, dunkelhäutigen Menschen zu entschuldigen.

Präsidentin: Merci vielmals, Fuat. Ich möchte nochmals daran erinnern, dass wir über den Begründungsbericht reden zu Racial Profiling. Also bitte möglichst persönliche Angriffe, generalisierte Aussagen vermeiden und wieder zum Thema zurückkommen. Ruth Altmann wurde direkt angesprochen und hat das Wort.

Ruth Altmann (parteilos), Einzelvotum: Ich möchte einfach sagen, das ist ja nicht nur, ich habe es vorhin schon gesagt, dieser Vorfall ist mir passiert, aber er ist auch anderen Frauen passiert. Eine musste ins Spital gehen und konnte sich sehr lange nicht davon

erholen. Sie ist mit einem ziemlich starken Gegenstand gegen das Bein geschlagen worden. Also es ist nicht nur mir alleine passiert, das möchte ich dazu sagen.

Präsidentin: Merci. Gibt es noch Voten, die direkt mit dem Vorstoss, mit dem Gründungsbericht zu tun haben? Gut, der Gemeinderat hat das Wort. Er verzichtet. Wir nehmen den Begründungsbericht so zur Kenntnis und kommen zum nächsten Traktandum.

2022.SR.000172

18 Postulat David Böhner (AL): Wiedereinführung der Stadtpolizei

Präsidentin: Traktandum Nummer 18, Wiedereinführung der Stadtpolizei. Das Postulat ist bestritten, gehe ich davon aus, und ich gebe den Einreichenden das Wort. David Böhner.

David Böhner (AL) für die Einreichenden: Wir bleiben bei der Polizei. Merci dem Gemeinderat für den Prüfungsbericht zur Frage der Wiedereinführung der Stadtpolizei. Er zeigt einmal mehr auf, was für einen grossen Fehler begangen worden ist, indem die Stadt auf ihre eigene Polizei verzichtet hat vor 16 Jahren. Sie hat damit viele Kompetenzen abgegeben an einen Kanton, der politisch ganz anders tickt, und an einen gegenwärtigen Sicherheitsdirektor, dem es sichtlich Spass macht, den Gemeinderat zu ärgern und Politik zu machen, die direkt gegen die Stadt Bern gerichtet ist. Wie man im Prüfungsbericht lesen kann, ist der Schaden angerichtet. Es bräuchte die Zustimmung des Grossen Rats oder der Stimmbevölkerung im Kanton, um das wieder rückgängig zu machen und den Gemeinden mehr Autonomie zu geben. Und da gehe ich mit der Einschätzung des Gemeinderats einig, da stehen die Chancen nicht allzu gut. Ich möchte jetzt trotzdem noch auf einzelne Punkte im Prüfungsbericht eingehen. Hier wird die Situation meiner Meinung nach allzu rosig beschrieben. Der Gemeinderat beschreibt, dass er im alltäglichen Austausch mit der Kapo seine Interessen einbringen kann. Er verschweigt dabei aber, dass diese Interessen in den allermeisten Fällen nicht berücksichtigt werden, zumindest dann nicht, wenn es darum geht, Bürger*innen- und Menschenrechte hochzuhalten. Wir haben es vorhin gehört. So gibt es immer noch keine kantonale Ombudsstelle, bei der sich Betroffene melden können bei der Polizeiübergriffen, weil diese ja laut Polizeidirektion nicht stattfinden, so wie es auch kein Racial Profiling bei der Kapo gibt. Es besteht auch keine Handhabung gegen übergriffige Polizeidirektoren, wenn sie immer wieder die Schliessung des Kulturzentrums Reitschule fordern, auch wenn sie das erstens gar nichts angeht und es zweitens weit ausserhalb ihres Kompetenzbereichs liegt. Zu Zeiten der Stadtpolizei hat es da mindestens Möglichkeiten gegeben, einzugreifen. Und bekanntlich ist ja auch schon ein Sicherheitsdirektor zwangsversetzt worden, weil er ausser Rand und Band geraten ist. Und da bin ich, glaube ich, nicht der Einzige in dieser Stadt, der sich das heute wieder wünschen würde. Also ich rede vom kantonalen - nichts gegen dich, Reto. -Gründe gäbe es genug.

Widersprechen möchte ich dem Bericht auch dort, wo er auf die Situation von City Card eingeht. Eine solche City Card wäre ein wertvolles Instrument, wenn es zur Folge hätte, dass sich alle Menschen in Bern ohne Angst vor Polizeikontrollen bewegen könnten. Das wäre ja auch Sinn und Zweck gewesen der ganzen Übung, und das könnte umgesetzt werden, wenn die City Card von der Polizei als Ausweisdokument anerkannt würde. Die Polizeidirektion würde dann ihren Mitarbeitenden die Weisung herausgeben, dass sie keine weiteren Fragen stellen, was den Aufenthaltsstatus von kontrollierten

Personen betrifft, im Sinne von don't ask, don't tell. Es wäre in der Macht der politischen Polizeiführung, eine solche Weisung herauszugeben und durchzusetzen. Aber ich muss ja hier nicht weiter ausführen, dass so etwas in unserem Kanton mit dem gegenwärtigen Polizeidirektor absolut utopisch ist. Wenn wir immer noch eine Stadtpolizei hätten, gäbe es mehr Spielraum und ein solches Vorhaben wäre vermutlich umsetzbar und mehrheitsfähig. Aus all diesen Gründen wäre die Wiedereinführung der Stadtpolizei unserer Meinung nach sehr wünschenswert, und wir geben den Fraktionen im Stadtrat gerne mit auf den Weg, dass sie sich bei ihren Kolleg*innen im Grossen Rat doch dafür einsetzen sollen, dass die Gemeinden mehr Kompetenzen erhalten sollen, ihre eigenen Angelegenheiten zu regeln, damit das Schlagwort der Gemeindeautonomie nicht einfach eine hohle Phrase bleibt, die gut klingt, sondern tatsächlich auch Geltung bekommt. Als Alternative würden wir die Schaffung eines Halbkantons begrüssen, bei dem die städtischen Anliegen nicht dauernd überstimmt werden.

Präsidentin: Merci vielmals David. Wir sind bei den Fraktionserklärungen. Paula Zysset für die SP-JUSO.

Paula Zysset (JUSO) für die Fraktion: Die Antwort des Gemeinderats auf das vorliegende Postulat hat uns als SP-JUSO-Fraktion doch einigermaßen überrascht, und das nicht im positiven. Es ist ja schön, dass der Gemeinderat das Postulat annehmen will, der vorliegende Bericht wirft aber doch ziemlich viele Fragen auf. Offensichtlich haben hier gerade 4 von 5 Gemeinderät*innen vergessen, mit welchem Programm und mit welchen Versprechen sie eigentlich zu den Wahlen im Jahr 2020 angetreten sind. In der RGM-Wahlplattform von 2020 ist nämlich explizit festgehalten, ich zitiere: "Die Stadt Bern strebt eine eigene Stadtpolizei an." Das kann man jetzt irgendwie auch lustig finden, wir finden das aber eigentlich vor allem eine ziemliche Geringschätzung der Wahlversprechen, die man selber abgibt, und damit auch unfair den Wähler*innen gegenüber. Auch die dargestellte Situation in der Antwort lässt einen doch einigermaßen sprachlos zurück. Die Zusammenarbeit funktioniert super gut, man habe einen funktionierenden Austausch und auch als Stadt könne man sich immer wieder gut einbringen und vom Mitspracherecht Gebrauch machen. Ausserdem sei die Zufriedenheit total hoch und es gebe überhaupt keinen Anlass, daran etwas zu ändern.

Sorry, aber auf welchem Planeten leben Sie eigentlich? Die zahlreichen Vorstösse, die es in den letzten Jahren in diesem Rat gegeben hat, reden doch eine deutlich andere Sprache. Immer wieder gab es kritische Nachfragen zu Polizeieinsätzen auf dem Stadtgebiet und zahlreiche Vorstösse, die an dieser Zusammenarbeit etwas verändern wollen. Dies, weil man eben in der Mehrheit in diesem Saal nicht zufrieden ist mit der Zusammenarbeit. Eine linke Stadt mit der politischen Verantwortung für die Polizei und auf der anderen Seite ein bürgerlicher Kanton mit der operativen Zuständigkeit – das hat immer wieder zu Reibungen, Uneinigkeiten und Konflikten geführt. So ein System kann aus der Sicht der SP-JUSO-Fraktion nicht funktionieren. Und den Beweis für das Gegenteil hat der Gemeinderat in den letzten Jahren übrigens auch nicht erbringen können. Bei Vorstössen, bei welchen es um Einsätze der Kapo geht, kann man eigentlich schon froh sein, wenn man mehr als 3 Sätze als Antwort bekommt. Das haben wir auch gerade heute bei der Antwort auf die Interpellation unter Traktandum 16 gesehen. Immer heisst es: Wir sind operativ nicht zuständig, wir haben hier nichts zu sagen, das ist Sache der Kapo, wir können das leider nicht beeinflussen. Wo genau soll jetzt hier diese super Zusammenarbeit sein? Oder hat sich der Gemeinderat in all diesen Jahren einfach nicht damit befassen wollen und deshalb solche Antworten verfasst? Auch

diese Option macht es im Übrigen keinen Deut besser. Wir würden es durchaus begrüssen, wenn der Gemeinderat nicht darlegen würde, wer was vor 16 Jahren entschieden hat, sondern sich an die eigenen Wahlversprechen, wo immerhin 4 von 5 Gemeinderät*innen vor knapp 4 Jahren gegeben haben, halten würde. Die SP-JUSO-Fraktion bleibt ihren Forderungen treu und wird das Postulat natürlich auch annehmen. Beim Prüfungsbericht hat die Fraktion Stimmfreigabe beschlossen, nicht weil wir den vorliegenden Bericht so gut finden, aber weil die Meinungen doch auseinandergehen, ob man bei einer Ablehnung etwas Besseres erwarten kann.

Präsidentin: Merci Paula. Das Wort hat Thomas Glauser für die SVP-Fraktion.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion: Sicherheit ist ein Gut der Schweiz. Sicherheit ist aber auch ein Gut, das nicht jedes Land hat, und Sicherheit muss man sich hart verdienen. Wir haben die Polizei, die eine Sicherheit bietet. Wir sind in der sehr glücklichen Lage, dass wir nicht eine korrupte Polizei haben, sondern eine Polizei, die ihre Arbeit tagtäglich sehr gut macht. Jetzt kommt ihr mit der Idee, man könnte wieder eine Stadtpolizei einführen, weil einem der Kopf des Polizeidirektors nicht passt. Ja, kann man. Ich spreche als Oberstleutnant des Kantons Bern, der Einsatzleitungen macht mit der Polizei zusammen. Das ist nicht einfach. Die Armee und die Polizei sprechen nicht immer die gleiche Sprache. Es ist einfach, wenn man miteinander diskutieren kann, und es macht Sinn, wenn man flächendeckend Sicherheitsdienstleistungen erbringen kann, sei es auf Stufe Armee oder auf Stufe Polizei. Das fängt halt schon bei der Ausbildung an. Man hat in der Schweiz ein Ausbildungszentrum in Hitzkirch in Luzern, wo die Polizisten ausgebildet werden, einheitlich, sodass sie, wenn sie ausserkantonale Einsätze haben, auch die gleiche Sprache sprechen und die Sicherheit bieten können. Es ist überhaupt nicht umsetzbar, dass man die Stadtpolizei einfach so machen kann. Man kann vielleicht irgendwie eine Quartierwehr machen oder so, aber das passt überhaupt nicht ins Konzept. Schlagen Sie sich das irgendwie aus dem Kopf, und sonst kommt einmal an einen Polizeieinsatz oder Armeeeinsatz. Ja, da könnt ihr lange darüber lachen. Wenn dann die Sicherheit einmal nicht mehr da ist, wenn dann wirklich einmal die Katastrophe da ist, dass die Sicherheit in der Schweiz nicht mehr gewährleistet ist, dann werdet ihr dann erwachen. Wir lehnen das Postulat ganz klar ab.

Präsidentin: Merci, Thomas. Dann kommt Florence Pärli für die FDP/JF-Fraktion.

Florence Pärli Schmid (JF) für die Fraktion: In meinem sehr nahen Umfeld, also in meiner Familie und unter meinen Freunden, haben viele den Beruf Polizist gewählt. Alle zusammen – und ich betone, alle – wurden Polizisten, weil sie ein Helfersyndrom haben. Das Helfersyndrom können sie jeden Tag ausüben. Sie rücken aus bei häuslicher Gewalt. Sie schauen, dass der bewusstlose Drogenkonsument seine Überdosis überlebt. Sie schützen die Stadt vor gewaltbereiten Fussballfans. Und sie übernehmen für uns Aufgaben, die für die meisten undenkbar wären, und suchen beispielsweise ein vermisstes Kind im Könizberger Wald, nur um es tot finden zu müssen. Wieso erzähle ich das so ausführlich? Aus deinem Postulat, David, geht ein riesiger Argwohn gegenüber der Polizei hervor. Fast so, als bestünde die Kapo nur so aus bösen und gewalttätigen Menschen, vor welchen man die Bevölkerung schützen müsste. Dabei ist, wie ich eben versuche aufzuzeigen, das Gegenteil der Fall. Ohne Frage gibt es sicher auch bei der Polizei schwarze Schafe, die gibt es aber in allen Berufsgattungen. Der ehemalige Herzchirurg von Zürich, wo wegen Körperverletzung angeklagt ist, weil er mutmasslich über 100 Patientinnen im Wissen darum, dass seine Operationen zu risikoreich

sind, schwerst geschädigt hat. Das ist ein Beispiel. Die Polizei hat selber kein Interesse, schwarze Schafe in ihren Reihen zu haben. Aus diesem Grund werden entsprechende Anzeigen sehr ernstgenommen und man muss ja auch gar keine Anzeige direkt bei der Polizei machen, sondern kann direkt an die Staatsanwaltschaft gelangen. Alternativ kann man in Bern auch einfach Tamedia anrufen.

Versteht mich nicht falsch, bei diesem Vorstoss sehe ich keinen Platz für Witze. Es geht um viel zu viel. Er suggeriert, dass mit der Wiedereinführung der Stadtpolizei mehr Kontrolle der Stadt Bern über die Polizei ausgeübt werden könnte. Nur wofür? Der Gemeinderat sagt, dass eine Kündigung des Ressourcenvertrags mit der Kapo überhaupt nicht angezeigt ist. Die Zusammenarbeit funktioniert grundsätzlich sehr gut. Vor allem würde eine solche Kündigung eines bedeuten: Viel weniger Sicherheit für die Stadtbevölkerung. 2 unterschiedliche Polizeikorps auf einem engen Stadtberner Raum, das würde zu unnötigen Schnittstellen und Zuständigkeitsfragen führen. Bei Einsätzen hätte man ein Problem mit Informationsflüssen und es könnte eben wegen der Zuständigkeitsfragen je nachdem bei Einsätzen wertvolle Zeit vergehen. Stellen sie sich vor, was die Polizei alles bedeutet. Das sind nicht nur die Uniformierten auf der Strasse, sondern auch digitale Experten für die Cyber-Ermittlung, die Forensik, die Fahndung und so weiter. Eine eigene Stadtpolizei würde wahnsinnig viel kosten. Die Kapo kostet den Kanton Bern jährlich 450'000'000. Die Stadt Bern hat auch im 23 31'000'000 an diesen Beitrag gezahlt. Das sind rund 7% vom Gesamtbeitrag, obschon in der Stadt Bern etwa 14 % der Bevölkerung des Kantons Bern wohnen. Die Ansicht, dass es Sinn macht, nur ein Polizeikorps zu haben, hat auch der grösste Teil der Bevölkerung. 2007, als man die Stadtpolizei abgeschafft hat, haben fast 80% ja zur Kapo gesagt. Ich fasse zusammen: Die Fraktion FDP-JF lehnt die Wiedereinführung der Stadtpolizei ab. Sie erkennt in diesem Vorstoss nur Nachteile. Vor allem aber wäre die Sicherheit der Stadt Bern mit 2 Korps nicht mehr gleich hoch wie heute. Und die Einführung der Stadtpolizei würde die Stadt Bern sehr viel Geld kosten, das wir doch besser an anderen Stellen investieren, zum Beispiel in die Nulltoleranz gegenüber Gewalt, auch bei der Reitschule.

Präsidentin: Merci, Florence. Dann kommt Mahir Sancar für die GB/JA-Fraktion.

Mahir Sancar (JA!) für die Fraktion: Ich danke den Einreichenden für den Vorstoss und für das Votum von David Böhner und Paula Zysset, bei welchen ich natürlich voll dahinterstehe. Ich finde es nur ein bisschen schade, dass es keine Motion ist, dann wäre es alles ein bisschen spannender geworden. Der Verweis im Postulat auf das Positionspapier der SP ist interessant. Das Ähnliche ergibt sich übrigens auch aus den RGM-Zielen, zumindest dass man eine Stadtpolizei will. Deshalb macht die Antwort des Gemeinderates, davon ausgeht, dass es die Antwort des Gesamtgemeinderates ist, ein bisschen stutzig, wenn man darin liest, dass es falsch wäre, sich von einem bewährten und für die Sicherheit der Bevölkerung gut funktionierenden System zu verabschieden. Gerade weil die Thematik der Stadtpolizei, wie der Gemeinderat schreibt, zwischen Stadt und Kanton zu keinem Konsens führt und politisch kontrovers diskutiert wird, dünkt es mich schade, dass der Gemeinderat eine derart unpolitische Antwort auf das Postulat gegeben hat. Dass wir hier die gesetzlichen Hürden, die es auf der kantonalen Ebene gibt, nicht überwinden können, liegt nahe. Was wir aber machen können, ist, den politischen Druck aufzubauen, damit der Kanton einer Stadtpolizei Bern nicht weiterhin entgegensteht, Dass das passiert, war die Hoffnung - eine Hoffnung, die der Gemeinderat, der die RGM-Mehrheit hätte, entfacht hat und schliesslich leider bitter enttäuscht hat. Klar, der Gemeinderat bemüht sich darum, dass die Interessen der Stadt

Bern auf kantonaler Ebene bestmöglich berücksichtigt werden. Und trotzdem, wenn es kritische Vorfälle gibt und die Thematik von Racial Profiling, Amtsmissbrauch etcetera aktuell und akut werden, heisst es dann immer wieder: „Ja, es tut uns leid, aber da kann man eben nichts machen. Das liegt in der Kompetenz des Kantons.“

Bezeichnend dafür ist gerade wieder einmal die Antwort des Gemeinderates auf das vorherige Geschäft, in dem Massnahmen zur Prävention und Kontrolle von Racial Profiling bei Personenkontrollen durch die Kapo gefordert wurden. Wir haben es auch dort in ein paar Voten gehört. Dort sagt der Gemeinderat und ich zitiere und wiederhole dort noch einmal vorherige Voten: "Der Vollzug von Personenkontrollen und damit auch der Entscheid, ein Quittungssystem oder ähnliches einzuführen, liegt in der Verantwortung und der operativen Zuständigkeit der Kapo. Die Stadt Bern hat diesbezüglich keine Anordnungsbefugnis. Der Gemeinderat kann daher nicht veranlassen, dass die kantonalen Polizeikorps im Rahmen eines Pilotprojekts ein Quittungssystem bei Personenkontrollen einführen, wie dies in der Motion verlangt wird." Also was ist es denn jetzt? Wenn es darum geht, dass der Gemeinderat beim Kanton in Bezug auf die Kapo etwas einfordern muss, hat man keinen Einfluss. Und wenn es darum geht, die Stadtpolizei einzuführen, weil man eben sonst keinen Einfluss nehmen kann, ist man dann plötzlich der Ansicht, dass man sich eigentlich da ohne grosse Probleme regelmässig einbringen kann und sogar Erfolg hat. Einer von diesen Erfolgen sollen die Bemühungen des Gemeinderats sein, die erreicht hätten, dass seit dem 1. Januar 2023 die Kapo zur Auskunft gegenüber der städtischen Ombudsstelle verpflichtet sei. Das ist schön und gut, es ist ein erster Schritt. Aber eine städtische Ombudsstelle als Aufsichts- und Kontrollorgan über die Polizei, das wäre notwendig und eben über eine städtische Polizei. Der grossgepriesene Erfolg hält sich deshalb für uns in Grenzen. Auch in Bezug auf das vorherige Geschäft hat das Gespräch zwischen Gemeinderat und Kapo, wie wir gehört haben, nicht gefruchtet. Der Kanton spricht sich zwar klar gegen Racial Profiling aus, lehnt aber ein Quittungssystem ab, weil es eben immer Einzelfälle sind. Auch hier wäre es doch praktischer und sinnvoller, die üblichen Ausreden vom Einzelfall nicht mehr hören zu müssen und einfach verfügen zu können, dass ein solches Quittungssystem bei der Polizei, bei unserer Stadtpolizei, eingeführt wird, auch wenn das in den Augen gewisser Personen zu mehr Unsicherheit führen soll. Wie aber dieser Zusammenhang entsteht, entzieht sich mir, ehrlich gesagt.

Wie immer kommt auch das Thema des ach so günstigen Ressourcenvertrags, bei dem man zu einem Schnäppchenpreis Leistungen der Kapo beziehen kann. Die Frage ist aber hier auch, ist es uns das wirklich wert, wegen Geld die Kontrolle und Aufsicht über das Gewaltmonopol in der Stadt Bern weiterhin an den Kanton abzugeben? Ein Kanton, der so anders tickt und so anders aufgestellt ist als die Stadt Bern. Wir sind ganz klar der Meinung, nein, uns ist es das nicht wert. Weiter habe man erreicht, dass die Zuständigkeit der Gemeinden bei der Identitätsfeststellung und der Bussenerhebung im kantonalen Polizeigesetz verankert wird. Umso erstaunlicher ist dann aber die Antwort des Gemeinderates zur Unterthematik der City Card. Wenn die Gemeinden wirklich zuständig sind für die Identitätsfeststellung, sollte das auch für die City Card reichen. Und um die Identitätsfeststellung geht es dabei auch, es geht nicht um Strafe oder ausländerrechtliche Vorfälle oder eine Ausweisung aus der Schweiz. Es geht darum, dass, wenn die Identität der Person auf Berner Boden festgestellt werden soll, diese das Recht haben soll, dafür die City Card vorzulegen. That's it. Und wenn der Gemeinderat nicht einmal zusichern kann, dass das möglich ist, obwohl man ach so viel Einfluss nehmen kann beim Kanton und beim kantonalen Polizeigesetz, dann frage ich mich schon ein bisschen, was dieser Einfluss denn genau alles bringen soll. All diese Probleme, diese Auseinandersetzungen und das auf die Knie Fallen vor dem Kanton, damit

dieser knapp im Rahmen eines Fliegenfützchens städtische Anliegen in der Thematik Polizei berücksichtigt – all diese Dinge wären vorbei, wenn der Gemeinderat endlich den Mut aufbringen würde, ein konkretes Konzept auf die Beine zu stellen, versuchen würde, den Kanton davon zu überzeugen, dass die Kompetenz an die Stadt Bern zurück übertragen wird und sich nicht länger hinter dem "Schnäppchen-Polizei-dafür-haben-wir-keine-Kontrolle-darüber- Vertrag verstecken würde.

Präsidentin: Merci Mahir. Gibt es zu diesem Traktandum noch Fraktionsvoten? Gibt es zu diesem Traktandum Einzelvoten? Wird der Gemeinderat etwas sagen? Ist es ein ganz Kurzes? Also, dann machen wir das noch.

Reto Nause, Direktor SUE: Die Einheitspolizei ist im kantonalen Polizeigesetz geregelt. Das ist einfach ein Fakt, den hat die kantonbernische Bevölkerung angenommen und dann müsst ihr im Grossen Rat das Polizeigesetz ändern gehen. Vorher ist gesagt worden für 31'000'000 Franken bekommen wir das, was wir von der Stadtpolizei früher an Leistungen bekommen haben, pauschal. 6'000'000 günstiger als zu Zeiten der Stadtpolizei. Also wenn ihr jetzt eine Stadtpolizei wieder macht, habt ihr gerade einmal 6'000'000 Franken in den Ofen geworfen. Und dann vielleicht noch: Und alle Leistungen sind in dem genialen Ressourcenvertrag abgegolten. Es ist wirklich ein genialer Vertrag. Ich kann euch einfach sagen, auch solche Leistungen wie zum Beispiel ein European Song Contest (ESC) sind abgegolten und kosten die Stadt Bern für die Sicherheit unter dem Strich nichts. Und ihr wisst, dass die Sicherheitskosten für den ESC allein 27'000'000 betragen. Hätten wir eine Stadtpolizei, dann würden von diesen 27'000'000 sehr wahrscheinlich mindestens 15'000'000 an der Stadt hängenbleiben.

Präsidentin: Danke, Reto. Wir machen gerade noch die Abstimmung, um dieses Traktandum zu beenden. Wir stimmen zuerst über die Erheblicherklärung des Postulats ab.

Abstimmung Nr. 010

2022.SR.000172	
Annahme	
Ja	41
Nein	21
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr hab das Postulat erheblich erklärt und wir stimmen noch ab über den Prüfungsbericht.

Abstimmung Nr. 011

2022.SR.000172: Prüfungsbericht	
Ablehnung	
Ja	26
Nein	32
Enthalten	3

Präsidentin: Ihr habt den Prüfungsbericht abgelehnt. Wir haben jetzt ein bisschen überzogen. Ich habe mir das erlaubt, nachdem wir wirklich viel zu spät angefangen haben heute. Aber in Zukunft werden wir alle wieder pünktlicher sein. Ich bin nach der

Pause nicht mehr da. Ich wünsche viel Vergnügen mit dem ersten Vizepräsidenten Tom Berger.

Schluss der Sitzung: 19.04 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

03.09.2024

X 

Signiert von: VALENTINA ACHERMANN

für das Protokoll

04.09.2024

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER
Redaktion: Marianne Hartmann

Anwesenheit in der Sitzung von 20.35 bis 22.30 Uhr

Stadtrat anwesend

Tom Berger, 1. Vizepräsident

Yasmin Amana Abdullahi	Bernadette Häfliger	Niklaus Mürner
Janina Aeberhard	Bernhard Hess	Dominic Nellen
Timur Akçasayar	Thomas Hofstetter	Barbara Nyffeler
Lena Allenspach	Matthias Humbel	Cemal Özçelik
Ruth Altmann	Seraphine Iseli	Mehmet Özdemir
Emanuel Amrein	Ueli Jaisli	Florence Pärli Schmid
Ursina Anderegg	Bettina Jans-Troxler	Halua Pinto de Magalhães
Mirjam Arn	Anna Jegher	Simone Richner
Oliver Berger	Raffael Joggi	Mirjam Roder
Lea Bill	Nora Joos	Michael Ruefer
Laura Binz	Barbara Keller	Mahir Sancar
Gabriela Blatter	Ingrid Kissling-Näf	Judith Schenk
David Böhner	Nora Krummen	Nicole Silvestri
Michael Burkard	Anna Leissing	Chandru Somasundaram
Francesca Chukwunyere	Christoph Leuppi	Ursula Stöckli
Alexander Feuz	Corina Liebi	Irina Straubhaar
Jelena Filipovic	Maurice Lindgren	Bettina Stüssi
Sofia Fisch	Simone Machado	Johannes Wartenweiler
Katharina Gallizzi	Denise Mäder	Lukas Wegmüller
Lionel Gaudy	Esther Meier	Béatrice Wertli
Franziska Geiser	Matteo Micieli	Janosch Weyermann
Thomas Glauser	Szabolcs Mihályi	Paula Zysset
Lukas Gutzwiller	Tanja Miljanovic	

Stadtrat entschuldigt

Valentina Achermann	Nik Eugster	Daniel Michel
Debora Alder-Gasser	Muriel Graf	Claudio Righetti
Natalie Bertsch	Fuat Köçer	Sarah Rubin
Sibyl Eigenmann	Salome Mathys	

Gemeinderat

Alec von Graffenried PRD	Michael Aebersold FPI	Marieke Kruit TVS
Reto Nause SUE	Franziska Teuscher BSS	

Stadtkanzlei

Claudia Mannhart, Stadtschreiberin
Nora Lischetti, Vizestadtschreiberin

Ratssekretariat

Nadja Bischoff, Leiterin Ratssekretariat
Mago Flück, Ratsweibel
Franck Brönnimann, Stv. Ratsweibel
Cornelia Stücker, Sekretariat

2022.SR.000231

19 Interpellation Fraktion GB/JA! (Jelena Filipovic, GB / Lea Bill, GB / Mahir Sancar, JA! / Anna Jegher, JA!): Wie kommt es zur willkürlichen Bewilligungspraxis der Berner Orts- und Gewerbepolizei?

1. Vizepräsident: Geschätzte Anwesende, ich begrüsse euch zur dritten Sitzung des heutigen Sitzungstages. Bitte nehmt Platz und fahrt die Gespräche etwas herunter. Wir sind bei Traktandum 19. Es ist eine Interpellation der Fraktion GB/JA!. Ich weiss von den Einreichenden, dass sie gerne diskutieren möchten. Wir stimmen also zuerst darüber ab, ob ihr diese Diskussion gewähren möchtet oder nicht.

Abstimmung Nr. 015

2022.SR.000231: Diskussion

1/3 Quorum erreicht

Ja	32
Nein	8
Enthalten	0

1. Vizepräsident: Die notwendige 1/3-Mehrheit ist gewährt, das heisst, die Diskussion ist gewährt. Ich gebe den Einreichenden das Wort. Für die Einreichenden hat das Wort Nora Joos.

Anna Jegher (JA!) für die Einreichenden: Im Dezember 2022 hat der Klimastreik als Reaktion auf die Bundesratsersatzwahlen 2 Spontankundgebungen durchführen wollen. Bei beiden Kundgebungen wurde ihnen von der Stadt aber mitgeteilt, dass die Voraussetzungen für eine Spontankundgebung nicht erfüllt seien. Die Umstände und die Art der Bewilligungen oder von mir aus auch die Einschätzungspraxis von Seiten Polizei, Inspektionen und Amtsbehörden hat zu viel Verwirrung und Unverständnis und deshalb schlussendlich auch zu dieser Interpellation geführt. Nach dem Lesen der Antwort auf die Interpellation bleibt das Unverständnis auf unserer Seite nach wie vor gross. Ich gebe gerne zu, dass wir vielleicht nicht ganz klar und auch nicht ganz richtig zwischen einer sogenannten ordentlichen Kundgebung und eine spontane Kundgebung unterschieden haben. Sorry an dieser Stelle für das. Aber ob jetzt eine Einschätzung oder eine Bewilligung vorliegt, ist zwar auf einer gewissen formellen Ebene sicher wichtig, in der Praxis, hat aber die Rückmeldung, dass die Kriterien für eine Spontankundgebung nicht erfüllt sind, für die Demo-Organisierenden mehr oder weniger die gleiche Auswirkung wie ein abgelehntes Gesuch für eine Kundgebung. Und darum geht es schlussendlich.

Grundsätzlich kritisieren wir als GB/JA!-Fraktion, dass der Umgang mit Demo-Anfragen und jetzt auch die vorliegende Antwort hauptsächlich eine Paragraphenreiterei ist. Wenn man bedenkt, dass es hier um die Ausübung von Grundrechten geht, ist das ein relativ bedenklicher Umgang, der überhaupt nicht darauf ausgelegt ist, dass Antragstellende auch wirklich verstehen, wieso ihr Gesuch genau abgelehnt worden ist. Wenn der Gemeinderat schreibt, dass es sich nicht um ein unvorhergesehenes Ereignis handeln könne, wenn man schon einen Tag vor dem Ereignis eine Meldung für eine Spontankundgebung einreicht, ist das – Sorry – einfach nur schwierig getan. Was genau hat es dem Polizeiinspektorat geholfen, wenn die Organisator*innen halt bis nach der Wahl gewartet hätten? Sie hätten weniger Zeit und mehr Stress gehabt. Das ist doch eine

absurde Logik. Politische Dynamiken verlaufen nicht nach einem fixen Regelbuch, und das muss auch in der Einschätzung von Kundgebungen berücksichtigt werden. Dass man überhaupt für alles, was man in dieser Stadt machen will, wo irgendjemand nur ein bisschen stören kann, eine Bewilligung oder eine Meldung braucht, ist schon eine eher fragwürdige Praxis, weil das einfach jedes Mal eine Hürde mehr aufbaut und ein paar Menschen mehr davon ausgeschlossen werden, am gesellschaftlichen und politischen Leben in Bern Teil zu haben. Die vorliegende Antwort zeigt, dass ganz genau das anscheinend auch das Ziel ist. Es geht nicht um eine vermeintliche Sicherheit der Bevölkerung, sondern offenbar darum, den Zugang zur Ausübung von politischen Rechten für die Bevölkerung so schwierig und kompliziert wie möglich zu machen. Das ist ganz klar nicht im Sinne des Kundgebungsreglements, wie es der Stadtrat verabschiedet hat und auch nicht im Sinne einer Demokratie. Wir sind sehr unzufrieden mit der Antwort.

1. Vizepräsident: Danke vielmals. Das Votum ist natürlich von Anna Jegher gewesen. Sorry für den falschen Namen vorhin. Ich stelle fest, dass ihr nicht zufrieden seid mit der Antwort. Gibt es Fraktionsvoten zu diesem Traktandum, dann könnt ihr euch jetzt anmelden. Ich erteile das Wort Alex Feuz, er war als Erster und ich habe ihn weggedrückt, sorry.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Es ist absolut kein Problem wegen dem Wegdrücken. Ich habe nur ganz wenige Bemerkungen. Wir können mit der Antwort des Gemeinderates leben. Ich möchte einfach daran erinnern, dass als die Massnahmengegner gegen Corona demonstrieren wollten, ihr alle für das hart durchgreifen wart. Ich kann mich noch besinnen, dass ich Leute auf dem Helvetiaplatz gesehen habe, die eingekesselt gewesen sind, die haben sicher keine Gesichtsmasken gehabt. Da ist man unerbittlich hart gewesen. Alle von euch hier drin habt es gut gefunden. Jetzt, wo man das Recht bei euch durchsetzt, seid ihr dagegen. Ich bin immer der Meinung, es muss für alle das gleiche Recht gelten. Ich bin für die Rechtsgleichheit. Ich kann mit der Antwort des Gemeinderates leben.

1. Vizepräsident: Als nächster Sprecher für die Fraktion AL-PdA kommt David Böhner.

David Böhner (AL) für die Fraktion: Zuerst gerade schnell eine Antwort an Alex: Nein, wir sind nicht einverstanden gewesen mit dem harten Vorgehen gegen Leute, die gegen die Coronamassnahmen demonstrieren wollten und das haben wir auch mehrmals geäußert. Genau diese Bewilligungen für die Kundgebungen der Stadt Bern sind immer wieder ein Ärgernis für das Recht, das einem zusteht. Man muss die Behörden inständig bitten sowie alle Formulare und Angaben korrekt und pünktlich ausgefüllt haben, sonst hat man halt Pech gehabt. Die Spitzfindigkeiten in der Antwort des Gemeinderates machen deutlich, dass er nicht gewillt ist, das Recht auf freie Meinungsäußerung möglichst unbürokratisch und grosszügig zu gewährleisten. Der Stadtrat muss sich allerdings ein Stück weit auch selber an die Nase nehmen. Vor einem Jahr hätten wir die Möglichkeit gehabt, das Bürger*innenrecht auszubauen, als wir über die Motion "Meldepflicht statt die Bewilligungspflicht bei politischen Kundgebungen" abstimmen konnten. Leider wurde das damals hauchdünn abgelehnt, wegen 2 Enthaltungen aus der SP-Fraktion. In der Stadt Zürich ist es mittlerweile ein ähnliches Anliegen umgesetzt worden. In Zürich kann man einfach und unbürokratisch via Onlinetool eine kleinere Demo mit bis zu 100 Teilnehmenden anmelden. Alles, was es braucht, ist ein Name, eine Post- und eine E-Mail-Adresse sowie eine Handynummer. Die Fraktion der AL-

PdA wünscht sich nach wie vor eine ähnliche Lösung für Bern und überlegen sich deshalb, noch einmal eine entsprechende Motion einzureichen. Vielleicht kann sich die Gewerbebehörde ja schon einmal mit ihren Zürcher Kolleg*innen austauschen und schauen, ob das nicht auch eine Möglichkeit wäre für Bern.

1. Vizepräsident: Als nächstes an der Reihe ist Simone Richner für die Fraktion FDP-Jungfreisinn.

Simone Richner (FDP) für die Fraktion: Wir bedanken uns herzlich beim Gemeinderat und auch bei der Verwaltung für die umfassende und klare Beantwortung dieser Interpellation. Es ist von grosser Bedeutung, dass die Kriterien zur Bewilligung der Kundgebung transparent und nachvollziehbar angewendet werden. Die Erläuterungen des Gemeinderates bestätigen, dass die Richtlinien des Kundgebungsreglements richtig angewendet werden und dass die Unterscheidungen zwischen ordentlichen Kundgebungen und Spontankundgebungen klar definiert sind. Diese Klarheit und Präzision sind unerlässlich, um sicherzustellen, dass sowohl die Meinungs- und Versammlungsfreiheit, also die öffentliche Ordnung und Sicherheit gewährleistet werden kann. Und da kann man einfach nicht von "Bitti Bätti" reden. Und wenn man jetzt hier noch einmal eine Motion einreichen will, dann ist es einfach gerade ein kleines "Zwängelä". Das ist im Gegenteil, eine Rücksichtnahme auf das Leben miteinander. Wir begrüssen zudem, dass die Bewertung eines Ereignisses als unvorhergesehenes eingestuft werden kann, und eine sorgfältige Einzelfallprüfung erfordert. Diese Praxis ermöglicht es flexibel und schnell auf tatsächliche spontane Ereignisse zu reagieren, während gleichzeitig die notwendige Planungssicherheit für grössere geplante Kundgebung gegeben ist. Wir schätzen den Einsatz des Gemeinderates und des Polizeiinspektorats, dass sie die komplexen Fragen so gut beantwortet und so zur Transparenz und zum Verständnis des Reglements beigetragen haben. Danke vielmals.

1. Vizepräsident: Vielen Dank. Für die Fraktion SP-JUSO, Bernadette Häfliger.

Bernadette Häfliger (SP) für die Fraktion: Ja, das "wie" fragt sich auch die SP-JUSO. Wie kommt der Berner Gemeinderat dazu, eine harmlose Demo von maximal 10 Personen auf dem Bundesplatz zu verbieten. "Wie", wenn man sich in Erinnerung ruft, dass die Bundesverfassung die Kundgebungs- und Versammlungsfreiheit als Grundrechte ausdrücklich schützt. "Wie", auch wenn man sich in Erinnerung ruft, was das städtische Kundgebungsreglement zum Thema Demos auf dem Bundesplatz geregelt hat. Gemäss dem Artikel 6, Absatz 1 des Kundgebungsreglements, das seit dem 1. Juli 2022 gilt, sind die Demonstrationen unabhängig von ihrer Grösse auf dem Bundesplatz auch während der Session des eidgenössischen Parlamentes zulässig, solange sie den Parlamentsbetrieb nicht stören. Man muss hier dem Gemeinderat Nause zugestehen, dass er das Recht des eidgenössischen Parlamentes im Moment durchaus verteidigt. Das Erfordernis ist bei einer Kleinstdemo unabhängig davon, ob sie spontan ist oder nicht, ohne Weiteres erfüllt. 10 Leute können in der Regel einen ordentlichen Parlamentsbetrieb nicht stören. Selbst unter dem alten Regime wäre eine solche Demo zulässig gewesen, weil schon damals Kleinstkundgebungen von 15 Personen für bewilligungswürdig erachtet worden sind.

Aus welchen Gründen auch immer ist die Orts- und Gewerbebehörde zum Schluss gekommen, dass die Klimaaktivist*innen den Ausgang der Bundesratswahlen 48 Stunden vorher schon gekannt haben. Ich bin davon überzeugt, dass die 10 Aktivist*innen, die sich am 5. Dezember bei der Gewerbebehörde der Stadt Bern gemeldet haben, nicht

demonstriert hätten, wäre Gerhard Andrey am 7. Dezember 2022 in den Bundesrat gewählt worden. Allerdings wäre auch im Fall, dass die Klimaaktivist*innen den Ausgang der Bundesratswahlen, wie auch immer, schon am 5. Dezember gekannt hätten, die sehr kleine Kundgebung, auch als ordentliche Demonstration trotzdem zu bewilligen gewesen. Auch wenn das Gesuch für eine ordentliche Bewilligung eventuell ein bisschen zu spät eingereicht worden wäre, weil es absolut keine Hinweise dafür gegeben hat, dass ein Grüppchen von 10 jungen Aktivist*innen, ich habe es schon erwähnt, den Parlamentsbetrieb vom Bundesplatz her nachhaltig hätten stören können. Die diesbezügliche Antwort des Gemeinderates habe ich unter dem Stichwort "überspitzten Formalismus" kategorisiert, was in diesem Fall wiederum auf ein eher rechtswidriges Vorgehen der Orts- und Gewerbebehörde schliessen lässt. Man ist aufgrund der Antwort des Gemeinderates im ersten Moment geneigt, das Ganze als Provinzposse abzutun, aber dabei geht es um ein paar grundsätzliche Fragen unseres Rechtsstaats.

Das Bundesgericht hält Spontandemos für den Kern der Versammlungs- und Kundgebungsfreiheit, die sich ohne schwerwiegende Gründe nicht beschränken lässt. Offensichtlich scheint der aktuelle Gemeinderat grundsätzlich ein bisschen ein Problem mit der Umsetzung von Parlamentsbeschlüssen zu haben, wenn sie ihm nicht passen. Als drittes scheint es mir, dass die städtische Verwaltung ihre Aufgabe darin sieht, rechtsunkundige Bürger*innen mit Formalismen zu gängeln und es scheint, dass der Gemeinderat absolut kein Problem damit hat, den Kern der Meinungsäusserungs-, Kundgebungs- und die Versammlungsfreiheit aktiv zu torpedieren. Das finden wir, als SP-JUSO, eine bedenkliche Entwicklung, die es unbedingt zu korrigieren gilt. Der Sicherheitsdirektor Reto Nause hat anlässlich der Diskussion um die bereits erwähnte Abschaffung der Bewilligungspflicht am 30. März 2023 in diesem Parlament wortreich erklärt, dass die Stadt Bern in den letzten 15 Jahren eine äusserst grosszügige Bewilligungspraxis gekannt hat. Wie, bitte schön, lässt sich der Entscheid vom 5. Dezember als grosszügig bezeichnen.

1. Vizepräsident: Gibt es noch weitere Fraktionsvoten? Gibt es Einzelvoten? Der Gemeinderat Reto Nause verzichtet auf sein Votum. Ich halte noch einmal fest zuhanden des Protokolls, der Zufriedenheitsgrad ist "nicht zufrieden." Danke.

2023.SR.000028

20 Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GB/JA! (Sofia Fisch, JUSO/Lea Bill, GB): Bekämpfung von Diskriminierung und Verdrängung von Bettler*innen

1. Vizepräsident: Wir sind somit bei Traktandum 20. Es ist eine interfraktionelle Motion, die vom Gemeinderat bestritten ist. Entsprechend gebe ich das Wort direkt den Einreichenden. Für die Einreichenden, Lea Bill.

Lea Bill (GB) für die Einreichenden: Sofia Fisch und ich haben im Januar 2023 die vorliegende Motion eingereicht. Wir haben die eingereicht, weil wir erschrocken sind über den Aufruf des Gemeinderates im Dezember 2022 Bettelnden kein Geld mehr zu geben. Und wir haben die eingereicht, weil wir von Fachpersonen und auch aus Recherchen wissen, dass es falsch und stigmatisierend ist bettelnde Menschen, die osteuropäische Herkunft haben, prinzipiell zu Verdächtigen einer kriminellen Organisation anzugehören. Wir haben sie auch eingereicht, weil wir von Fachpersonen wissen, dass sich dieser Aufruf negativ ausgewirkt hat auf die Bettelnden der Stadt Bern, und zwar

auf alle. Denn die Berner Bevölkerung wurde durch den Aufruf verunsichert und sie haben lieber einfach grundsätzlich gar niemanden mehr irgendwie Geld gegeben. Wir haben diesen Vorstoss auch eingereicht, weil der Aufruf einmal mehr gezeigt hat, dass es dringend notwendig wäre, fundierte Analysen zu haben, die auch gerade auf die Stadt Bern zugeschnitten wären, damit man nicht immer Schlüsse von irgendwo herzieht. Zum Schluss haben wir den Vorstoss auch eingereicht, denn für uns ist es grundsätzlich zentral, das Betteln als Menschenrecht zu verteidigen. Man darf das hier einfach auch nicht vergessen. Die Stadt Bern hat eine Leitplanke. Die Antwort des Gemeinderates ist sehr ausführlich, geht aber nicht wirklich auf unsere vor unsere Forderungen ein beziehungsweise auch nicht auf den Vorwurf, den wir in der Motion haben, nämlich dass der Aufruf im Dezember 2022 problematisch gewesen ist. Ich möchte das hier gerne klarstellen, obwohl wir eigentlich davon ausgehen, dass das klar sein sollte. Diese Motion haben wir nicht eingereicht, weil wir das internationale, nationale, städtische Bestreben, dass man Menschenhandel und Zwangsbettelei verfolgt, sinnlos finden, das unterstützen wir durchaus. Uns ist auch klar, dass es Zwangsstrukturen gibt und dass die vor dem Betteln nicht haltmachen. Problematisch ist aber, dass die Stadt Bern sich einzig und allein auf die Organisationsstrukturen konzentriert und auch ihr Handeln darauf ausrichtet. Die Ausführungen des Gemeinderates sind dementsprechend auch in grossen Zügen durch internationale Studien geprägt und nicht passend zum im Vorstoss behandelten Vorfall. Es hat zum Beispiel, gemäss unserem Wissen, weder Kinder noch Menschen mit Behinderungen gegeben, die im Dezember 2022 gebettelt haben. Die Ausführungen des Gemeinderates, die sehr ausführlich sind, sind dementsprechend interessant, aber sie dienen nicht als Argumentation, um unseren Vorstoss abzulehnen.

Zudem finden wir es sehr problematisch, dass in Punkto Armutsbekämpfung eigentlich nachher fertig ist mit international, nachdem ganz viel Internationales herbeigezogen wurde, denn die Herkunftsländer dieser Leute sollen gefälligsten selber zu ihren Leuten schauen. Aus unserer Sicht drängt sich ein wenig das Bild auf, dass sich die Stadt Bern zwar gerne als Retterin gegen Menschenhandel präsentiert, aber ihren Teil für globale Ungleichheiten zu übernehmen, das wäre zu viel verlangt. Das ist aus unserer Sicht ganz klar an der Realität vorbei und hilft dementsprechend den Leuten, die Betteln nicht, denn es ist einfach so, dass Menschen in den Herkunftsländern sehr oft keine Perspektive haben und dementsprechend halt auch in die reiche Schweiz kommen. Das Ganze erklärt einzig und allein, vor allem auch der kümmerliche und kurze Abschnitt zu den bereits vorhandenen Strukturen für Obdachlose. Auch hier ist es uns eigentlich nicht einfach um eine Aufzählung gegangen, sondern um die Frage der Zugänglichkeit. Und wir wissen auch aus allen Diskussionen hier in diesem Stadtrat, dass die Angebote in diesem Bereich oft zu wenig sind und überfüllt und darum haben wir wissen wollen, wie die Zugänglichkeit ist. Da haben wir keine Antworten bekommen. Dementsprechend werden wir an der Motion festhalten. Es ist ganz klar so, dass wir keine Prüfung wollten, sondern die Durchführung einer Studie, damit man mehr Grundlagenmaterial hat, damit man eben wirklich auch auf der Basis von Fakten reden kann. Zudem lässt auch der Prüfungsbericht vermuten, dass es auch nicht mehr kommen würde, wenn wir den Prüfungsbericht ablehnen. Und weil wir das Stimmverhalten der SP bereits kennen, verstehen wir ehrlich gesagt ihre Haltung nicht, dass sie jetzt einfach dem Gemeinderat folgen. Das läuft so ein bisschen unter dem Motto: "Ihr reicht eine Motion mit ein und nachher wird sie nicht erfüllt und dann lasst ihr es einfach sein. Das verstehen wir ehrlich gesagt nicht. Wir bitten euch deshalb, die Motion doch zu unterstützen."

1. Vizepräsident: Danke, Lea. Dann können sich jetzt die Fraktionssprecher*innen anmelden. Dann gebe ich als erstes das Wort für die Fraktion GFL, Francesca Chukwunoyere.

Francesca Chukwunoyere (GFL) für die Fraktion: Besten Dank an die Verfasser für die umfassende und detaillierte Herangehensweise an die vorliegende Motion, die in sich bereits mindestens einer Studie gleichkommt. Sie zeugt davon, dass sich da jemand bereits seit Jahren mit dem Phänomen der organisierten Bettelerei auseinandergesetzt hat und dass hier probiert wird, diesem Phänomen in multi-disziplinärer Art und Weise und unter Respektierung sowohl der Menschenrechte sowie des internationalen Rechts wie dem schweizerischen Migrations- und Verfassungsrecht beizukommen. Das, immer mit dem Fokus auf die Hintermänner und -frauen von kriminellen Machenschaften und im Versuch vulnerable Menschen zu schützen. Der öffentliche Aufruf, Bettler kein Geld zu geben, ist vor diesem Hintergrund nachvollziehbar. Zumal es jedem Menschen freigestellt bleibt, dem nicht zu folgen. Hätte mensch den Ruf differenzierter formuliert, etwa einen Unterschied zwischen einheimischen und fremden Bettlern gemacht oder gar einen ethnischen Hintergrund genannt, so hätte sich mensch im für solche Belangen sensibilisierten städtischen Umfeld sofort der rassistischen Diskriminierung schuldig gemacht. Liebe Unterzeichnende dieser Motion ihr dürft gerne weiterhin bettelnde Menschen unterstützen und ihnen Geld geben und es ist euch überlassen, ob ihr dabei einen Unterschied zwischen Bettlern und Bettlerinnen macht. Spätestens wenn ihr die sehr differenzierte Antwort gelesen habt, müsste euch klar sein, dass betteln eben nicht gleich betteln ist, und dass es gerade zum Schutz und Respekt der bettelnden Personen wichtig ist, zu differenzieren. Eine weitere Studie dazu scheint mir unnötig und Geldverschwendung. Man würde besser in konkreten Massnahmen investieren, etwa den Ausbau von Notunterkünften, weil die städtischen, im Bericht genannten, Sleeper, PINTO und Passantenheim ständig ausgebucht und überfüllt sind. Dafür braucht es auch keine Studie. Dass die Auslastung auch deshalb so hoch ist, weil das gesamte Umland der Stadt ihre Obdachlosen hierherschickt und Asylunterkünfte in Ermangelung von anderen Sanktionsmöglichkeiten temporär Ausgeschlossene dort unterbringt, ist ein anderes Problem, das meines Erachtens adressiert werden müsste. Leider liegt eine Gesamtsicht dieser Problematik nicht im Handlungsspielraum der Stadt alleine, sondern dafür müsste mit dem Kanton zusammen eine Strategie und Vorgehensweise entwickelt werden. Kurzum, die Fraktion GFL wird die Motion ablehnen. Falls sie in ein Postulat umgewandelt wird, wird sie den vorliegenden Vortrag als Prüfungsbericht annehmen. Merci.

1. Vizepräsident: Merci, Francesca. Als nächste für die Fraktion SP-JUSO, Lena Allenspach.

Lena Allenspach (SP) für die Fraktion: Es ist schon gesagt worden, die vorliegende Motion ist nach einer Medienmitteilung der Stadt Bern entstanden, in der die Bevölkerung aufgerufen worden ist, bettelnden Personen in Bern kein Geld zu geben. Es mag sein, dass die Medienmitteilung auf einem Fall beruht, wo es sich um organisierten Menschenhandel gehandelt hat. Trotzdem führt ein Aufruf in dieser Form, das wurde auch schon gesagt, an die breite Bevölkerung zur Stigmatisierung von bettelnden Menschen. Und genau deshalb ist es auch wichtig, dass man darauf aufmerksam gemacht hat und dieser Fehler nicht noch einmal gemacht wird. Für die SP-JUSO-Fraktion ist es deshalb auch klar und wichtig, dass es im Kanton Bern kein Bettelverbot gibt und wir sind froh, dass es die Stadt genauso sieht. Vielmehr muss man weiterhin darauf setzen,

dass allen Menschen Perspektiven und die nötige Hilfestellung geboten wird und bei der Kommunikation darauf achten, dass diese Menschen nicht kollektiv stigmatisiert werden. In Bezug auf die wichtige Arbeit gegen Menschenhandel und Zwangsarbeit ist die Arbeit der Stadt Bern in der Schweiz vorbildlich. So arbeitet die Stadt Bern eng mit der Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration (FIZ) zusammen, wenn es darum geht, Frauen den nötigen Schutz zu bieten, die sich aus einem patriarchalen System, das sie in die Zwangsarbeit treibt, zu befreien. Die Stadt Bern verfolgt einen Ansatz, bei dem es nicht darum geht, einfach soziale Probleme aus den Augen zu verlieren, sondern sich auch mit den Umständen der betroffenen Menschen auseinandersetzt und ihnen eine Perspektive versucht zu bieten. Wir haben die Antwort mit Interesse gelesen, haben aber gleichzeitig in der Fraktion auch diskutiert, ob es nicht trotzdem eine Studie bräuchte, um eben die Umstände der Menschen, die nicht Opfer von Menschenhandel sind, genauer zu kennen. Gleichzeitig müssen wir sehen, dass Armut, Perspektivlosigkeit, weniger Chancen in der Bildung, das ist für viele Menschen der Alltag, und zwar nicht nur in anderen Ländern, sondern auch in der reichen Schweiz. Und wir wissen das und wir setzen uns als SP-JUSO konsequent für gezielte Massnahmen gegen Armut, für Bildung für alle und gegen Diskriminierungen und Stigmatisierungen ein. Die Stadt Bern soll ihre wichtige Arbeit gegen Menschenhandel, prekäre Arbeitsverhältnisse und Zwangsarbeit weiterführen und sich gleichzeitig dafür einsetzen, dass Bern ein Ort ist, der allen Menschen ein menschenwürdiges Leben in dieser Stadt ermöglicht und immer weiter verbessert. Die SP-JUSO-Fraktion wird deshalb den Vorstoss als Postulat und die Antwort als Prüfbericht annehmen und den Vorstoss als Motion ablehnen.

1. Vizepräsident: Merci, Lena. Dann gebe ich als nächstes das Wort für die Mitte-Fraktion an Béatrice Wertli.

Béatrice Wertli (Mitte) für die Fraktion: Worum geht es und um was geht es nicht? Es geht darum, kriminelle Machenschaften und Mechanismen dieser kriminellen Machenschaften zu stören. Worum geht es nicht? Es geht nicht um die Diskriminierung einzelner Personen oder um Stigmatisierung. Es ist tatsächlich erwiesen, dass es kriminelle Machenschaften sind, und dass es sich um Bettelbanden handelt. Der Aufruf, das zu stören, ist nicht von ungefähr gekommen, sondern stützt sich eben auf jahrelange Erfahrung und Berichte sowohl von NGO's wie auch von Sicherheitsorganisationen. Die Stadt hat also einen Aufruf gemacht, um einerseits zu sensibilisieren und andererseits auch agieren zu können. Es ist kein Zwang. Es ist weiterhin allen frei gestellt Bettelnden, egal wie sie daherkommen, Geld zu geben. Aber es wäre falsch, dass man aufgrund dieses Aufrufs, den die Stadt macht, grundsätzlich auf das Verhalten schliessen will, das es eben Stigmatisierung sein soll oder Diskriminierung. Das ist es ganz sicher nicht. Für die Mitte-Fraktion ist klar, dass wir die Motion ablehnen, ebenso ein Postulat und den Prüfungsbericht nehmen wir an.

1. Vizepräsident: Vielen Dank. Dann gebe ich als nächstes das Wort an Thomas Glauser für die Fraktion SVP.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion: Schlussendlich, wie es schon erwähnt worden ist von meinen Vorrednern, ist es jedem freigestellt, ob er einem Bettler etwas gibt oder nicht gibt. Es ist aber so, dass es in Europa kriminell organisierte Bettlerbanden gibt. Vor allem in den Grenzregionen ist es mehr spürbar als in der Stadt Bern. Basel hat ein

massives Problem mit kriminell organisierten Bettlerorganisationen vor allem aus Osteuropa. Und der Medienaufruf, der hier vom Gemeinderat gekommen ist, wie es bereits erwähnt wurde, ist nicht einfach so aus der Luft gezaubert worden. Man hat natürlich die Bettler auch kontrolliert und man hat natürlich auch herausgefunden, dass sie hauptsächlich aus organisierten, kriminalisierten Gruppen stammten. Vor allem gehen die Leute dort so weit, dass sie Kinder zum Betteln schicken, oder dass sie aber auch den Kindern vielleicht sogar eine Hand abhacken, damit sie nachher dort am Boden sitzen und man Mitleid hat. Es werden sehr viele Sachen betrieben, die man sich hier gar nicht so recht vorstellen kann. Und wenn man nachher die bettelnde Person in einer Ecke wie ein Häufchen Elend sitzen sieht, muss man sagen, ist das noch nachvollziehbar, dass man Bedauern hat. Aber dass am Abend abgerechnet wird von diesen kriminellen Organisationen, wie viel das erbettelt wurde und dass sie unter Zwang gesteckt werden und das sind zum Teil nachher auch wieder Geschwister oder anderen Nachzug kommen lassen, an das denkt niemand. Es ist ganz klar, dass wenn man denen 1 Franken gibt, dass man eigentlich die kriminalisierte Bettlerwirtschaftsorganisation fördert. Und darum verstehe ich, dass der Aufruf gekommen ist und das ist gut gemeint gewesen und ging nicht irgendwie gegen die Armut, sondern dass man dort eine kriminelle Kette ein bisschen vorbeugen kann. Wir werden die beiden Geschäfte zusammen ablehnen. Besten Dank.

1. Vizepräsident: Und dann noch für die Fraktion FDP-Jungfreisinn, Simone Richner.

Simone Richner (FDP) für die Fraktion: Die vorliegende Motion fordert eine Studie zur Lebenssituation von bettelnden Personen in Bern, um Diskriminierungen und Verdrängungen zu bekämpfen. Gerade am Dienstag konnten wir in einem Artikel lesen, dass Bettlergruppierungen sehr wohl organisiert sind, auch wenn das bestritten wurde und auch, dass die Menschen alles andere als freiwillig da sind. Aber wir haben ja hier offenbar wieder mehr Fachleute im Rat als in unserer Verwaltung, die tagtäglich auf dieser Thematik arbeitet und im Austausch mit den Betroffenen steht. Wie Lena Allenspach ausgeführt hat in der Stadt Bern in einer absoluten Vorreiterrolle auf dieser Thematik und dafür sind wir auch dankbar. Merci vielmals, auch in Richtung des Polizeinspektorats hierfür und für das grosse Engagement. Auch hier ist es wieder einmal ein miteinander leben und gerade für unsere Gewerbler in der Innenstadt sind die organisierten Gruppierungen einfach eine sehr schwierige Ausgangslage und leiden darunter. Und das gibt es einfach auch zu Bedenken in dieser ganzen Diskussion. Wir lehnen darum die Motion ab und möchten unsere Haltung aber auch insbesondere im Hinblick auf den geforderten Bericht wie folgt darlegen. Erstens bestehende Datengrundlage: Es gibt bereits umfangreiche Studien und Berichte zu dieser Problematik der Bettelei. Eine weitere Studie wäre kostenintensiv und würde voraussichtlich keinen zusätzlichen Erkenntnisgewinn bringen. Zweitens, die Effektivität der Massnahmen: Die Stadt Bern verfügt über bewährte Programme und Hilfsangebote, die weiter gestärkt und optimiert werden sollen, anstatt neue Studien zu finanzieren. Drittens, Kooperation mit Herkunftsländern: Viele bettelnde Personen stammen aus dem osteuropäischen Gebiet. Eine engere Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern ist notwendig, um nachhaltige Lösungen zu finden. Viertens, Prävention und Integration: Langfristige Massnahmen wie berufliche Qualifizierungen und soziale Eingliederungen sind effektiver als kurzfristige Hilfen. Und Fünftens, effiziente Ressourcennutzungen: Die finanziellen Mittel sollen direkt in die bestehenden Hilfsangebote fliessen, um maximale Wirkung erzielen zu können. Ich danke für die Aufmerksamkeit. Wir lehnen diese Motion logischerweise ab.

Auch das Postulat werden wir ablehnen und den Prüfungsbericht annehmen. Danke vielmals.

1. Vizepräsident: Gibt es Einzelvoten zu diesem Geschäft? Das habe ich eben fast vermutet, dann hat Sofia Fisch das Wort.

Sofia Fisch (JUSO), Einzelvotum: Lea hat es eigentlich schon gut ausgeführt, und ich mache es kurz. Der Prüfungsbericht geht nicht auf die Fragestellung der Motion ein. Der Prüfungsbericht ist zwar sehr ausführlich und reich an Studien, aber auch reich an kontextlosen Online-Beiträgen. Er zitiert aber vor allem Studien zu Menschenhandel. Bei diesen zitierten Studien wird die Bettelei als Teil des Menschenhandels oft nur marginal angeschnitten. Schliesslich geht dieser Bericht nicht spezifisch auf die Situation in der Stadt Bern ein. Einzig in einer Studie, nämlich der Studie des Schweizerischen Kompetenzzentrum für Menschenrechte (SKMR) zur Ausbeutung von Minderjährigen in der Schweiz im Kontext von Menschenhandel, wird das Betteln auch relativ am Rande, aber ein bisschen umfassender aufgegriffen. Und dort steht: "Grundsätzlich geht aus den Befragungen dieser Studie hervor, dass derzeit zu wenig sozial-wissenschaftliches Wissen über die Herkunft, die Biografie, über die Lebens- und Arbeitsbedingungen von bettelnden Menschen vorhanden ist, um gültige Aussagen über die Strukturen und Funktionsweisen der Bettelei in der Schweiz machen zu können." Und wie wir das auch schon gesagt haben, soll das nicht heissen, dass es keinen Menschenhandel in diesem Bereich gibt. Es heisst aber, dass man in der Schweiz und damit auch in der Stadt Bern keine genügende Datengrundlage hat, um Aussagen machen zu können über die Bettelei. Mit diesem Vorstoss könnten wir eine sozial-wissenschaftliche Studie ausarbeiten lassen und genau das Wissen generieren, das es heute eben gerade nicht gibt. Deshalb wird die JUSO diesen Vorstoss annehmen.

1. Vizepräsident: Merci vielmals. Jetzt gibt es noch weitere Einzelvoten? Sorry, Reto, du musst noch etwas warten. Dann gebe ich als nächstes das Wort Bernadette Häfliger.

Bernadette Häfliger (SP), Einzelvotum: Die Motion verlangt eine Studie und die Antwort des Gemeinderates befasst sich mit dieser Studie. Insofern stimmt die Aussage, dass die Antwort nicht auf die Fragen eingeht, so nicht. Die Situation der bettelnden Menschen ist in der Stadt Bern nicht anders als an anderen Orten. Was anders ist, ist, dass die Stadt Bern sich sehr intensiv mit dieser Situation auseinandersetzt und sehr viel gemacht hat, um zu wissen, wieso diese Leute betteln müssen. Wir finden diese Motion aus verschiedenen Gründen problematisch. Erstens suggeriert sie, dass die Stadt Bern das Betteln nicht als Menschenrecht anerkannt. Das ist auch wieder so genannt worden. Dem ist nicht so. Die Stadt Bern hat sich immer gegen ein Bettelverbot ausgesprochen und aus der Antwort des Gemeinderates lässt sich unschwer erkennen, dass die Stadt Bern diesbezüglich ein sehr hohes Bewusstsein hat. Die Menschen müssen betteln. Die Stadt Bern hat sich auch bei der kantonalen Vorlage dafür eingesetzt, dass es kein Bettelverbot gibt. Zweitens negiert diese Motion den Umstand, dass es organisierte Bettelbanden und damit verbundenen Menschenhandel gibt. Das ist jetzt mündlich ein bisschen relativiert worden. Die klare Benennung von ausbeuterischen und menschenverachtenden Strukturen ist keine Stigmatisierung, sondern zwingend notwendig, um solche Systeme zu bekämpfen. Die Stadt Bern beziehungsweise die unter der Leitung von Alexander Ott stehende Fremdenpolizei leistet in diesem Bereich seit Jahren Pionierarbeit. Sie versucht, Menschen aus der Abhängigkeit zu führen und sie darin zu unterstützen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Diese Massnahmen

sollten also in unserer Studie evaluiert werden können. Sie werden in der Stadt Bern zum grossen Teil schon angewandt. Drittens, das Ignorieren der Fachkompetenz der Fremdenpolizei Stadt Bern im Bereich der Bekämpfung des organisierten Verbrechens und des Menschenhandels durch das Parlament zu torpedieren, wäre für mich ein total falsches Signal. Es braucht keine weiteren wissenschaftlichen und kostspielige Studien, um die Situation der Menschen in Bern verbessern zu können. Es braucht ganz konkrete Massnahmen, dafür brauchen wir auch Geld. Diese Massnahmen wären aber eigentlich bekannt. Es scheitert an den Ressourcen und es braucht auch weiterhin den Mut, Probleme beim Namen zu nennen. Ich kann mich hier Voltaire anschliessen, der sagt: "Das Bessere ist der Feind des Guten." Und unter dem würde ich die Motion abspeichern. Ich werde die Motion und auch ein allfällig gewandeltes Postulat, wobei das jetzt nicht zur Diskussion steht, ablehnen, den sehr guten Bericht jedoch annehmen.

1. Vizepräsident: Und noch ein Einzelvotum von Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Hier geht es ja wieder darum, dass man eine Studie macht. Wir haben bereits Studien in der Stadt Bern über das Thema. Hier sitzt Alexander Ott, er ist der oberste Chef der Fremden- und Gewerbepolizei. Herzlichen Dank für die geleistete Arbeit, die er hier in dieser Stadt Bern macht. Ich appelliere an diese Seite, geht mal mit Alexander Ott einen Kaffee trinken, unter 4 Augen und diskutiert mit ihm über das Thema. Es bringt nichts, dass man jetzt einfach Geld aus dem Fenster wirft. Die Probleme sind bereits aufgedeckt und da haben wir eigentlich schon gute Referenzen. Deshalb lehnen wir das ab.

1. Vizepräsident: Merci vielmals. Dann jetzt aber noch für den Gemeinderat, Reto Nause.

Reto Nause, Direktor SUE: Ich möchte diesen Fraktionssprechenden von vorhin ganz herzlich danken. Francesca und Bernadette, ich kann jede Silbe zu 1000% unterzeichnen, die ihr hier heute im Rat gesagt habt. Ich möchte mich auch ganz herzlich bei Alexander Ott bedanken. Er sitzt auf der Tribüne. Er ist schweizweit der ausgewiesene Experte, wenn es darum geht, organisierte kriminelle Bettelei zu erforschen und die Mechanismen zu erkennen. Alexander Ott und die Stadt Bern sind bestens vernetzt auch mit den Botschaften von Rumänien und von Bulgarien. Alexander Ott war gerade vor einiger Zeit wieder im Osten. Ihr habt das hoffentlich alle in der BZ nachlesen können, dort wird eingehend und eindrücklich beschrieben, was man für Strukturen vorfindet und wir reden hier nicht von einem Bettelverbot. Ein Bettelverbot lehnen wir ab in der Stadt Bern, aber wir reden davon, dass wir kriminell organisierte Bettelei bekämpfen wollen, dass wir denen Menschen, die dort Opfer von Menschenhandel werden, helfen wollen und wir reden davon, dass jeder Franken, der in den Strassen der Stadt Bern jemandem aus diesen Strukturen gegeben wird, der am Strassenrand hockt, das Phänomen und das menschliche Leid spiralenmässig weiter antreiben wird. Und wir wissen es. Sorry, wir sind seit über 10 Jahren dran, wir sind seit 15 Jahren dran und es stimmt auch nicht, dass es keine Kinder gegeben hat. Wir haben Kinder am Strassenrand festgestellt. Allerdings ist es schon eine Weile her und wir konnten auch feststellen, dass die Kinder nicht zur Mutter gehören, die am Strassenrand bettelt. Hier wurden sogar Kinder zum Zwecke der Bettelei ausgeliehen. Wir konnten vulnerable, verstümmelte Persönlichkeiten feststellen, weil man weiss, dass dort mehr Geld gegeben wird, weil sie mehr Mitleid erwecken. Wir wissen bestens Bescheid und sorry, so eine Studie

brauchen wir wirklich nicht. Wir müssen das menschliche Leid, das dahintersteht, mildern und wir müssen unserer Fremdenpolizei und unserem Polizeiinspektorat im Kampf gegen Menschenhandel den Rücken stärken. Deshalb lehnt diese Motion ab.

1. Vizepräsident: Merci vielmals, Reto Nause. Ich stelle fest, dass die Motion nicht gewandelt worden ist, das heisst wir werden jetzt abstimmen über die Erheblichkeits-erklärung als Richtlinie. Wir stimmen ab.

Abstimmung Nr. 016

2023.SR.000028: als Richtlinie

Ablehnung

Ja	18
Nein	47
Enthalten	3

1. Vizepräsident: Ihr habt diese Motion abgelehnt.

2020.SR.000179

21 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Ende Zwischennutzung Schützenmatte: Die aufgehobenen gebührenpflichtigen Parkplätze sind umgehend provisorisch wieder in Betrieb zu nehmen. Die leidende Stadtkasse ist auf diese Einnahmen von 6000'000 Franken pro Jahr dringend angewiesen!

1. Vizepräsident: Wir kommen zu den Traktanden 21 und 22, die wir gemeinsam behandeln. Das Traktandum 21 ist eine Richtlinie. Nein, Entschuldigung, es ist eine Motion, die bestritten ist. Warte schnell, Alex, bitte. Ich frage zuerst schnell die Interpellant*innen von Traktandum 22, möchten ihr zur Interpellation die Diskussion beantragen? Das ist der Fall, dann stimmen wir zuerst darüber ab, ob ihr bei Traktandum 22, die Interpellation, die Diskussion beantragt oder nicht.

Abstimmung Nr. 017

2021.SR.000144: Diskussion

1/3 Quorum ist erreicht

Ja	28
Nein	35
Enthalten	2

1. Vizepräsident: Ihr habt das notwendige Quorum von einem Drittel gewährt, das heisst auch bei dieser Interpellation wird die Diskussion gewährt. Jetzt gebe ich als erstes das Wort den Einreichenden von Traktandum 21 der Motion. Alex, jetzt kannst du dich sehr gerne einwählen. Dann erteile ich dir das Wort als Einreichender von Traktandum 21.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Ihr habt gesehen, die SVP spielt mit fairen Karten. Wir haben zugestimmt, dass man erstens beide Vorstösse miteinander

behandelt. Es ist effektiv sinnvoll, und ich habe immer gesagt, im Hinblick auf die Traktandenlisten-Bereinigung, vorwärtsgekommen ist richtig. Wir haben ebenfalls zugestimmt, dass wir hier die Diskussion teilen, denn es sind ähnliche Fragen, zu denen wir einfach grundsätzlich andere Schlussfolgerungen haben. Ich danke auch zuerst Valentina, die den Altvorstoss traktandiert hat. Ihr seht, dass er 2020 eingereicht worden ist. Der Gemeinderat war damals fast ein bisschen optimistischer, als er es jetzt ist. Es ist immer tragisch, wenn ich einen Vorstoss zur Reithalle einreiche und dann, wenn er behandelt wird, ist bereits wieder etwas passiert, in dieser Skateranlage, die alles Gute hätte bringen sollen. Was ist passiert? Wir haben es vorhin schon gesagt, es ist wieder jemand zusammengeschlagen worden. Und ihr wisst, ich habe mein Auto nie dort abgestellt, auf der Schützenmatte. Aber man hat damals, und das ist für mich das wichtige, man hat damals pro Jahr 600'000 Franken Einnahmen an Parkgebühren gehabt. Jetzt haben wir X gescheiterte Versuche mit Zwischennutzungen, bei denen nichts gegangen ist. Die Leute haben zu Recht immer noch Angst. Es geht niemand dort hin. Ihr wisst ja, dass die Reithalle jetzt über mangelnden Besuchereingang und mangelnde Konsumationen klagt. Ich habe immer zynisch gesagt, ob es an dem Verbot liegt, dass die SVP dort nicht einen Drink nehmen kann, die hätte dann vielleicht noch recht gut konsumiert. Geht es darum, dass die Leute die Autos nicht mehr abstellen können, die, die den Mut haben, das zu machen. Oder ist es eben die ganze belastete Situation und davon gehe ich aus, dass niemand mehr dort hingehen will, weil er Angst hat, dass er zusammengeschlagen, ausgeraubt oder mit Drogen in Verbindung gebracht wird. Das sind genau die Forderungen.

Jetzt hat man statt Einnahmen Ausgaben. Man hat mit Zwischennutzungen experimentiert. Ihr wisst selbst, als ich im Vorfeld dort gewesen bin und mit dem Schweizer Fernsehen ein Interview machen wollte, hat man mich selbst vor dem Container vertrieben. Sie erwarten Besucher und das gehe nicht. Sie haben den Platz jetzt besetzt, aber im Gegensatz zu den Leuten, die das Auto abstellen, hat man noch mehr Kosten und noch mehr Probleme. Deshalb wäre für mich ganz klar, dass man dieser Motion zustimmen sollte. Wie gesagt, ich würde nach wie vor mein Auto nicht dort abstellen und empfehle es auch anderen nicht, aber es wäre eine Möglichkeit, dass wir hier wiederum das Auto abstellen könnten. Und unsere Forderung, die aufgehobenen Gebühren-Parkplätze vielleicht hier zumindest provisorisch wieder in Betrieb zu nehmen, bis eine rechtskräftige Baubewilligung für die Nutzung oder die Bebauung des Areals vorliegt, ist absolut gerechtfertigt.

Die Interpellant*innen wollen natürlich etwas ganz anderes. Sie wollen die absolute Leere dort. Es hat jetzt praktisch gar keine Parkplätze mehr. Der Herr Stadtpräsident, hat sich massgeblich dafür eingesetzt, dass die Fahrzeuge, dort wo man sie noch unter dem Viadukt abstellen konnte, auch weg mussten. Ihr habt gesehen, dass jetzt dann alle die Massnahmen, die angeblich zur Verbesserung der Sicherheit hätten beitragen sollen, kontraproduktiv sind. Jetzt will man noch mehr Parkplätze aufheben, und es wird immer noch schlimmer. Wie gesagt, wir haben eine Lösung präsentiert. Ich weiss, die Lösung hat wahrscheinlich nicht viel Chancen, aber ich bin immer der Meinung, man müsste den Platz aufwerten. Das vielleicht nicht unbedingt mit Parkplätzen, da haben wir andere Vorstösse. Allenfalls mit Neubauten, irgendwie dort, oder was auch immer. Dass das Haus denkmalgeschützt ist, ist mir auch klar. Aber ich sehe dann wieder auf der anderen Seite, dass es verschmiert und verschmutzt wird und die Stadt interveniert nicht. Ich bin wirklich der Meinung, dass wir es so machen sollten, wie wir es beantragt haben. Jetzt will man ja wieder dann 7 Mio. Franken ausgeben für den ESC oder was auch immer. Man hat kein Geld für die Abendeintritte in die Ka-We-De, aber auf 600'000 Franken pro Jahr verzichten, das geht wiederum. Ihr seht, ich habe immer kreative

Lösungen gemacht. Ich habe viele Vorstösse gemacht. Ich habe viele Anträge eingereicht. Heute hätten wir wieder einen, wo man pro Jahr 600'000 Franken verdienen würde. Hätten wir den damals 2021 überwiesen, hätten wir jetzt schon 1, 8 Mio. Franken wieder in der Kasse. Nur damit ihr seht, wie man sparen kann oder wie eben die Stadt Bern leichtsinnig Geld ausgibt. Deshalb danke ich allen, die diesem Vorstoss zustimmen.

1. Vizepräsident: Merci, Alex. Dann würde ich als nächstes das Wort den Einreichenden von Traktandum 22, der Interpellation, geben. Ich gebe das Wort Anna Leissing.

Anna Leissing (GB) für die Einreichenden: Ich gebe Alex Feuz recht, wir sehen das wirklich ganz anders. Es geht bei beiden Vorstössen darum, ob es auf der Schützenmatte Parkplätze geben soll oder eben nicht. Und aus unserer Sicht ist es eigentlich schon ein bisschen absurd, dass wir heute im Jahr 2024 immer noch über die Frage debattieren. Kurz zur Erinnerung der Stadtratsbeschluss, alle Parkplätze auf der Schützenmatte vollständig aufzuheben, datiert vom Jahr 2016. Aufgrund von Beschwerden ist nachher ein Vergleich ausgehandelt worden, nachdem 1/3 vom Platz für Parkplätze und 2/3 für eine vielfältige, niederschwellige, nicht kommerzielle und soziokulturelle Nutzung vorgesehen sind. Eine solche Nutzung hat man mit dem Verein Platzkultur zwar gestartet, ist dann aber von der Corona-Pandemie und lärmempfindlichen Bewohner*innen vom Altenberg-Quartier ausgebremst worden. Seither wird die Schützenmatte von der Koordinationsstelle der Stadt in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Akteur*innen auf dem Platz bespielt. Wir haben es in der letzten Zeit schon mehrfach gehört, aber in Anbetracht der Absurdität auf dem Platz wieder Parkplätze einzuführen, muss ich es einfach noch einmal sagen. Die Schützenmatte ist einer der zentralsten Plätze der Stadt Bern. Sie ist ein Ort, an dem sich auch gesellschaftliche Krisen zugespitzt abbilden. Wir haben Krieg, steigende Armut, Zunahme an psychischen Erkrankungen, mangelnde Versorgung, repressive Asyl- und Drogenpolitik. Es ist wirklich kein Wunder, dass die zunehmenden Spannungen gerade auch auf der Schützenmatte wahrzunehmen sind. Es ist ein Ort, wo Menschen und soziale Gruppen zusammenkommen, die sonst überall an den Rand gedrängt werden, sozial, wirtschaftlich und kulturell und die die Krisen deshalb besonders hart zu spüren bekommen.

Die Stadt Bern und damit meine ich den Gemeinderat, der Stadtrat und auch die gesamte Bevölkerung muss auch diesen Menschen einen Platz geben und das bedeutet, dass man einen Platz wie die Schützenmatte aktiv gestalten. Heute leisten verschiedene Akteur*innen dazu einen Beitrag, zum Beispiel wie genannt, die Reitschule und die unverzichtbare Rolle, die sie als Kulturzentrum in der Stadt Bern einnimmt, aber auch Medina ein Kollektiv, das nach wie vor enorm wichtige sozio-kulturelle Arbeit leistet und eine niederschwellige Anlaufstelle bietet. Man muss dazu aber auch sagen, dass trotz dem engagierten Einsatz von Medina, und der Reitschule und anderen Akteur*innen das Versagen der bürgerlichen Sozial-, Gesundheits- und Asylpolitik kaum aufgefangen werden kann. Auch die Stadt hat, wie gesagt, in diesen Platz investiert, hat die Beleuchtung und Infrastrukturverbesserung verbessert, einen Rückzugsort eingerichtet, wo Personen Zuflucht und Beratung finden, die sich unwohl, unsicher oder bedrängt fühlen. Die städtische Koordinationsstelle und andere Akteure organisieren auf der Schützenmatte verschiedenste Veranstaltungen, vom monatlichen Reitschule Flohmarkt, über Tango-Konzert, Skateanlage bis hin zu Pingpong-Turnieren und Workshops aller Art. Für all diese Initiativen ist der einseitige empörte und sensationalistische Diskurs über die Schützenmatte, wie wir ihn vor kurzem eben wieder stärker erlebt haben, wenig hilfreich. Es ist auch nicht hilfreich, die politische Instrumentalisierung dieser

Situation durch rechte Parteien und Exponenten wie der Regierungsrat Müller, die es nur darauf abgesehen haben, ihre eigene politische Agenda durchzusetzen und kein bisschen dazu beitragen, Lösungen zu entwickeln, die der komplexen Realität auf dem Platz gerecht werden.

Und vielleicht unterschätzen wir von der GB/JA!-Fraktion die sozial-politische Wirkung von einem Parkplatz, aber aus unserer Sicht wird eine Wiedereinführung von Parkplätzen der Realität auf der Schützenmatte ebenso wenig gerecht. Wir lehnen deshalb die Motion der SVP ganz klar ab. Für die GB/JA!-Fraktion ist es klar, Kultur und Begegnung brauchen Freiraum und der wird durch Parkplätze eingeschränkt und das Problem wird noch schlimmer im Hinblick auf die Baustelle im Rahmen des Projekts Zukunft Bahnhof Bern, wo rund 1/3 von der Schützenmatte wird in Anspruch nehmen. Ja, die GB/JA!-Fraktion hat darum zusammen mit der AL/PdA schon im 2021 die vorliegende Interpellation eingereicht und im Juli 2023 mit einer kleinen Anfrage nachgefragt. Das Anliegen ist simpel, die verbleibenden 14 Parkplätze noch vor dem Baubeginn des Projekts ZBB aufzuheben zum eben diesen freien Raum sicherzustellen. In der Antwort bestätigt der Gemeinderat zwar, dass eine autofreie Schützenmatte nach wie vor die Absicht ist, dass aber die definitive Aufhebung von diesen Parkplätzen erst nach dem Bahnhofumbau vorgesehen ist, das heisst inzwischen 2029. Das ist aus Sicht der GB/JA!-Fraktion schlicht und einfach zu spät. 13 Jahre zur Umsetzung von einem Stadtratsbeschluss zur Aufhebung von Parkplätzen auf einem von den zentralsten Plätzen der Stadt Bern. Wir möchten den Gemeinderat deshalb an dieser Stelle noch einmal auffordern, in diesem Geschäft vorwärtszumachen und die verbleibenden Parkplätze zu entfernen, bevor die Baustelle einen Teil der Schützenmatte in Anspruch nehmen wird. Und dann noch ein letzter Punkt aus der Interpellationsantwort, bei der der Gemeinderat findet, ein Pilotversuch mit einem partizipativen Budget für die Schützenmatte sei nicht nötig, weil ja jetzt schon sehr partizipativ und koordiniert gearbeitet werde. Und das spricht aus unserer Sicht nicht dafür, dass der Gemeinderat das Konzept eines partizipativen Budgets wirklich verstanden hat.

Eine ausführliche Darlegung wäre jetzt zu weit gegangen, aber ich möchte ganz kurz anmerken, dass es in der Schweiz und weltweit verschiedene erfolgreiche Modelle von partizipativen Budgets gibt, in Zürich, Brüssel, Madrid, Paris, Wien, New York, Bogota, Montevideo, Rosario Delhi etc. Das partizipative Budget ist gerade dort erfolgreich, wo es gilt, verschiedene Interessen zusammenzubringen und den öffentlichen Raum zu gestalten. Studien beschreiben folgende Effekte eines partizipativen Budgets: Es erhöht die kollektive Verantwortung für den öffentlichen Raum in einem Quartier, auf einem Platz, ein erweitertes Spektrum für neue, kreative Ideen und Lösungen und fördert den Dialog über Visionen, Werte, Interessen und Bedürfnisse. Es ermöglicht Teilhabe und Mitbestimmung von Gruppen, die sonst von den politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen sind und fördert den Dialog und das Vertrauen zwischen Behörden, verschiedenen Gruppen aus der Zivilgesellschaft und der breiten Bevölkerung. Aus Sicht der GB/JA!-Fraktion tönt dies, wie auf der Schützenmatte und wir möchten den Gemeinderat einladen, dieser Option partizipatives Budget doch noch einmal eine Chance zu geben. Danke vielmals. Wir sind mit der Antwort nicht zufrieden.

1. Vizepräsident: Merci, Anna. Ich halte fest, ihr seid nicht zufrieden. Dann könnt ihr euch jetzt anmelden für die Fraktionsvoten. Dann kann als erstes für die Fraktion AL-PdA David Böhner sprechen. Bitte, meldet euch an, wenn ihr ein Fraktionsvotum halten wollt.

David Böhner (AL) für die Fraktion: Ich würde auch ein paar Worte sagen zur Interpellation, also zu Traktandum 22. Zur Forderung der SVP-Motion, Parkplätze zurück auf der Schützenmatte, werde ich nicht viele Worte verlieren. Das ist für uns klar, für die Fraktion AL/PdA, dass das eine rückwärtsgewandte Politik ist und dem stimmen wir nicht zu. Anhand von dieser Interpellation kann man gut sehen, wie zähflüssig und langsam die Situation auf der Schützenmatte angegangen wird. Der Wandel vom Auto-parkplatz auf der Schützenmatte zu einem Park für alle Generationen, Projekt zu nennen, wäre fast untertrieben. Dabei wäre es ja eigentlich nicht so eine grosse Sache. Die Autoparkplätze werden aufgehoben. Die Planung für den Park wird gemacht. Ein Kredit wird gesprochen und dann die Umsetzung angegangen. So etwas müsste doch innerhalb weniger Jahre möglich sein. Auf der Schützenmatte dauert aber alles ein bisschen länger. Schon 2006 hat sich der Rat hier für die Aufhebung der Parkplätze ausgesprochen, also vor 18 Jahren. Die Antwort auf die Interpellation vom Juni 2021 ist vom Oktober 2021, also auch schon bald wieder 3 Jahre alt. Es bräuchte also eigentlich eine neue Interpellation, um herauszufinden, wo wir heute stehen, jeweils nicht dort, wie es der Gemeinderat sich ausgemalt hat, als er die Antwort geschrieben hat. Er schreibt, dass im Herbst 2023 alle Parkplätze aufgehoben werden können, weil bis dann neue Plätze für die Reisedcars zur Verfügung stehen. In der Zwischenzeit soll ein Teil der Schützenmatte eben als Baustellplatz für das ZBB genutzt werden. Für das Bauprojekt wird der Zeitraum 2023 bis 2026 angegeben. Bis jetzt haben wir aber noch nichts von dieser Baustelle gehört.

Die Vorstudie zur künftigen Nutzung der Schützenmatte ist vor 2 Jahren abgeschlossen worden und seit dann schafft das Tiefbauamt an der definitiven Planung, die dann ab 2028 umgesetzt werden soll und gebaut werden könnte. Es wäre interessant zu erfahren, wie weit die Planung ist und wenn wir darüber abstimmen können. Um den Zeitplan einzuhalten, müsste jetzt also einiges geschehen. Insbesondere braucht es eine Lösung für die verbleibenden Parkplätze auf der Schützenmatte, die ja immer noch dort sind, wie es ja unter dem Titel dieser Interpellation gefordert wird. Wann gibt es endlich Freiraum statt Parkplätze? In seiner Antwort auf diese Interpellation schreibt der Gemeinderat, dass er die ganze Sache im Rahmen des Verkehrskonzepts Wirtschaftsstandort Innenstadt anschauen will und mit den damaligen Einsprechenden in Kontakt steht, die sich gegen die vollkommene Befreiung der Parkplätze auf der Schützenmatte gewehrt haben und dass er die definitive Lösung erst zusammen mit der Eingabe des Bauprojekts Schützenmatte publizieren und umsetzen will. Für die Fraktion der AL-PdA ist dieser Schritt absolut unverständlich. Anstatt weiterhin Jahre darauf zu warten mit der Publizierung, sollte der Gemeinderat endlich vorwärtsmachen und die definitive Aufhebung der restlichen Parkplätze so schnell wie möglich an die Hand nehmen, im Wissen darum, dass es umstritten ist und es weitere Einsprachen geben könnte. Wenn er dann in 4 Jahren oder so das publiziert und es dann zu Einsprachen kommt, die wieder eine jahrelange Verzögerung zur Folge haben, können wir dann tatsächlich nicht mehr von einem Generationenprojekt reden, sondern von einem Jahrhundertprojekt, den dann unsere Nachkommen mal umsetzen können. Wir fordern also vom Gemeinderat die Aufhebung der Parkplätze an die Hand zu nehmen und nicht zu warten, bis das definitive Bauprojekt für die Schützenmatte ausgearbeitet ist. Aus all diesen Gründen nehmen wir den Bericht negativ zur Kenntnis.

1. Vizepräsident: Danke vielmals, David. Gibt es zu diesen Traktanden noch Einzelvoten? Das ist nicht der Fall. Dann erteile ich das Wort für den Gemeinderat, Marieke Kruit.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: In Absprache mit dem Stadtpräsidenten nehme ich gerade zu beiden Vorstössen Stellung, auch wenn eins davon ein PRD-Geschäft ist, aber es geht ja hier um die Parkierung. Ja, zuerst eine kleine Richtigstellung, Alex Feuz, du hast dich wirklich in einer 0 vertan in deinem Vorstoss. Es geht um Einnahmen respektive um den Verzicht der Einnahmen von 600'000 Franken und nicht um 6 Mio. Franken, wie es im Vorstoss steht und das ist doch ein Unterschied. Zum Glück hast du es ja dann in deinem Votum noch richtiggestellt. Der Stadtrat hat im November 2016 das Nutzungs- und Entwicklungskonzept Schützenmatte zur Kenntnis genommen und beschlossen, die rund 140 Parkplätze aufzuheben und eben auf die 600'000 Franken zu verzichten. Gegen diesen Beschluss wurde dann von verschiedenen Seiten eine Beschwerde geführt. Nach langen Verhandlungen hat man dann im 2018 eine Einigung mit dem Gewerbe erreichen können. Der Gemeinderat sieht keinen Anlass, von diesen Entscheidungen abzuweichen. Eine Rückkehr zu einer Parkplatznutzung ist keine Option. Die Parkplätze wurden zudem rechtskräftig aufgehoben und können nicht einfach so provisorisch wiederhergestellt werden. Es wäre ein ordentliches Verfahren und eine Publikation nötig. Zudem werden eben die Randbereiche der Schützenmatte während der Bauarbeiten der ZBB beansprucht. Und das können wir im Moment leider nicht ändern und das ist ja jetzt auch schon der Fall. Der Gemeinderat bittet euch deshalb, diese Motion abzulehnen.

Dann noch ein paar Worte zum Vorstoss der GB/JA!: die Schützenmatte von morgen soll offen gestaltet werden. Der Parkplatz soll klar definiert... also der Platz, nicht der Parkplatz – ein Freud'scher Versprecher – soll klar definiert, aber nicht zu möbliert und mit Infrastrukturen überstellt werden. So kann der Raum einerseits vielseitig genutzt werden, andererseits entstehen aber auch keine unübersichtlichen Ecken, wo als unsicher wahrgenommen werden könnten. Auch die Beleuchtung, die soll wirklich deutlich verbessert werden. Wie der Gemeinderat schon früher festgehalten hat, ist es ihm wichtig, dass die Schützenmatte ein Ort mit hoher Aufenthaltsqualität ist und dass die Sicherheit in urbanen und stark frequentierten Gebieten verbessert wird, die noch nicht definitiv gelöst ist. Das ist einfach so, die Parkplatzfrage im Zielbild für die Schützenmatte, wie es in der Vorstudie präsentiert wird, sieht keine Parkplätze mehr vor, aber dem Gemeinderat ist auch hier der Dialog mit dem Gewerbe wichtig. Wir müssen hier wirklich gemeinsame Lösungen finden. Es braucht eine grössere verkehrsplanerische Betrachtung, die im Gesamtkontext steht mit dem Verkehrskonzept Wirtschaftsstandort Innenstadt. Der Gemeinderat ist an einer langfristigen Lösung interessiert, die eben auch die Bedürfnisse aller abdeckt. Ziel ist, dass nach der Realisierung des Projekts ZBB eine gesamtheitliche Lösung wirklich dann auch vorliegt. Einen Teilerfolg haben wir mit der SBB erzielen können. Die Parkplätze unter dem Viadukt von der grossen Halle, die sind am 1. Mai aufgehoben worden, so dass dieser Bereich übersichtlicher gestaltet werden können und eine zusätzliche Nutzung jetzt auch möglich macht. Und Nein, auf die Frage der SVP, auf die aufgehobenen Parkplätze müssen keine städtischen Gebühren entrichtet werden. Die Parkplätze waren im Eigentum der SBB und wurden an Mitarbeitende dazumal vermietet.

1. Vizepräsident: Merci vielmals, Marieke. Dann stimmen wir zuerst über die Motion ab. Traktandum 21: Die Erheblichkeitserklärung als Richtlinie. Wir stimmen ab.

Abstimmung Nr. 018

2020.SR.000179: als Richtlinie

Ablehnung

Ja	8
Nein	52
Enthalten	2

1. Vizepräsident: Ihr habt die Motion abgelehnt.

2021.SR.000144

22 Interfraktionelle Interpellation GB/JA!, AL (Anna Leissing/Rahel Ruch, GB/Jemima Fischer, AL): Schützenmatte: Wann gibt es endlich Freiraum statt Parkplätze?

Gemeinsame Beratung der Traktanden 21 und 22: siehe Traktandum 21.

1. Vizepräsident: Zu Traktandum 22, die Interpellation, habe ich mir notiert: "nicht zufrieden mit der Antwort", das ist korrekt. Danke vielmals.

2001.SR.000168

23 Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GB/JA!/GPB, GFL/EVP (Edith Madl Kubik, SP/Michael Jordi, GB/Ueli Stüchelberger, GFL) - übernommen durch Laura Binz (SP): Eine autofreie Piazza für jeden Stadtteil!; Abschreibung

1. Vizepräsident: Dann kommen wir zu den Traktanden 23 und 24. Auch die behandeln wir gemeinsam. Wir haben als erstes Traktandum 23, eine Motion: "Eine autofreie Piazza für jeden Stadtteil!" Dort hat der Gemeinderat die Abschreibung beantragt. Diese Abschreibung war in der Kommission bestritten. Aus diesem Grund wurde es traktandiert. Ich frage noch kurz zur Motion Nummer 24, wobei wenn ich richtig informiert bin, genau die ist bestritten, das heisst, dann werden wir nachher auch über die befinden. Könnte jemanden Tanja Miljanovic noch kurz anmelden, bitte. Dann erteile ich als erstes das Wort für die Kommission, Tanja Miljanovic.

Tanja Miljanovic (GFL) für die PVS: Eigentlich, als wir es zuerst bekommen haben, hat es so wie eine recht kleine Sache ausgesehen, aber es hat nachher zu sehr vielen Diskussionen in der PVS geführt, sodass eigentlich dann auch eine umfassendere Diskussion nötig gewesen ist. Und darum präsentiere ich es eigentlich auch gerne so ein bisschen detaillierter als sonst bei einer Abschreibung. Die Motion geht auf 2001 zurück, und zwar mit der Forderung, dass man bis Ende 2010 in jedem von den Stadtteilen 2 bis 6, MIV befreite Plätze macht. Im Detail geht es darum, dass man die Lebensqualität der Quartierbevölkerung verbessern möchte durch Befreiung dieser Räume vom MIV. Man möchte möglichst zentral gelegene Plätze oder öffentlichen Strassenraum neu der Bevölkerung zur Verfügung stellen und den Autos wegnehmen. Und alle Massnahmen dürfen nicht zu Lasten des umliegenden Wohngebiets gehen. Die Argumente der Motionär*innen sind - eben es ist von 2001 die Motion –, dass wir wie eine Abwanderung der Berner Wohnbevölkerung haben, und zwar von 176'000 auf noch rund 127'000 Personen, also Stand 2001. Wir wissen natürlich alle, dass sich der Trend in den letzten Jahren völlig verändert hat, aber eben nicht auch zuletzt durch die Politik, die die Stadt Bern und der Gemeinderat verfolgt haben. Die Argumente für die Piazza's

sind neue Lebensqualität, aber auch dezentrale Identifikations- und Freizeitorte mit hohem Naherholungswert und auch eine Rückeroberung des städtischen Lebensraums. Die Stadt Bern hat in den letzten 20 Jahren oder eigentlich vor allem in den letzten 8 Jahren verschiedene Grundlagen erarbeitet, die die Motion eigentlich wie unterstützen. Das ist einerseits die STEK von 2016, die ein stadt- und klimaverträgliches Verkehrssystem fordert. Es wird auch dort festgehalten, dass man den MIV und den Gesamtverkehr reduzieren möchte. Man möchte auch den MIV durch die Parkplatzbewirtschaftung lenken und die Anzahl Parkplätze reduzieren. Wir haben auch eine Energie- und Klimastrategie 2025, die die Reduktion des Energieverbrauchs verlangt und Ersatz durch erneuerbare Energien. Wir haben eine Legislatur-Richtlinie 2017 bis 2020 mit dem Schwerpunkt Umgestaltung von Quartierplätzen und Mobilitätsmassnahmen, aber auch Umgestaltung von Plätzen und Freiflächen, verkehrsberuhigtes Wohnumfeld, Begegnungs- und Aufenthaltsort. Die Stadt hat wirklich einiges schon gemacht.

Es ist im Jahr 2020 auch zu einem städtischen Strategiewechsel gekommen, dass man wie gesagt hat "gemeinsam für den öffentlichen Raum", mit dem Ziel, dass die Bewohner*innen der Stadt sich den öffentlichen Raum eben sollen aneignen und am Leben teilnehmen. Man hat ein Arbeitsinstrument geschaffen, auch wieder 2020, wo heisst "Bern baut – Planen und Projektieren im öffentlichen Raum" und die erklärten Ziele dort sind verkehrs- und klimapolitische Zielsetzungen von Anfang an und diese in jedem Projekt mitzudenken. Und hier ganz zentral – und das ist eben da, wo ich denke, dass die Kommission nicht ganz der gleichen Meinung ist, wie Gemeinderat quasi im Erreichen von diesen Zielen ist –, die Priorisierung der Bedürfnisse von den Menschen gegenüber dem Verkehr. Es gibt eine lange Liste an Massnahmen: Strassenräume und Begegnungsorten, MIV-Spuren abbauen, Parkplätze abbauen, flächendeckende Temporeduktion, Verzicht auf Lichtsignalanlagen, Bereitstellen von Ausstattungselementen zum Beispiel oder auch temporäre Umnutzungen für mehr Begegnung. Ich denke, das sind 2 Punkte, die in der Bevölkerung wohl noch nicht ganz so bekannt und präsent sind, wie sie es vielleicht sollten sein, aber die gibt es. Es ist auch eine lernende Planung, auch das wird hervorgehoben. Das gilt übrigens auch für die nachfolgende Motion. Anregungen aus der Bevölkerung werden aufgenommen. Es gibt ein Kompetenzzentrum "öffentlicher Raum". Die Aufwertung soll auch noch entkoppelt werden von grossen Platz-Aufwertungen, weil die einfach sehr viel schwerfälliger vorstattengehen. Und auch etwas eben wo die Bevölkerung wie zu wenig weiss, es gibt auch Testnutzungsmöglichkeiten, wo man 60 Tage lang, teilweise sogar mit Möblierung der Stadt und ohne Baubewilligung in seinem eigenen Strässchen einen Parkplatz oder 2 umnutzen kann. Also eigentlich sagt die Stadt, es gibt kaum noch Quartierplätze mit Parkplätzen. In jedem Stadtteil steht der Bevölkerung mindestens einer von Autos und Parkplätzen befreiter Platz zur Verfügung und in der ganzen Stadt gibt es über 150 bestehende Begegnungszonen. Deshalb findet jetzt die Stadt auch, dass die Motion eigentlich erreicht ist und man sie deshalb abschreiben kann.

In der Kommission haben wir das nachher auch noch ein wenig näher angeschaut. Ihr habt ja mit dem Vortrag auch verschiedensten Fotos erhalten und was uns einfach aufgefallen ist und was wir auch wie aus dem eigenen Leben und Erfahrung wissen, ist, dass die Brüche zwischen Begegnungsort und Autostrassen teilweise recht hart und auch gefährlich sind. Es gibt selten einen gemeinsamen Raum mit fliessenden Übergängen, sondern man redet eigentlich mehr von kleinen Inseln mit steilen Klippen und im Wasser, den einen oder anderen Auto-Hai der Kreise zieht. Wenn ich an den Bühlplatz denke, dann wisst ihr gerade genau woher, dass ich meine Metapher mit dem Hai und mit der kleinen Insel habe. Man hat nachher einen grossen Kreisel und mitten im Kreisel so eine kleine grüne Fläche, die zwar schon cool ist, aber dort können Kinder

oder auch Menschen nicht einfach frei rennen, denn es ist eine Insel in einem Verkehrsraum, der für Autos gemacht ist. E ist natürlich ein guter erster Schritt, aber es ist nicht eine Piazza. Genau das gleiche, wenn ihr die Bilder anschaut, zum Beispiel die Zinggstrasse oder auch die Mittelholzerstrasse: Was dort sehr stark auffällt, ist ja man befreit wie 2 Parkplätze quasi von den Autos. Man macht nachher dort auch ein Tischchen hin. Aber wenn ihr das Bild genau anschaut, gibt es nachher bauliche Elemente, die die Sitzenden dort vor den Autos nebenan schützen. Und das entspricht nicht in dem Sinn einer Piazza oder einem Begegnungsort, sondern es ist einfach ein kleines Plätzchen oder einem kleinen Balkon an der Strasse. Ich hebe jetzt nicht noch gross weitere Details hervor, aber die Stadt findet eigentlich es ist wie erreicht. Und wir finden, die Stadt Bern macht sehr viel und sie ist auf dem richtigen Weg. Der geforderte Wortlaut ist eigentlich auch umgesetzt, aber das eigentliche Ziel der Motion, also Plätze im Sinn von Piazas und nicht von kleinen Plätzchen zu schaffen, ist eben nicht erfüllt. Deshalb hat die Kommission nachher entschieden, dass sie die Abschreibung nicht gutheissen möchte. Wir möchten gerne, dass die Motion noch weiterhin aufrechterhalten bleibt, vor allem weil wir ja jetzt gerade anschliessend über die Superblock-Motion reden werden, die ja eigentlich auch in eine sehr ähnliche Richtung geht und die 2 Geschäfte, die gehören wie zusammen. Also der Gemeinderat soll die gute Arbeit weiter fortsetzen und wirklich schauen, dass es ein bisschen fliessender Übergänge gibt und nicht einfach die scharfen Klippen, sobald eine Strasse da ist. Merci.

1. Vizepräsident: Merci vielmals, dann können sich die Einreichenden anmelden. Bitte zuerst zu Traktandum 23, Laura Binz, wenn sie dort etwas sagen möchte, als Einreichende. Traktandum 23 hast du übernommen. Du musst nicht reden, wenn du nicht willst. Okay dann frage ich beim Traktandum 24, ob die Einreichenden von dieser Motion das Votum für die Einreichenden halten möchten. Dann erteile ich das Wort für die Einreichenden von Traktandum 24, Jelena Filipovic.

Jelena Filipovic (GB) für die Einreichenden: Also ich will zu beiden gerade gleichzeitig reden. Erfreulich, wenn es auch mal schnell gehen kann in dem Rat. Also nicht heute Abend, denn heute Abend sind wir definitiv ein bisschen zu lange daran bei dieser interfraktionellen Motion. Vor genau einem Jahr haben wir in einem Vorstoss gefordert, dass die Stadt Bern Standorte für mögliche Superblocks evaluiert und mindestens 2 Pilotprojekte umsetzt. Was bedeutet das konkret? In einem Superblock wird der Autoverkehr so angeordnet, dass der Durchgangsverkehr darum herum fliesst. Ein Konzept, das wir in Bern eigentlich schon mit der Wabenlösung, im Ansatz zumindest, kennen und das andere Städte schon längst am Umsetzen sind. Anschliessend wird der freigewordene Strassenraum so umgewidmet, dass Fuss- und Veloverkehr Vorrang haben und gleichzeitig kann der neugeschaffene Freiraum, wo es möglich ist, sinnvoll entsiegelt, begrünt und beschattet werden. Das tönt doch wunderbar, nicht? Wenn ich mich nicht täusche, würden hier im Raum alle am liebsten an einem Ort wohnen, der von Autolärm und Abgasen befreit ist, wo die Kinder draussen spielen können, falls man dann welche hat, weil die Strasse verkehrsberuhigt und sicher ist. Und alle, die was anders behaupten, scheinen eine ganz spezielle Ausnahme zu sein, denn die Mietpreise erzählen eine ganz andere Geschichte. Je ruhiger und zentraler, desto horrender die Mietpreise und das kann es ja auch nicht sein. Deswegen weniger Lärm und Abgase für alle, statt nur für die gut Verdienenden. Und wenn das einem immer noch nicht reicht, weil das Vorstellungsvermögen fehlt, dann muss man nur die unzähligen vorher und nachher Bilder von Paris, Barcelona und Amsterdam anschauen und man wird voller Überzeugung sagen, dass man sich an einer viel befahrenen Strasse wohler und

sicherer fühlt. Wohl nicht ganz. Aber ich weiss, dass es schon lange nicht mehr nur um das Wohlbefinden des Einzelnen geht, es geht um viel mehr.

Studien können in der Zwischenzeit belegen, dass der Mehrwert noch viel grösser ist. Das lokale Gewerbe profitiert nämlich davon, dass die Leute auf der Strasse verweilen, anstatt daran vorbeizufahren, in einem Einkaufszentrum einzukaufen zu fahren oder sogar online zu shoppen. Und gleichzeitig steigert es das Gemeinschaftsgefühl, die Nachbar*innen auch mal draussen zu sehen und mit ihnen zu reden und mit ihnen zu verweilen. Das hört sich nach einer Win-Win-Situation für mich an. Deshalb bin ich froh, dass der Gemeinderat der Idee eines Superblocks grundsätzlich positiv gegenübersteht. Aber alles, was der Gemeinderat in der Antwort schildert, scheint mir okay, aber dann hört es auch auf, es fehlt definitiv an Mut. Es fehlt wirklich an Mut, die Chance zu packen und Raum- und Verkehrsplanung in der ganzen Stadt neu zu denken. Aber wieso? Ich verstehe es wirklich nicht. Die Berner Bevölkerung sagt immer und immer wieder, was sie gerne hätte, nämlich eine grünere und lebenswertere Stadt für alle Menschen. Man wagt sich jetzt an ein Pilotprojekt und möchte dann aus dem Pilotprojekt leer ziehen, was wir als gut befinden. Aber dann ist es ein Standort, wo man am ehesten auf eine wohlwollende und engagierte Nachbarschaft zählen kann. Sinnvoller wäre es doch gewesen, 2 Pilotprojekte in die Hand zu nehmen an unterschiedlichen Standorten mit unterschiedlichen Herausforderungen, um Vergleiche ziehen zu können, um die wertvollen Erkenntnisse dann in die weiteren Pilotprojekte einfliessen lassen zu können. Nur so lässt sich wirklich sagen, wie man die Bevölkerung am zielführendsten einbinden kann, denn das ist eben genau das essenzielle daran an der Umsetzung des Superblocks.

Zusammenfassend kann man sagen, dass es schon okay ist, aber wir erwarten mehr Mut und eine klare Revision unseres Gemeinderates, was die Raumplanung und die Verkehrsplanung in der Stadt angeht. Noch kurz zur Motion: Eine autofreie Piazza für jeden Stadtteil." Ich bin froh, gibt es die Motion aus dem Jahr 2021 noch und ich kann eines mit Gewissheit sagen, wir würden an dieser Motion festhalten, bis es auch wirklich erfüllt ist. Im Idealfall schneller als noch weitere 23 Jahre auf eine Piazza pro Quartier warten zu müssen. Aktuell ist diese Motion nämlich nicht erfüllt. Wie es die Kommissionssprecherin vorher schon gesagt hat, sind so einige Positionspapiere und Absichtserklärungen da, aber wenn man die Aufführung der Beispiele in der Antwort anschaut, dann frage ich mich wirklich, inwiefern die Motion erreicht sein soll. Also wenn man den Europaplatz, den Bühlplatz und ein paar umgenutzte Parkplätze am Strassenrand als Piazza bezeichnen kann, dann habe ich wirklich vielleicht ein definitiv anderes Einverständnis von einem gemütlichen Aufenthaltsort für ein Quartier. Ich bin überzeugt, das geht noch besser: "Nice try but try again." Und jetzt habe ich gerade erfahren, dass meine lieben SP-Kolleginnen, die Motion wohl als erfüllt erachten und der Abstimmung werden zustimmen. Auch das finde ich schon ein bisschen enttäuschend. Ich hoffe doch sehr, dass bei der Erfüllung der Superblocks nicht so schnell eingelenkt wird und wenn ihr euch nicht mit dem Minimum zufriedengeben werdet. Besten Dank.

1. Vizepräsident: Vielen Dank. Ihr könnt euch jetzt anmelden für die Fraktionsvoten. Als erster für die Fraktion SVP, Alex Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Der Gemeinderat ist ein bisschen nebulös in seiner Antwort. Er ist ja zwar für diese Superblocks, aber ich kann es euch jetzt klar – wie ich es immer mache mit offenem Visier – sagen, wieso wir hier Bedenken haben. Wie gesagt, ich habe es immer betont, wir sind für den Erhalt von Grünflächen, aber das ist ja das, was ihr teilweise zerstört. Leider hat die Bevölkerung ja gesagt zu dieser

Sache. Ich habe jetzt auch der Press entnehmen müssen, dass eben der Springgarten dann auch darankommt. Dieses Mal für die Spitalplanung und nicht für Wohnblocks, aber einfach, dass man sieht, dass von hier der Druck auf unseren Grünraum kommt, der ist gewaltig, den macht ihr, den macht die RGM und jetzt versucht man das mit Superblocks zu retten. Ihr müsst einfach ganz klar sehen, was ein Superblock ist, und dort geht es sehr auseinander. Was ist es? Wenn ihr dann im Superblock nur noch irgendwie zwischen 16.30 Uhr bis 18.30 Uhr mit dem Auto durchfahren könnt, wenn ihr von der Kita oder von den Ferien zurückkommt, dann ist der Superblock eben eher ein Ärgernis als ein Vorteil. Das sind genau diese Punkte, wo ich sagen muss, dass die rot-grüne Bevormundung eben dann das Leben trifft. Wenn ihr irgendwie vielleicht Besuch habt, der auf den Zug gehen muss oder was auch immer, mit dem Auto da ist oder ihr habt das Kind, das zum Arzt muss und dann habt ihr ein Quartier, das teilweise abgeriegelt ist. Das sind genau die Sachen, die problematisch sind. Wenn ihr das mit Zubringerdiensten regelt, da kann ich noch damit leben. Aber ich habe euch immer gesagt, in der Stadt Bern sind jetzt ja praktisch alle Quartiere Zubringer, aber die Polizei kann trotzdem nicht alles kontrollieren. Für mich ist eben genau das Wie ist dieser Superblock ausgestaltet wichtig, hat man noch Freiheiten oder ist man einfach dann dort abgeschlossen und abgeriegelt und muss dann das miterleben, was ist. Die Nachbarn haben dann gerne irgendwo eine Bank und ein Gärtchen, aber nicht vor ihrer Haustüre, aber beim unbeliebten Nachbarn dort will man es dann und wehe man ist dann nicht einverstanden. Dann hat er Sanktionen, dann sagt man plötzlich, dass das Kind darunter leiden muss, wenn er dort dagegen ist. Dann ist es plötzlich ein ruhiges Quartier, wo zuerst alle Leute miteinander gut ausgekommen sind, wo es schöne Gärten hat, und dann habt ihr nachher untereinander den Kampf, denn niemand will dann das Bänkchen vor seiner Haustüre und die einen haben dann das Gefühl, man macht ein Bänkchen bei den anderen. Und das sind genau die Probleme, die ihr haben werdet. Wir haben dann noch eine Strassenverkehrsgesetzgebung, die eigentlich vorsieht, dass man mit dem Auto noch zum Haus oder sogar zur Garagen-Einfahrt kommt. Was macht ihr denn wenn ihr eine Garage in einem Haus gemietet habt für einen Oldtimer und dann könnt ihr beispielsweise am Samstag nur zwischen 14.30 Uhr bis 14.45 Uhr oder am Morgen zwischen 8.45 Uhr und 9.30 Uhr hineinfahren. Das sind dann Einschränkungen und das ist eben die rot-grüne Bevormundung, die man nicht will.

Dann gibt es aus einer Sache, die an und für sich vielleicht gut gemeint ist, etwas absolut Kontraproduktives. Nikolaus Mürner und ich haben ja auch einen Vorstoss eingereicht, bei dem wir gesagt haben: "Ja, man sollte mit den Grundeigentümern reden, ob sie einverstanden sind." Wenn das irgendwie eine Siedlung ist, wo es alle gut finden, dann kann man das ja meinetwegen noch machen. Aber wenn es dann vielleicht irgendwelche Leute sind, die dort Liegenschaften haben und das nicht wollen, dann habt ihr noch jahrelang einen Rechtsmittelkrieg und viele Kosten für die Stadt und alle Beteiligten. Darum bin ich der Meinung, dass man immer genau sagen muss, was der Superblock will. Man muss es im Einzelfall sagen. Wie eben der Jurist immer sagt, es kommt darauf an. Aber ich wollte die Leitlinien aufzeigen, wo es eben dann Widerstand gibt, wenn ihr eben nachher mit kleinlichen Vorschriften vorschreibt, wann man mit dem Auto noch durchfahren darf und wann dann nicht. Da möchtet ihr einen Sonntagsausflug machen und dann hat vielleicht das Kind am Morgen noch etwas herum geblödel und nachher könnt ihr nicht weggehen, könnt ihr den Besuch nicht machen, weil ihr das Auto dann erst wiederum in einer Zeitachse 14.30 Uhr bis 14.45 Uhr bewegen könnt. Und so etwas ist einfach eine Vorschriftsmacht, das ist eine elende Schulmeisterei und das wird die SVP immer ganz klar bekämpfen. Auch das mit dem Piazza-Vorstoss, da sind wir der Meinung, man kann den abschreiben. Man wird nie mit allen Lösungen

einverstanden sein. Aber auch dort gilt es, man muss miteinander reden. Und das, was ich euch vorwerfe, ist, dass Grünflächen, wo man wirklich etwas hat, die will man überbauen. Selbst die Manuelmatte gilt jetzt wieder als langfristige Baulandreserve, obwohl es viele Leute in der Stadt gibt, die vielleicht eben nicht die Möglichkeit haben, hinauszugehen mit den Kindern nach Grindelwald oder Gstaad zum Schlitteln. Das wollt ihr auch wiederum zerstören. Das ist rot-grüne Politik. Bleibt bescheiden, überlegt genau, was euer Vorhaben für Konsequenzen hat.

1. Vizepräsident: Merci, Alex. Dann wäre als nächstes an der Reihe für die Fraktion SP-JUSO: Laura Binz.

Laura Binz (SP) für die Fraktion: Beide Vorstösse, einer aus dem Jahr 2001 und einer aus dem Jahr 2023 haben die Gestaltung und die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum im Fokus. Bei beiden geht es um die Verteilung des öffentlichen Raums, und um mehr Platz für Menschen zu schaffen, um zu spielen und zu begegnen und die Superblock-Motion für Entsiegelung, Begrünung und neue Wasserflächen. Das zeigt, dass sowohl damals als auch heute der öffentliche Raum sehr wichtig ist für die Lebensqualität in der Stadt. Gerade in eine dichte und heisser werdende Stadt ist ein öffentlicher Raum mit hoher Aufenthaltsqualität dringend nötig. Es zeigt sich auch, dass sich die Bevölkerung diesen Raum sehr schnell aneignet, wenn er zur Verfügung steht. Dann komme ich zur Piazza-Motion eben aus dem 2001, die eine autofreie Piazza für jeden Stadtteil fordert. Wir haben in der PVS und auch in der Fraktion lange darüber diskutiert. Einerseits ist es natürlich richtig, dass seit 2001 im öffentlichen Raum viel passiert ist und die Forderungen der Motion sinngemäss so wie sie nachher im Text formuliert ist, weitgehend umgesetzt sind. Seit 2001 sind viele Begegnungszonen geschaffen worden und temporär Verkehrs befreite Strassenabschnitte sind entstanden und werden sehr geschätzt. Andererseits gibt es definitiv nicht in jedem Stadtteil eine autofreie Piazza, und es besteht nach wie vor Handlungsbedarf, was die Qualität und die Aufenthalte sowie die Ausgestaltung von temporär verkehrsfreien Flächen angeht. Da die Motion Superblock heute ebenfalls diskutiert wird und ein innovatives Konzept für die Gestaltung des öffentlichen Raums vorschlägt, wird die SP-JUSO-Fraktion der Abschreibung der Motion zustimmen. Nichtsdestotrotz muss die Umgestaltung des öffentlichen Raums konsequent weitergeführt werden im Sinn dieser Motion.

Dann zur Motion Superblock: Das Konzept Superblock wird den öffentlichen Raum in der Stadt Bern nachhaltig verändern. Eine neue Verkehrsführung und die Umgestaltung des öffentlichen Raums haben vielfältige Auswirkungen auf die Lebensqualität. Das bietet spannende Möglichkeiten, heutigen und zukünftigen Herausforderungen im städtischen Gebiet zu begegnen. National und international sind schon viele Städte daran, dieses Konzept umzusetzen, und wir freuen uns, dass der Gemeinderat die Motion als Richtlinie annehmen und einen ersten Piloten umsetzen will. Zentrale Elemente von Superblock sind die Anpassung der Verkehrsführung auf Quartiersebene, die Nutzung des Strassenraums, beispielsweise für Grünflächen oder für weitere sozial-räumliche Massnahmen. Die Kombination der Massnahmen erhöht die Aufenthaltsqualität, mindert aber auch den Hitzeinseleffekt und erhöht die Biodiversität. Es ist also definitiv ein Mehrwert zu den Begegnungszonen. Attraktiv ist das Konzept auch, weil es schnell umsetzbar ist. Wir begrüssen natürlich sehr, dass das Superblockprojekt partizipativ mit dem Quartier ausgearbeitet wird. Es ist sicher sinnvoll, dass die Stadt mit einem Pilotprojekt prüft, in welcher Form das Konzept in Bern umgesetzt werden kann. Es ist nachvollziehbar, dass jetzt einmal ein Pilotprojekt umgesetzt wird. Allerdings sind die

Rahmenbedingungen für Superblocks in der Stadt Bern nach dem Pilotprojekt erarbeitet, muss es in allen Quartieren möglichst schnell dann vorwärtsgehen. Superblocke sind ein wichtiges Element hin zu einer Stadt, die das Klima angepasster und lebenswerter ist. Die SP-JUSO-Fraktion wird der Superblock-Motion zustimmen.

1. Vizepräsident: Vielen Dank. Für die Fraktion GFL, Tanja Miljanovic.

Tanja Miljanovic (GFL) für die Fraktion: Ich habe eigentlich ein anderes Votum vorbereitet. Ich bin einfach gerade sehr überrascht, weil ich ganz fest davon ausgegangen bin, dass wir eigentlich die Abschreibung heute im Stadtrat verhindern werden. Das sieht jetzt einfach nicht mehr danach aus, was ich sehr schade finde. Denn ich finde, Solidarität ist nicht nur sozial, das ist eigentlich auch eine räumliche Solidarität, die wir in der Stadt Bern einfordern sollten, indem wir Raum für Menschen schaffen. Deshalb ich kann mich eigentlich sehr gut an das Votum von Jelena Filipovic anschliessen und einfach wirklich an den Gemeinderat appellieren ein bisschen mutiger zu sein, auch wenn es um das Klima geht, wenn es um Raum für Menschen geht und das gilt auch für das Traktandum 24 mit diesen Superblocks. Also es ist ja ganz klar gefordert worden, dass man 2 Pilotprojekte umsetzt. Das ist nicht einfach so daher gesagt. Es geht wirklich darum, wie Jelena eigentlich schon ausgeführt hat, dass man 2 unterschiedliche Quartiere hat, dass man vielleicht Erfahrungen sammeln kann, wie ist es in einem Quartier, wo die Leute sowieso möchten, oder wie ist es dann in einem Quartier, in dem es die Leute vielleicht nicht so möchten. Das wäre ja eigentlich die spannende Frage: Wie kann man den Leuten, die vielleicht skeptisch sind, die es nicht kennen, wie kann man ihnen den Mehrwert einer beruhigten, menschenfreundlichen, kinderfreundliche Umgebung aufzeigen. Das wäre spannend gewesen und darum bin ich eigentlich sehr enttäuscht, dass das jetzt nicht so sein wird, dass man eigentlich hier leider wieder einmal einfach den kürzesten und schnellsten Weg gewählt hat und ja also wir werden der Abschreibung nicht zustimmen und die Motion werden wir natürlich unterstützen. Und wirklich einen Appell an den Gemeinderat macht doch ein bisschen mehr. Wir könnten mehr.

1. Vizepräsident: Danke, Tanja. Und zum Schluss noch für die Fraktion FDP-Jungfreisinn, Thomas Hofstetter.

Thomas Hofstetter (FDP) für die Fraktion: Im Namen der Fraktion FDP-Jungfreisinn möchte ich kurz etwas zu den beiden Traktanden sagen. Zuerst autofreie Piazzas für jeden Stadtteil: Wir sind derselben Meinung wie der Gemeinderat, dass die Forderungen der Motion erfüllt sind. Tatsächlich ist in den letzten 20 Jahren viel passiert. Die Stadt hat die Aufenthaltsqualität verbessert und wird das auch in Zukunft machen. Vielleicht hat man in gewissen Quartieren schon fast zu viel gemacht, denn Bekannte aus dem Nordquartier sagen: "Nein, nicht schon wieder eine Begegnungszone." Es hat schon zu viel. Es kommen nachher andere Leute hin, die gar nicht im Quartier ansässig sind, die Lärm machen, die Dreck liegen lassen. Und dann gibt es auch andere Begegnungszonen, wo einfach niemand hingehet, weil sie vielleicht halt nicht eine gute Energie haben oder so. Damit möchte ich sagen, dass schon viel getan wurde, viel Gutes, aber es ist nicht alles super. Auf jeden Fall hat die Stadt in den letzten Jahren bezüglich der Gestaltung des öffentlichen Raums durchaus gute Sachen gemacht. Das müssen wir attestieren. Deshalb werden wir dem Gemeinderat folgen und der Abschreibung dieser Motion zustimmen. Traktandum 24, Superblocks: Was ist überhaupt ein Superblock? Ich habe das zuerst googlen müssen. Auf YouTube habe ich ein paar Filmchen dazu

angeschaut. Wow, nicht schlecht, habe ich gedacht und noch ein bisschen weiter googelt. Und auf der deutschen Homepage von Barcelona steht, ich zitiere: "Bei diesen Superblocks werden 4 bis 9 Häuserblocks in Wohnquartieren zusammengefasst. Innerhalb dieser Superblocks haben Fussgänger*innen und Fahrradfahrer*innen Vorrang. Bei zweispurigen Strassen wird den Autos eine Spur weggenommen."

Aha, nur in Wohnquartieren und Hausbesitzer können immer noch parkieren. Und auf Wikipedia kann man folgendes lesen: "Superblocks bezeichnet ein Konzept der städtischen Verkehrsplanung und dient unter anderem der Verkehrsberuhigung von Wohnquartieren. Durch geeignete Mittel wird Kraftverkehr an der Durchquerung gehindert und zurück auf Hauptverkehrsstrassen geleitet. Dadurch werden die Verkehrssicherheit und die Aufenthaltsqualität für die Bewohner des Wohnquartiers sowie deren Gesundheit und Klimaresilienz gesteigert." Der Verkehr wird also auf Hauptverkehrsstrassen umgeleitet. Und beim weiteren Recherchieren habe ich festgestellt, dass Barcelona sogar in ihre Hauptverkehrsachsen investiert hat. Im Gegensatz zu uns. Aber wie ist die Akzeptanz in Barcelona selber für Superblocks. In Barcelona, die notabene unterdurchschnittlich wenig Grünfläche und Parkanlagen hat. Gemäss Umfragen lehnen knapp die Hälfte der Bewohner den Mobilitätsplan ab und das gilt auch als Mitgrund, dass die links-alternative Bürgermeisterin, die die Sauberblocks eingeführt hat, im Mai 2023 abgewählt worden ist. Bern und Barcelona kann man nicht von der Grösse und auch vom Bauplan her nicht vergleichen. Darum ist es nicht einfach das Konzept von Superblocks in der Stadt umzusetzen, wo es gar keine Blocks gibt. Nachdem ich mich mit dem Konzept Superblocks auseinandergesetzt habe, ist für mich klar, dass von dieser Idee in Bern bereits sehr viel umgesetzt ist, einfach auf die Eigenheiten der Stadt angepasst, speziell im Murifeld. Das Quartier für das mögliche Pilotprojekt bietet alles, was ein Superblock auszeichnet, kein Durchgangsverkehr, Spielstrasse, Parkplätze nur für die Anwohner, Plätze mit Sitzbänken zum Verweilen etc.

Unsere Fraktion hat die Stimmfreigabe beschlossen. Warum? Grundsätzlich sind wir als gesellschaftspolitisch liberale Partei offen gegenüber neuen gesellschaftlichen Bedürfnissen, wie zum Beispiel dem Konzept Superblock und deshalb einem Pilotversuch nicht abgeneigt. Auf der anderen Seite hat uns die Vergangenheit gelehrt, dass die Gefahr besteht, dass Erkenntnisse aus Pilotversuche nicht sachlich und zielführend verwendet werden, sondern ideologisch eingesetzt werden, um die in der Stadt vorherrschende moralische Monokultur wieder zu zementieren. Deshalb die Stimmfreigabe. Ganz wichtig für uns und unsere Fraktion, dass bei den Superblocks kein bestehendes Recht verletzt wird, dass die Eigentumsgarantie eingehalten wird und dass den Hausbesitzenden keine Nachteile in jeglicher Form entstehen.

1. Vizepräsident: Merci vielmal. Gibt es noch Einzelvoten zu diesen 2 Traktanden? Michael Ruefer. Wenn sonst noch jemand etwas sagen möchte, bitte ich euch, sich jetzt anzumelden.

Michael Ruefer (GFL), Einzelvotum: Einfach zu diesen Superblöcken oder Superilla wie sie in Barcelona heissen. Thomas Hofstetter, du hast, glaube ich, einfach diesen Zeit-Artikel gelesen, den man da sehr schnell findet, wenn man googelt und hast aber einfach die Entwicklung seit dieser früheren Bürgermeisterin ein bisschen verpasst, denn die Superilla sind jetzt auf 2 Kilometer gebaut worden, und zwar letztes Jahr fertiggestellt und sie sind sehr gut akzeptiert. Sie sind sehr gut umgesetzt und es führt sogar so weit – ich war gerade im April in Barcelona –, dass sich das touristische Zentrum von Rambla dorthin verlagert hat, Richtung Bahnhof Sant. Und ja, man sollte sich

vielleicht manchmal die Mühe machen, nicht nur den obersten Treffer einer Google-Suche anzuklicken, sondern noch etwas weiter recherchieren. Merci vielmals.

1. Vizepräsident: Merci vielmals. Dann erteile ich noch das Wort, Francesca Chukwunyere.

Francesca Chukwunyere (GFL), Einzelvotum: Auf die Gefahr hin, dass sich unsere sehr diverse Fraktion gegenseitig ein Nullsummenspiel liefert, muss ich doch Thomas Hofstetter zustimmen insofern, als dass sich der Gemeinderat es sich wirklich wahn-sinnig einfach gemacht hat, ausgerechnet das Murifeld zu nehmen, wo das Zeug alles schon gelöst ist und damit führt er uns einmal mehr irgendwo an der Nase herum, indem er so tut, als habe er etwas umgesetzt oder setze etwas um, was eigentlich schon da ist und irgendwie, also ganz blöd gesagt, verarschen kann ich mich selber. Danke vielmals für das Zuhören.

1. Vizepräsident: Gibt es noch weitere Einzelvoten? Das ist nicht der Fall, dann hat für den Gemeinderat das Wort, Marieke Kruit.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Mit den Superblocks in Barcelona hat man eine höhere Lebens- und Aufenthaltsqualität erzielen können, indem man die Quartiere vom Durchgangsverkehr befreit hat. Auch in Bern streben wir eine qualitative Nutzung unseres öffentlichen Raums an. Lange wurde der öffentliche Raum quasi als Verkehrsfläche von A nach B verstanden. Diese Zeiten sind zum Glück vorbei. Die Stadt Bern ist bei den Verkehrsberuhigungen schon sehr weit und auch bei der Förderung des nachhaltigen Verkehrs wird auch der Umsetzung der Klima-Anpassungsmassnahmen ein hoher Stellenwert beigemessen. Dasselbe gilt für die Belebung des öffentlichen Raums. Mutlos davon kann wirklich gar keine Rede sein. Der Berner Superblock startet also an einem ganz anderen Ort als der Superblock in Barcelona. Wir müssen die Erkenntnisse von Barcelona auf unsere Verhältnisse anpassen. Denn Bern ist nicht Barcelona und deshalb möchten wir jetzt eben den Pilotversuch starten im Murifeld. Der Entwicklungsprozess ist in Bern ganz bewusst ergebnisoffen gestaltet. Die entsprechenden Massnahmen sollen schrittweise und als temporäre Testmassnahme umgesetzt werden. Ziel ist es, Konzepte zu erarbeiten, die an die Verkehrsberuhigung, die Aufenthaltsqualität sowie den öffentlichen Raum generell und umfassend denken. Ein zentrales Element wird die Partizipation sein. Quartierbewohnende und Gewerbetreibende können ihre Bedürfnisse einbringen und mitentscheiden, wie der Strassenraum gestaltet und genutzt werden soll. Der Gemeinderat verfolgt dabei den Ansatz der lernenden Planung, der sich bewährt hat. Wir haben bewusst nur einen Standort gewählt und sicher auch nicht gerade den schwierigsten, weil der Ablauf ja dann immer wieder ähnlich ist und somit wenig bringt, wirklich an mehreren Orten gleichzeitig zu starten und sich nachher völlig zu verzetteln. Hier gilt wirklich die Qualität vor Quantität und wir müssen wirklich auch den Nutzen zeigen und Akzeptanz schaffen und dann geht es nämlich auch schneller an anderen Orten. Das Ziel ist wirklich, glaube ich, genau das gleiche, was ihr wollt. Aber wir wollen vielleicht einen anderen Weg gehen. Für die Planung und Realisierung des Pilotprojekts hat der Gemeinderat in eigener Kompetenz bereits einen Kredit gesprochen.

Ein Teil der Motion ist damit eigentlich bereits erfüllt. Zu den übrigen Punkten wird der Gemeinderat im Rahmen des Begründungsberichts berichten. Die Evaluati on des Pilotprojekts soll ab nächstem Jahr erfolgen und wir werden anschliessend einen Bericht verfassen und aufzeigen, wie wir dort weiterfahren wollen. Deshalb beantragen

wir auch eine Fristverlängerung. Dann noch kurz zur Piazza-Motion. Wie es die Motion verlangt, steht der Bevölkerung heute in jedem Stadtteil mindestens einen autofreien Platz zur Verfügung. Und darum ist die Motion aus Sicht des Gemeinderates erfüllt und kann abgeschrieben werden. Klar kann man natürlich immer noch weitere neue Anliegen, in die über 20-jährige Motion hineintun, aber ich denke, dass man jetzt auch mit der Annahme der Motion zu den Superblocks auch auf dem richtigen Weg ist. Deshalb bitte ich euch, wirklich dieser Abschreibung auch zuzustimmen.

1. Vizepräsident: Vielen Dank, dann kommen wir zu den Abstimmungen. Bitte aufpassen. Wir stimmen zuerst bei Traktandum 23 über den Antrag des Gemeinderates ab. Der Antrag des Gemeinderats lautet auf Abschreibung dieser Motion. Wenn ihr diese Motion abschreiben wollt, drückt ihr Grün, wenn ihr gegen die Abschreibung seid, drückt ihr Rot.

Abstimmung Nr. 019

2001.SR.000168: Abschreibung

Annahme

Ja	33
Nein	26
Enthalten	3

1. Vizepräsident: Ihr habt der Abschreibung dieser Motion zugestimmt.

2023.SR.0156

24 Interfraktionelle Motion GB/JA, SP/JUSO, GFL/EVP (Katharina Gallizzi, GB / Jelena Filipovic, GB / Laura Binz, SP / Michael Ruefer, GLP / Tanja Miljanovic, GFL): Superblocks für ein neues Lebensgefühl in Bern

Gemeinsame Beratung der Traktanden 23 und 24: siehe Traktandum 23.

1. Vizepräsident: Dann kommen wir zur Abstimmung von Traktandum 24. Das ist eine Motion als Richtlinie. Es ist nicht gewandelt worden. Wir stimmen entsprechend über die Motion als Richtlinie ab.

Abstimmung Nr. 020

2023.SR.0156: als Richtlinie

Annahme

Ja	50
Nein	14
Enthalten	1

1. Vizepräsident: Ihr habt die Motion als Richtlinie überwiesen.

2019.SR.000323

25 Motion Fraktion SVP (Ueli Jaisli, SVP): Mehr Sicherheit durch Markieren der Perronkanten bei Tram- und Bushaltestellen mit grossem Niveauunterschied

1. Vizepräsident: Wir sind bei Traktandum 25. Das ist eine Motion als Richtlinie: "Mehr Sicherheit durch Markieren der Perronkanten bei Tram- und Bushaltestellen mit grossem Niveauunterschied." Der Gemeinderat beantragt die Annahme dieser Motion. Ist die Annahme bestritten, ist die Motion bestritten? Die ist nicht bestritten. Dann hätten die Einreichenden eine Minute Zeit für ein kurzes Votum, wenn sie das möchten. Ueli, du müsstest dich noch kurz anmelden. Merci. Für die Einreichenden hat Ueli Jaisli eine Minute das Wort.

Ueli Jaisli (SVP) für die Einreichenden: Das ist ein Vorstoss aus dem Jahr 2019. Es hat damals 2, 3 oder 4 Unfälle gegeben, vor allem dort beim Bahnhof oben, bei der Tramhaltestelle, weil einfach die Perronsabsätze recht hoch und vor allem einfach sehr mühsam für ältere Leute gewesen sind, um sich dort eben bewegen zu können. Es war auch so, dass die sehr schlecht gekennzeichnet oder überhaupt nicht gekennzeichnet gewesen sind. Und die Leute sind dort manchmal über die Absätze und sind einfach nachher ins Leere gefallen. Sie sind dann umgefallen und haben sich manchmal auch leicht verletzt. Aber seither ist etwas gegangen, der Gemeinderat hat das in die Hand genommen. Er hat sich bemüht, eben einfach den öffentlichen Raum der Stadt hindernisfrei zu machen. Und ich muss sagen, dass ihm das bis jetzt eigentlich gut gelungen ist. Man kann auch dort beim Bahnhof oben sagen, wo eigentlich der Haupttrakt von diesen Unfällen war, dass das eigentlich gut gelöst ist bis jetzt. Ich will sagen, dass ich die Motion zurückziehe und ich bin auch einverstanden mit der Erledigung dieser Forderung, die ich gestellt habe. Danke.

1. Vizepräsident: Sorry, Ueli. Jetzt haben wir ein kleines Problem. Vorhin war die Motion nicht bestritten, du hast sie aber gerade zurückgezogen. Nein, das kannst du eben nicht mehr. Wir haben sie vorhin überwiesen. Okay, alles ist gut, Ueli. Nein, das ist alles in Ordnung. Wir haben diese Motion als Richtlinie überwiesen.

2021.SR.000121

26 Motion Fraktion SP/JUSO (Ayse Turgul) - übernommen durch Halua Pinto de Magalhães (SP): Sanierung der Turnierstrasse: Mehr Sicherheit auch für Fussgänger*innen

1. Vizepräsident: Wir kommen zu Traktandum 25, das ist eine Motion als Richtlinie. Nein, Entschuldigung, wir sind bei Traktandum 26. Auch das ist eine Motion als Richtlinie: "Sanierung der Turnierstrasse: Mehr Sicherheit auch für Fussgänger*innen." Ich frage auch hier, ist die Annahme dieser Motion bestritten. Sie ist bestritten. Dann hätten die Einreichenden das Wort. Ich erteile Halua für die Einreichenden das Wort.

Halua Pinto de Magalhães (SP) für die Einreichenden: Ja, ich habe das für die Einreichenden übernommen und in Absprache mit ihnen kann ich sagen, dass die Antwort des Gemeinderates in Ordnung geht, bis zum Punkt mit der Temporeduktion auf maxi-

mal 50 km/h. Wir wären froh, dass wenigstens – wenn der Gemeinderat dem nicht zustimmt – die Stadt Bern doch zusammen mit Köniz beim Kanton sich dezidiert für eine Reduktion auf Tempo 50 einsetzt. Damals in dieser Antwort vom 2021 hat der Gemeinderat gesagt, dass der Kanton bis Ende Jahr ein Gutachten macht. Uns ist nicht ganz klar, wieso ein solches Gutachten in Auftrag gegeben worden ist. Das Geld hätte man sich eigentlich sparen können und das Tempo einfach reduzieren. Wichtig ist es noch einmal zu betonen, dass es die 2 Fussgängerstreifen braucht, wie es in Punkt 1 gefordert wird. Denn die Ausrede, dass jetzt nur wenige den anderen Übergang benutzen, ist ja auch klar, weil es dort eben gefährlich ist, die Strasse zu überqueren. Deshalb wäre ich froh, wenn ihr das annehmt.

1. Vizepräsident: Merci vielmals. Dann hätten die Fraktionen das Wort. Da stelle ich keine Voten fest. Möchte jemand ein Einzelvotum halten? Oliver Berger als Fraktionssprecher der FDP-JF-Fraktion.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Wir von der Fraktion FDP-Jungfreisinn lehnen die Motion im Zusammenhang mit der Sanierung der Turnierstrasse ab. Wir setzen uns auch für sichere Verkehrs- und Wegverbindungen und für den Langsamverkehr ein, aber die Motion schiesst über dieses Ziel hinaus. Es handelt sich bei der Turnierstrasse um eine verkehrsorientierte Achse mit einer Zubringerfunktion auf Hochleistungsstrassen. Von den Unfällen her ist dieser Abschnitt unauffällig. Es ist kein Unfallschwerpunkt. Der einzige schwere Unfall, den es nach der Sanierung gegeben hat, ist zurückzuführen auf einen medizinischen Zwischenfall, der keinen Zusammenhang mit dem Geschwindigkeits- oder Verkehrsregime oder dem Vortrittsregime hat. Der Querungsbedarf von 100 Personen ist in den meistbelasteten Stunden, aus unserer Sicht, auch nicht gegeben, so dass es auch nicht zwingend zusätzliche Fussgängerstreifen brauchen würde. Pro memoria sei hier noch einmal für das Protokoll erwähnt, dass ein Fussgängerstreifen keine Sicherheitseinrichtung ist, sondern lediglich ein markierter und definierter Konfliktpunkt zwischen Längs- und Querverkehr. Fazit: Das aktuelle Verkehrsregime ist praktikabel. Ein weiterer Eingriff ist aus unserer Sicht weder notwendig noch verhältnismässig. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

1. Vizepräsident: Ich frage noch zum letzten Mal, ob es noch ein Einzelvotum zu diesem Traktandum gibt. Das ist nicht der Fall. Ich erteile das Wort für den Gemeinderat an Marieke Kruit.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Ich kann es wirklich kurz machen. Der Gemeinderat unterstützt das Anliegen der Motion, die Sicherheit für die Fussgängerinnen und Fussgänger auf der Turnierstrasse zu verbessern. Insbesondere teilt er die Ansicht, dass 2 zusätzliche Fussgängerstreifen markiert werden sollen. Auch die geforderte Temporeduktion auf der Turnierstrasse ist aus Sicht des Gemeinderates sinnvoll. Er hat darum gemeinsam mit der Gemeinde Köniz einen Antrag an den Kanton auf die Einführung von Tempo 50 eingereicht. Leider hat der Kanton entschieden, darauf eben nicht einzugehen. Die Stadt Bern hat dann noch einmal nachgedoppelt und noch einmal betont, wie wichtig eine Temporeduktionen in dem Bereich wäre und wir geben auch nicht auf. In diesem Jahr werden die letzten Belagsmarkierungen im Rahmen des ASTRA-Projektes umgesetzt. Der Projektabschluss werden wir dann noch einmal nutzen, um erneut auf den Kanton zuzugehen, und eine Reduktion der Höchstgeschwindigkeit auf 50 km/h zu beantragen. Wir bleiben dran.

1. Vizepräsident: Danke vielmals. Ich habe weder eine Wandlung noch einen Wunsch nach punktwiser Abstimmung gehört. Das ist richtig? Dann würden wir jetzt abstimmen über die Erheblichkeitserklärung dieser Motion als Richtlinie.

Abstimmung Nr. 021

2021.SR.000121: als Richtlinie

Annahme

Ja	48
Nein	11
Enthalten	0

1. Vizepräsident: Ihr habt diese Motion erheblich erklärt.

2021.SR.000197

27 Interfraktionelles Postulat GFL/EVP, SP/JUSO (Manuel C. Widmer, GFL/Michael Sutter, SP) - übernommen durch Michael Ruefer (GFL): Trottoirüberfahrten für Fahrradfahrende entschärfen

1. Vizepräsident: Wir sind bei Traktandum 27. Das ist ein Postulat: "Trottoirüberfahrten für Fahrradfahrende entschärfen." Ist die Annahme von diesem Postulat bestritten? Das ist bestritten. Dann hätten die Einreichenden das Wort. Er ist wieder zurück im Saal, Michael Ruefer.

Michael Ruefer (GFL) für die Einreichenden: Ich habe das natürlich so getimte, nicht wahr? Nein, es ist so, dass wir – wie vielleicht ein paar von euch wissen – mit einer Delegation von "Läbigi Stadt" in Utrecht gewesen sind und haben dort natürlich jetzt noch etwas Inspiration gesammelt, wie man eben diese Fahrradwege noch etwas besser machen könnten. Und das wird ja hier im Postulat auch erwähnt, das Holländermodell, wie das genannt wird. Und entsprechend kann man die Forderung nach der Prüfung eben von sogenannten barrierefreie Trottoirüberfahrten für Velos aufrechterhalten. Es gibt natürlich ein paar neuralgische Stellen. Und das wird ja auch über einen Masterplan Veloinfrastruktur gesteuert. Eigentlich das ganze Instrumentarium wie man die Velowege heute machen kann, wie man sie gescheit bauen kann, wird damit gesteuert. Und entsprechend bin ich natürlich froh, wenn ihr diesem Postulat zustimmen könnt.

1. Vizepräsident: Merci vielmals. Gibt es hier Fraktionsvoten? Es gibt keine Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Die Gemeinderätin verzichtet. Dann stimmen wir direkt ab. Ob ihr das Postulat erheblich erklären möchtet oder nicht.

Abstimmung Nr. 022

2021.SR.000197: Erheblichkeitserklärung

Annahme

Ja	55
Nein	5
Enthalten	0

1. Vizepräsident: Ihr habt das Postulat erheblich erklärt.

2022.SR.000051

28 Motion Fraktion SP/JUSO (Szabolcs Mihályi/Fuat Köçer, SP): Den Bahnhof Europaplatz hindernisfrei und attraktiv gestalten

1. Vizepräsident: Wir sind bei Traktandum 28, auch das eine Richtlinienmotion: "Den Bahnhof Europaplatz hindernisfrei und attraktiv gestalten." Der Gemeinderat hat die Annahme beantragt und Begründungsbericht. Ist die Motion bestritten? Die ist nicht bestritten. Die Einreichenden könnten sich eine Minute dazu äussern. Ist das gewünscht? Das ist nicht gewünscht. Sorry, ich habe einen anderen Namen bei mir notiert, deshalb habe ich nicht in deine Richtung geschaut. Es tut mir leid. Dann erteile ich das Wort für die Einreichenden an Szabolcs Mihalyi.

Szabolcs Mihalyi (SP) für die Einreichenden: Keine Angst, ihr kommt früh genug heim. Den Sinn und Zweck des Behindertengleichstellungsgesetzes (BehiG) erkläre ich gerne mit meinem ersten Job. Mit 15 Jahren habe ich angefangen in der Migros zu arbeiten. Am Eingang haben alle Kund*innen dann durch ein Drehkreuz müssen. Wollte jemand im Rollstuhl einkaufen, musste die Person das Personal fragen, damit jemand ihr jetzt das Drehkreuz öffnet. Nur wenn das Personal sich die Zeit genommen hat, meistens ein bisschen verärgert, wegen der Unterbrechung von sonstigen Pflichten, konnte die Person im Rollstuhl einkaufen. Heute gibt es keine Drehkreuze mehr, aber irgendwie ist das bei dem Bahnhof nicht ganz angekommen. Aus der gleichen Zeit stammt der Bahnhof am Europaplatz: Viel Beton, schlechte Übersicht, selbst bei Tageslicht ein mulmiges Gefühl, das Sicherheitsgefühl nicht nur für vulnerable Personen, der dunkle Lift, viel zu eng für den Rollstuhl oder Kinderwagen, die steile Treppe etc. Wir freuen uns, dass die BLS jetzt scheinbar tatsächlich die Erneuerung der Haltestelle Europaplatz angepackt hat. Wir hoffen, dass bei der Sanierung alles notwendige umgesetzt wird, damit die Menschen im Rollstuhl, auch betagte Menschen und auch kleine Kinder, Personen mit Kinderwagen möglichst ebenerdig in den Zug einsteigen können, statt wie heute, den Wagon zu ersteigen. Danke vielmals.

1. Vizepräsident: Ich halte zuhanden des Protokolls fest: Wir haben diese Motion als Richtlinie erheblich erklärt, haben aber zeitgleich den Begründungsbericht des Gemeinderates zur Kenntnis genommen.

2017.SR.000216

36 Interpellation Henri-Charles Beuchat (SVP) - übernommen durch Alexander Feuz (SVP): Sozialhilfe im Kontext radikal-islamischer Mobilisierung und Missbrauch von sozialen Institutionen

1. Vizepräsident: Jetzt ganz kurz aufpassen. Es ist 22.29 Uhr, wir springen auf der Traktandenliste nach hinten zu Traktandum 36. Das ist eine Interpellation Henri-Charles Beuchat, übernommen durch Alex Feuz: "Sozialhilfe im Kontext radikal-islamischer Mobilisierung und Missbrauch von sozialen Institutionen." Die Diskussion ist nicht verlangt. Dann frage ich Alex Feuz, ob er eine kurze Erklärung abgeben möchte. Gut,

Bernhard Hess, noch schnell anmelden genau. Du hast eine Minute Zeit für eine kurze Erklärung und bitte dann den Zufriedenheitsgrad mit der Antwort kundtun.

Bernhard Hess (SVP) für die Einreichenden: Interessant ist an dieser Geschichte vor allem, dass 2% von allen Sozialhilfebezügern offensichtlich, gemäss Antwort des Gemeinderates, einen unrechtmässigen Sozialhilfebezug machen und das scheint mir doch relativ viel. Und es wäre natürlich interessant zu wissen, ob das nach wie vor so ist oder ob sich seit dem 2015 oder 2016 etwas geändert hat. Sonst sind wir an und für sich zufrieden mit der Antwort des Gemeinderates und wünschen jetzt einen schönen Abend. Merci.

1. Vizepräsident: Danke vielmals. Ich halte fest, ihr seid zufrieden mit der Antwort. Es ist 22.30 Uhr und bevor dann alle davonspringen, ein kurzer Zwischenstand bei unserer Spendenaktion. Es haben bis jetzt 23 Personen mindestens ein Sitzungsgeld gespendet und bis jetzt sind durch das 3'470 Franken zusammengekommen. Wenn jemand das Sitzungsgeld spenden möchte, kann er es angeben. Ansonsten sage ich ganz fest Danke, dass ihr so super mitgemacht habt. Ich weiss nicht, ob die Akustik auf diesem Stuhl hier besser ist als auf dem nebenan. Mich hat es enorm ruhig gedünkt in dieser Sitzung. Merci vielmals für die Zusammenarbeit. Wir sehen uns bereits heute in einer Woche wieder, an der letzten Stadtratssitzung vor der Sommerpause.

Verschoben und eingereicht

Verschobene Traktanden

Der Stadtrat verschiebt die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:

29 Postulat Fraktion AL/PdA (Eva Chen, AL / Matteo Micieli, PdA): Grüne Welle für zu Fuss Gehende 2023.SR. 0104

30 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Niklaus Mürner/Thomas Glauser): Die Mitbestimmung beim Entscheid über Begegnungszonen muss verbessert werden! Im Sinne der Stadt der Beteiligten sei der Kreis der Mitwirkenden zu erweitern! 2023.SR. 0190

31 Motion Jemima Fischer (AL) - übernommen durch David Böhner (AL): Geschlechtergerechte Strassennamen 2021.SR. 000037

32 Motion Fraktion GB/JA! (Anna Leissing, GB/Nora Joos, JA!): Jetzt ein Zeichen gegen Krieg und Militarisierung setzen und die Friedensarbeit von Frauen sichtbar machen! 2022.SR. 000066

33 Interfraktionelle Motion SP, BDP/CVP, GB/JA!, FDP, GFL/EVP, SVP, GLP, AL/GPB-DA/PdA+ (Katharina Altas, SP/Kurt Hirsbrunner, BDP/Seraina Patzen, JA!/Barbara Freiburghaus, FDP/Manuel C. Widmer, GFL/Roland Jakob; SVP/Ursina Anderegg, GB/Michael Daphinoff, CVP/Melanie Mettler, GLP/Christa Ammann, AL/Daniel Egloff, PdA/Luzius Theiler, GPB-DA): Ein Jugendtreff im Bauernhaus des Brännenguts; Beschreibung 2016.SR. 000196

34 Motion Kommission Soziales, Bildung und Kultur (Ursina Anderegg, GB): Durchführung eines Pilotversuches zum bedingungslosen Grundeinkommen in der Stadt Bern in Zusammenarbeit mit anderen Städten 2022.SR. 000124

35 Postulat Fraktion SP/JUSO (Alina Murano, SP) - übernommen durch Barbara Keller (SP): Anonyme Gratistests für sexuell übertragbare Krankheiten 2022.SR. 000048

- 37 Motion Fraktion SP/JUSO (Szabolcs Mihalyi/Barbara Keller, SP): Langfristige Schulraumplanung mit fairer Mitsprache der Quartierbevölkerung 2022.SR. 000119
- 38 Interfraktionelle Motion GFL/EVP, GB/JA (Mirjam Roder, GFL / Sarah Rubin, GB / Bettina Jans-Troxler, EVP): Brachliegende Bildungsräume nutzbar machen und in Zukunft verhindern 2023.SR. 0150
- 39 Interpellation Fraktion SP/JUSO (Timur Akçasayar/Fuat Köçer, SP): Volksschule und Chancengerechtigkeit: Dein Wohnort bestimmt, was Du wirst? 2019.SR. 000348
- 40 Postulat Fraktion SP/JUSO (Valentina Achermann/Sara Schmid/Alina Irene Murano, SP): Förderung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen; Prüfungsbericht 2021.SR. 000236
- 41 Motion Kurt Rügsegger (SVP) und Ursula Stöckli (FDP): Schulanlage Breitenrain: Quartier- und umweltgerechte Wiederherstellung und Vergrößerung der Pausenplatzfläche auf der Parzelle 58 2023.SR. 0219
- 42 Interfraktionelle Motion SP/JUSO, AL/PdA (Bernadette Häfliger/Barbara Keller, SP/Tabea Rai, AL): Das unternehmerische Risiko nicht dem Personal überbinden 2022.SR. 000033
- 43 Motion Geschäftsprüfungskommission (GPK): Revision des Kommissionsreglements (Art. 59f. GRSR) / Anpassung des Kommissionsreglements i.S. Zusammensetzung der Sozialhilfekommission 2023.SR. 0176
- 44 Interfraktionelle Interpellation GB/JA!, SP/JUSO, GaP, AL/PdA (Ursina Anderegg, GB/ Bernadette Häfliger, SP/Simone Machado, GaP/Tabea Rai, AL): Wo steht der Gemeinderat in der Armutsbekämpfung? 2021.SR. 000223
- 45 Interfraktionelle Motion GB/JA!, AL/PdA (Ursina Anderegg/Anna Leissing, GB/David Böhner, AL): Erhöhte Strom- und Gasarife ewb: Jetzt braucht es soziale Abfederung für betroffene Haushalte sowie Gewerbetreibende und Vereine 2022.SR. 000157
- 46 Interfraktionelle Motion FDP/JF, Mitte, SVP, SP/JUSO (Vivianne Esseiva, FDP / Milena Daphinoff, Mitte / Ueli Jaisli, SVP / Fuat Köçer, SP): Die neu geschaffene Kapazität der Schwimmhalle Neufeld nutzen, um den obligatorischen Schwimmunterricht auszubauen 2023.SR. 0103
- 47 Motion Fraktion AL/PdA (Matteo Micieli, PdA): Das Partizipationsreglement der Stadt Bern den gesellschaftlichen Entwicklungen anpassen - Menschen mit S-Ausweis sowie Asylsuchenden eine Stimme geben! 2023.SR. 0232
- 48 Interfraktionelles Postulat GFL/EVP, FDP, SP/JUSO, Mitte, GLP/JGLP (Bettina Jans-Troxler, EVP / Matthias Humbel, GFL / Vivianne Esseiva, FDP / Sara Schmid, SP / Milena Daphinoff, Mitte / Janina Aeberhard, GLP): Unterricht und Hitzetage: Die Stadt soll Verantwortung übernehmen und eine Strategie aufzeigen 2023.SR. 0261

Eingereichte Vorstösse

Anlässlich der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:

1. Interfraktionelle Interpellation GFL, SP/JUSO (Tanja Miljanovic, GFL/Timur Akçasayar, SP): Schutzraumabdeckung in der Stadt Bern: Wo stehen wir und wie sollen diese im Alltag genutzt werden?
2. Interpellation Alexander Feuz (SVP), Janosch Weyermann (SVP), Ueli Jaisli (SVP), Thomas Glauser (SVP): Kritische Fragen zum Debakel Citysoftnet. Die Öffentlichkeit hat einen Anspruch auf Transparenz.
3. Interpellation Alexander Feuz (SVP), Janosch Weyermann (SVP), Ueli Jaisli (SVP), Thomas Glauser (SVP): Kritische Fragen zum Debakel Citysoftnet. Die Öffentlichkeit hat einen Anspruch auf Transparenz hinsichtlich Gutachten

4. Dringliche Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GB/JA, AL/PdA, GFL, SVP (Barbara Keller, SP/Bernadette Häfliger, SP/Ingrid Kissling-Näf, SP/Raffael Joggi, AL/Anna Leising, GB/Nora Joos, JA!/Michael Ruefer, GFL/Francesca Chukwunyere, GFL/Alexander Feuz, SVP): Vergrößerung des Gemeinderates von fünf auf sieben Mitglieder
5. Kleine Anfrage Michael Ruefer (GFL), Jelena Filipovic (GB): Generelles Projekt Bypass & Chantier Bern-Ost – Kapazitätsausbau für den MIV?
6. Postulat David Böhner (AL), Matteo Micieli (PdA): Kostenloser ÖV für Schulkinder in der Stadt Bern
7. Parlamentarische Initiative David Böhner (AL), Raffael Joggi (AL), Matteo Micieli (PdA): Streichung Motion mit Richtliniencharakter
8. Postulat Florence Pärli Schmid (JF), Simone Richner (FDP), Ursula Stöckli (FDP), Oliver Berger (FDP): Dauer des Baubewilligungsverfahrens halbieren!
9. Postulat Florence Pärli Schmid (JF), Simone Richner (FDP): Mehr Wohneigentum für den Mittelstand – es braucht endlich eine Stadtberner Wohneigentumsstrategie!
10. Motion Florence Pärli Schmid (JF) , Simone Richner (FDP): Mehr Wohneigentum für Familien mit Kindern!
11. Kleine Anfrage Alexander Feuz (SVP), Janosch Weyermann (SVP), Thomas Glauser (SVP): Kritische Fragen zu Gutachten Citysoftnet
12. Kleine Anfrage Alexander Feuz (SVP), Janosch Weyermann (SVP), Thomas Glauser (SVP): Kritische Fragen zu technischen Problemen Citysoftnet
13. Kleine Anfrage Alexander Feuz (SVP), Janosch Weyermann (SVP), Thomas Glauser (SVP): Kritische Fragen zu Kosten Citysoftnet
14. Interpellation Béatrice Wertli (Mitte): Nach dem Lehrgeld die Lehren

Es wurden ausserdem folgende Anträge eingereicht:

- Teilrevision Geschäftsreglement des Stadtrats; Änderungsantrag Fraktion AL/PdA (David Böhner, AL/Raffael Joggi, AL,/Matteo Micieli, PdA): Streichung Motion mit Richtliniencharakter

Schluss der Sitzung: 22.31 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der 1. Vize-Präsident

03.09.2024

X 

Signiert von: THOMAS CHRISTIAN BERGER

für das Protokoll

04.09.2024

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Redaktion: Clara Rüsi